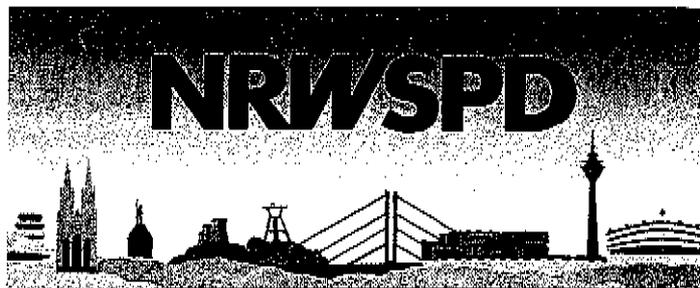


**10. ordentlicher Parteitag  
18. November 1989.**



**Köln, Congresszentrum Ost.**

## **Protokoll**

**Wir in Nordrhein-Westfalen:  
Aufstieg aus eigener Kraft.**



# Impressum

---

Herausgeber: SPD-Landesverband NRW,  
Elisabethstraße 3, 4000 Düsseldorf 1  
Verantwortlich: Bodo Hombach

# Inhalt

	<b>Seite</b>
 <b>Eröffnungsrede von Christoph Zöpel</b>	4
<b>Konstituierung des Parteitags</b>	6
<b>Beschlußfassung über Tagesordnung und Geschäftsordnung</b>	8
<b>Grußworte</b>	9
<b>Grundsatzreferat von Johannes Rau</b>	11
<b>Bericht des Vorsitzenden der Landtagsfraktion</b>	20
<b>Bericht des Schatzmeisters</b>	22
 <b>Bericht des Landesgeschäftsführers</b>	23
<b>Bericht der Landeskontrollkommission</b>	24
<b>Bericht der Mandatsprüfungskommission</b>	26
<b>Entlastung des Landesvorstandes</b>	26
<b>Antragsspiegel</b>	27
<b>Wortlaut der beschlossenen Anträge</b>	31
<b>Wahlen</b>	69
<b>Beitrag von Stephan Hilsberg</b>	70
<b>Schlußwort von Johannes Rau</b>	74

# Eröffnung und Begrüßung

## Eröffnungsrede von Christoph Zöpel

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

der politische Charakter dieses Landesparteitages hat sich in den letzten Wochen und Tagen verändert. Das politische Interesse, die Gedanken, aber auch die Gefühle, die wir haben, die alle Menschen in Nordrhein-Westfalen haben, liegen bei den tiefgreifenden Veränderungen, die sich in der Deutschen Demokratischen Republik abzeichnen und die bereits dort stattgefunden haben.

Wir hoffen, daß wir heute Gäste aus neuen demokratischen Parteien und Bewegungen aus der DDR hier auf unserem Landesparteitag haben werden. Der Beifall an dieser Stelle zeigt, wie herzlich sie erst begrüßt werden können, wenn sie da sind.

Die Einladung an Repräsentanten dieser Parteien und politischen Organisationen soll zeigen: Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind zur politischen Zusammenarbeit mit allen neuen demokratischen Parteien und politischen Organisationen in der DDR bereit – aber vielleicht zu mehr: zu praktischer politischer Hilfe, wenn sie denn gewollt wird. Wir sind bereit, ihnen vor allem eines zu vermitteln: unsere lange praktische Erfahrung mit dem Aufbau einer demokratischen Partei und mit der Arbeit einer politischen Partei, die auch darin besteht, in Konkurrenz mit anderen Wahlen gewinnen zu wollen. Ich glaube, hier können wir vermitteln, wie man das erfolgreich macht.

Dieser veränderte Charakter unseres Landesparteitages, diese Zuwendung zu den Problemen und zu den großen Ereignissen in der DDR sind allerdings keine Alternative dazu, daß sich für uns Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen Aufgaben stellen, im Gegenteil. Die Veränderungen in der DDR erhöhen die Herausforderungen an die Politik in der Bundesrepublik, und sie verlangen stärker denn je bei uns den handlungsfähigen Staat – einen handlungsfähigen Staat im Bund und in den Ländern, also für uns in Nordrhein-Westfalen.

### Die Lasten des Zustroms von Menschen müssen gerecht verteilt werden

Es besteht gar kein Zweifel: Die Veränderungen in der DDR haben bereits spürbare – auch schmerzhaft spürbare – Auswirkungen bei uns. Der Zustrom der Menschen, die zu uns kommen, die wir hier begrüßen und denen wir jede Chance zum Leben in der Bundesrepublik geben wollen, dieser Zustrom bedeutet auch Lasten. Es gehört sicherlich zu dem, worüber sich eigentlich alle, denen es gutgeht in der Bundesrepublik, schon ein wenig schämen sollten. Die Lasten, die damit verbunden sind, werden auf die Schultern der Schwächeren gelegt, und hier wehren sich die Gefühle, die Gedanken, manchmal aber

auch das politische Engagement dieser Menschen. Ich glaube gerade das, was wir jetzt erleben – der Zustrom von Menschen, die hier besser leben wollen, politisch und wirtschaftlich als sie es in den Ländern tun, aus denen sie kommen – fordert heraus, darüber nachzudenken, in welchem Maße ein reiches Land und eine reiche Gesellschaft fähig sein müssen, vernünftige Verteilungsentscheidungen zu treffen. Reich genug sind wir, um ein bißchen anders zu verteilen, in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik.

Damit bin ich bei den Aufgaben, die sich wegen der in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik bestehenden Herausforderungen dieser Parteitag vorgenommen hat. Wir haben die politische Vorbereitung auf die Landtagswahlen am 13. Mai 1990 aufnehmen. Wir tun das mit dem Antrag A1, der die politischen Grundsatzpositionen für die Landtagswahl beschreibt. Wir wollen dessen Inhalte hier diskutieren, und wenn er angenommen wird, dann können diese politischen Leitgedanken ganz schnell zum Wahlprogramm umgesetzt werden, das wir dann im Februar verabschieden können. Unser Ziel ist klar: Wir wollen wieder die absolute Mehrheit am 13. Mai. Wir streiten gegen vier Gegner, gegen drei demokratische Parteien, die CDU, die FDP und die Grünen und gegen eine extremistische.

### Unser Ziel: Wir wollen wieder die absolute Mehrheit am 13. Mai

Dieser Kampf gegen vier Gegner ist eine wiederholte Herausforderung an die Kraft der SPD in Nordrhein-Westfalen, deren Bewährungsprobe von vielen beobachtet wird – von politischen Gegnern, aber auch innerhalb der SPD der Bundesrepublik. Es wird ja vielfach gefragt, worin liegt die besondere Stärke der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen. Ich habe mich in den letzten Monaten mit dieser Frage im Vergleich zu den Organisationen der SPD in anderen Ländern ein bißchen beschäftigt. Weil wir uns das ja alle fragen, woran liegt das, daß es hier auch in schwierigen Verhältnissen immer relativ gut und gemessen am Bundesdurchschnitt sehr gut geht und in anderen Ländern nicht ganz so gut. Ich glaube, die Antwort ist ziemlich einfach. Was wir den Sozialdemokraten in vielen anderen Teilen der Bundesrepublik voraushaben, ist die hohe Organisationskraft vor Ort.

### Unsere Stärke ist die hohe Organisationskraft vor Ort

Diese hohe Organisationskraft zu erreichen, ist geleistet worden in den Zentren unseres Landes, im Ruhrgebiet nach dem Krieg und in den 50er Jahren. Daß aber die Erfolge fortgesetzt werden konnten, daß wir kontinuierlich in den 80er Jahren die 50 Prozent Grenze überschritten haben, liegt daran, daß in zwischen die Aufbauarbeit der Sozialdemokraten in nicht unспрünglichen Traditionsgebieten, – im Münsterland, am linken Niederrhein, im Sauerland – ihre Früchte trägt. Dort, wo ers

vor 25 Jahren sozialdemokratische Ortsvereine gegründet wurden, dort sind sie jetzt so erfolgreich, daß sie 40 Prozent bei Wahlen zu den Räten dieser Gemeinden erreichen, das ist das, was hier dazugekommen ist.

Wenn wir hier vergleichen und uns Genossen aus anderen Teilen der Bundesrepublik fragen, dann ist dies ja der Vergleich zwischen Nordrhein-Westfalen und Bayern, nicht der zwischen dem Ruhrgebiet und Bayern. Das wäre ein unfairer Vergleich. Der Vergleich muß sich beziehen auf die Partei in den ländlichen Regionen in unserem Lande, wo sie fähig ist, die Abwendung von der CDU hin zur SPD zu lenken, wo sie es vermeidet, daß das zu anderen Parteien hingeht, was da an Stimmung – an berechtigter Stimmung – gegen die Großpartei CDU aufkommt. Ich wollte das hier sagen, und ich sage das in anderen Teilen der Bundesrepublik.

Wir müssen zeigen, daß wir die Bewährung wieder hinbekommen. Aber damit verbindet sich die zweite Aufgabe neben der Landtagswahl, unser Gewicht auch einzubringen in die Vorbereitung der Bundestagswahl, die am Ende des nächsten Jahres ansteht. Hierzu laufen programmatische Vorarbeiten.

Wir stehen in der Endphase der Diskussion und dann der Verabschiedung unseres Grundsatzprogramms. Ich habe da ein bißchen mitgemacht und möchte auf diesem Landesparteitag in diesem Zusammenhang einiges dazu sagen: Es wäre ein ganz großer Irrtum zu glauben, daß das derzeitige, notwendige und engagierte Interesse an Veränderungen in Osteuropa und in der DDR dazu führen könnte, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zum Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre kein neues Grundsatzprogramm brauche. In anderen Ländern, das habe ich während der Jahre erlebt, wird gefragt: Was sagen am Ende der 80er Jahre Sozialdemokraten zu den Veränderungen, die sich in den letzten 25 Jahren vollzogen haben, und was glauben sie in den nächsten 25 Jahren in Deutschland und in Europa realisieren zu können?

Darauf gibt es zwei Antworten, das sind die zentralen in diesem Grundsatzprogramm: In den nächsten 25 Jahren wollen wir endlich eine Forderung verwirklichen, die 300 Jahre alt ist: Alle Menschen sind gleich – alle Männer und alle Frauen. Zum zweiten wollen wir die ökologischen Herausforderungen, die sich stellen, angehen. Das sind die beiden Hauptbotschaften.

---

## Gleichberechtigung verwirklichen, ökologische Herausforderungen angehen

---

Bei der Programmdebatte wurde überwiegend über Wirtschaftspolitik diskutiert. Hier darf ich eins sagen, weil wir Nordrhein-Westfalen in theoretischen Fragen, wie es so manchmal heißt – immer so ein bißchen mit eingezogenem Kopf durch die Partei rennen: Der Kompromiß zwischen unterschiedlichen Auffassungen zur Darstellung der Wirtschaftspolitik im neuen Grundsatzprogramm ist gefunden worden auf der Grundlage des Beschlusses eines nordrhein-westfälischen Bezirks, des Bezirks Westliches Westfalen. Es haben sich alle darauf verständigt. Es ist wichtig für uns, daß wir sagen können: Wir sind nicht nur organisatorisch stark, wir können uns auch überlegen, was ins Grundsatzprogramm geschrieben werden muß.

Wir machen, wenn das Grundsatzprogramm verabschiedet ist, weiter mit der Arbeit am Regierungsprogramm. Auch hier gibt es bisher Vorschläge für die beiden zentralen Bereiche der Politik. Erstens für die Frage, wie innerhalb der nächsten vier Jahre, denn darum geht es bei einem Regierungspro-

gramm, die Gleichstellung der Frau vorangebracht werden kann. Und zweitens: Was können wir tun, um die ökologischen Gefährdungen zu vermindern? Aus nordrhein-westfälischer Sicht haben wir dann – als diese beiden Themen bekannt wurden – gesagt, zwei wichtige Politikbereiche müssen dazukommen: nämlich unsere Antworten auf die Herausforderung der Langzeitarbeitslosigkeit und unsere Antworten auf die Herausforderungen aus den wieder offensichtlich gewordenen Problemen der Wohnungsnot. Das waren die beiden ersten Entscheidungen, die in der Vorbereitung der Bundestagswahl in der Kommission Fortschritt 90 gefällt wurden. Auch hier ist – glaube ich – der Einfluß Nordrhein-Westfalens deutlich.

---

## Langzeitarbeitslosigkeit abbauen und Wohnungsnot lindern

---

Wir reden noch über ein Thema in der Kommission, das mir Sorge macht: Wir ringen noch darum, wie dieser Staat – vor allem, wenn er ein sozialdemokratisch regierter sein soll – tatsächlich handlungsfähig ist. Die größte Gefährdung unserer Handlungsfähigkeit ist derzeit, daß der hohe Anteil der Zinsen als Folge der langfristigen Staatsverschuldung die Grenzen der finanziellen Handlungsfähigkeit dieses Staates aufgezeigt hat.

---

## Hohe Zinsausgaben gefährden die Handlungsfähigkeit des Staates

---

Es gibt kein effektiveres Mittel konservativer Gegner der Handlungsfähigkeit eines sozialdemokratischen Staates, als bei jeder berechtigten oder auch unberechtigten Vorstellung zu sagen: Dafür kann der Staat kein Geld ausgeben, weil er so hoch verschuldet ist. Der hochverschuldete Staat gibt dem Gegner effektiven politischen Handelns die Chance, die Sachdiskussion zu verweigern und stattdessen nur darauf hinzuweisen, es gäbe doch bereits zu viele Zinsausgaben.

Darum ringen wir in der Kommission. Und wir sollten überall darum ringen, die von uns definierten Zukunftsaufgaben in Deckung zu bringen mit dem zur Verfügung stehenden Geld. Das ist das Schwierigste, was wir in Vorbereitung auf die Regierungsfähigkeit im Bund und selbstverständlich auch im Land noch leisten müssen. Wir können das weiter einbringen in die Bundespartei.

Dies sollten wir nach meiner Meinung vor allem unaufgeregt tun. Ich habe manchmal den Eindruck, daß in dieser Partei viele Debatten darauf beruhen, daß wir selber uns so aufregen, daß wir der Presse und dem Gegner Stichworte geben, die realitätsunbezogen sind. Deshalb gebe ich einen Ratschlag: Laßt uns unsere erfolgreiche Arbeit unaufgeregt in die Gesamtpartei einbringen, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich habe versucht, zu Beginn dieses Parteitags aufzuzeigen, welche Impulse mit unterschiedlichem Gewicht von hier ausgehen können – aber man sollte sich nicht überheben in Nordrhein-Westfalen. Deshalb Impulse mit unterschiedlichem Gewicht. Mit ganz starkem Gewicht für die Arbeit in Nordrhein-Westfalen, für die Vorbereitung der Landtagswahl. Mit Gewicht auch auf die politische Arbeit der SPD in der BRD und – mit dem, was wir mit unserem Kräften dazu leisten können – für die politische Entwicklung in ganz Deutschland für alle deutschen Menschen in Europa. Herzlichen Dank!

# Konstituierung des 10. ordentlichen Landesparteitages

Wahlen: Die Vorgeschlagenen wurden einstimmig gewählt beziehungsweise bestätigt.

## Wahl des Präsidiums

Brunn, Anke	Bezirk Mittelrhein
Danner, Dorothee	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Huber, Antje	Landesvorstand
Pflug, Johannes	Bezirk Niederrhein
Riesenbeck, Christina	Bezirk Westliches Westfalen
Uhlenbruch, Kurt	Unterbezirk Köln

## Wahl der Mandatsprüfungskommission

Dreiskämper, Ulrich	Bezirk Westliches Westfalen
Franke, Ferdi	Landeskontrollkommission
Heldt, Manfred	Bezirk Niederrhein
Kronwald, Marianne	Bezirk Niederrhein
Mittelberg, Wilfried	Landeskontrollkommission
Nilges, Herbert	Landeskontrollkommission
Preuss, Annette	Bezirk Mittelrhein
Uthe, Friedel	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Verhoeven, Rainer	Landeskontrollkommission

## Wahl der Zählkommission

Arndt, Werner	Bezirk Westliches Westfalen
Becker, Heinrich	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Franke, Ferdi	Landeskontrollkommission
Frind, Reinhard	Bezirk Niederrhein
Hinz, Petra	Bezirk Niederrhein
Jäger-Kluck, Petra	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Kästner, Hanna	Bezirk Mittelrhein
Lucas, Manfred	Bezirk Mittelrhein
Meiss, Ruth	Bezirk Niederrhein
Metz, Uschi	Bezirk Westliches Westfalen
Mittelberg, Wilfried	Landeskontrollkommission
Nilges, Herbert	Landeskontrollkommission
Riesel, Renate	Bezirk Westliches Westfalen
Seidel, Paul-Gerhard	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Stump, Rose	Bezirk Mittelrhein
Verhoeven, Rainer	Landeskontrollkommission

## Bestätigung der Antragskommission

Antwerpes, Franz-Josef	Bezirk Mittelrhein
Behler, Gabriele	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Benner, Gerhard	Bezirk Westliches Westfalen
Ebert, Wolfgang	Bezirk Niederrhein
Fröchen, Stefan	Bezirk Mittelrhein
Grätz, Reinhard	Landesvorstand
Hein, Horst	Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Holtmeier, Ura  
Katzky, Roland  
Müntefering, Franz  
Rauterkus, Marita  
Ridder-Melchers, Ilse  
Saft, Jürgen  
Schwall-Düren, Angelica  
Zöpel, Christoph

Bezirk Niederrhein  
Bezirk Niederrhein  
Bezirk Westliches Westfalen  
Bezirk Mittelrhein  
Landesvorstand  
Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
Bezirk Westliches Westfalen  
Landesvorstand

## Begrüßung durch Antje Huber

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der Zeit, die seit dem letzten Landesparteitag vergangen ist, haben uns eine Reihe von Genossinnen und Genossen verlassen. Ich darf Euch bitten, Euch zu Ehren der Toten zu erheben.

Stellvertretend für alle nenne ich:

Siegfried Mohnig, Landrat des Kreises Herford; Werner Holtensteiner, Unterbezirksgeschäftsführer Herford; Heinz Pöhler, Mitglied des Deutschen Bundestages bis 1972; Lotte Wicke, Mitglied des Landtags bis 1975; Brigitte Stegmann, Mitglied des Rates in Goch; Friedhelm Wennmann, Fraktionsvorsitzender im Landschaftsverband; Rainer Diehl, Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Mittelrhein; Renate Bretzlaff, Mitarbeiterin im Bezirksbüro Mittelrhein; Theo Burauen, ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Köln; Ernst Wiczok, Mitglied des Landtages und ehemaliger OB Bottrop; Herbert Liebig, Mitarbeiter im Bezirksbüro Westliches Westfalen; Hans Menne, stellv. Bundesvorsitzender der ASJ; Heinz Grabis, Spitzenkandidat zur Kommunalwahl in Soest.

Ihr habt Euch zu Ehren der Toten erhoben. Ich danke Euch.

Ich darf nun einige der Anwesenden besonders begrüßen.

An erster Stelle nenne ich den Oberbürgermeister der Stadt Köln, Norbert Burger. Ganz besonders herzlich begrüße ich unseren früheren Ministerpräsidenten Heinz Kühn. Unter uns ist der Präsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Denzer. Wir freuen uns, daß beide Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger und Heinz Westphal, uns die Ehre geben. Als Vizepräsident des Europäischen Parlaments ist Hans Peters zu uns gekommen. Auch Anke Fuchs, unsere Bundesgeschäftsführerin, ist hier und als stellvertretende Vorsitzenden der Bundestagsfraktion heiße ich Horst Ehmke willkommen.

Nun begrüße ich eine Reihe von Gewerkschaftsvertretern, zu nächst Ilse Brusis und Michael Geuenich vom DGB-Bundesvorstand. Heinz-Werner Meyer, der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, und Dieter Mahlberg, der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks, sind ebenfalls hier. Mit ihm ist Walter Haas vom DGB-Landesbezirk gekommen.

Ich begrüße auch Herrn Helmut Koegel-Dorfs als Beauftragten der evangelischen Kirche beim Landtag und bei der Landesregierung.

Unser früherer Bundestagskollege Olaf Sund wird begrüßt als Präsident des Landesarbeitsamtes und Richard Winkels als Präsident des Landessportbundes.

Wir begrüßen die Herren Generalkonsule Dr. Bourges und Dr. Karas von Frankreich und Österreich, und von der US-Botschaft begrüßen wir die Herren Volk und Grotz.

Ganz besonders, und damit Ihr länger Zeit zu applaudieren

habt, begrüße ich unseren ersten Gast aus der DDR, Herrn Wolfgang Schnur. Er ist der Vorsitzende des „Demokratischen Aufbruchs“, der bis jetzt 6 000 Mitglieder zählt und bis 1990 eine Partei gründen will.

Nun kommen wir zu den Grußworten.

Vorab übermittle ich Euch die herzlichen Grüße des Unterbezirkvorsitzenden. Er verzichtet aus zeitlichen Gründen auf ein Grußwort und läßt Euch auf diese Weise grüßen.

Aber natürlich soll der Oberbürgermeister das Wort haben.

# Beschlußfassung über

## a) die Tagesordnung

## b) die Geschäftsordnung

### Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung;
2. Konstituierung des 10. ordentlichen Landesparteitages
  - a) Wahl des Präsidiums
  - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - c) Wahl der Zählkommission
  - d) Bestätigung der Antragskommission;
3. Beschlußfassung über
  - a) die Tagesordnung
  - b) die Geschäftsordnung;
4. Grußworte;
5. Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden  
Ministerpräsident Johannes Rau MdL;
6. Bericht der Landtagsfraktion  
Berichtersteller: Friedhelm Farthmann MdL;
7. Finanzbericht  
Berichtersteller: Fritz Ziegler;
8. Bericht zur organisatorischen Arbeit  
des Landesverbandes  
Berichtersteller: Bodo Hombach;
9. Bericht der Landeskontrollkommission  
Berichtersteller: Rainer Verhoeven;
10. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 5 bis 9  
einschließlich der schriftlichen Berichte der Gleichstel-  
lungskommission, der Arbeitsgemeinschaften und der  
Kommissionen und Gesprächskreise des Landesvorstan-  
des;
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission;
12. Entlastung des Landesvorstandes;
13. Antragsberatung;
14. Wahlen
  - a) der/des Landesvorsitzenden
  - b) der stellvertretenden Landesvorsitzenden
  - c) der Schatzmeisterin/des Schatzmeisters
  - d) der Beisitzer/innen im Landesvorstand
  - e) der Landeskontrollkommission
  - f) eines Mitglieds für den Parteirat;
15. Schlußwort.

● Tages- und Geschäftsordnung (letztere mit Hinweis auf das unter Punkt 5. vorgesehene Wahlverfahren) wurden einstimmig angenommen.

### Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken ge-  
wählten Delegierten und die Mitglieder des SPD-Landes-  
vorstandes.
2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die  
Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfaches  
Mehrheit gefaßt.
4. Die Wahlen erfolgen gemäß Satzung des SPD-Landesver-  
bandes NRW (§ 9) durch den Landesparteitag in  
Stimmzettel in getrennten Wahlgängen.  
Nacheinander werden gewählt:  
der/die Landesvorsitzende,  
die stellvertretenden Vorsitzenden in besonderen Wah-  
lgängen,  
der Schatzmeister/die Schatzmeisterin,  
die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes.  
Wahlen zum Landesvorstand sind geheim.
5. Für die Wahlen gilt die Wahlordnung der Partei.  
Bei Listenwahlen werden zunächst Frauen und Männer zu  
je einem Drittel der zu besetzenden Parteiämter mit ge-  
trennten Listen, aber in einem Wahlgang, gewählt. In ei-  
nem weiteren Wahlgang wird das dritte Drittel der zu be-  
setzenden Parteiämter mit einer gemeinsamen Liste ge-  
wählt.
6. Fristgerecht eingereichte Anträge von Organisationsglie-  
derungen für den Landesparteitag sowie Anträge von Be-  
zirksparteitagen werden vom Landesparteitag behan-  
delt. Der Landesparteitag entscheidet mit einfacher  
Mehrheit über die Behandlung von Initiativ-Anträgen. In-  
itativ-Anträge können nur aus aktuellem Anlaß gestellt  
werden, der vor Ende der Antragsfrist (7. Oktober 1989,  
nicht absehbar war, Antragsschluß ist der 18. November  
1989, 12.00 Uhr. Initiativ-Anträge zum Landesparteitag  
bedürfen der Unterstützung von 30 Delegierten aus zwei  
Bezirken.
7. Die Redezeit für Diskussionsredner/innen beträgt fünf Mi-  
nuten. Die Diskussionsredner/innen erhalten in der Reihen-  
folge ihrer Wortmeldungen das Wort; die Wortmeldun-  
gen sind schriftlich einzureichen.
8. Berichtersteller/innen können außerhalb der Reihenfolge  
der Wortmeldungen das Wort erhalten.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestel-  
lt und begründet werden. Die Antragsteller/innen erhalten  
außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/innen  
das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatte  
beträgt fünf Minuten. Die Abstimmung über Anträge zur  
Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner/ei-  
ner Rednerin Gelegenheit gegeben worden ist, für oder  
gegen den Antrag zu sprechen.
10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte  
zulässig.

# Grußworte

## Norbert Burger Oberbürgermeister der Stadt Köln

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bin mit Kurt Uhlenbruch einig darüber, daß wir in Köln das meiste füreinander und gemeinsam machen, und insofern kann ich Euch sowohl im Namen der Partei herzlich begrüßen zu diesem 10. ordentlichen Landesparteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen und gleichzeitig auch die Grüße von Rat und Verwaltung der Stadt überbringen.

Ich bin froh darüber, daß wir uns hier in Köln versammelt haben. Köln war bestimmt eine gute Ortswahl, denn hier in der größten Stadt des Landes kumulieren die Probleme, die auch heute hier sicherlich besprochen werden.

Genossinnen und Genossen, wir tagen in einer bewegten Zeit. Wir haben die Bilder im Fernsehen von der Berliner Mauer gesehen, die von der Bevölkerung brockenweise mit den Händen zerpfückt wird, wenn man sie nur läßt. Wir hoffen, daß die Öffnungspolitik in der DDR weitergeht, daß die Demokratie im anderen Teil Deutschlands eine echte Chance hat. Und wir müssen dabei verhindern helfen, daß die DDR durch zweideutige Wechselkurse ausgeplündert wird. Freiheit und Freizügigkeit verlangen gleichzeitig wirtschaftliche Stabilität. Wir in den Kommunen dürfen die Aus- und Übersiedler jetzt nicht allein lassen, auch wenn wir selbst vor mancher schwierigen Situation stehen.

Wie Ihr sicherlich schon gehört habt, ist die Lage in Köln besonders diffizil. Wir haben fünf Parteien im Rat und außerordentlich zähe Verhandlungen über die Eckwerte und Schwerpunkte der Politik der nächsten fünf Jahre. Die CDU in Köln ist derzeit sehr isoliert, daß ihr Verhandlungspart noch vorläufig ausfällt. Aber darüber braucht man nicht schadenfroh zu sein, ganz im Gegenteil, und mit den Grünen geht es auch nicht recht voran. Ich hoffe, daß wir in der dritten Ratssitzung nach der Wahl wenigstens die Ausschüsse bilden können. Gerade jetzt nämlich ist Flexibilität und Handlungsfähigkeit auch der anderen Parteien wichtig, und Städte und Räte, in denen Sozialdemokraten die absolute Mehrheit haben, sind wahrhaftig zu beneiden.

Wir in Köln stehen wie andere Großstädte vor den Problemen, die viele Menschen offensichtlich gegenüber früheren Wahlen zu verändertem Stimmverhalten veranlaßt haben. Ich nenne nur die neue Wohnungsnot, den hohen Sockel an Langzeitarbeitslosen, den Mangel an Kindergartenplätzen und die Fremdenangst.

Bei uns in Köln leben über 152 000 Ausländer, davon 6 000 Asylbewerber. Dazu kommen fast 4 000 vorläufig untergebrachte Aussiedler aus der Sowjetunion, aus Polen und Rumänien, knapp 1 000 Übersiedler aus der DDR. 120 weitere Aus- und Übersiedler kommen pro Woche dazu.

Das dringende Problem, das sich in Bezug auf die Zugewanderten und zukünftig Zuwandernden stellt, ist, zunächst für eine provisorische Unterbringung der Menschen zu sorgen und später eine angemessene Wohnversorgung sicherzustellen.

Hier ist die Integrationskraft der Stadt gefordert. Und wir brauchen einfach dafür neue Quantitäten an Wohnraum. Der Wohnungsbau ist – für die Kommunalpolitik war dies schon seit längerem erkennbar – zum Problem Nr. 1 geworden. Ich gehe davon aus, daß wir zum Beispiel hier in Köln in den nächsten fünf Jahren mindestens 20 000 bis 25 000 neue Wohnungen brauchen. Selbst bei einer großen Kraftanstrengung der Stadt selbst ist dies allein nicht zu schaffen. Wir können lediglich eine Spitze mitfinanzieren oder ein kleines eigenes Wohnungsbauprogramm auflegen. Aber hier ist in erster Linie der Bund am Zuge, aber auch, Genossinnen und Genossen, das Land gefordert.

Mit dem Mangel an Kindergartenplätzen verhält es sich ähnlich. Knapp ein Drittel aller Kinder, die in Köln einen Kindergartenplatz suchen, finden keinen. Auch hier kann die Stadt das Problem allein nicht lösen; auch hier muß das Land stark mithelfen.

Ich will damit nicht sagen, daß die Städte ihre Hände in den Schoß legen können, aber Bund und Land sind gefragt.

Wir tun auch, was wir können. Wir versuchen zum Beispiel, das Problem von 250 bis 300 Roma, die hier kein Asyl beantragt haben, die aber trotzdem hierbleiben wollen, zu lösen. Wir bieten den Neuankömmlingen aus der DDR und aus Rußland, Polen und Rumänien übergangsweise provisorische Unterkünfte schon seit längerer Zeit. Wir bemühen uns, den Bürgerinnen und Bürgern aus der DDR das Gefühl zu vermitteln, auch als Besucher hier willkommen zu sein. So habe ich angeregt, daß sie kostenlos städtische Museen und Sportveranstaltungen besuchen können, daß sie gratis öffentliche Einrichtungen in Anspruch nehmen können. Diese und ähnliche freundschaftliche Zeichen sind angemessen und richtig. Überhaupt sollten wir Verwandte und Bekannte aus der DDR zu Besuch einladen, denn wenn die neue Reisefreiheit und -freizügigkeit erst einmal ausgekostet ist, werden sicherlich die weitaus meisten wieder zurückkehren, um am Umbau der DDR zu mehr Freiheit mitzuarbeiten.

Aber man muß natürlich sehen, daß damit die grundsätzlichen Probleme nicht wegzuwischen sind: Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit berühren nach wie vor alle Deutschen, schon lange bevor Aus- und Übersiedler hier ankamen. Gerade deshalb darf es auch keine Bevorzugung etwa in der Frage der Wohnungs- und Arbeitsvermittlung geben. Das würde Neid und Mißstimmung in der Bevölkerung provozieren. Allerdings ist auch klar, daß derjenige, der kein Dach über dem Kopf hat, Vorrang haben muß vor dem, der schlecht wohnt. Es müssen daher schnell überzeugende Lösungen gefunden werden.

Die Bundesregierung hat bisher nicht viel anzubieten, aber sie kommt langsam, wenn auch zu spät und mit zu wenig über. Die Menschen im Lande erwarten von uns Sozialdemokraten konkrete Konzepte zur Verbesserung, und da haben wir, Genossinnen und Genossen, bis zur Landtagswahl und Bundestagswahl noch große Anstrengungen vor uns. Ich bin sicher, daß der Landesvorsitzende dazu gleich ausführlich Stellung nehmen wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich wünsche unserem 10. ordentlichen Landesparteitag einen guten Verlauf, fruchtbare Diskussionen, gute Ergebnisse, Euch allen einen angenehmen Aufenthalt in dieser Stadt!

# Anke Brunn

## Vorsitzende des Bezirks Mittelrhein

Liebe Delegierte, liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Gäste, liebe Freunde,

ich begrüße Sie namens der 52 000 Mitglieder des Bezirks Mittelrhein. Wir sind ein kleiner Bezirk unter den großen Bezirken des Landes Nordrhein-Westfalen, aber wir wachsen kräftig. In diesem Jahren haben wir fast eineinhalbtausend neue Mitglieder aufgenommen, darunter viele junge und engagierte, die sich für Arbeitsplätze, für mehr soziale Gerechtigkeit, für Umwelt, für Frieden, für die Erneuerung einsetzen.

Wir sind stolz darauf, daß wir bei der Kommunalwahl so viele Stimmen gewonnen haben, daß wir inzwischen schon von Köln bis Aachen Oberbürgermeister und Landräte stellen. Das hat es in der Geschichte Nordrhein-Westfalens noch nicht gegeben, daß in Köln und Aachen die Oberbürgermeister und im Erftkreis, in Düren und im Kreis Aachen die Landräte Sozialdemokraten sind. Das ist eine gute Basis für die kommende Landtagswahl im Mai. Aber wir haben auch keinen Grund zum Übermut, denn in der großen Stadt Köln haben wir auch ziemlich verloren.

Meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, unser Bezirk reicht von Bonn bis Heinsberg. Von Bonn ist viel die Rede, deshalb ein Wort zu Heinsberg. In Heinsberg ist die Zeche Sophia Jacoba. Da erwarten die Bergleute, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen, unsere Unterstützung. Wir sollten diesen Landesparteitag nicht vergehen lassen, ohne daran zu erinnern, daß die Bergleute unsere Solidarität brauchen.

Heute steht im Zentrum des Landesparteitages die große historische Umwälzung, an der wir teilhaben können. Dies ist eine große Aufgabe, darauf hat Norbert Burger bereits hingewiesen. Dies ist aber auch eine große Chance in unserer Geschichte; denn zum ersten Mal wird Frieden in Europa noch viel eher möglich, als wir das gedacht haben. Das ist eine Chance zur Abrüstung. Sollten wir nicht die vielen Mittel zur Rüstung auf beiden Seiten Europas einsparen und verwenden, um ein neues demokratisches Europa aufzubauen?!

In diesem Sinne entbiete ich Euch meinen Gruß zum heutigen Parteitag.

# Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Johannes Rau

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde!

Zwei Jahre lang haben wir verhandelt, um einmal Nordrhein-Westfalen, die Vielfalt seiner Kultur in der DDR darstellen zu können. Bei der vorletzten Landtagssitzung kam – am Tage des Rücktritts von Erich Honecker – die Absage. Wir waren betroffen und enttäuscht. Acht Tage später wurden wir gebeten, doch zu kommen. Und dann sind wir am Morgen des 9. November nach Leipzig gereist mit viel Kunst im Gepäck, mit vielen Überlegungen und Gedanken im Sinn, und am Abend war die Welt anders. Wir wurden in Leipzig Zeugen eines Geschehens, das – wenn man es im April vorgesagt hätte – für diesen Zeitpunkt kritische, ungläubige Fragen hervorgerufen hätte und nicht Stürme der Begeisterung, Tränen, Bewegtheit der Menschen.

---

## „Mein Leipzig lob' ich mir“

---

Wenn man zu einem Landesparteitag geht, dann denkt man an Städte, an Namen, die in diesen zwei Jahren in unserem Land eine Rolle gespielt haben: an Rheinhausen, an Remscheid. Aber jetzt denken wir alle nicht nur an diese Städte und viele andere, jetzt denken wir an Städte und Gemeinden in der DDR, wo Freunde leben, langjährige Freunde, wo Hoffnungen aufkeimen, ungläubiges Staunen. Ich habe viele Bibelworte zitiert auf Parteitag. Goethe habe ich noch nie erwähnt. „Mein Leipzig lob' ich mir“, heißt es im Faust. Was ist das für ein Geschehen! Was waren das für überwältigende Szenen, bewegende Bilder. Da ist ein Abschnitt deutscher Geschichte zu Ende gegangen mit der Öffnung der Grenzen, mit der Öffnung der Mauer. Ich gestehe, daß mich das auch persönlich sehr berührt. Gemeinsam mit vielen anderen, mit Diether Posser, mit Jürgen Schmude, mit Erhard Eppler habe ich Anfang der 50er Jahre, mit Hermann Vomhof, den ich da sehe aus Freudenberg, haben wir Anfang der 50er Jahre aus unterschiedlichen Richtungen kommend Politik zu machen versucht, weil uns diese Frage nicht losließ, weil wir nicht wollten, daß West-Abmarsch, West-Integration, so nötig sie ist, das einzige politische Thema bleibt. Ich habe noch den Ruf im Ohr: Deutsche an einen Tisch! Und die Verweigerung der Bundespolitik gegenüber diesem Tisch damals. Ich habe diese Entwicklung in den 50er Jahren noch in Erinnerung, auch den Streit in der SPD bis hin zum Deutschlandplan 1959 und 1960. Und jetzt, drei Jahrzehnte später, kann und wird diese Mauer, dieses Zeichen des Versagens von Politik, abgeräumt werden. Das ist wunderbar!

---

## „Erfolg des Mutes, der Besonnenheit“

---

Was tun wir Bundesdeutschen dann? Wir machen Urheberstreit. Wir fragen, wer ist das gewesen, wer hat den größten Anteil? Laßt daran Zweifel nicht aufkommen. Das, was da geschehen ist, und was wir jetzt mit großen Hoffnungen und mit bangem Herzen weiterverfolgen – denn das ist ja noch nicht

alles und schwere Schritte kommen noch – das ist der Erfolg der Besonnenheit, des Mutes, des aufrechten Ganges der Männer und Frauen in der DDR. Die haben das zustandegebracht.

Ja, es stimmt, das können wir belegen: Daß unsere Vertragspolitik wichtige Voraussetzungen geschaffen hat. Aber wo wären wir heute, gäbe es nicht die Jungen und die Alten in Erfurt, in Dresden, in Mecklenburg, gäbe es nicht und hätte es nicht gegeben in den letzten Jahren den Schutzschild der Kirchen in der DDR, die jahrelang die alleinigen Stellen des freien Wortes gewesen sind. Und wir vergessen bei aller Freude nicht: Der Weg, auf den die Menschen sich da begeben haben, ist noch weit.

---

## „Der Bedarf an Bevormundungen ist überreichlich gedeckt“

---

Die Menschen in der DDR ringen um ihre Selbstbestimmung. Ich füge hinzu: Ihr Bedarf an Bevormundung ist in den letzten vier Jahrzehnten so überreichlich gedeckt worden, daß wir jetzt nicht die Ausfallbürgschaft für neue Bevormundungen zu übernehmen brauchen. Manche wollen aus dieser Entwicklung in der Mitte Europas ein innenpolitisches Schlaginstrument machen. Sie reden vom Ende des Sozialismus. Sie plakätieren: „Dem Sozialismus laufen die Leute weg.“ Merken die eigentlich nicht, daß sie die Sprache der alten SED sprechen? In der DDR ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern eine ineffiziente Staats- und Wirtschaftsbürokratie, die Menschen unwürdig behandeln wollte. Die ist gescheitert in der DDR.

---

## „Gorbatschow hat die Welt in Bewegung gebracht“

---

Ein hiesiger Politiker, der Landesvorsitzender der Union ist – der nette Kleine mit der Nickelbrille -, der hat mich gestern noch einmal ermahnt, hier müßten aber Bekenntnisse kommen von mir zu Freiheit, zu Demokratie. Nun kann ich nicht nachträglich Lese-Unterricht geben, sonst würde ich raten, doch mal das 30 Jahre alte Godesberger Programm zur Hand zu nehmen. Das Programm, das damals die Öffnung zur Volkspartei bewirkt und beschrieben, beschrieben und bewirkt hat, ein Programm, das drei Jahrzehnte lang unseren Weg begleitet hat und von dem aus wir uns jetzt aufmachen, nicht um etwas zu verbrennen, was wir bisher gesagt haben, sondern um auf neue Herausforderungen neue Antworten zu geben. In diesem Godesberger Programm von 1959 steht: „Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf die sozialistischen Traditionen. In Wirklichkeit haben sie das sozialistische Gedankengut verfälscht“. Das ist Originalton SPD. Wir haben uns damals den stalinistischen Kommunismus angesehen und haben im Programm gesagt: „Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal. Sie verge-

waltigen die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit und der Völker. Gegen ihren Machtapparat stellen sich heute zunehmend auch die Menschen der kommunistisch regierten Länder selber. Auch dort vollziehen sich Handlungen, auch dort wächst das Freiheitsstreben, das keine Herrschaft auf Dauer völlig niederhalten kann". Das ist die Beschreibung, die 30 Jahre alt ist.

In diesen drei Jahrzehnten hat sich der Kommunismus verändert. Da ist nicht mehr Stalin, da ist Michail Gorbatschow, ein Mann, der die Welt in Bewegung gebracht hat, nicht nur in Europa, wie kaum ein anderer. Da ist ein Mann, der nicht ungefährdet seinen Weg geht – noch ist nicht alles geschafft und erreicht, was er sich vorgenommen hat. Weil es diese Wandlungen gegeben hat in den drei Jahrzehnten, waren Verträge möglich, wir haben die Ziele der Entspannungspolitik beschrieben und Stück für Stück erreicht: Mehr Begegnung zwischen Ost und West, Liberalisierung im Osten, Verwirklichung der Bürger- und der Menschenrechte ohne Grenzen in Frage zu stellen und ohne den Frieden zu gefährden.

Und weil das so ist, darum raten wir bei allen öffentlichen Äußerungen zur Situation in der DDR daran zu denken: Ratschläge können auch Schläge sein.

---

### „Wohlstandsgefälle darf nicht größer werden“

---

Wir sollten weder Vorschriften machen, noch Bedingungen stellen. Die Menschen in der DDR müssen ihren Weg selber gehen. Und sie sagen schon, was die weiteren Schritte sein müssen: Vollständige Reisefreiheit, Abschaffung des Visumzwangs, Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung, freie und geheime Wahlen auf allen Ebenen, unabhängige Rechtssprechung, volle Informations- und Pressefreiheit. Das sind nicht unsere Bedingungen, sondern das sind die Forderungen der Menschen in der DDR.

Unsere zentrale Aufgabe wird sein mitzuhelfen, damit das Wohlstandsgefälle zwischen der Bundesrepublik und der DDR nicht noch größer wird. Da dürfen wir nicht nur die Freude der Reisefreiheit teilen, sondern wir müssen auch die Lasten teilen, die daraus erwachsen. Die Bundesregierung und die Regierung der DDR müssen über eine pauschale Regelung verhandeln, die das Begrüßungsgeld und den Zwangsumtausch überflüssig macht.

Alle politischen Parteien, alle gesellschaftlichen Gruppen in der Bundesrepublik sollten sich an einen Tisch setzen – ob der rund ist oder eckig – und sollten ein abgestimmtes Konzept erarbeiten, wie wir die Menschen aus der DDR und in der DDR auf dem Weg, den sie selber gewählt haben, unterstützen können. Ich bin überzeugt davon: Wir brauchen über mehrere Jahre eine große nationale Anstrengung, die privates und öffentliches Geld in Milliardenhöhe mobilisieren kann. Ohne diese Anstrengung kommt es in der DDR zu einer dramatischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Das zu verhindern ist die zentrale Voraussetzung dafür, daß die Menschen in der DDR bleiben. Es liegt doch nichts näher, als zu sagen, „nun laßt uns diese zum 1. Januar 1990 geplante Steuerreform mal für ein paar Jahre aussetzen, damit da drüben etwas geschehen kann, was Menschen hilft“. Wir dürfen nicht den Weg gehen in die zusätzliche Netto-Neuverschuldung und die Lasten der Aufhebung dieser schrecklichen Spaltung den nächsten Generationen zurechnen und sagen: „Das sollen die dann mal lösen. Wir begnügen uns mit der Freude“.

Wir tragen heute Verantwortung, denn die Menschen in der DDR hatten nach dem Krieg nicht die gleichen Chancen, die wir gehabt haben.

---

### „Wer zu uns kommt, dem wollen wir auch in Zukunft helfen“

---

Wer zu uns kommt, dem wollen wir auch in Zukunft helfen. Dazu

haben wir als Landesregierung wichtige Schritte getan. Wir haben die Möglichkeiten zur Aufnahme verdoppelt, von 6.900 auf 13.800 Plätze. Wir haben im Haushalt für das kommende Jahr zusätzlich 100 Millionen Barmittel und 100 Millionen Verpflichtungsermächtigungen bereitgestellt, um die Kommunen bei der vorläufigen Unterbringung zu entlasten.

Die neue Situation zwischen den beiden deutschen Staaten müssen wir im europäischen Kontext sehen. Für mich heißt das: Wir brauchen keine abstrakten Diskussionen über Wiedervereinigung zu führen. Gefragt sind praktische Konzepte für eine umfassende und faire Wirtschaftshilfe für die DDR, gefragt ist, ob wir es ernst meinen mit der Gemeinsamkeit der Deutschen. Gefragt ist, daß wir das durch unser Handeln zeigen, nicht durch unser Reden. Dazu gehört, daß wir ernsthafte und begründete Sorgen in der DDR jetzt nicht als Vorwände oder als Propaganda abtun. Da gibt es schon die Sorge um Ausverkauf und das Stichwort „Billiglohmland“ und das Stichwort „massenhafter Schwarzhandel“.

---

### „Wir brauchen keine Grenzdiskussionen“

---

Ich füge hinzu: Mehr Gemeinsamkeit zwischen den Deutschen darf kein Hemmschuh für den europäischen Einigungsprozeß sein. Wir brauchen die Europäische Gemeinschaft, aber die Europäische Gemeinschaft ist nicht das ganze Europa. Wir brauchen Stabilität in Europa, darum brauchen wir keine Grenzdiskussion.

Ich finde, Hans-Dietrich Genscher hat recht mit dem, was er vor der UNO gesagt hat. Das polnische Volk „soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird“.

Da muß man Helmut Kohl doch fragen, der die Gesten so liebt: Wie wäre es, wenn er mal versuchte, diesen Satz nachzusprechen? Wie wäre es, wenn er mal versuchte, die Schleier des Zweifels und falscher Rücksichtnahme wegzunehmen, damit das Verhältnis zwischen den Deutschen und den Polen nach den Jahrhunderten des Leidens und des Schmerzes eines Tages wieder ein Verhältnis sicher nicht ohne Unbefangenheit, aber ohne Angst voneinander sein könnte. Warum hat er diesen Satz nicht gesagt?

Wir brauchen auch zwischen den beiden deutschen Staaten keine Grenzdiskussionen, denn der alte Nationalstaat Bismarckscher Prägung ist mit Sicherheit keine Lösung. Die deutsche Frage wird ihre Antwort finden innerhalb einer europäischen Friedensordnung. Es gibt auf die deutsche Frage keine deutsche, sondern nur eine europäische Antwort. An der wollen wir mitwirken.

---

### „Wir wollen eine Politik der Nachbarschaft“

---

Der Wunsch nach Selbstbestimmung, das Recht auf Selbstbestimmung der Deutschen – das werden wir auch deutlich zu machen haben – richtet sich gegen niemanden, schon gar nicht gegen den Frieden und schon gar nicht gegen die Sicherheit in Europa.

Wir wollen eine Politik der guten Nachbarschaft in Deutschland und eine Politik, die alle Möglichkeiten deutscher Gemeinsamkeiten voll ausschöpft. Dazu brauchen wir eine neue Qualität der Zusammenarbeit. Dazu brauchen wir ständige Kommissionen beider deutscher Staaten aus Regierungsvertretern, aus Experten, aus Vertretern wichtiger gesellschaftlicher Gruppen. Die Themen liegen doch auf der Hand: Währungs- und Devisenfragen werden von Tag zu Tag dringlicher; Wirtschafts- und Strukturfragen; Umweltschutz und Energiepolitik; Verkehr und Infrastruktur, das Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt.

Die neue Entwicklung in der DDR bietet eine Chance für die Zusammenarbeit der Regionen in Deutschland und in Europa. In

der DDR diskutiert man schon, ob die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg, Brandenburg, Thüringen wiederhergestellt werden sollen. Das sind große Chancen, gerade für uns in Nordrhein-Westfalen.

Dabei werden wir neue, noch unerprobte Formen der Gemeinsamkeit finden müssen.

Das ist im Interesse der Menschen in Deutschland und im Interesse aller Völker Europas.

---

## „Wir brauchen Abrüstung in allen Bereichen“

---

Wir stehen also nicht vor der Alternative deutsch-deutsche Zusammenarbeit oder Entwicklung der europäischen Gemeinschaft. So wie die Bundesrepublik Deutschland nicht das ganze Deutschland ist, so ist das Europa der Zwölf auch nicht das ganze Europa. Dennoch haben wir große gemeinsame Aufgaben: Die beiden deutschen Staaten könnten eine drängende Rolle spielen bei der Abrüstung. Wir sind in unterschiedlichen Bündnissen, aber wir haben innerhalb der Bündnisse gleiche Ziele – wir brauchen Abrüstung in allen Bereichen, bei den konventionellen und bei den atomaren Waffen. Und wir wollen doch beide, daß die chemischen Massenvernichtungsmittel nicht nur geächtet, sondern vollständig und ersatzlos abgebaut werden, daß sie verschwinden.

Wir müssen wir bei uns anfangen. Da muß Schluß sein mit immer noch gigantischen Rüstungsprojekten. Der Jäger 90 ist schon überflüssig, bevor er produziert wird. Und ohne den Jäger 90 wird der Friede nicht weniger sicher als mit dem Jäger 90. Aber es würde Geld frei für die Aufgaben, die wirklich zu leisten sind, und die liegen in der Innenpolitik der beiden deutschen Staaten, die liegen bei Kindergärten, beim Wohnungsbau, und die liegen beim Abbau des Nord-Süd-Gefälles. Da liegen die eigentlichen Herausforderungen!

---

## „Wann werden Tiefflüge überflüssig gemacht?“

---

Wir brauchen übrigens neues Denken auch in einem anderen Bereich der Sicherheitspolitik. Ich meine die Tieffliegerei. Viele werden sich erinnern an meinen Kampf mit dem damaligen Verteidigungsminister wegen der Flugschau in Nörvenich. Viele werden die Bilder aus Remscheid nicht vergessen haben. Was muß eigentlich noch passieren, damit die Bundesregierung endlich ein Konzept vorlegt, wie Tiefflug überflüssig gemacht wird? Wir drängen ständig, wir führen Gespräche, wir haben Inzidenzen im Bundesrat.

Wir haben auch schon manches erreicht, aber das genügt uns nicht. Nicht nur in der Eifel, nicht nur im Münsterland, nicht nur im Siegerland, im Sauerland sind die Menschen diese Tieffliegerei leid. Wir brauchen für unsere Sicherheit nicht Tiefflug, wenn wir es ernst nehmen mit gegenseitiger Angriffsunfähigkeit.

Laßt uns diese Fragen nicht vergessen bei den vor uns liegenden Gesprächen und Auseinandersetzungen. Laßt uns die Menschen nicht vergessen, die wie in den letzten Jahren auch in den kommenden Monaten und Jahren mit besonderen Hoffnungen und Erwartungen auf die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen blicken.

---

## „Versöhnen statt spalten heißt nicht Sauce der Harmonie“

---

Ich habe einmal gesagt: „Versöhnen statt Spalten“. Ich bin dafür gelegentlich gescholten worden. Manche meinten damals: Der will die Sauce der Harmonie über die Konflikte der Welt gießen. Nein, das habe ich nie gewollt. Was ich wollte, das war Anstehen gegen eine Politik – die nicht zuende ist, die weitergeführt wird – in der polarisiert wird, in der Menschen benachteiligt werden, in der Gruppen ausgegrenzt werden, eine

Politik, die nicht zusammenführt, sondern die trennt und spaltet. Manche rechnen mit dem schlechten Gedächtnis oder mit der Gewöhnung der Menschen. Tatsache ist: Wir haben weiter in der Bundesrepublik fast zwei Millionen Arbeitslose, immer noch in jedem Monat mehr als je in der Regierungszeit von Willy Brandt und Helmut Schmidt. Diese Menschen haben schlechtere Voraussetzungen, sie haben Lebensangst, sie fühlen sich ausgestoßen, sie fühlen sich unnützlich. Viele von ihnen sind schwer vermittelbar. Wir wissen das. Aber auch veränderte statistische Methoden können doch die wirklichen Mißstände nicht beseitigen. Das grenzt ja noch einmal mehr Menschen aus.

---

## „Die Langzeitarbeitslosen leben in materieller Not“

---

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen wächst. Sie tragen schwere psychische Belastungen, schleppen sich herum mit dem Makel, sie hätten versagt. Sie leben in materieller Not, sie selber und ihre Angehörigen.

Was hat sich nicht alles in den letzten Jahren ereignet? Wie dramatisch ist die soziale Schlechterstellung der Behinderten erkennbar geworden, der sozial Schwachen und mancher anderer Randgruppe?

Ich war ja mal Kanzlerkandidat. Ihr wißt, wie das ausgegangen ist: Die Stelle ist nicht freigeworden. Aber wenn sie freigeworden wäre, gäbe es heute keine Gesundheitsreform auf Kosten der Kranken und der Alten, auf Kosten derer, die die Leistungen zu erbringen haben. Denn all diese Kostenerhöhungen treffen die sozial Schwächeren ungleich stärker als uns Besserverdienende. Die Belastungen bei den Niedrigverdienenden, bei den Rentnern sind höher als sie uns treffen. Die angemessene Beteiligung der Pharmaindustrie ist immer versprochen, aber nie erreicht worden.

---

## „Neue Polarisierungen und problematische Konkurrenzsituationen“

---

Seht Euch die Polarisierung in der Ausländerfrage an. Seht Euch an, was es an neuen Polarisierungen jetzt gibt bei den Versorgungsengpässen im Wohnungsbereich, bei Arbeitsplätzen, bei Unterschieden in der sozialen Sicherung. Da entstehen problematische Konkurrenzsituationen. Und viele Menschen, auch in unserer Klientel, wie man das so nennt, spüren das und rebellieren dagegen.

---

## „Spaltung durch falsche Politik in Bonn“

---

Diese Spaltungs- und Polarisierungserscheinungen sind durch falsche Politik in Bonn herbeigeführt oder mindestens verstärkt worden. Statt daß man endlich eine wirkliche Qualifizierungsoffensive macht, kürzt man im Arbeitsförderungsgesetz, kürzt man bei den Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit. Statt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auszuweiten und zu sichern, werden die Zuschüsse gekürzt. Wir haben ja die Briefe bekommen: Wir wissen ja, wie viele karitative und soziale Einrichtungen, gemeinnützige Einrichtungen zerschlagen werden, wie bewährte Strukturen dabei zu Bruch gehen. Und statt einer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wird Arbeitslosigkeit finanziert – statt endlich Arbeit zu finanzieren.

---

## „Die Politik der Bundesregierung gefährdet den sozialen Frieden“

---

Die Politik der Bundesregierung gefährdet ohne Not den sozialen Frieden, sie treibt Keile zwischen die Gruppen der Arbeitnehmer. Übrigens auch zwischen die Interessenvertreter dieser Arbeitnehmer. Seht Euch das neue Betriebsverfassungsgesetz

setz an. Seht Euch die Eingriffe in die Tarifautonomie durch den Bundeswirtschaftsminister an. Richard von Weizsäcker hat bei der IG Metall gesagt: „Der Staat hat – soweit er nicht selbst Tarifpartei ist wie im Öffentlichen Dienst – am Verhandlungstisch über Löhne und Arbeitsbedingungen nichts zu suchen. Das kostbare Gut der Tarifautonomie darf nicht in Frage gestellt werden“. Das ist auch unsere Meinung. Wir stützen diese Haltung.

### „Jetzt gehen wir in den Landtagswahlkampf“

Jetzt gehen wir in den Landtagswahlkampf. Es sind nur noch 25 Wochen, habe ich ausgerechnet. Dabei haben wir vier Gegner, davon ist schon gesprochen worden. Einen habe ich schon namentlich erwähnt. Also, man staunt immer wieder. Da habe ich ein Zitat. So sagt Norbert Blüm: „Und wenn wir die Europawahl und die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen gewonnen haben, beginnt der Landtagswahlkampf, und dann Gnade Dir Gott, Johannes Rau“. Karl Marx ist tot, Norbert Blüm redet. Weiter so, Norbert Blüm. Weiter so!

### „Blüm hat sich Rückfahrkarte gekauft“

Nun hat er sich eine Rückfahrkarte gekauft. Interessante Entwicklung! Vor acht Tagen diese aufregenden Schlagzeilen. Lattek als Finanzminister oder so ähnlich. Also, das waren ja Nachrichten. Ein Mann, der bisher Weltklasse-Mannschaften trainiert hat, geht in die Verbandsliga. Das war doch was! Und dann wirft er das Handtuch.

Norbert Blüm, man denkt, jetzt wird es still, da singt er: „Wohlauf Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd mit Klimke geht's jetzt in die Wahlen.“ Jetzt kommt der Dr. Klimke.

### „Man wünscht sich jetzt einen starken Gegner“

Da kommt jetzt ein Streichquartett ins Orchester. Vier Leute. Und Blüm sagt: Aber dirigieren werde ich nicht. Er bleibt in Bonn, sagt er, wenn er nicht, sagt er, gewinnt, wie er sagt, hätte er sowieso keine Lust. Und ein paar von denen, die da in der Union wirklich aufregend sind und mich auch manchmal ärgern, gehen auch noch weg – Christa Thoben zum Beispiel, die steht auf der Transferliste. Und in den Kabinen sitzen sie, die Spieler, und streiten um die Stammplätze auf der Landesliste. Das ist die Situation. Man wünschte sich jetzt nicht nur eine wache Partei, sondern auch einen starken Gegner! Daran ist gegenwärtig noch nicht zu denken. Aber laßt diese Entwicklung jetzt nicht dazu führen, daß wir müde werden, daß wir, um es wieder im Bild zu sagen, jetzt so einen Bayern-München-Effekt auslösen: „Die gewinnen sowieso immer“. (Zwischenruf Heineemann: Heute nicht!) Hermann, das war doch ein Zitat, das war doch keine Vorhersage. Ihr müßt Euch merken: Prophetie ist immer Deutung der Gegenwart und nie Vorhersage der Zukunft.

### „Nord-Süd-Gefälle – das gibt's nicht mehr“

Was werden wir landespolitisch tun? Ich hoffe, daß wir zuerst einmal den Menschen erzählen, selbstbewußt erzählen, was wir getan haben, was wir in den letzten Jahren zustandegebracht haben miteinander, oft mit Ächzen, mit Schwierigkeiten. Aber wir haben was zustandegebracht. Dazu kann ich nur sagen, als ich das Amt des Ministerpräsidenten anvertraut bekam, habe ich erstens nicht gewußt, daß man einen so langen Atem braucht und zweitens nicht, wie groß unsere Erfolgsliste eines Tages sein würde. Vor fünf Jahren konnte man die Zeitung aufschlagen und stets den Vergleich lesen: Nordrhein-Westfalen – Baden-Württemberg, da gab's immer Nord-Süd-Gefälle. Da redet kein Mensch mehr davon! Es hat sich herumgesprochen: Wir sind auf dem Weg nach vorn! Wir haben in

vielen Gebieten eine Spitzenstellung unter den Bundesländern erreicht. Und wir sind unseren Themen treu geblieben: Ökologische Erneuerung, ökonomische Erneuerung, soziale Verantwortung. Dieser Dreiklang, der hat uns bestimmt, und gerade diese Fremdwörter – übersetzt in Politik – das trägt Früchte.

### „Wir haben einen neuen Aufbruch geschafft“

Wir spüren jetzt: Wir haben einen neuen Aufbruch geschafft aus eigener Kraft und viel geschaffen! Wir sind nicht mehr das Land von Kohle und Stahl. Wir sind das Land mit Kohle und Stahl. Ich habe in Ahlen damals, am 16. Dezember 1985, gesagt: Ich möchte gerne, daß Made in Germany wieder heißt, daß wir Filteranlagen exportieren und Umwelttechnologie, nicht Panzer, nicht Raketen, nicht Kanonen. Da exportieren heute 800 Firmen mit 100.000 Beschäftigten nur Umwelttechnologien, nur aus Nordrhein-Westfalen, in alle Länder der Welt. Die älteste und größte Industrieregion der Welt, die hat sich so verwandelt. Sie könnte ja auch anders aussehen als Köln und Duisburg, als Dortmund und Castrop-Rauxel. Sie könnte ja auch aussehen wie Liverpool, Manchester, Birmingham, Glasgow oder wie Lothringen oder wie Limburg. Der Weg der „passiven Sanierung“ wäre ja auch möglich gewesen. Nein, wir haben gesagt: Wir wollen Strukturwandel ohne soziale Brüche.

### „Rheinhausen – Beispiel für den Strukturwandel“

Und ich denke, das Beispiel Rheinhausen sagt doch was. Ich weiß noch sehr gut, daß ich da gestanden habe, als mir einer gesagt hat: Wenn du jetzt hier sagst, Rheinhausen bleibt, gehst du weg, bist du der „King“. Ich habe es nicht gesagt. Ich habe gesagt: Wir wollen tun, was wir können. Mehr nicht. Ich bin da weggegangen wie ein begossener Pudel. Und nach ein paar Monaten sind sie gekommen und haben gefragt, ob wir nicht helfen können. Da haben wir uns zusammengesetzt und haben in Monaten ein Konzept zustandegebracht. Es ist noch nicht voll realisiert. Aber da haben zum ersten Mal große Konzerne ihre regionale Verantwortung für Arbeitsplätze festgeschrieben, und haben aufgeschrieben: Keiner wird arbeitslos, keiner wird entlassen. Das war nicht leicht. Das war ein Beispiel für Strukturwandel.

Das sind ja tiefgreifende Anpassungsprozesse, das sind ja wirtschafts-historische Etappen, die das bisher Dagewesene übertreffen. Macht Euch das noch mal bewußt! Vor 30 Jahren war jeder achte Arbeitnehmer in der Montanindustrie.  Heute ist es jeder zwanzigste! In der Stahlindustrie hat es seit 1964 einen Beschäftigungsrückgang um 40 Prozent gegeben. Im Steinkohlebergbau seit 1957 um über 70 Prozent. In der Textil- und Bekleidungsindustrie einen Rückgang um 58 Prozent von 1970 an.

### „Ehemalige Bergbaustädte heute Dienstleistungszentren“

Was ist die Folge? Die Folge ist eine Arbeitslosigkeit, die mehr über dem Bundesdurchschnitt als unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Aber die Folge ist auch, daß Städte, die manche Bürger in anderen Ländern nur noch kennen als Bergbau-, als Kohlestädte wie Essen und Dortmund, heute Verwaltungs- und Dienstleistungszentren sind mit europäischer Ausstrahlung. Der Dienstleistungsanteil in Essen und in Dortmund beträgt zwei Drittel der Erwerbsbevölkerung, zwei Drittel! Dortmund, von dem man früher sagte „Kohle, Stahl, Bier, Borussia“, ist heute einer der größten Versicherungsstandorte in der Bundesrepublik. Was das bedeutet für die Berufsstruktur, für die Computerindustrie, für Hard- und Soft-Ware, kann man sich leicht ausrechnen. Wir haben zwischen 1984 und 1989 eine Nettozu-

nahme an Arbeitsplätzen von 303.000. Die größte Zunahme liegt im Dienstleistungsbereich, bei Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Elektrotechnik. Und diese positive Entwicklung verstärkt sich: Im vergangenen Jahr 103.000 neue Arbeitsplätze. Das ist ein Viertel aller neuen Arbeitsplätze in der Bundesrepublik. Das ist ökonomische Erneuerung – noch nicht zu Ende geführt, aber mit deutlichen Schritten in die richtige Richtung.

---

### „Wir sind das soziale Gewissen der Republik gewesen“

---

Und dabei sind wir das soziale Gewissen der Republik geblieben. Wir bewältigen den Strukturwandel. Wir gehen bis an die Grenze unserer Möglichkeiten und manchmal sogar darüber hinaus, wenn es darum geht, älteren Menschen Sicherheit und jüngeren Menschen Perspektive zu geben.

Darum haben wir bei der Berufsausbildung mehr getan als alle anderen Bundesländer zusammen. Aber Nordrhein-Westfalen kann nicht in allem der Ausfallbürge für fehlende oder für falsche Bonner Politik sein. Das können wir nicht schaffen. Aber auf uns ist Verlaß, wenn es neue und unerwartete Probleme gibt. Auch wenn es um Zuwanderungen geht aus der DDR, aus Osteuropa.

---

### „Wortprogramm für Sozialwohnungen“

---

Seht Euch den Wohnungsbau an. Der ist für alle gemeint, nicht nur für eine Gruppe: Ein Sofortprogramm für 24.500 Sozialwohnungen. Das Ziel preiswerten Wohnraums für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, Vergabe nach Bedürftigkeit, das Problem der Kindergärten – wie viele bewegt das. Ich habe das selbst erlebt – sehr spät. Im vergangenen Jahr 8.000 neue Kindergartenplätze. In dem jetzt zu Ende gehenden Jahr, im nächsten Jahr nochmal 16.000 Plätze für die unterversorgten Gebiete.

Die Schulpolitik. Ich kenne die Probleme. Wer kennt sie nicht, der mit der Wirklichkeit der Schulen zu tun hat? 1988 und 1989 über 2.700 neue Stellen, im nächsten Jahr 1.980 neue Stellen und von den Zeitverträgen bis zu 2.800 Vollzeitlehrer neu.

Seht Euch die Hochschullandschaft dieses Landes an: Ausbau der Kapazitäten, damit wir die Überlast-Situation verringern. In diesem Jahr 620 neue Personalstellen, 2.000 neue Studienplätze. Im nächsten Jahr 88 neue Stellen und 2.600 zusätzliche Studienplätze. Gerätebeschaffung 120 Millionen, 40 Millionen zur Verbesserung der Wohnsituation.

Die Leistungsbilanz kann sich wahrlich sehen lassen. Aber wir müssen sie weitersagen, damit es sich herumspricht!

---

### „NRW vorn bei Gleichstellung von Frau und Mann“

---

In dieser Wahlperiode des Landtages haben wir erstmals unter dem Stichwort „soziales Gewissen“ eine besondere Aktivität entwickelt, Christoph Zöpel hat davon gesprochen: Die tatsächliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist ein wichtiges Thema. Wir sind das erste Bundesland, das ein Frauenförderungsgesetz durchgesetzt hat. Wir sind das einzige Bundesland mit gesetzlich geregelten Gleichstellungsstellen. Es gibt jetzt 150 kommunale Gleichstellungsstellen. 1985 habe ich zugesagt: Ich werde eine parlamentarische Staatssekretärin berufen. Ich habe Wort gehalten. Die Arbeit der parlamentarischen Staatssekretärin hat mich ermutigt, ich habe gute Erfahrungen gemacht. Deshalb sage ich heute: Mit der Regierungsbildung 1990 werde ich die Schwächen, die da in der Konstruktion liegen, aufheben und dafür sorgen, daß eine organisatorische Lösung zustandekommt, die das Gewicht dieser Aufgabe noch deutlicher macht und die weitere Handlungs-

möglichkeiten eröffnet. Ich möchte dem Landesparteitag das jedenfalls versprechen für den Fall, daß ich die Regierung wieder bilde.

---

### „Wir haben gehalten, was wir versprochen“

---

Wir haben erfolgreich gearbeitet und wir wollen uns messen lassen an den gestellten Zielen und Ansprüchen. Wir wollen uns messen lassen an dem, was wir versprochen haben und an der Frage, ob wir es gehalten haben.

Denkt an das Stichwort Zukunftsinitiative Montanregionen. Da haben wir die Kräfte in den Regionen mobilisiert, da haben wir zukunftsorientierte Projekte geschaffen. Kooperation, Konsens, Mobilisierung der Eigenkräfte, das waren die Themen, das haben wir erweitert über die Montanregionen hinaus auf das ganze Land.

Seht Euch die Technologiepolitik an im ganzen Land, die Außenwirtschaftsförderung mit Blick auf den Binnenmarkt. Und seht Euch die Entwicklung bei den Hochschulen an: dichteste Hochschullandschaft in Westeuropa, 49 Hochschulen, 3 Großforschungseinrichtungen, 11 Max-Planck-Institute, 6 Institute der Fraunhofergesellschaft. Das Wissenschaftszentrum wird den Dialog zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, Politik und Kultur, um Arbeit und Technik voranbringen.

---

### „Praktische Lösungen für Klima, Umwelt, Energie“

---

Da wird der Themenbereich Klima, Umwelt und Energie in den Mittelpunkt des Diskurses gestellt mit dem Ziel, konkrete Vorschläge und praktische Lösung zu erarbeiten. Umwelterneuerung ist in aller Munde. Das muß man deutlicher mit Zahlen beschreiben, damit die Menschen es wissen – sehen können sie es oft nicht. „Der Himmel über der Ruhr soll wieder blau werden“, hat Willy Brandt 1961 gesagt. Was haben wir getan? Die Konzentration von Schwefeldioxyd in der Luft, in den Belastungsgebieten haben wir von 1969 bis 1988 um 73 Prozent reduziert. Die Belastung durch Staub um 64 Prozent. Die Schwebstaubbelastung um 67 Prozent. Freunde, das muß man sich vorstellen!

---

### „Ich will, daß man das Wasser wieder trinken kann“

---

Umweltpolitik ist inzwischen auch eine Fachpolitik geworden. Es läßt sich aber sehr leicht beschreiben, was man mit Umweltpolitik will. Ich kann meine Ziele jedenfalls sehr deutlich beschreiben. Ich will, daß man das Wasser wieder trinken kann, die Luft wieder atmen und den Boden wieder bebauen und beackern kann. Das will ich, und diese Ziele der Umweltpolitik haben wir vorgebracht mit unserer Arbeit.

Ich habe gesagt, wie viele Unternehmen es da gibt. Die Investitionen im Umweltschutz haben sich seit 1984 vervierfacht.

---

### „Verträge über Umwelttechnologien mit der Sowjetunion“

---

Wenn ich am Anfang von meiner Reise nach Berlin und Leipzig gesprochen habe, füge ich hinzu: Wie dann so Kalender spielen, am Mittwoch fliegen wir nach Moskau. Und da habe ich Gelegenheit zu Gesprächen bis zum Freitag. Ich bin natürlich gespannt auf das politische Echo. Ich werde die anderen Termine wegschieben, damit ich wirklich vieles hören kann von dem, was es an Resonanz auf die Weltveränderungen in der Mitte Europas gibt. Aber ich freue mich auch darauf, daß wir Verträge abschließen können. Über Umwelttechnologien mit der Sowjetunion – in einem Ausmaß, wie es das bisher so nicht

gegeben hat und wie die Sowjetunion sie mit keinem anderen Land bisher abgeschlossen hat.

### „Wir machen beispielhafte Stadterneuerung“

Wir sind auf einem guten Weg, was ich eben mit dem Hinweis auf Liverpool und Birmingham gesagt habe, hat Bedeutung für unser Städte. Wir machen hier beispielhafte Stadterneuerung. Die Wohn- und die Lebensqualität ist Markenzeichen unseres Landes geworden. Die Infrastruktur hat sich verbessert.

Wir sind vorangekommen und haben die soziale Versorgung gesichert und ausgebaut.

### „Schwerpunkt Kunst und Kultur“

Wir wollen in den nächsten Jahren noch deutlicher als bisher Kunst und Kultur zu einem der Schwerpunkte machen. Wir tun das auch mit zwei Stiftungen. Wir tun das, weil der Mensch nicht vom Brot allein lebt. Und nicht, weil Kultur ein Wirtschaftsfaktor ist – das ist sie auch. Ich weiß nicht, ob das August Bebel war – Heinz Kühn würde das Zitat wohl besser auffinden können als ich –, der sagte: „Demokratischer Sozialismus war nie eine Messer-und-Gabel-Frage, sondern immer auch eine Kulturfrage.“ Wir möchten gerne, daß in diesem Land ein kulturelles Klima existiert, in dem nicht die Kunst auseinanderfällt in Elitenkunst und Volkskunst oder Basiskunst. Wir wollen ein kulturelles Klima, in welchem die Menschen sich selber entfalten können, auch indem sie ihre Sinne und nicht nur ihren Kopf nutzen – das gehört mit dazu, und das sollten wir uns auch in anderen Bereichen, zum Beispiel in der Bildungspolitik gelegentlich in Erinnerung rufen.

### „NRW ist der größte Sportplatz der Bundesrepublik“

Ich habe den Sportteil mit Norbert Blüm noch nicht abschließend geregelt. Nordrhein-Westfalen ist der „größte Sportplatz der Bundesrepublik“. Die Universiade hat das gezeigt. Ich bin nach wie vor für die Initiative Olympia im Ruhrgebiet. Unter einer Voraussetzung: Wenn ganz Berlin die Olympiade kriegt, dann treten wir zurück, aber sonst bewerben wir uns um diese Olympiade.

### „Liberalität gehört zum Rechtsstaat“

Ich spreche von unserem Land Nordrhein-Westfalen vor Euch und in anderen Ländern mit großem Stolz und ohne Schönfärberei. Der Stolz richtet sich auch darauf, daß wir innenpolitische Akzente gesetzt haben, die wir in den nächsten Jahren verstärken und verdeutlichen wollen. Der Rechtsstaat und die Liberalität werden in diesem Lande nicht auseinanderfallen, solange wir die Politik verantworten. Liberalität gehört zum Rechtsstaat! Rechtsstaatlichkeit, Humanität, Verhältnismäßigkeit, Bürgernähe, das sind nicht Widersprüche zur Wirksamkeit, sondern das sind Voraussetzungen für Wirksamkeit. Diese nordrhein-westfälische Linie auch bei Polizeieinsätzen werden wir weiterführen und werden wir durchhalten. Wir sind in dieser Linie auf vielfache Weise bestätigt worden.

Was ich Euch dargestellt habe, ist nur ein Ausschnitt. Und dieser Ausschnitt und das, was ich nicht habe zeigen können, hat nur dann seine Anziehungskraft auf Menschen, wenn es eine solide Finanzpolitik gibt. Wir haben viele Sonderlasten zu tragen, deshalb müssen wir Ausgabenzuwächse begrenzen und Neuverschuldung absenken.

### „Selbstbewußt sein ohne selbstzufrieden zu werden“

Wir haben allen Grund, insgesamt selbstbewußt zu sein, ohne

selbstzufrieden zu werden. Und dann ist auch das Ziel klar: Wir möchten in einer sich verändernden politischen Landschaft wieder klare Verhältnisse für Nordrhein-Westfalen.

### „SPD in NRW stärkste Kraft auf allen Ebenen“

Ich bin, liebe Freunde, nach Heinz Kühn und Werner Figgel jetzt 12 Jahre Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Wir haben gemeinsam stolze Erfolge errungen, und wir haben auch ein paar Schwächephasen gemeinsam überwunden. In dieser sogenannten Amtszeit hat es drei Europawahlen, drei Bundestagswahlen, drei Kommunalwahlen und zwei Landtagswahlen gegeben.

Bei den Europawahlen hat die CDU zweimal knapp vor uns gelegen. In diesem Jahr waren wir deutlich die stärkste Partei mit 7,9 Prozentpunkten Vorsprung.

Bei den Bundestagswahlen haben wir zweimal die Nase vor gehabt, 1980 und 1987. 1987 ein ganz beträchtliches Stück auch vor der Entwicklung im Bund.

Bei der Kommunalwahl 1979, der ersten nach meiner ersten Wahl zum Landesvorsitzenden, hatte die CDU einen Vorsprung. Da war das Verhältnis 44,9 für uns 46,3 für die CDU. 1984 lagen wir knapp vor der CDU – mit 0,3 Prozent. Und jetzt am 1. Oktober, vor sieben Wochen, haben wir den Vorsprung auf über 5 Prozentpunkte erhöht.

Zwei Landtagswahlen: 1980 absolute Mehrheit der Mandate und das war ein schöner Abend. 1985 absolute Mehrheit der Mandate und der Stimmen, herrlicher Abend. Das machen wir nochmal!

Übrigens: 1970 haben wir hier in Nordrhein-Westfalen die NPD gestoppt. Die ist damals nicht in den Landtag gekommen. Ich denke, das sollte uns in Erinnerung sein beim Blick auf das, was kommt, auch wenn die Parteien andere Namen haben. Gleiche Brüder, andere Kappen! Wir sollten aufpassen.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen die stärkste politische Kraft auf allen Ebenen.

### „Kommunalwahlen: Beide Ziele erreicht“

Wenn ich mir die Kommunalwahl selber ansehe: Wir hatten zwei Ziele, wir wollten die stärkste kommunalpolitische Kraft bleiben, und wir wollten den Abstand zur CDU vergrößern. Beides ist erreicht. Mir ist bei manchen Gesprächen nach dieser Kommunalwahl eine Geschichte eingefallen, die Heinz Kühn oft erzählt hat – die Geschichte von dem aus dem Wasser geretteten Kind: Eines Tages trifft die Mutter dieses Kindes den Retter, der es aus dem Wasser geholt hat, und dann sagt sie: „Haben sie nicht mein Kind aus dem Wasser geholt?“ Da sagt er: „Ja!“ Und dann schießt ihr Zeigefinger vor und sie sagt: „Wo ist die Mütze?“ Manchmal erinnern mich manche Sozialdemokraten an diesen Satz „und wo ist die Mütze?“

Seht Euch doch mal das Wahlergebnis an. Wir hatten bei der letzten Kommunalwahl 151 Bürgermeister und Oberbürgermeister. Jetzt 163. Wir haben einen Nettosaldo von plus 22. Wir haben 300 Mandate mehr. Die CDU hat 858 Mandate verloren. Das ist die Wirklichkeit.

Die Veränderung in den Räten war ein bißchen unübersichtlich. Es gab Niederlagen, die waren bedrückend, die in Bielefeld habe ich nicht verkraftet. Es gab auch große Siege, denkt mal an Aachen und an Krefeld. Das ist doch was gewesen und geworden.

Und wie jetzt noch Rot-Grün-Kampagnen gemacht werden sollen, das weiß ich nicht. In Schlangen und in Hückeswagen gibt es Schwarz-Grün, in Neukirchen-Vluyn gibt es Schwarz-Gelb-Grün. Anderswo gibt es Rot-Gelb-Grün. Die ganze Farbenlehre ist vorhanden.

## „Die CDU hat ihre Bindungswirkung verloren“

Aber bei aller Unterschiedlichkeit der Farbenlehre eins ist deutlich: Die CDU hat ihre Bindungswirkung verloren, ist auf allen Ebenen in der Krise – sie verliert in der Mitte, und sie verliert nach rechts.

Die FDP brauchte sich bei der Kommunalwahl keine Sorgen um ihre Existenz zu machen, weil Genscher alle ihre Schwächen überdeckt hat, gerade auch in den Tagen vor der Kommunalwahl.

Die Grünen sind auf der kommunalen Ebene fest etabliert, auf einem niedrigeren Niveau. Aber auf der Bundes- und Landesebene sind sie wie Irrlichter zwischen Fundamentalismus und Opportunismus.

Ich denke, das Festhalten der sogenannten Republikaner am rechten Rand ist kein unabänderliches Schicksal. Wir dürfen sie nur nicht selber hochreden. Wir dürfen ihre Vorurteile nicht selber auf die Tagesordnung der Politik setzen. Es war Manfred Rommel, der gesagt hat, daß die CDU die sogenannten Republikaner herbei- und hochgeredet hat. Wir müssen rechte Aktivitäten entschlossen bekämpfen.

## „Kampagne gegen REPs fand bundesweit Beachtung“

Hier will ich dem Landesbüro danken: Die Kampagne, die ihr gemacht habt – mit dem Flugblatt gegen die Republikaner –, hat bundesweit Beachtung gefunden. Sie hat Millionenaufgabe erzielt, und sie hat nach meiner Meinung gezeigt, wie man diese Themen anzugehen hat und welche Vorurteile man dabei ansprechen und ausräumen muß. Der Verfassungsschutz tut hier ebenfalls seine Pflicht. Übrigens: Wir dürfen nichts tun, bloß weil es die Republikaner fordern. Wir müssen alles tun, was getan werden muß, um Probleme zu lösen, unabhängig davon, wer das noch fordert.

## „REPs 1990 stoppen wie 1970 die NPD“

Ich empfinde keine klammheimliche Freude über die sogenannten Republikaner. Und ich bedauere, daß die CDU so wenig dazu beiträgt, um die Schönhuberei zu stoppen. Ich denke, wir werden dem Land einen großen Dienst leisten, wenn wir die sogenannten Republikaner 1990 so stoppen wie wir die NPD 1970 gestoppt haben. In den Landtag kommen sie nicht!

All in all diesen Fragen, Genossinnen und Genossen, steckt natürlich auch eine Frage an uns. Die Frage, ob die Volksparteien vielleicht am Ende sind, ob die großen Parteien vielleicht gemeinsam ihre Bindungswirkung verloren haben. Wir werden gefragt, ob und wie wir gemeinsame Grundwerte und Grundüberzeugungen in den großen Volksparteien zusammenbringen, und wie wir die Gesellschaft durch Integration handlungsfähig erhalten, aber ob die Gesellschaft zerfällt in eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen und Klassenparteien, bei denen es dann jeweils um den eigenen Egoismus, um die Sonderinteressen geht, um Verhinderungs-, um Ausbeutungscoalitionen.

## „Der Weg in Plebiszite ist kein Weg aus der Glaubwürdigkeitskrise“

Ich glaube, da stehen viele Fragen vor uns, auf die werden wir vom Landesparteitag aus keine endgültige Antwort geben können. Aber wir müssen uns ihnen stellen. Obwohl das nicht in der Partei allgemeine Meinung ist, für mich ist der Weg in mehr Plebiszite und Volksentscheide kein Weg aus dieser Glaubwürdigkeitskrise der großen Parteien. Für mich sind Reformfähigkeit der Volksparteien selbst, Reformbereitschaft der Parla-

mente, glaubwürdige Politik statt entleerter Rituale gefordert. Über manche Rituale auch bei uns werden wir wohl nachdenken müssen. Wir dürfen nach meiner Meinung den Reformdruck von den Parteien nicht mit dem Ausweg Plebeszite wegnehmen. Wir müssen uns ansehen: Wo die Plebiszite populär sind – Vereinigte Staaten, Schweiz – da spielen die Parteien keine große Rolle. Dort ist Politik tendenziell strukturkonservativ. Der Hinweis auf die Volksbewegung in der DDR zieht da auch nicht, denn da gibt es bisher keine großen Volksparteien, Parteien von der Bedeutung der SPD. Da geht es also darum, daß eine Reform im demokratischen, im politischen System noch nicht möglich ist, weil die Strukturen nicht da sind.

Ich glaube, daß unsere nordrhein-westfälische Vorstellung von der offenen Volkspartei noch aktueller ist als früher. Und da sage ich nochmals: Der Streit im Ortsverein ist nicht der Ernstfall der Demokratie, sondern das Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern ist der Ernstfall der Demokratie!

## „Keine Wärmehalle für Antriebsgestörte, sondern Tankstelle für Argumente“

Die SPD muß aufpassen: Wir sind keine Wärmehalle für Antriebsgestörte, sondern eine Tankstelle für Argumente zum Gespräch mit dem Bürger auf dem Weg zur Mehrheit.

Wir dürfen nicht Menschen durch Rechthaberei ausschließen, sondern wir müssen sie einladen durch unsere Fähigkeit zum Zuhören und Zusammenbringen. Ich habe es manchmal gesagt und wiederhole es: Ich kenne viele Politiker, die haben Rednerschulen mit riesigem Erfolg absolviert, aber auf Zuhörerseminare sind die nie gegangen. Solche brauchen wir aber! Wir brauchen Politiker, die zuhören und aufnehmen können.

## „Die SPD als erste Adresse für Sorgen und Wünsche der Menschen“

Ich wünsche mir die SPD als die erste Adresse für Sorgen und Wünsche der Menschen in unserem Land. Wir dürfen nicht warten, bis die kommen. Wir müssen hingehen, wir müssen ansprechen.

Wir bleiben bei dem Bündnis derer, die Solidarität brauchen, mit denen, die Solidarität zu geben bereit sind. Eine solche Volkspartei hat nach meiner Überzeugung Zukunft.

Den ersten Schritt gehen wir mit dem Programmparteitag. Da haben wir zu antworten auf die dramatischen Vorgänge in der DDR. Da werden die Menschen spüren, ob wir die historische Dimension verstanden haben. Da können wir nicht Zuschauer bleiben, da müssen wir mittun.

## „Die NRW-SPD hat ein besonderes Gewicht“

Auf dem Programmparteitag können wir dann die Ernte aus fünf Jahren intensiver Programmarbeit mit dem neuen Grundsatzzprogramm einbringen. Da geht es um Neuorientierung unter veränderten Bedingungen.

Im Vorfeld haben viele gefragt, ich auch gelegentlich: Haben wir uns nicht zuviel aufgepackt? Ist ein neues Grundsatzzprogramm in dieser unübersichtlichen Zeit nicht ein zu hohes Ziel? Die Antragskommission hat am vergangenen Wochenende über 2.500 Anträge beraten und in allen wesentlichen Punkten Konsens erreicht. Da sind die Anträge des Bezirkes Westliches-Westfalen bei allen großen Kontroversen die Grundlage der Einigung gewesen; so wie übrigens die Entschließung der Niederrheiner bei der deutschlandpolitischen Entscheidung des Parteivorstandes eine der wesentlichen Grundlagen gewesen ist. Das zeigt: Die NRW-SPD hat schon ein besonderes Gewicht, denn wir führen Kräfte zusammen.

Das muß nicht heißen, daß ich allen gefundenen Einigungen zu-

stimmen kann. Ich habe das eben am Beispiel des Plebiszites deutlich gemacht.

---

## „Die Hauptbotschaften jetzt zu den Menschen bringen“

---

Die Hauptbotschaften müssen wir jetzt gemeinsam zu den Menschen bringen: Frieden in gesicherter gemeinsamer Sicherheit; die Dynamik der Aufrüstung brechen, die Dynamik der Abrüstung in Gang setzen; die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in einer solidarischen Gesellschaft – auch diesen Begriff haben wir vor fast zehn Jahren ins öffentliche Gespräch gebracht; ernst machen mit ökologischer Erneuerung.

Da wird sich zeigen: Es gibt eine Alternative zum gescheiterten Staatsbürokratismus und zur menschenverachtenden Ellenbogengesellschaft – unser Konzept von Wirtschaftsdemokratie und sozialer Verantwortung, von Teilhabe der Arbeitnehmer am Haben und am Sagen. Das ist eine Alternative.

---

## „Die Orientierung auf den ökologischen Umbau stimmt“

---

Wir führen eine Diskussion unter dem Stichwort „Fortschritt 90“. Wir sollten einsteigen in diese Diskussion, wir sollten unsere Interessen einbringen – die regionalen und die strukturellen Probleme angehen, die soziale Verantwortung verdeutlichen. Wir erhoffen eine positive Erklärung zur künftigen Rolle der heimischen Kohle. Wir wehren uns gegen eine Finanzverteilung zu Lasten der Länder und Gemeinden. Ich finde, die Richtung, die Orientierung auf den ökologischen Umbau stimmt. Das ist die richtige Richtung für dieses Programm. Aber wir dürfen uns nicht verengen auf ein Instrument. Es darf nicht nur die Botschaft von dem höheren Benzinpreis überkommen, sondern wir müssen das Gesamtkonzept darzustellen versuchen.

---

## „Unser Nein zur Kernenergie ist unser Ja zur Zukunft“

---

Ich bleibe dabei: Unser Nein zur Kernenergie ist unser Ja zur Zukunft. Das ist nicht nur ein Spruch. Wir haben in Nordrhein-Westfalen gezeigt, daß man diesen Weg gehen kann. Rationelle Energieverwendung, erneuerbare Energiequellen, das hat Vorrang – auch vor der Festschreibung bestimmter Mengen heimischer Kohle. Aber es muß genauso klar sein: Wir sind nicht bereit, heimische Kohle durch Kernenergie oder durch Kohle aus Südafrika zu ersetzen. Diese Politik geht mit uns nicht! Ich wünsche mir auch im Grundsatzprogramm dazu eine klare Aussage.

Ein wichtiges Argument haben wir noch zu wenig in die Debatte gebracht: Wenn wir die ökologische, die technologische und die ökonomische Erneuerung wollen, brauchen wir auch neue Kohlekraftwerk-Technologie. Da sind die nordrhein-westfälischen Unternehmen nämlich weltweit führend. Das bringt Umweltschutz und neue Arbeit und überbrückt den scheinbaren Gegensatz von Ökonomie und Ökologie. Und die Unternehmen brauchen Planungssicherheit durch verlässliche Politik.

Ihr erinnert Euch an Nürnberg: Die Diskussion über die Zehnjahresfrist hat mich nie so schrecklich interessiert. Aber wenn ich mir ansehe, was praktisch passiert, dann meine ich: Nordrhein-Westfalen kann sich sehen lassen. Reden und Handeln stimmen überein, wir sind glaubwürdig.

---

## „Noch 25 Wochen bis zur Landtagswahl“

---

Nun sind es noch 25 Wochen bis zur Landtagswahl, 25 Wochen Vier gegen Einen. Die Vier sind nicht vergleichbar, weil die Republikaner außerhalb des demokratischen Spektrums sind.

Nur eines haben sie alle Vier doch gemeinsam: Sie haben kein Gestaltungsinteresse, sie haben nur Verhinderungsinteressen, kein Konzept für unser Land. Darum sage ich nochmal, hoffentlich mit gebührender und gebotener Deutlichkeit: Für die Mehrheitspartei SPD gibt es nur ein vernünftiges Wahlziel – klare Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen, klare Mehrheit für die SPD!

Wir brauchen uns an Spekulationen über Koalitionen nicht zu beteiligen. Ich werde das nicht tun. Das sollten wir denen überlassen, die das brauchen. Wir brauchen das nicht, denn wir sind mehrheitsfähig in Nordrhein-Westfalen.

---

## „Zwischen Regierung und Fraktion paßt keine Papierseite“

---

Dazu gibt es eine gute Voraussetzung, die will ich nicht verschweigen: Das ist die hervorragende Zusammenarbeit zwischen der Fraktion und der Landesregierung. Ich möchte mich herzlich bei Dir, Friedhelm Farthmann, und bei den Freunden in der Fraktion bedanken. Es ist ja nicht leicht, in einer Zeit, in der man gelegentlich auch Fraktionssitzungen mit haushaltswirksamen Beschlüssen hat. Da haben wir manchmal unseren Ärger gehabt. Aber die Last der Erneuerung dieses Landes tragen auch die 125 direkt gewählten Abgeordneten, die nicht einfach nach Hause gehen können und sagen: So, jetzt habe ich für meinen Wahlkreis dies und das geholt. Vielmehr müssen sie gelegentlich sagen: Jetzt muß ich meinem Wahlkreis das noch zumuten. Ich möchte mich dafür bedanken, daß zwischen Fraktion und Regierung keine Papierseite, keine Zeitungsseite paßt, und daß wir bei aller Aufgabenteilung so solidarisch miteinander arbeiten.

---

## „Die SPD in Nordrhein-Westfalen trägt doppelte Verantwortung“

---

Das brauchen wir, denn die SPD in Nordrhein-Westfalen trägt eine doppelte Verantwortung. Sie trägt eine Verantwortung für unser Land Nordrhein-Westfalen mit seinen 17 Millionen Menschen – und es werden immer mehr. Wir wollen weltoffen sein, tolerant, wirtschaftlich leistungsfähig, ökologiebewußt, sozial und demokratisch bleiben. Wir wollen zeigen, daß Sozialdemokraten besser als andere den strukturellen Wandel beherrschen und gestalten. Wir wollen zeigen: Das geht ohne soziale Brüche und ohne Slums, ohne Spaltung der Gesellschaft.

---

## „Stabile Mehrheit gibt Chancen auch für Bonn“

---

Nur mit einer stabilen Mehrheit in Nordrhein-Westfalen, wo ein Drittel der Wähler leben, hat die SPD auch Aussicht auf neue Gestaltungsmöglichkeiten im Bund. Darum wollen wir uns darauf konzentrieren, unsere Mehrheit in Nordrhein-Westfalen zu sichern und, wo es geht, noch auszubauen.

Die Älteren wissen das: In den 50er und 60er Jahren, als die politische Situation anders war, da hieß es immer „Hessen ist das Gegenstück zu Bonn. Hessen vorn!“ Da hat sich einiges geändert in den letzten Jahren. Jetzt haben wir in Nordrhein-Westfalen die Mehrheit. Wir sind nicht Hessen, wir haben eine andere Geschichte, wir haben auch andere Akzente. Aber jetzt können wir ein Stückchen von dem leisten, was Hessen jetzt aufgrund der dortigen Mehrheitsverhältnisse nicht leisten kann. Ohne den Eckstein Hessen wäre damals Regierungsverantwortung in Bonn so schnell nicht zu gewinnen gewesen.

---

## „Laßt uns klares Profil zeigen“

---

Laßt uns klares Profil zeigen! Laßt uns deutlich machen, wie wir Sozialdemokraten Zukunft gestalten wollen. Dazu dient dieser Landesparteitag!

Ihr wißt von mir: Ich stehe in Nordrhein-Westfalen für eine Koalition mit den Grünen nicht zur Verfügung. Ich sage das noch einmal, damit Klarheit herrscht, jedenfalls, was meine Person angeht.

---

### „Der Demokratie mehr Strahlkraft geben“

---

Ich möchte, daß wir klare Verhältnisse haben, daß wir sozial bleiben, daß wir der Demokratie noch mehr Strahlkraft geben, als sie jetzt hat. Ich möchte, daß wir dazu alle Zeichen erkennen, über welche Grenze sie auch immer kommen. Ich möchte, daß wir selber helfen, Grenzen zwischen Menschen die Schärfe zu nehmen, das Trennende zu nehmen, daß wir Heimat geben in Nordrhein-Westfalen für die, die zu uns kommen und für die, die dieses Land gestaltet haben.

Nordrhein Westfalen ist ein wunderschönes Land. Es hat kein glattes Gesicht. Es hat Narben und Wunden, aber es hat Profil. Es ist unverwechselbar. Für dieses Land zu stehen, in diesem Land zu stehen, und dann voranzugehen und Zukunft zu gestalten, diese Welt menschlicher zu machen, gerechter, freundlicher, friedlicher, das lohnt schon, selbst einen Samstag, selbst ein Wochenende und viele Abende!

Früher waren Parteitage gelegentlich auch etwas, das ausstrahlte auf die Menschen im Land und was Menschen neu da-

zugeführt hat. Vielleicht können wir heute dazu beitragen, daß das gelingt.

---

### „Eine menschlichere Gesellschaft schaffen – hier bei uns in NRW“

---

Stellt Euch mal vor, wir sogenannten Spitzenpolitiker, also wir aus den Kommunen, dem Land, dem Bund, die gelegentlich in Wahlkämpfen auf Plakaten hängen – wir würden jeden Tag einmal daran denken, daß wir nicht photographiert worden sind für das Plakat, weil wir so schön sind oder so bedeutend oder so wichtig – das würden wir ja auch alles ohne das sein. Aber wir hingen da alle nicht auf den Plakaten, wir wären alle nicht abgebildet auf den Flugblättern, unsere Namen stünden nicht in den Schlagzeilen der Zeitung – wenn es nicht die vielen tausend Männer und Frauen gäbe, die die Flugblätter verteilen, die die Plakate aufhängen, die nie in der Zeitung stehen, die nie „vorkommen“. Stellt Euch mal vor, das würden wir bedenken bei unserer Arbeit, bedenken beim Umgang miteinander – das wäre keine große politische Sache, aber eine kleine menschliche Revolution. Die könnte es doch schon sein. Und darum bleibe ich dabei: Versöhnen statt Spalten! Eine menschlichere Gesellschaft schaffen, nicht irgendwo, sondern hier bei uns zu Hause in Nordrhein-Westfalen.

# Bericht des Vorsitzenden der Landtagsfraktion Friedhelm Farthmann

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist ja üblich, daß auf einem Landesparteitag auch der Vorsitzende der Landtagsfraktion seinen Bericht gibt. In den Unterlagen befindet sich eine schriftliche Fassung dieses Berichtes, und da ich annehme, daß viele Delegierte die Unterlagen so sorgfältig lesen wie ich das tue, fürchte ich, daß ein großer Teil den Bericht noch nicht gelesen hat. Ich will diesen Bericht aber trotzdem nicht wiederholen, sondern mich auf einige ergänzende Bemerkungen zur aktuellen politischen Situation beschränken. Wie auch schon Johannes Rau gesagt hat, sind die Vorgänge in Zentraleuropa das beherrschende Thema dieser Tage. Die Bundesrepublik, die DDR und die Deutschen stehen wieder in den Schlagzeilen der Weltpresse. Deshalb laßt mich auch zu diesem Bereich zu Anfang ein paar Akzente aus der Sicht der Fraktion und aus meiner Sicht setzen.

## Die Konservativen versuchen, den demokratischen Sozialismus zu diffamieren

Die Konservativen versuchen ja, Johannes Rau hat es angedeutet, uns mit dem Slogan der Sozialismus sei am Ende zu diffamieren und uns in die Nähe des stalinistischen Sozialismus zu bringen. Genau das ist die Stoßrichtung, die wir auch zu erwarten haben für die vor uns stehenden Landtagswahlen. Johannes Rau hat schon erwähnt, daß es zur Kommunalwahl das Plakat der CDU gab: „Dem Sozialismus laufen die Leute weg.“ Das lag auf der gleichen Linie wie das infame Plakat aus den 50er Jahren, das damals lautete: „Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau.“ Da wird die durch die geschichtliche Zufälligkeit herbeigeführte Begriffsgleichheit des Sozialismus stalinistischer Prägung einerseits und des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus andererseits bewußt ausgenutzt.

Laßt uns offensiv nach draußen tragen, daß der demokratische Sozialismus, wie wir Sozialdemokraten ihn vertreten, nicht am Ende ist, sondern in den letzten Jahrzehnten eine Bestätigung gefunden hat wie keine andere politische Bewegung in Europa. Wir haben eine Beteiligung der breiten Arbeiterschichten am volkswirtschaftlichen Ertrag, den vor Jahrzehnten niemand für möglich gehalten hätte. Arbeitnehmer sind bei uns gesellschaftlich gleichberechtigt und haben weitgehende Mitbestimmungsrechte. Sie haben ein soziales Sicherungssystem, das in der ganzen Welt Nachahmung findet. Bildungsprivilegien sind in einem Maße beseitigt, wie man es früher nicht für möglich gehalten hätte, und wir haben eine rechtsstaatliche Bindung des Verwaltungshandelns. Alles, worum die Mütter und Väter der Arbeiterbewegung gekämpft haben, ist heute in einem Maße erreicht worden, wie sie es nicht für möglich gehalten hätten.

## Der Sozialismus ist in Europa auf dem Vormarsch

Rolf Dahrendorf hat vor einigen Jahren ein Buch mit dem Titel

„Das sozialdemokratische Jahrhundert“ geschrieben, womit er ausdrücken wollte, daß keine andere politische Bewegung die Gesellschaft in Deutschland in den letzten Jahrzehnten so geprägt hat wie die Sozialdemokratie.

Wir können stolz auf das sein, was wir erreicht haben. Und der Sozialismus ist ja auch in Europa durchaus auf dem Vormarsch und findet weitere Anerkennung. In Spanien hat unsere Bruderpartei das dritte Mal hintereinander die Mehrheit errungen. In England ist der Thatcherismus am Ende, und wir haben gute Aussichten, daß die Labour Party bald wieder die Regierung stellt. In Frankreich amtiert seit Jahren ein sozialistischer Staatspräsident, und Schweden ist geradezu ein Aushängeschild für Wohlstand, eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Wirtschaft und für Sicherheit geworden. Und auch die Bürger der DDR – machen wir uns da nichts vor! – stehen mehrheitlich hinter unseren Zielen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie kämpfen für die Abschaffung von Privilegien. Sie kämpfen für die Anhebung der Massenkaufkraft und für die Sicherung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie. Wir Sozialdemokraten haben von unserer Deutschlandpolitik überhaupt nichts zurückzunehmen und auch nichts an ihr zu korrigieren. Unser Motto war Wandel durch Annäherung, und Willy Brandt hat diese Politik der Öffnung gegenüber dem Osten – wollen wir uns doch noch erinnern – Anfang der 70er Jahre gegen massiven Widerstand der Unionsparteien und der Vertriebenenverbände durchgesetzt. Wer erinnert sich nicht dieses ergreifenden Abends, als Willy Brandt in Erfurt war? Als die Konservativen hier murrtten, jubelten die Bürger auf dem Marktplatz von Erfurt. Die „Willy!“-Rufe wollten kein Ende nehmen.

Erst die Ostverträge haben das Feindbild beseitigt und die Voraussetzungen für die Helsinki-Konferenz geschaffen. Und die Helsinki-Konferenz – auch das laßt uns offensiv vertreten – ist von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung begleitet und bejaht worden. Damals gab es in Europa drei Gruppen, die dagegen waren: Das waren die Neofaschisten in Italien, das waren die Altstalinisten in Albanien, und das war die CDU/CSU im Bundestag. Das waren die einzigen, die dagegen waren. Wandel durch Annäherung war unsere Devise. Die Annäherung ist vollzogen worden, und jetzt erleben wir in atemberaubendem Tempo, wie der Wandel stattfindet. Wir sollten stolz darauf sein und haben überhaupt keine Veranlassung, irgendetwas zu korrigieren oder zurückzunehmen.

## Wirtschaftshilfe für die DDR eine besondere Herausforderung

Eine besondere Herausforderung bedeutet die Wirtschaftshilfe für die DDR. Johannes Rau hat das bereits angesprochen. Ich glaube, daß die Bundesrepublik sich jetzt der unverhofft über uns hereingebrochenen geschichtlichen Herausforderung stellen muß. Wenn wir jetzt versagen oder verzagen, dann ver-sündigen wir uns an unserem Volk, denn die Geschichte vergibt die Chancen nicht im Dutzend. Wenn wir wollen, daß Ost und

West in allen Bereichen enger zusammenrücken, dann müssen wir der Wirtschaft der DDR helfen, Anschluß an unser Niveau der Arbeitsproduktivität zu finden. Die Menschen in der DDR müssen wieder die Hoffnung bekommen, daß sich Arbeit für sie lohnt. Dabei müssen wir uns davor hüten, Vorbedingungen zu stellen, die nicht unbedingt nötig sind – beispielsweise meinen einige, daß zuerst das Eigentum an den Produktionsmitteln wieder hergestellt werden müßte. Ich kann so etwas nur als abenteuerliches Unternehmen bezeichnen. Es gibt auch in anderen westlichen Ländern durchaus Unternehmen, die im Staatseigentum stehen, und mit denen unsere Wirtschaft sehr gut und sehr effektiv zusammenarbeitet. Es kann ja wohl niemand verlangen, daß die DDR-Wirtschaft erst das „Konfirmationsgelübde“ zur sozialen Marktwirtschaft unserer Prägung ablegen muß. Das kann ja wohl nicht ernsthaft unsere Meinung sein. Entscheidend muß für unsere Wirtschaftshilfe sein, daß in der DDR marktgängige Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen hergestellt werden. Aber unter welchen dogmatischen und sonstigen Voraussetzungen das stattfindet, unterliegt nicht unserer Entscheidung. Ganz wichtig ist nach meiner Meinung allerdings auch, daß wir helfen, der DDR möglichst bald eine konvertierbare Währung zu verschaffen. Wir müssen der DDR mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln helfen, und Johannes Rau hat schon angedeutet, daß eine solche Hilfe nicht an mangelnden Finanzen scheitern darf. Wenn wir auf die Steuersenkung, die für den 1.1.90 vorgesehen ist, verzichten, dann merken das 90 Prozent der Bürger überhaupt nicht, und wir sparen über 20 Milliarden Mark. Dann hätten wir Geld genug, viele Wünsche zu erfüllen.

## Unser oberstes Ziel ist die Bewahrung des Friedens

Eine letzte Bemerkung in diesem Zusammenhang zu dem, was unter dem Oberbegriff „Wiedervereinigung“ läuft. Für uns Sozialdemokraten sollte es folgende Rangfolge geben: Unser oberstes Ziel ist die Bewahrung des Friedens. Um des Friedens willen darf nichts aufs Spiel gesetzt werden – er steht über allem. Ohne Frieden ist alles nichts. An zweiter Stelle steht die Freiheit und damit die Selbstbestimmung der Bürger. Und als drittes kommt die Einheit. Das heißt im Klartext: Die Selbstbestimmung geht vor, und ich füge hinzu: auch die Selbstbestimmung der Bürger in der DDR. Es kann ja wohl niemand daran denken, daß wir mit unserer Mehrheit von 60 Millionen 17 Millionen durch Mehrheitsbeschluß binden können. Selbstbestimmung bedeutet, daß auch die Bürger der DDR autonom ihr Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen, aber man erwartet nun auch die politische Führungsaufgabe von uns Sozialdemokraten, daß wir sagen, was denn unser Ziel ist, wenn es zu der Diskussion über eine solche Abstimmung in beiden deutschen Staaten kommen sollte. Es ist immer unsere sozialdemokratische Linie gewesen – und soll es auch bleiben, einen möglichst engen Zusammenhalt zwischen den beiden deutschen Staaten zu gewährleisten. Ich erinnere daran, daß Kurt Schumacher nach dem Zweiten Weltkrieg wie ein Berserker um die Erhaltung der Einheit gekämpft hat. Wir haben den Brief zur Deutschen Einheit geschrieben. Und: Die Wiege der deutschen Sprache steht in Thüringen. Was Willy Brandt in unnachahmlicher Weise formuliert hat, das sollte auch unsere gesamte Meinung sein: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“ Wenn das unser Wunsch ist, dann haben wir keine Veranlassung zu verschweigen, daß wir jede Entscheidung der DDR-Bürger respektieren, und daß es keinerlei Aufdrängen oder sonst etwas gibt.

Noch einige Bemerkungen zu einem anderen Punkt: Wenn wir am 13. Mai siegen wollen, dann müssen wir hier bei uns in der

Bundesrepublik in die programmatische Offensive kommen. Johannes Rau hat darauf hingewiesen, was wir uns mit dem Programmparteitag und mit dem Programm Fortschritt 90 vorgenommen haben. Ich habe manchmal den Eindruck, daß unsere Mitglieder und Funktionäre noch nicht erkannt haben, welche Chancen das Programm Fortschritt 90 für uns bietet. Darin ist eine großartige Idee angesprochen und gefordert worden, und es wäre ein Stück politischer Innovation, die wir seit Jahren nicht mehr gehabt haben. Ich meine die Absicht, das Steuersystem in den Dienst der Umweltpolitik zu stellen. Laßt uns das nicht so billig verkaufen, unter dem Motto „Öko-Steuern“ und „Abgabenpartei“ und „Die Sozialdemokraten wollen den Bürgern schon wieder in die Taschen fassen“. Das ist überhaupt nicht das Thema, sondern das Thema ist, daß wir unser Steuersystem umsteuern; tendenziell weg von der Besteuerung der menschlichen Arbeit, hin zur Besteuerung von Umweltbelastung und Energieverbrauch. Das ist eine großartige Idee.

## Besteuerung von Umweltbelastung und Energieverbrauch – eine großartige Idee

Aber wir dürfen nicht in die Versuchung verfallen, jetzt schon wieder neue Verteilungsspielräume zu finden für Einnahmen, die wir noch gar nicht haben. Wir wollen nicht mehr Steuereinnahmen, jedenfalls nicht bei dieser Operation, sondern wir wollen das, was wir durch mehr Benzinsteuern einnehmen, im selben Umfange Zug um Zug dem Bürger durch eine Senkung der Lohnsteuer zurückgeben. Dann wird deutlich, wohin wir wollen, und dann wird das, glaube ich, eine großartige politische Innovation, mit der wir wieder in die Offensive kommen. Ich kann die Partei nur warnen: Laßt uns das jetzt nicht mit kleinstem Karo kurz und klein reden. Natürlich hat das im Einzelfall ungeheure Konsequenzen und Auswirkungen, die heute noch gar nicht absehbar sind. Das muß alles diskutiert werden, weil es natürlich nicht auf dem Rücken der Rentner und nicht auf dem Rücken derjenigen geschehen darf, die weite Fahrten mit dem Auto zur Arbeitsstelle zurückzulegen haben. Aber wenn wir Umweltpolitik glaubhaft gestalten wollen, dann müssen wir auch deutlich machen, daß sich etwas ändern und daß das Autofahren teurer werden soll. Darum werden wir nicht herumkommen. Laßt uns das offensiv anfassen. Dann stehen wir für den 13. Mai gut da. Die Fraktion will ihren Teil dazu beitragen. Johannes Rau hat deutlich gemacht, daß der Kampf eins zu vier schwerer ist als der Kampf eins zu zwei. Denn alle vier Gegner, die wir haben, werden irgendwo ein paar Prozentpunkte zusammenkratzen; daneben noch 50 Prozent zu behalten, wird schwerer, und deshalb bedarf es der vollen Anstrengung der Partei. Entscheidend wird sein, ob wir dem Bürger klarmachen können, daß die CDU aus den Gründen, die Johannes Rau genannt hat, so schwach und so desolat ist. In manchen Teilen unseres Landes ist sie inzwischen so weit, daß sie vor dem Komma nicht mehr eine drei, sondern nur noch eine zwei hat. Entscheidend für die Wahl wird also sein, den Bürgern klarzumachen, daß die CDU in unserem Lande inzwischen so schwach geworden ist, daß sie bei realistischer Betrachtungsweise keine Chance hat, die Politik in Nordrhein-Westfalen zu gestalten. Es gibt nur die Alternativen: SPD allein oder SPD mit irgendwem. Und dann müssen wir den Bürgern klarmachen, daß wir für politische Klarheit, politische Verantwortlichkeit und politische Stabilität sind. Dann glaube ich, daß die Mehrheit der Bürger sagen wird: Ehe wir die SPD an irgendwelche anderen Gruppen binden, wollen wir lieber, daß die Sozialdemokraten so weiterregieren, wie sie es bisher getan haben.

Laßt uns alle daran mitwirken, daß wir den Bürgern unseres Landes diese Botschaft vermitteln. Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit!

# Bericht des Schatzmeisters

schriftlich vorgelegt von Fritz Ziegler

Die neue Satzungslage stärkt die Position des Schatzmeisters ausdrücklich. Sie gibt ihm sogar ein Vetorecht gegen politische Maßnahmen, deren Finanzierung ungesichert ist. Dieses weitgehende Recht brauchte bisher nicht genutzt zu werden, da sich die politischen Gremien der Einsicht in die finanziellen Notwendigkeiten nicht entzogen.

Da in der Vergangenheit die teurer werdenden Wahlkämpfe zum überwiegenden Teil nachträglich aus der Wahlkampfkostenrückerstattung finanziert wurden, ließen sich in dieser Legislaturperiode keine Rücklagen aufbauen. Ein Finanzgebahren, das vertretbar ist, doch auf Dauer korrigiert werden muß. Die politische Arbeit des Landesbüros ist für den Erfolg der nordrhein-westfälischen SPD nicht verzichtbar. Dennoch werden aber in Zukunft finanzielle Einschränkungen notwendig, die sich auswirken müssen auf Materialmenge, -qualität und -dichte. Interne Einsparungsmöglichkeiten sind durch teilweise schmerzhafteste Einschnitte weitgehend ausgeschöpft.

Die Landesebene hat neben den Landtagswahlkämpfen auch kommunale Wahlkämpfe zu begleiten, die bislang ohne Erstattung bleiben, was die Mobilisierung für diese Wahlen immer schwerer macht. Die Bundesebene hat durch die Wahlkampfkostenrückerstattung zur Europawahl einen zusätzlichen Vor-

teil, ohne sich in irgendeiner Weise an den Aufwendungen zur Landtagswahl zu beteiligen. Dem gegenüber ist das Land auch bei Bundes- und Europawahlkämpfen durch eigene Beiträge gefordert.

Mein Bestreben als Schatzmeister ist es, die politische Arbeit des Landesverbandes für die Zukunft zu sichern, ausreichende Wahlkampfrücklagen zu bilden und eine unabwendbare Kreditaufnahme in der nächsten Legislaturperiode abzubauen. Natürlich bin ich bestrebt, auch weiterhin einen 25prozentigen Anteil der Bezirke an der Wahlkampfkostenrückerstattung zu ermöglichen. Ohne deutliche Verbesserung der Einnahmenseite wäre das gegenwärtig aber nur möglich, wenn der Landesverband die Überweisungen an die Bezirke durch eigene Kreditaufnahmen finanziert, was Zinskosten verursachen würde, die ins Gewicht fallen.

Ganz besonders liegt mir am Herzen, daß das Parteienrecht und die zunehmend restriktive Rechtsprechung zur Parteienfinanzierung penibel beachtet werden. Im Bereich der Arbeit der JungsozialistInnen haben wir im Landesverband Nordrhein-Westfalen eine erhebliche Umorganisation vorgenommen, die der größeren Transparenz dient und der veränderten Rechtslage entspricht.

# Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes

schriftlich vorgelegt von Bodo Hombach

Der vorliegende Bericht unterscheidet nicht durchgängig zwischen dem politischen Wirken des Landesvorstandes und der Leistung der Parteiorganisation. Nur um den Preis mangelnder Realitätsnähe wäre eine solche Unterscheidung möglich.

Gute Politik, Innovationskraft und ein überzeugender Zukunftsentwurf brauchen ihre Verbreitung und Verbreiterung durch Maßnahmen, für die planvolles organisatorisches Handeln unverzichtbar ist. Umgekehrt kann eine noch so gute Organisation, noch so gute Öffentlichkeitsarbeit, noch so gute Gestaltung, noch so lebendige Aktivität keine neue Zustimmung gewinnen, wenn die Inhalte der Politik nicht stimmen: Die inhaltlichen Lösungen müssen überzeugen.

Der Erfolg der NRW-SPD gegen vier konkurrierende Parteien und in einem Land, in dem vor nicht allzu langer Zeit die CDU dominierte, basiert auf guten politischen Lösungen, auf integrativen Programmen und überzeugenden Persönlichkeiten, die von einer Parteiorganisation getragen werden, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Beste gibt.

Das Landesbüro hat seine Aufgaben im Rahmen der Kampagnenplanung, der Öffentlichkeitsarbeit, der innerparteilichen Information, der Wahlkampfplanung und -durchführung in einer Weise bewältigt, die Anerkennung findet.

Die Zusammenarbeit mit den vier Bezirken ist besser kaum vorstellbar. Das inhaltliche Zusammenwirken der vier Bezirke und des Landesverbandes bildet die wesentliche Grundlage für erfolgreiche organisatorische Umsetzung innovativer Konzepte wie z. B. bei der Kommunalwahl. Daß die meisten Unterbezirke die gemeinsame Serviceleistung genutzt haben, ist ein guter Beleg für die Bereitschaft aller Partei-Ebenen im Lande, alle Kräfte zu bündeln und zu konzentrieren. Die Erfolge dieser viel-

jährigen kontinuierlichen Aufbauarbeit sollen bei der anstehenden Landtagswahl in die Waagschale geworfen werden. Wir werden präsent sein, wo immer wir die Chance zum Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern finden. Wir werden bewährte Aktionsformen intensivieren und neue erproben. Die aktiven Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sollen geschult werden wie nie zuvor und frühzeitig gut aufbereitetes Material an die Hand bekommen. Bei den teuren Wahlkampf- und Werbemitteln wollen wir da gezielt einsparen, wo wir in der Vergangenheit nur geringe Wirkungen feststellten. Und auf der anderen Seite dort neue Schwerpunkte setzen, wo die Wirksamkeit überzeugend war.

Im Zusammenwirken mit den vier Bezirken haben sich Arbeitsschwerpunkte herausgebildet, die einander ergänzen und gänzlich frei von falscher Konkurrenz sind. Nicht in allen Fällen ist die bisherige Struktur der Parteiarbeit darauf optimal eingestellt. Der Schatzmeister und der Landesvorstand schlagen deshalb dem Parteitag die Einsetzung einer Expertenkommission vor. Diese Kommission sollte nicht nur die Fragen der parteiinternen Finanzverteilung erörtern, sondern auch Vorschläge zur Vermeidung von Überschneidungen und Doppelarbeit, insbesondere bei den vielen Gremien und Arbeitsgemeinschaften, machen.

So umfänglich dieser Rechenschaftsbericht auch geworden ist, so wenig vollständig mußte er bleiben, damit ein Mindestmaß an Übersichtlichkeit gewahrt werden konnte. Wenn man wertet, welche Ziele noch vor wenigen Jahren für die Arbeit der NRW-SPD formuliert wurden, so kann man jetzt wohl sagen: Der Landesvorstand ist gemeinsam mit den Bezirken einen erfolgreichen Weg gegangen. „NRW-SPD“, das ist ein Markenzeichen geworden – identitätsstiftend, wählerwirksam und Anregungen gebend für die moderne Parteiarbeit.

# Bericht der Landeskontrollkommission

schriftlich vorgelegt von Rainer Verhoeven

Die vom Landesparteitag gewählte Kontrollkommission, deren Aufgaben in der Satzung festgeschrieben sind, traf sich am 10. Dezember 1987 zu ihrer konstituierenden Sitzung. Rainer Verhoeven wurde erneut zum Vorsitzenden gewählt, Wilfried Mittelberg zu seinem Stellvertreter. Im Berichtszeitraum hat die Landeskontrollkommission vier ordentliche Revisionen durchgeführt und zwei Jahresabschlüsse kontrolliert.

Wie auch schon in den Vorjahren hat die Kontrollkommission in Landesgeschäftsführer Bodo Hombach und der Finanzreferentin Monika Wrede Partner gehabt, die ihre Arbeit tadellos und ohne Beanstandungen durch die Kontrollkommission geleistet haben. Weiterhin bewährt hat sich auch die Abwicklung der gesamten Buchhaltung durch einen vereidigten Steuerberater über EDV. So ist eine maximale Kontrolle des Finanzgebarens gewährleistet und wird eine hohe Kostentransparenz ermöglicht, die es der Landeskontrollkommission auch in diesem Berichtszeitraum ermöglicht hat, in vertrauensvollem Zusammenwirken mit dem Schatzmeister und dem Landesgeschäftsführer immer wieder Sparvorschläge zu entwickeln und anschließend in der Arbeit des Landesbüros zu realisieren.

Das Landesbüro hat aufs sparsamste gewirtschaftet, die Eckdaten der langfristigen Finanzplanung wurden eingehalten. Es gelang auch in diesem Berichtszeitraum, den Anteil der Personalkosten des Landesbüros im Verhältnis zu seinen politischen und operativen Ausgaben deutlich unter 20 Prozent zu halten. Das ist eine gesunde Relation.

Die seit 1980 bestehende kontinuierliche Finanzplanung wurde seither ständig fortgeschrieben und aktualisiert. Sie ist bis in die 90er Jahre gültig und erfüllt voll das Prinzip der „gläsernen Taschen“, wie von der Landeskontrollkommission gefordert.

Die gegenwärtige Finanzplanung läßt erkennen, daß bereits rechtzeitig wieder realistische Ansätze für die demnächst anfallenden Wahlkampfkosten eingebracht sind. Sie läßt aber auch erkennen, daß in den 90er Jahren ein Wirtschaften des Landesbüros ohne Kreditaufnahmen kaum vorstellbar ist, wenn nicht zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden können oder eine Anpassung der Wahlkampfkostenrückerstattung an die tatsächlichen Kosten erfolgt. Darauf machte die Landeskontrollkommission bereits in ihrem Bericht 1987 aufmerksam.

Schatzmeister Fritz Ziegler hat sich im Berichtszeitraum erfolgreich um Spenden bemüht. Zusammen mit Landesgeschäftsführer Bodo Hombach hat die Kontrollkommission sichergestellt, daß im Landesverband Spenden jeder Größenordnung streng nach Recht und Gesetz abgewickelt werden.

Daß trotz enorm gesteigener Aktivitäten die mittelfristige Finanzplanung eingehalten werden konnte, wurde durch eine Reduzierung der Personalkosten im Landesbüro erreicht. Das Landesbüro hat in Zusammenarbeit mit dem Schatzmeister und Steuerberater Helmut Steinmetzer ein viele Punkte umfassendes Programm erarbeitet, um im finanziellen Bereich Vereinfachungen, bessere Transparenz und schnellere Reaktionsmöglichkeiten zu sichern. Hierbei sind auch Beratungsergebnisse eingeflossen, die im Auftrag von Schatzmeister Fritz Ziegler extern gewonnen wurden. Detailliert wurde die Verlagerung

von Arbeiten aus dem Arbeitsbereich von Monika Wrede hin zu Dienstleistungen des Steuerbüros festgelegt. Diese Verlagerung wurde begrüßt, weil sie aufgrund der EDV-Steuerung erhebliche Vereinfachungen, aber im wesentlichen noch mehr Transparenz schafft. So sind regelmäßige Finanzstatuskontrollen und Etatkontrollen möglich. Im Rahmen der organisatorischen Umgestaltungsmaßnahmen des Schatzmeisters ergab sich für den Arbeitsbereich und Monika Wrede eine Änderung: Die Stelle der Finanzreferentin wurde durch die beschriebene Auslagerung eines Teils ihrer Arbeiten auf eine 60-Prozent-Stelle reduziert. Das allerdings ohne eine Verringerung ihres Engagements, wie die Landeskontrollkommission ausdrücken feststellen möchte.

In diesem Zusammenhang wurde vereinbart, daß Steuerberater Helmut Steinmetzer regelmäßig an den Sitzungen der Landeskontrollkommission teilnimmt. Fritz Ziegler hat in der letzten Woche die EDV-Ausstattung des Landesbüros dahingehend verbessert, daß es möglich scheint, in schrittweisen Übergängen ohne Aufstockung des Personalbestandes des Landesbüros, Buchführungs- und Rechnungsbearbeitungsvorgänge aus der externen Auftragsvergabe herauszunehmen und wieder im Landesbüro selbst abzuwickeln. Dadurch würden sich erhebliche Kostenersparnisse ergeben, was die Kontrollkommission begrüßt. Diese drängt jedoch darauf, den fachlichen Rat von Helmut Steinmetzer, insbesondere bei komplizierten Rechts- und Steuerrechtsmaterien, zu bewahren.

Auch die Erstellung von Jahresabschlüssen und die durch Parteirecht vorgeschriebene Prüfung durch eine Treuhandgesellschaft bedürfen der Mitwirkung des vereidigten Buchprüfers und Steuerberaters Steinmetzer.

Die Landeskontrollkommission beriet am 24. Juni 1988 ausführlich über ein Schreiben von Jörg Grahl, in dem er darüber berichtete, daß er in Zukunft als Verleger der „Zeitung am Sonntag“ als Auftragnehmer in ein geschäftliches Verhältnis zum Landesverband treten werde. Er bot an, sein Mandat in der Landeskontrollkommission ruhen zu lassen. Die Landeskontrollkommission hat von diesem Angebot Gebrauch gemacht, da sie auch den leisesten Anschein einer Interessenkollision vermeiden sehen möchte.

Wenn es Schatzmeister Fritz Ziegler auch bisher gelungen ist, Einnahmen und Ausgaben in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen, so ist doch auch in diesem Bericht wieder die Frage zu stellen, wie die bisherige solide Finanzplanung über 1990 hinaus fortgesetzt werden kann. Die eine Voraussetzung dafür ist ein gutes Wahlergebnis 1990, die andere das weitere sparsame und korrekte Wirken des Landesbüros. Zwingend notwendig wird aber auch die Verbesserung der Einnahmeseite sein müssen, wenn auch in Zukunft die finanziellen Anteile der Bezirke an der Wahlkampfkostenrückerstattung, die mit 8,1 Millionen Mark die dort anfallenden Wahlkampfkosten abdecken sollen, in gleicher anteiliger Höhe gezahlt und gleichzeitig für zukünftige Wahlkämpfe ausreichende Etatansätze zur Verfügung stehen sollen.

Da bereits bei den vergangenen Wahlen neue Wege der

Wahlkampfes geangangen wurden, die im Verhältnis zu den hergebrachten erhebliche Kosteneinsparungen brachten, scheinen der Landeskontrollkommission Einsparungen beim Wahlkampfetat nur dann möglich, wenn auf politische Entscheidungen hin bewußt deutlich weniger Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Schon nach der jetzigen Finanzplanung müßten die ganz erheblichen Kostensteigerungen zum Beispiel im Druck- und Papierbereich sowie bei den Porti zwangsläufig zu Einsparungen der Wahlkampf- und Werbemittel gegenüber 1985 führen.

Wie auch im letzten Berichtszeitraum möchte sich die Landeskontrollkommission dafür bedanken, daß Monika Wrede bei allen Prüfungen im Landesbüro stets alle Unterlagen umfassend, ordentlich und korrekt vorlegen konnte. Auch die nach

dem neuen Parteiengesetz vorgeschriebene und im Landesbüro durchgeführte Prüfung durch eine unabhängige Treuhandgesellschaft konnte ohne jede Beanstandung und mit ausdrücklichem Lob in kürzester Zeit durchgeführt werden. Die Landeskontrollkommission hat in diesem Berichtszeitraum in Monika Wrede, Fritz Ziegler und Bodo Hombach Partner gehabt, mit denen sie stets aufs engste zusammenarbeiten konnte und die stets ihr gemeinsames Streben in der ökonomischsten Lösung der anstehenden politischen Aufgaben sahen.

Ich habe durch meinen Bericht zum Ausdruck gebracht, daß mein Antrag zur Entlastung des Landesvorstandes und Landesgeschäftsführers gut begründet ist. Auch im Namen meiner Kollegen bitte ich um die Annahme meines Antrages.

# Bericht der Mandatsprüfungskommission

**Berichtersteller: Rainer Verhoeven**

Die Einberufung zum 10. ordentlichen Landesparteitag ist fristgerecht erfolgt. Auf die Kontrolle der Mitgliedsbücher wurde wegen des Bankeinzugsverfahrens verzichtet. Gleichwohl ist von den Bezirken bestätigt worden, daß die Delegierten ihren Beitrag ordnungsgemäß entrichtet haben.

Die Prüfung ergab folgendes:

Westliches Westfalen	143 Delegierte; anwesend	143
Ostwestfalen-Lippe	29 Delegierte; anwesend	26
Mittelrhein	54 Delegierte; anwesend	51
Niederrhein	74 Delegierte; anwesend	72
Landesvorstand	19 Mitglieder; anwesend	17
gesamt	319 Delegierte; anwesend	309.

## Entlastung des Landesvorstandes

Der Landesparteitag folgte der Empfehlung der Landeskontrollkommission und sprach Landesvorstand und Landesgeschäftsführer die Entlastung aus.

# Behandlung der Anträge

## Antragsspiegel

**Antrag**  
**Antragsteller**  
**Betreff**

**Beschluß des Landesparteitages**

### A – Leitantrag

<b>A 1</b> SPD-Landesvorstand Wir in Nordrhein-Westfalen	Annahme in geänderter Fassung.
<b>Deutschlandpolitische Erklärung</b> SPD-Landesvorstand	Annahme in geänderter Fassung.

### B – Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik

<b>B 1</b> Bezirk Westliches Westfalen Novellierung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes (AWbG) NRW	Annahme.
<b>B 2</b> Ortsverein Wedau (UB Duisburg) Berufliche Bildung	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<b>B 3</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung	Streichung des ersten und letzten Absatzes. Restlicher Antrag Material zu Änderungsantrag A 1 in der Fassung der Antragskommission.
<b>B 4</b> Unterbezirk Mettmann Offene Arbeitsvermittlung	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<b>B 5</b> Unterbezirk Mettmann Wegfall von Bundesförderungsmitteln für Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit	Annahme.
<b>B 6</b> Unterbezirk Unna Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	Annahme.

<b>B 7</b> Unterbezirk Hamm Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes – 9. Novelle –	Erledigt, da die SPD-Bundestagsfraktion entsprechend votiert hat.
<b>B 8</b> Unterbezirk Unna Arbeitszeitverkürzung und Einrichtung neuer Stellen im öffentlichen Dienst	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<b>B 9</b> Unterbezirk Hamm Erhalt und Ausweitung des Montanmitbestimmungsgesetzes	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<b>B 10</b> Unterbezirk Hamm Steuerreform	Material an die SPD-Bundestagsfraktion.
<b>B 11</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Verbraucherschutz und Bankenmacht	Annahme.

### C – Bildungs- und Kulturpolitik

<b>C 1</b> Ortsverein Bonn-West Bildungspolitik	Material an den SPD-Landesvorstand NRW.
<b>C 2</b> Ortsverein Iserlohn-West Bildungspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen	Material an den SPD-Landesvorstand NRW.
<b>C 3</b> Ortsverein Bonn-Nord Ausbau der Fremdsprachenkenntnisse im Hinblick auf die Europäische Union	Annahme.
<b>C 4</b> SPD-Landesvorstand Grundsätze sozialdemokratischer Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen	Annahme.
<b>C 5</b> Unterbezirk Unna Politische Weiterbildung von Aussiedlern	Annahme.
<b>C 6</b> Unterbezirk Köln Rahmenprogramm Lokaler Rundfunk	Material an die SPD-Landtagsfraktion NRW.

**C 7**  
 SPD-Landesvorstand  
 „Kunst ist Substanz der Kultur. Kultur ist Substanz der Politik“  
 Annahme in ergänzter Fassung  
 (Änderungsantrag Ä 3).

## **D – Energie-, Umwelt- und Technologiepolitik**

**D 1**  
 Bezirk Westliches Westfalen  
 Eine sichere nationale Energieversorgung mit der heimischen Steinkohle  
 Annahme in der Fassung der Antragskommission.

**D 2**  
 Unterbezirk Hamm  
 Jahrhundertvertrag  
 Erledigt durch Annahme des Antrages D 1.

**D 3**  
 Unterbezirk Hamm  
 Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus  
 Annahme in der Fassung der Antragskommission.

**D 4**  
 Unterbezirk Hamm  
 Zukunftssicherung des östlichen Planungsraumes Ruhr/  
 Erschließung des Donarfeldes Radbod  
 Nichtbefassung, da regionales Problem.

**D 5**  
 Unterbezirk Mettmann  
 Schneller Brüter  
 Annahme.

**D 6**  
 Unterbezirk Mettmann  
 Umsetzung von energiepolitischen Landesprogrammen  
 Annahme.

**D 7**  
 Unterbezirk Hamm  
 THTR: Abgebrannte Brennelemente  
 Annahme in der Fassung der Antragskommission.

**D 8**  
 Unterbezirk Hamm  
 Effektivere Kontrolle der Atomindustrie  
 Material an die Landesregierung.

**D 9**  
 Bezirk Niederrhein  
 Sondermüllentsorgung  
 Material an den SPD-Landesvorstand mit der Maßgabe, bis zum nächsten Landesparteitag, auf dem das Wahlprogramm zur Landtagswahl verabschiedet wird, die Position der SPD in NRW zur Abfallwirtschaft so darzustellen und dort beschließen zu lassen, daß sie von Sozialdemokraten im Landtagswahlkampf überzeugend vertreten werden kann.

**D 10**  
 Unterbezirk Steinfurt  
 Abfallvermeidungs- und Recyclingwirtschaft  
 Annahme der Abschnitte I und II in geänderter Fassung. Abschnitt III Überweisung mit Antrag D 9 an den SPD-Landesvorstand.

**D 11**  
 Unterbezirk Mettmann  
 VKA  
 Material an den SPD-Landesvorstand NRW.

**D 12**  
 Unterbezirk Mettmann  
 Ozonschicht  
 Annahme.

**D 13**  
 Unterbezirk Mettmann  
 Umweltprogramm NRW  
 Annahme.

**D 14**  
 Unterbezirk Aachen  
 Gentechnologie  
 Annahme des drittletzten und letzten Spiegelstriches in Ziff. 6 und Einfügung in den Initiativantrag 2; Rest Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktion NRW.

## **E – Kommunales**

**E 1**  
 Unterbezirk Hochsauerland  
 Änderung der Gemeindeordnung  
 Material an die SPD-Landtagsfraktion NRW und Landesregierung.

**E 2**  
 Unterbezirk Essen  
 Gemeindefinanzierungs-gesetz  
 Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW.

## **F – Innen- und Gesellschaftspolitik**

**F 1**  
 Unterbezirk Unna  
 Kinderbetreuung der Zukunft  
 Annahme.

**F 2**  
 Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
 Neufassung des Kindergartengesetzes in NRW  
 Material zu Antrag F 1.

**F 3**  
 Ortsverein Bonn-Beuel  
 Integration von Behinderten und Nichtbehinderten in Kindergarten und Schule  
 Annahme unter Berücksichtigung des Änderungsantrages A 6 in der Fassung der Antragskommission.

**F 4**  
 Unterbezirk Unna  
 Jugendpolitik  
 Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW und an den SPD-Landesvorstand mit der Maßgabe, auf der Grundlage dieses Antrages und der in geeigneter Form noch zu veröffentlichenden Jugendpolitischen Thesen des SPD-Landesverbandes für den nächsten ordentlichen Landesparteitag einen eigenen jugendpolitischen Antrag zu entwickeln sowie einen Bericht über die Stellung der Jugendlichen in Funktionen und Mandaten der SPD in Nordrhein-Westfalen zu erstellen.

**F 5**  
 Ortsverein Köln-Mitte  
 Eigenständiges Frauenministerium  
 Annahme in der Fassung der Antragskommission.

**F 6**  
 Unterbezirk Hochsauerland  
 Kommunalwahlrecht für Ausländer  
 Annahme in der Fassung der Antragskommission.

<b>F 7</b> Ortsverein Bonn-Nord Situation der Roma in NRW	Annahme in geänderter Fassung.
<b>F 8</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Gegen Rechts	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<b>F 9</b> Unterbezirk Mettmann Verbot der rechtsradikalen Parteien	Soweit nicht durch Antrag F 8 erfaßt, Ablehnung.
<b>F 10</b> Unterbezirk Mettmann Überprüfung von Bewerbern durch das Landesamt für Verfassungsschutz	Annahme.

## **G – Sozialpolitik**

<b>G 1</b> Unterbezirk Hamm Strukturreform im Gesundheitswesen	Annahme.
<b>G 2</b> Unterbezirk Mettmann Strukturreform im Gesundheitswesen	Erledigt durch Annahme des Antrages G 1.
<b>G 3</b> Unterbezirk Hamm Resolution zum geplanten Schwangerschafts-Beratungsgesetz der Bundesregierung	Annahme.
<b>G 4</b> Unterbezirk Mettmann Beratungsgesetz § 218	Material zu Antrag G 3.
<b>G 5</b> Ortsverein Rodenkirchen-West (Unterbezirk Köln) Grundlegende Verbesserung der Erstausbildung in der Altenpflege	Annahme.
<b>G 6</b> Unterbezirk Hamm Umschöpfungsabgabe im Hinblick auf das soziale Sicherungssystem	Annahme in der Fassung des Änderungsantrages A 2.
<b>G 7</b> Unterbezirk Mettmann Gesetzliche Regelung des Bundespflegegesetzes/Sozialtats der Landschaftsverbände	Ablehnung, da der Bundesparteitag in Münster ein Pflegegesetz gefordert hat.
<b>G 8</b> Unterbezirk Bonn Finanzausstattung der Landschaftsverbände	Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW und Landesregierung.

## **H – Organisationspolitik**

<b>H 1</b> Landesvorstand Neufassung der Landessatzung §§ 9, 12, 15 und Schlußbestimmung	Annahme (einstimmig).
--	-----------------------

<b>H 2</b> Bezirk Mittelrhein Landesreservelisten zur nächsten Landtags- und Bundestagswahl	Nichtbefassung, da die in der Satzung festgelegte Quotierung Vorrang hat.
<b>H 3</b> Ortsverein Ensen-Westhoven (Unterbezirk Köln) 30 %-Regelung für Mandatsträger/innen	Annahme.

## **I – Initiativanträge**

<b>I 1</b> Deutsch-französischer Kulturkanal	Annahme und Weiterleitung an SPD-Landesregierungen, SPD-Landtagsfraktion NRW, SPD-Parteivorstand, Bundesmedienkommission.
<b>I 2</b> Gentechnikgesetz	Annahme in ergänzter Fassung.
<b>I 3</b> Transrapid	Annahme in der Fassung der Antragskommission.

## **J – Sonstige Anträge**

<b>J 1</b> Unterbezirk Warendorf Reform der Landwirtschaftspolitik	Material an den SPD-Landesvorstand NRW.
<b>J 2</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Veränderung des Gesetzes über die Errichtung von Landwirtschaftskammern in NRW	Erledigt durch Gesetzesnovelle vom 22. 7. 1989.
<b>J 3</b> Unterbezirk Steinfurt Landschaftsrahmenplan	Material an die SPD-Landtagsfraktion NRW.
<b>J 4</b> Unterbezirk Mettmann Gefahren durch Transport radioaktiver Materialien	Überweisung an die Landesregierung.
<b>J 5</b> Unterbezirk Hamm Resolution zur Verkehrspolitik der Bundesregierung	Annahme.
<b>J 6</b> Unterbezirk Mettmann Ausbau des Flughafens Düsseldorf	Material an die SPD-Landtagsfraktion und an die Landesregierung.
<b>J 7</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe/ Unterbezirk Lippe Genehmigungsverfahren für militärische Planungen	Annahme.
<b>J 8</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe/ Unterbezirk Herford Notarielle Beurkundung von Unterhaltsverträgen	Annahme.

**J 9**

Unterbezirk Herford                      Annahme.  
 Verkürzung gerichtlicher  
 Verfahren im Bereich der  
 Sozial-, Verwaltungs- und  
 Familiengerichtsbarkeit

**J 10**

Unterbezirk Mettmann                      Annahme.  
 Rüstungsindustrie

---

**Resolutionen**


---

**1**

Solidarität mit den Gewerk-                      Annahme.  
 schaften im Kampf für Ar-  
 beitszeitverkürzung und die  
 Erhaltung des freien Wo-  
 chenendes

**2**

Gegen Gewalt in El Salva-                      Annahme.  
 dor

---

**Ä - Änderungsanträge**


---

Der Wortlaut der Änderungsanträge ist in den entsprechenden  
 Anträgen übernommen worden.

**Ä 1**

Änderungsantrag zu A 1                      Annahme in der Fassung der  
 und B 3    Antragskommission.

**Ä 2**

Änderungsantrag zu G 6 -                      Annahme.  
 Neufassung des G 6

**Ä 3**

Änderungsantrag zu C 7                      Annahme.

**Ä 4**

Änderungsantrag A 1                              Annahme.

**Ä 5**

Änderungsantrag                              Annahme in der Fassung der  
 zur deutschlandpolitischen                      Antragskommission.  
 Erklärung

**Ä 6**

Änderungsantrag zu F 3                      Annahme.

# Wortlaut der beschlossenen Anträge/Resolutionen

---

**Antrag-Nr.:** A 1  
**Antragsteller:** SPD-Landesvorstand  
**Betreff:** Wir in Nordrhein-Westfalen

---

I. Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit hoher Lebensqualität

Unser Land Nordrhein-Westfalen ist auf dem Weg in eine gute Zukunft und nimmt schon heute auf vielen Gebieten wieder eine Spitzenstellung unter den Bundesländern ein. Unsere Politik der ökologischen und ökonomischen Erneuerung in sozialer Verantwortung trägt Früchte: Sie findet bei den Bürgerinnen und Bürgern des ganzen Landes breite Zustimmung und Unterstützung.

Jetzt geht es darum, diesen erfolgreichen Weg der konkreten Reformen konsequent und mit Augenmaß weiterzugehen. Dafür bitten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erneut um ihr Vertrauen und um ihre Unterstützung.

Die Leistungen der Sozialdemokraten für unser Land können sich sehen lassen. Überall in Nordrhein-Westfalen ist der Aufbruch spürbar; auch in den Kohle- und Stahlregionen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern haben wir Grund zum Stolz auf das, was wir in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren erreicht haben: Das wirtschaftliche Wachstum in Nordrhein-Westfalen hat wieder Anschluß an die bundesweite Entwicklung gewonnen.

In den letzten fünf Jahren sind in Nordrhein-Westfalen fast 300 000 neue Arbeitsplätze entstanden, der Großteil im Dienstleistungsbereich, bei mittelständischen Betrieben und freien Berufen.

Bei der Arbeitsproduktivität liegen wir vorn in der Bundesrepublik; unser Land ist für ausländische Investoren in den letzten Jahren immer attraktiver geworden.

Der Anteil neugegründeter Unternehmen in Nordrhein-Westfalen liegt über dem Bundesdurchschnitt.

Unsere Technologiepolitik hat die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gesteigert, die Umweltverträglichkeit moderner Technik erhöht und gleichzeitig die Sozialverträglichkeit der technischen Entwicklung aktiv beeinflußt.

Mit der „Zukunftsinitiative Montanregionen“ und mit der soeben eingeleiteten „Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen“ haben wir in allen Regionen unseres Landes vor Ort für die ökologische und ökonomische Erneuerung in sozialer Verantwortung mobilisiert.

Der Himmel über der Ruhr ist wieder blau geworden. In den Ballungsgebieten an Rhein und Ruhr sind die Belastungen der Luft mit Schwefeldioxid um 75 Prozent und mit Stickoxiden um 20 Prozent verringert worden.

Umweltechniken aus Nordrhein-Westfalen haben sich zu einem Exportschlager entwickelt.

Mit inzwischen 49 Hochschulen, 3 Großforschungseinrichtungen, 11 Max-Planck-Instituten, 6 Instituten der Fraunhofer-Ge-

sellschaft und seinen Technologiezentren verfügt Nordrhein-Westfalen über mehr Kapazitäten in Forschung und Lehre und für den Technologietransfer als jede andere Region in Europa.

Nordrhein-Westfalen hat eine technologische Infrastruktur, die bundes- und europaweit ihresgleichen sucht. Mit dem landesweiten Netz der 20 Technologiezentren, 6 Technologieagenturen und 22 Technologietransferzentren ist Nordrhein-Westfalen zu einer Zukunftswerkstatt für neue Technologien geworden. Mit solchen erfolgreichen Investitionen in eine zukunftssichere wissenschaftliche und technologische Infrastruktur erschließt das Industrieland Nordrhein-Westfalen die Rohstoffe Forschung und technologisches Know-how.

In Nordrhein-Westfalen besteht wie in keinem anderen Bundesland ein vielfältiges, ausgebautes und differenziertes Angebot aller Schularten, das sich am Elternwillen orientiert, zu frühe Festlegungen auf Bildungsgänge vermeidet und so flexibel gestaltet ist, daß Korrekturen von Bildungsgängen möglich sind.

Nirgendwo in Europa wird die Weiterbildung stärker gefördert als bei uns. Mit über 3 Milliarden Mark haben wir dafür gesorgt, daß die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes beim technologischen und gesellschaftlichen Wandel Schritt halten können. Nordrhein-Westfalen hat dafür mehr getan als alle anderen Bundesländer.

Für zehntausende junger Menschen haben wir in den vergangenen Jahren eine Ausbildung ermöglicht und Arbeitsplätze geschaffen. Durch Qualifizierung, Umschulung und Eingliederungshilfen haben wir neue Beschäftigungsbereiche eröffnet.

Für 80 Prozent unserer 3- bis 6jährigen Kinder haben wir inzwischen Kindergartenplätze.

Unser dichtes Netz von Beratungseinrichtungen und Familienbildungsstätten ist bundesweit vorbildlich. In unserem Land finden Jugendliche die meisten Jugendeinrichtungen.

Wir haben zusätzliche Altenwohnungen und Altenheime gebaut, Werkstätten für Behinderte und Wohnheime errichtet und ein Netz von Sozialstationen geschaffen.

Wir haben das Krankenhausystem unseres Landes modernisiert.

Das alles ist für jeden der sichtbare Ausdruck der sozialen Verantwortung unserer Politik.

Wir haben als erstes und bisher einziges Land ein Frauenförderungsgesetz für den öffentlichen Dienst beschlossen, um Frauen bei gleicher Qualifikation zu fördern.

Mit einem dichten Angebot an Sportstätten und im Zusammenwirken mit den über 19 000 Sportvereinen unseres Landes haben wir eine Sportlandschaft geschaffen, die ihresgleichen sucht. Die Entwicklung des Breitensports wird von uns – bundesweit anerkannt – zukunftsweisend unterstützt. Auch für sportliche Spitzenleistungen haben wir günstige Voraussetzungen geschaffen; deshalb wollen wir die Olympischen Spiele in unser Land holen.

Unsere Politik der erhaltenden Stadterneuerung hat die Wohn-

und Lebensqualität erhöht; sie ist zu einem neuen Markenzeichen unseres Landes geworden.

## II. Nordrhein-Westfalen braucht weiter klare Verhältnisse

Wir in Nordrhein-Westfalen wollen den eingeschlagenen Weg weitergehen. Dafür brauchen wir auch in Zukunft klare Verhältnisse. Die gibt es nur mit der nordrhein-westfälischen SPD.

Unsere Politik gründet auf dem offenen und vertrauensvollen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Wir versprechen nur das, was wir halten können. Wir tun, was wir sagen.

Wir stehen für konkrete und berechenbare Reformen, für Klarheit, Solidität und Stabilität. Wir wissen: Nur unter diesen Voraussetzungen sind weitere Reformanstrengungen erfolgreich für neue Arbeit, für mehr soziale Gerechtigkeit, für Gleichberechtigung und für ökologisch verantwortliches Wirtschaften.

Gegen uns in Nordrhein-Westfalen kämpfen diesmal vier andere Parteien. Weder CDU, Grüne noch FDP können klare Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen sichern, schon gar nicht die „Republikaner“, die jenseits des demokratischen Spektrums stehen.

Deshalb wollen wir auch in den kommenden fünf Jahren Verantwortung übernehmen – die volle Verantwortung.

Wir in Nordrhein-Westfalen wollen auch in Zukunft Koalitionsstreit und parteipolitische Profilierung durch wechselseitige Schuldzuweisungen anderen überlassen. In Bonn wird gerade deutlich, wohin das führen kann: Zur Selbstblockade statt zur Zukunftsgestaltung.

Das wollen wir nicht. Wir wollen unsere ganze Kraft weiter darauf verwenden, daß unser Land Nordrhein-Westfalen mit all seinen liebenswerten Regionen eine gute Zukunft hat und den Menschen Heimat bietet.

## III. Nordrhein-Westfalen bleibt auf Reformkurs

Wir in Nordrhein-Westfalen haben in den letzten Jahren gemeinsam viel erreicht. Wir haben allen Grund, selbstbewußt zu sein, ohne selbstzufrieden zu werden.

Wir wollen unser Land weiter voranbringen. Wir wissen, daß wir trotz aller Erfolge vor großen Zukunftsaufgaben stehen:

Die Zahl der Arbeitsplätze ist gewachsen, aber noch immer sind Hunderttausende ohne Arbeit, und viele von ihnen drohen die Hoffnung zu verlieren, je wieder Arbeit zu bekommen, da die Langzeitarbeitslosigkeit zugenommen hat. Vor allem im Bergbau sind die Beschäftigten und ihre Familien durch Spekulationen und Diskussionen über die Zukunft der Kohle verunsichert worden. Das wollen wir ändern.

Die Belastung der Luft, unserer Flüsse und Seen mit Schadstoffen hat sich verringert. Aber mit der Art unseres Lebens und Wirtschaftens treiben wir noch immer Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Das wollen wir ändern.

Die Wohn- und Lebensqualität in unseren Städten hat gewonnen, aber es fehlen für viele preiswerte Wohnungen, und der Autoverkehr droht viele unserer Städte zu ersticken. Das wollen wir ändern.

Die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildung oder Arbeit sinkt, ist aber immer noch viel zu hoch. Zudem werden viele Jugendliche nicht so ausgebildet, daß sie den Anforderungen der Zukunft gewachsen sein werden. Das wollen wir ändern.

Unser leistungsfähiges und differenziertes Schulsystem vermag vielfältigen Ansprüchen gerecht zu werden. Aber noch immer gibt es an manchen Schulen Unterrichtsausfall, zu große Klassen, gesellschaftlich bedingte Benachteiligungen. Und es gibt neue Anforderungen, auf die das Bildungswesen noch nicht eingestellt ist. Das wollen wir ändern.

Wir haben die dichteste Hochschullandschaft Europas. Jeder dritte bundesdeutsche Professor forscht und lehrt in Nordrhein-Westfalen. Unsere Hochschulen sind als wichtige Partner der

Wirtschaft bei der Suche nach neuen umwelt- und sozialverträglichen Produkten und Produktionsverfahren akzeptiert. Kein Land gibt annähernd gleich hohe Beträge für Bildung und Wissenschaft aus wie Nordrhein-Westfalen. Trotzdem gibt es überfüllte Hörsäle. Nicht jeder findet in den Hochschulen Lehrangebote, die seinen Talenten und Neigungen entsprechen. In manchen Fächern gelangen zu wenig Studienanfänger zum Examen. Das wollen wir ändern.

Wir haben die stationäre und ambulante Versorgung für ältere Menschen weiter ausgebaut, auf die gestiegene und auch zukünftig steigende Zahl alter Menschen ist unsere Gesellschaft aber nicht ausreichend vorbereitet. Das wollen wir ändern.

Bei der geplanten Reform der Alterssicherung haben wir – vor allem zugunsten der Frauen – wesentliche Verbesserungen durchgesetzt gegenüber den ursprünglichen Plänen der Bundesregierung. Aber die jetzt geplante Alterssicherung kann nur ein erster Schritt sein und bietet angesichts der wachsenden Zahl alter Menschen keine dauerhafte Lösung. Das wollen wir ändern.

In den vergangenen Jahren konnten bei uns mehr Frauen als je zuvor ihren Wunsch verwirklichen, erwerbstätig zu sein. Der Strukturwandel zu den Dienstleistungen hat diese Entwicklung begünstigt. Ausschlaggebend war jedoch das erheblich gestiegene Qualifikationsniveau der Frauen. Trotzdem sind Frauen weiter überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen, werden bei gleicher Leistung schlechter bezahlt und haben unterdurchschnittliche Aufstiegschancen. Das wollen wir ändern.

Uns fehlen Tagesplätze für Kinder, weil die Nachfrage noch stärker gestiegen ist als das Angebot. Das wollen wir ändern.

Mit unserer liberalen Innen- und Rechtspolitik gewährleisten wir die innere Sicherheit und dienen zugleich dem inneren Frieden in unserer Gesellschaft. Unser liberaler und sozialer Rechtsstaat hat alle Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Kriminalität zu schützen. Wir sehen aber, daß neue Formen der Kriminalität den einzelnen und die ganze Gesellschaft gefährden. Das wollen wir ändern.

Seit Sozialdemokraten die politische Verantwortung für unser Land tragen, haben wir in Nordrhein-Westfalen gemeinsam viel erreicht. Wir werden die großen Aufgaben, die vor uns liegen, erfolgreich bewältigen, wenn wir auf Reformkurs bleiben.

### 1. Nordrhein-Westfalen setzt die Erneuerung fort

Wir in Nordrhein-Westfalen haben langjährige Erfahrungen mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel. Vor 30 Jahren arbeitete noch jeder 8. Arbeitnehmer in der Montanindustrie unseres Landes – heute nur jeder 20.; gleichzeitig sind jedoch bereits mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen tätig. Derartig rasche, tiefgreifende Veränderungen hatte kaum ein anderes Land zu bewältigen. Unsere Bemühungen zur Erneuerung des Ruhrgebietes, einer der ältesten und größten Industrieregionen der Welt, gelten heute auch im internationalen Maßstab als beispielhaft.

Wir sagen auch in Zukunft Ja zum wirtschaftlichen Strukturwandel, aber genauso deutlich sagen wir: Er darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmer und nicht zu Lasten der Umwelt gehen. Mit uns gibt es auch in Zukunft keine Kahlschlagsanierung, weder regionale Verödung noch soziale Deklassierung. Mit uns gibt es nur und ohne jeden Abstrich den Weg der ökonomischen Erneuerung in sozialer Verantwortung.

Wir tragen Verantwortung für alle Regionen unseres Landes. Wir setzen auf die Solidarität zwischen den Regionen. Wir setzen überall auf die wirtschaftspolitische Verantwortung tragenden Kräfte und geben Hilfe zur Selbsthilfe. Mit der „Zukunftsinitiative Montanregionen“ (ZIM) haben wir eine neue Strukturpolitik für die Montanregionen formuliert, die bewußt und gezielt auf die Eigenverantwortung, das Engagement und die Kraft zur Selbstorganisation in den Regionen vertraut. Wir gehen diesen

Weg mit der „Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen“ (ZIN) konsequent weiter.

Mittelständischen Unternehmen fällt beim Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen eine Schlüsselrolle zu. Wir Sozialdemokraten werden die Mittelstandspolitik konsequent weiterentwickeln, um kleine und mittlere Unternehmen bei der Anpassung an neue wirtschaftliche und technische Entwicklung zu unterstützen.

Gezielte öffentliche Investitionen in die Infrastruktur für Forschung und Technologie werden immer wichtiger für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Heute zeigt sich, daß die Milliarden, die wir seit Mitte der 60er Jahre in den Ausbau und Aufbau unserer Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen investiert haben, auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gut angelegt waren. Wir beginnen jetzt, die Früchte zu ernten.

Der wirtschaftliche Strukturwandel ist nur mit qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erfolgreich zu bewältigen. Mehr und bessere Weiterbildung ist die Aufgabe aller Beteiligten. Wir werden dieser Notwendigkeit durch eine aktive Qualifikationspolitik gerecht werden und gleichzeitig die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen zur Arbeit als Basis des Wohlstandes in unserem Land fördern.

Unsere Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist darauf ausgerichtet, Beschäftigungseinbrüche frühzeitig zu erkennen, möglichst zu verhindern und die Arbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen. Für diese wichtige Aufgabe werden wir alle Kräfte der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Kommunal- und Landespolitik und der Arbeitsverwaltung zusammenführen. Wir ermuntern gleichzeitig die Regionen, ihre jeweiligen Stärken systematisch aufzubereiten, darzustellen und sie für dauerhafte und qualitativ hochwertige Beschäftigung zu mobilisieren.

Humane Arbeit für alle ist und bleibt das Ziel sozialdemokratischer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Ausbildungsplatznot haben wir mehr getan als alle anderen Bundesländer zusammen. Wir werden diese Bemühungen fortsetzen.

Wir werden einer Verschärfung der Langzeitarbeitslosigkeit von Frauen und Männern entgegenwirken. Wir werden uns auf Bundesebene für das Prinzip „Arbeit statt Sozialleistungen“ einsetzen und die Kürzungen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bekämpfen. Wir wollen ein neues Arbeitszeitgesetz. Auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit kann die Arbeitslosigkeit wirksam eindämmen. Sie ist darüber hinaus eine wesentliche Voraussetzung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Frauen und Männern und zur Humanisierung der Arbeit.

Wir unterstützen deshalb die Gewerkschaften bei ihren Forderungen nach weiteren Arbeitszeitverkürzungen.

Wir werden auch den präventiven Arbeitsschutz weiter ausbauen, um die Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten unter den Bedingungen des Strukturwandels weiterhin menschengerecht zu gestalten und so unseren hohen Standard von Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit zu erhalten.

Dazu sind auch der weitere Ausbau und eine verbesserte Organisation der Gewerbeaufsicht notwendig.

2. Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen sichern und erhalten

Unsere Zukunft hängt davon ab, daß es uns gelingt, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern und zu erhalten. Der strukturelle Wandel muß Arbeitsplätze schaffen und sichern, aber auch der Umwelt dienen. Die ökologische Erneuerung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die arbeitenden Menschen in unserem Lande, die starken Gewerkschaften und leistungsfähigen Unternehmen haben es erreicht, daß wir in einer der reichsten Industrienationen der Welt mit einem der höchsten Pro-Kopf-Einkommen leben. Das Brut-

tosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland hat inzwischen die 2-Billionen-Grenze überschritten. Die Bundesrepublik hat eine der leistungsstärksten Industrien der Welt. Bei uns gibt es genügend technologische Möglichkeiten und genügend Reichtum, um weniger Lärm, saubere Luft, ökologisch intakte Flüsse und Seen, reines Trinkwasser und gesunde Lebensmittel zu garantieren.

Wir müssen bereit sein, unseren Wohlstand auch für die Umwelt einzusetzen. Nur dadurch lassen sich die Gefahren abwenden, die den Menschen und der Umwelt z. B. durch die vorausgesagte Klimaänderung, die Zerstörung der Ozonschicht und den ökologischen Tod von Nord- und Ostsee drohen.

Wir haben es bei der aktuellen Umweltgefährdung nicht länger mit abgrenzbaren Schäden einzelner Verursacher zu tun, die durch gezielte Einzelmaßnahmen korrigiert werden könnten. Wir brauchen eine grundlegende ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft: Zukünftig muß mit geringerem Rohstoff- und Energieeinsatz, bei geringerer Schadstoffbelastung, bei verringertem Müllaufkommen und mit verminderten Risiken produziert werden.

Die Umstellung unserer Wirtschaftsweise auf umweltverträgliche Produktionsprozesse ist somit lebensnotwendig.

In eineinhalb Jahrzehnten Umweltpolitik konnte eine erhebliche Entlastung bei der Umweltverschmutzung in wichtigen Bereichen erzielt werden, gerade in Nordrhein-Westfalen: Mit einem Recyclinganteil bei den gewerblich-technischen Abfällen von 40 Prozent liegen wir an der Spitze in Europa, der Himmel über Nordrhein-Westfalen ist blauer geworden, die Belastung der Fließgewässer mit Schwermetallen hat deutlich abgenommen, es gibt mehr Natur- und Landschaftsschutzgebiete denn je.

Die bisherige Umweltpolitik konnte aber noch nicht den gewünschten Erfolg bringen, weil ihre Instrumente wie Verbote, Gebote und Grenzwerte zwar wirksam waren, aber nicht ausreichten. Eine Reihe schwerwiegender aktueller Umweltprobleme kann durch einfache Verbots- und Gebotslösungen in der Zukunft nicht oder nur unzureichend gelöst werden.

Der Produktionsfaktor Natur ist bis heute als kostenfrei behandelt und seine Verwendung für die Menschen und ihre Umwelt als frei von Konsequenzen angesehen worden. Wachsender Wohlstand ging in der Regel auf Kosten der Natur. Wir wollen das ändern. Deshalb müssen der Flächenverbrauch begrenzt, Nutzflächen ökologisch wiederhergestellt, intensive Nutzungsweisen der Land- und Forstwirtschaft abgebaut, die Verkehrsexplosion auf der Straße eingedämmt und die Meere vor weiterer Verschmutzung geschützt werden. Altlasten der Chemie müssen beseitigt, neue Belastungen müssen vermieden werden.

Deshalb gilt: Das ökologisch Notwendige muß zum Prinzip ökologischen Handelns selbst werden.

Schutz und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen müssen vorrangige Ziele sein. Die Aufgabe dabei ist nicht nur, Gefahren von Menschen und Naturhaushalt abzuwehren, sondern den Strukturwandel der Wirtschaft dort zu unterstützen und richtige Investitionen dort zu beschleunigen, wo gewährleistet ist, daß Umweltschutz und ökonomische Entwicklung gleichzeitig vorankommen. Nur diese Verzahnung ökonomischer und ökologischer Ziele rechtfertigt es tatsächlich, von einem Konzept der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft zu reden.

Umweltpolitik muß deshalb immer auch aktive und konstruktive Industriepolitik zugleich sein, bei der das ökologisch Notwendige in ökonomische Motivation und ökonomische Machbarkeit umgesetzt wird.

In unserer Wirtschaft arbeiten genügend umweltbewußte Facharbeiter, Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler und Mana-

ger, die zur Verbesserung der Umwelt beitragen können und wollen. Wir laden sie ein mitzutun.

Staatliche Umweltpolitik muß die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß sich der Sachverstand der Vielen zum Nutzen der Umwelt dynamisch entfalten kann.

Ordnungsrechtliche Instrumente sind mit marktwirtschaftlichen Anreizen zu kombinieren. Jedes Instrument ist nur danach zu beurteilen, ob es schnell der Umwelt hilft und Hemmnisse für die Wirtschaft soweit wie möglich vermeidet.

Diesem Denkansatz entspricht eine Umweltpolitik, die neben dem Ordnungsrecht auf den Säulen ruht, das Eigeninteresse der Wirtschaft durch Integration der Umweltkosten in die Produktionskosten zu stärken, das Steuer- und Abgabensystem so umzugestalten, daß Umweltvorsorge sich lohnt, und öffentliche Gelder für den ökologischen Strukturwandel einzusetzen.

Wir brauchen endlich echte Kostenrechnungen. Es ist irrational und unverantwortlich, wenn für ein Produkt oder ein Produktionsverfahren nur die Herstellungskosten und die Kosten des laufenden Betriebs gerechnet werden, nicht aber die gesellschaftlichen Kosten, die durch Luftverschmutzung, Wasserverseuchung, belastete Lebensmittel oder krankmachende Arbeitsplätze entstehen. Deshalb brauchen wir Umweltabgaben und eine höhere Besteuerung des Energieverbrauchs.

Es wird darauf ankommen, in der Produktion von Gütern allgemein nicht nur ökonomische, sondern auch ökologische Zusammenhänge früher in die Vorbereitung von Investitionsentscheidungen und die Entscheidung über Produktion einzubeziehen und die umweltgerechte Entsorgung von Haus- und Industrierückfall rechtzeitig zu planen.

Dabei entsteht wissenschaftlich-technisch-betriebliches Know-how, das angesichts weltweit steigender Nachfrage nach umweltverträglichen Produkten zunehmend auch wirtschaftliche Bedeutung gewinnt.

Schon heute ist Nordrhein-Westfalen das Umweltforschungs- und das Umwelttechnologieland. Umwelttechnologie ist eine strukturpolitische Chance für unser Land, ein wichtiger Zukunftspfad.

Nachdem bis Mitte 1990 durch den Einsatz modernster Rauchgasreinigungstechnik Nordrhein-Westfalen zum saubersten Energieproduktionszentrum dieser Art und der Welt werden wird, kommt es jetzt darauf an, dafür zu sorgen, daß Nordrhein-Westfalen 1995 die sauberste und grünste Industrieregion wird.

Bei alledem muß uns klar sein: Die Wirksamkeit von regionaler und nationaler Umweltpolitik ist begrenzt. Wir brauchen deshalb auch eine Umweltpolitik im EG-, im Ost-West- und im Nord-Süd-Rahmen, also im globalen Maßstab.

Die gegenwärtig hohe Verschuldung zwingt die Länder der Dritten Welt zur Steigerung der Exporterlöse und damit zu einer Form der Produktivitätssteigerung, die ihre eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören droht: Abholzung, Versteppung, Überdüngung, Bodenvergiftung sind die Folge. Viele Entwicklungsländer sehen sich gezwungen, exportorientierte Industrien ins Land zu holen. Die Konsequenz ist, daß sich die „sauberen“ Industrien eher auf die Industrieländer und die „schmutzigen“ eher auf die Dritte Welt konzentrieren. Ein solcher ökologischer Kolonialismus muß gestoppt werden.

Wir müssen aber auch vor unserer Haustür umsteuern. Die EG muß sich sowohl als soziale als auch als eine ökologische Gemeinschaft begreifen.

Genauso wichtig ist, die ökologische Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn zu suchen. In der Ost-West-Kooperation gilt es, eine gesamteuropäische Umweltschutzstrategie zu entwickeln, beispielsweise für die Bereiche Luft, Wasser und Verkehr. Die Kooperation mit unseren östlichen Nachbarn darf nicht auf Wirtschaft und Energie beschränkt bleiben.

Heute werden die Weichen für die Industriegesellschaft im

Jahre 2000 und danach gestellt und welchen Weg wir dorthin einschlagen werden. Die Politik wird eine wichtige Steuerungsfunktion übernehmen müssen, um den Strukturwandel im Interesse der Umwelt, der Wirtschaft und der Menschen unseres Landes zu beschleunigen. Mit altem Denken und mit den alten Methoden schaffen wir das nicht.

Die drohende Klimakatastrophe macht das deutlich. Der Energieverbrauch muß drastisch gesenkt werden. Deshalb muß die Verkehrspolitik wie auch die Struktur der Energieversorgung geändert werden.

Wir wollen moderne Technik – auch mit staatlichen Markteinführungshilfen – nutzen: für rationelle Energiegewinnung und -nutzung, Kraft-Wärme-Kopplung und weiteren Ausbau der Fernwärme.

So sichern wir die heimische Energie.

Wir treten ein für einen neuen energiepolitischen Konsens jenseits der Kernenergie. Wir wollen moderne Technik nutzen für den sparsamen Umgang mit Energie, für rationelle Energiegewinnung und -nutzung, für die umweltverträgliche Nutzung der heimischen Kohle, für neue, unerschöpfliche Energiequellen.

Die Verbesserung der Energieeffizienz, Energiesparen und rationelle Energieverwendung sind oberste Leitlinie unserer Energiepolitik.

Die umweltfreundliche Nutzung heimischer Kohle bleibt die Grundlage einer sicheren Stromversorgung in der Bundesrepublik. Steinkohle und Braunkohle sind unsere einzigen bedeutenden, ausreichenden und noch lange Zeit verfügbaren Primärenergieträger und haben Vorrang.

Die Zukunft der heimischen Steinkohle steht auf dem Spiel. Verantwortlich ist die Bundesregierung. Sie ist zuständig für nationale Energiepolitik und mitverantwortlich für europäische Energiepolitik. Wir sind zum Zusammenwirken bereit und gehen dabei – wie wir bewiesen haben – bis an die Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes.

Wir wollen die dezentrale Energieversorgung mit Blockheizkraftwerken in Städten und Gemeinden fördern. Druckwirbelschichtanlagen und Kombikraftwerke mit integrierter Kohlevergasung sind Beispiele dafür, wie neue Techniken den energetischen Wirkungsgrad erhöhen, die Umweltbelastung reduzieren und damit der Kohle bis ins nächste Jahrtausend Zukunft geben: Dafür setzen wir uns mit allen politischen, rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten ein, die einem Bundesland zur Verfügung stehen.

Wir müssen alles tun, damit die unerschöpflichen Energiequellen sich in der Praxis durchsetzen können.

Mittel- und langfristig wird es nötig sein, den durch die Nutzung moderner Technik möglichst geringen Energiebedarf mit einem Energieversorgungssystem zu decken, das in wachsendem Maße die unerschöpfliche und umweltverträgliche Sonnenenergie direkt nutzt.

3. Wir schaffen in Städten und Gemeinden eine neue Qualität des Zusammenlebens

Unsere Städte menschlicher zu gestalten, das bedeutet für uns auch in Zukunft: Preiswerte Wohnungen für alle, die darauf angewiesen sind, Wohnungsmodernisierung, Verbesserung des Wohnumfeldes, Ausbau sozialer und kultureller Einrichtungen, Sicherung bestehender und Schaffung neuer Gewerbestandorte.

Wir wollen, daß die Menschen sich in ihren Wohnungen und in ihrer nächsten Umgebung wirklich zu Hause fühlen können. Auch deshalb brauchen wir mehr Mietermitbestimmung. Wir wollen überall Möglichkeiten für soziale Kontakte und kulturelle Betätigung in der Nähe der Wohnungen schaffen.

Viele Menschen haben Schwierigkeiten, eine angemessene und familiengerechte Wohnung zu finden. Wir wollen das

Wohnungsangebot ausweiten, insbesondere an preiswerten, sozial gebundenen Wohnungen.

Wir wollen keine autogerechten Städte, wir wollen menschengerechte Städte.

Der Individualverkehr belastet Innenstädte und Wohngebiete immer stärker. Die Beeinträchtigungen durch Lärm und Abgase sind häufig nicht mehr zumutbar. Deshalb setzen wir auf bessere Wegeverbindungen für Fußgänger und Radfahrer, Verkehrsberuhigung, intelligente Planung und flexible Lenkung des Verkehrs. In allen Teilen des Landes brauchen wir einen besseren öffentlichen Personennahverkehr. In den Großstädten muß der öffentliche Personennahverkehr das Rückgrat des Verkehrssystems werden, damit unsere Innenstädte und unsere Wohngebiete lebenswert und attraktiv sein können.

Wir wollen Tempo 30 in allen Städten und Gemeinden für die Straßen, die nicht Hauptverkehrsstraßen sind.

Wir wollen flexible Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen und anderen Straßen, weil alle Erfahrungen zeigen, daß dadurch die Verkehrssicherheit erhöht und die Umweltbelastung vermindert werden.

Der stark gewachsene Güterverkehr, der unser Straßennetz und die Umwelt schon heute erheblich belastet, droht in den kommenden Jahren alle bisherigen Dimensionen zu sprengen. Dazu darf es nicht kommen. Wir wollen den Gütertransport von der Straße auf die Schiene verlagern.

Eine ökologisch und sozial orientierte Stadterneuerung ist besonders dringlich in der Emscherzone, die seit mehr als einem Jahrhundert von der Montanindustrie gezeichnet ist. Die Internationale Bauausstellung Emscher-Park findet schon heute weltweit Aufmerksamkeit. Wir wollen damit zeigen, daß es möglich ist, eine traditionelle Industrieregion ökologisch und ökonomisch zu erneuern, gemeinsam mit den Menschen, die dort wohnen und leben.

4. Wir in Nordrhein-Westfalen bleiben das soziale Gewissen

Wir nehmen den Sozialstaatsauftrag unseres Grundgesetzes ernst. Der Staat hat die Pflicht, für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze, für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen und unseren Kindern eine gute Zukunft zu geben.

Wir in Nordrhein-Westfalen stellen uns dieser Aufgabe. Wir müssen den Ausbau der sozialen Infrastruktur dem gesellschaftlichen Wandel anpassen und neue Schwerpunkte setzen.

Unser Ziel ist, Angebote, Personalausstattung und Öffnungszeiten der öffentlichen Einrichtungen zur Betreuung und Erziehung von Kindern (Krippen, Horte, Tagesstätten, Kindergärten, Grundschulen mit Ganztagsangeboten) so auszubauen, daß alle Kinder die Möglichkeit anregender sozialer Beziehungen haben.

Mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit ermöglicht Begegnungen, die der Vereinzelung entgegenwirken. Wir wollen Ideen und Initiativen vor Ort zum Nutzen unserer Kinder und Jugendlichen stärken.

Die Arbeit der Jugendverbände, die Bildungsarbeit und die sonstige politische, soziale, kulturelle und persönlichkeitsbezogene Jugendarbeit wollen wir weiter fördern.

Mit der Unterstützung des Landes arbeiten heute in allen Regionen Nordrhein-Westfalens Sozialstationen, die ambulante Dienstleistungen der Alten-, Kranken- und Familienpflege anbieten. Menschen, die körperlich, geistig oder psychisch behindert sind, haben Anspruch auf unsere Hilfe.

Psychiatrisch geschulte Pflegekräfte haben die Aufgabe, chronisch psychisch kranke und alterskranke Menschen zu Hause zu versorgen und dadurch einen Klinikaufenthalt zu vermeiden. Diese Angebote werden wir stetig ausbauen.

Das landesweite Netz an Werkstätten für Behinderte haben wir weiter ausgebaut. Die humane Qualität einer Gesellschaft

zeigt sich für uns gerade im Umgang mit behinderten Menschen. Wir unterstützen die Integration der Behinderten in allen Lebensbereichen. Wir wollen die Eigeninitiative und Selbständigkeit der Betroffenen fördern.

Unsere Gesellschaft steht vor Veränderungen im Altersaufbau, deren Reichweite heute die wenigsten überblicken können. Wir werden scheitern, wenn wir nicht zu einem neuen Miteinander der Generationen kommen – das ist zunächst eine Frage der ganz unmittelbaren Beziehungen in Familie und Nachbarschaft, in Vereinen, Verbänden und Kirchen, eine Frage des Umdenkens unserer Gesellschaft, einer neuen Kultur des Umgangs miteinander.

Dennoch führt der wachsende Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft auch dazu, daß wir trotz des ausgebauten Netzes von Sozialstationen zusätzliche Pflege- und Heimplätze brauchen. Ein Altenprogramm wird deshalb in der neuen Legislaturperiode ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit sein.

Wir wollen, daß ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und ihr Leben selber bestimmen können. Dafür brauchen wir altersgerechtes Wohnen, teilstationäre Einrichtungen und zusätzliche Heim- und Pflegeplätze.

Soziale Gerechtigkeit läßt sich allein durch Landespolitik nicht verwirklichen. Kein Bundesland wäre in der Lage, das auszugleichen, was in Bonn derzeit an unsozialer Politik betrieben wird. Aber Nordrhein-Westfalen muß auch in Zukunft das soziale Gewissen der Bundesrepublik bleiben.

Wir wollen, daß jedes Kind dem Staat finanziell gleich viel wert ist. Deshalb wollen wir die sozial ungerechten Kinderfreibeträge durch ein gleiches, wesentlich erhöhtes Kindergeld für alle ersetzen. Wir wollen den Elternurlaub schrittweise verbessern und auf die gesamte frühkindliche Phase bis zum Kindergartenalter ausdehnen.

Die jetzt geplante Reform der Alterssicherung kann nur ein erster Schritt sein. Altersarmut kann wirksam nur durch eine soziale Grundsicherung bekämpft werden. Zur finanziellen Stabilisierung der Rentenversicherung ist auf Dauer eine neue Finanzierungsbasis unverzichtbar.

Wir brauchen eine wirkliche Gesundheitsreform, die den vorbeugenden Gesundheitsschutz grundlegend verbessert; das auch, um die großen Volkskrankheiten wirksamer zu bekämpfen. Wo die medizinische Versorgung leistungsfähig ist, werden wir sie erhalten. In einigen Bereichen muß sie gezielt ergänzt werden, so vor allem bei der Prävention, bei den stark zunehmenden chronischen, bei den psychosomatischen und bei den Alterskrankheiten. Für die Gesundheit von Mutter und Kind, für die immer häufigeren Herzkrankheiten und für die Bekämpfung von Krebs schaffen wir qualifizierte Schwerpunkteinrichtungen.

Unser Gesundheitswesen darf sich nicht einseitig auf technische Hochleistungen und Apparate konzentrieren und dabei die seelische und soziale Seite von Krankheit vernachlässigen.

Die nötige Kostendämpfung ist kein Ersatz für Gesundheitspolitik. Unvertretbaren sozialen Härten wird Nordrhein-Westfalen ebenso entgegentreten wie der Entsolidarisierung bei der Finanzierung der hohen Gesundheitskosten.

Wir setzen uns für ein Bundesgesetz zur sozialen Absicherung bei Pflegebedürftigkeit ein, das den Hilfsbedürftigen eine menschenwürdige Behandlung sichert, sie vor materieller Not bei Heimunterbringung schützt und die Familien entlastet.

Die Zukunftsaufgaben des Sozialstaats lauten für uns:

Der Strukturwandel darf auch in Zukunft nicht dazu führen, daß Gruppen von Menschen oder ganze Regionen an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt oder abgeschoben werden. Wir brauchen mehr, nicht weniger Solidarität – auch mit den Bürgerinnen und Bürgern, die neu zu uns kommen. Wir wollen die Freiheitschancen des einzelnen mehren und dafür eintre-

ten, daß die Chancen jedes einzelnen wachsen, sein Leben selbst verantwortlich zu gestalten: Freiheit kann nur in einer sozial gerechten, in einer solidarischen Gesellschaft bewahrt werden.

#### 5. Wir schaffen gleiche Rechte und gleiche Chancen für die Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft

Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Wirtschaft und Gesellschaft ist auch eine der wichtigsten Fragen sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen bestehende Benachteiligungen von Frauen deutlich machen und abwehren. Vor allem aber wollen wir Frauen gezielt fördern.

Frauen sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Aktive Beschäftigungspolitik ist deshalb auch ein Teil unserer Gleichstellungspolitik. Die weitere Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem der täglichen Arbeitszeit, ist eine wesentliche Voraussetzung zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer. Auch deshalb wollen wir ein neues Arbeitszeitgesetz.

Ohne ausreichendes Betreuungsangebot für ihre Kinder lassen sich Familie und Erwerbstätigkeit für viele Eltern und Alleinerziehende nicht vereinbaren. Deshalb brauchen wir ausreichende Angebote zur Betreuung von Kindern auch unter drei Jahren.

Wir wollen die Öffnungszeiten der Kindergärten und Schulen besser als bisher mit dem Alltag und den beruflichen Verpflichtungen von Müttern und Vätern vereinbaren.

Wir brauchen in allen Schulformen Betreuungsangebote vor und nach dem Unterricht; dazu beitragen wird auch die Zusammenarbeit von Grundschulen und Kinderhorten.

Diese Vorhaben erfordern eine gemeinsame Anstrengung von Land, Gemeinden und Eltern.

Frauen, die ihr Berufsleben nach einer Unterbrechung für die Familie wieder aufnehmen wollen, haben Anspruch darauf, daß Staat und Gesellschaft ihnen dabei helfen. Deshalb haben wir ein Programm für Frauen, die nach der Familienphase in den Beruf zurückkehren, aufgestellt. Wir fordern den Bund auf, das Arbeitsförderungs-gesetz für Frauen zu verbessern.

Mit Anreizen für die Wirtschaft und Auflagen im Rahmen bestehender Fördermaßnahmen und bei der öffentlichen Auftragsvergabe unterstützen wir die berufliche Gleichstellung in den Betrieben. Wir wollen, daß der öffentliche Dienst Vorbildfunktion übernimmt, wo es um die Gleichstellung von Frauen und Männern geht. Deshalb haben wir ein Frauenförderungsgesetz beschlossen. Wir wollen Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt einstellen und befördern, bis die Benachteiligung auf allen Ebenen aufgehoben ist.

Kommunale Gleichstellungsstellen sind ein gegenwärtig unverzichtbares Instrument, damit aus dem Grundsatz der Gleichberechtigung gesellschaftliche Wirklichkeit wird. Deshalb arbeiten bei uns in Nordrhein-Westfalen schon heute 150 kommunale Gleichstellungsstellen. Damit sind wir bundesweit führend.

Frauen und ihren Kindern, die in der Familie Gewalt ausgesetzt sind, bieten Frauenhäuser Zuflucht und Hilfe. Deshalb fördern wir Frauenberatungsstellen und eine wachsende Zahl von Frauenhäusern. Wir wollen Frauen und Mädchen besser gegen Gewalt und sexuelle Übergriffe schützen.

#### 6. Wir sichern den Rechtsfrieden – auch gegen die neue Kriminalität

Der Wunsch nach Sicherheit ist für die meisten Menschen ein elementares Bedürfnis. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, daß der Staat sie wirksam gegen Gewalt und Kriminalität schützt.

Besondere Gefährdungen für den einzelnen und die ganze Gesellschaft gehen heute von der internationalen Drogenmafia, der Wirtschaftskriminalität und von Verbrechen gegen die Umwelt aus. Dabei spielt die organisierte Kriminalität eine immer größere Rolle. Die Bekämpfung dieser besonders gefähr-

lichen Kriminalität werden wir verstärken. Das Europa ohne Grenzen darf kein Freiraum für rücksichtslose Verbrecher sein.

Um den Rechtsfrieden in unserem Land zu garantieren, brauchen wir ein in allen seinen Zweigen leistungsfähiges und leistungsbereites Gerichtswesen, das die Verfahren in angemessener Zeit zu Ende führt und das jedem, auch bei geringem Einkommen, zugänglich ist. Beim Strafvollzug muß die Entwicklung zu einem modernen, auf Resozialisierung ausgerichteten Behandlungsvollzug weiter fortgesetzt werden.

Wir brauchen unsere gut ausgebildete und gut ausgerüstete Polizei, weil es nie möglich sein wird, alle Ursachen zu beheben, die den Frieden in unserer Gesellschaft und die innere Sicherheit gefährden. Wir wissen aber, daß innere Sicherheit und sozialer Friede mehr brauchen als eine qualifizierte Polizei. Wie auf Dauer der äußere Friede nicht auf militärische Macht gründen kann, so kann auch die innere Sicherheit auf Dauer nicht allein durch Polizei geschaffen werden.

Unsere Polizei ist in erster Linie Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger als „Freund und Helfer“. Wer alle Probleme unserer Gesellschaft bei der Polizei abladen will, der überlastet die Polizei und macht die Probleme unlösbar. Wir lassen deshalb die Polizei bei der Sicherung des inneren Friedens nicht allein.

Wir sichern die Demonstrationsfreiheit – sie ist die Pressefreiheit der Vielen. In Nordrhein-Westfalen verlaufen fast alle Demonstrationen friedlich. Dazu trägt auch unser Konzept, durch entsprechendes Verhalten der Polizei Situationen, in denen Gewalt ausbrechen kann, soweit wie möglich zu vermeiden. Diese „nordrhein-westfälische Linie“ wurde inzwischen auch von anderen Bundesländern übernommen.

Die Stabilität unserer Gesellschaft, der soziale Friede und die innere Sicherheit werden aber nicht nur durch kriminelles Handeln gefährdet, sondern in hohem Maße auch durch soziale Ungerechtigkeiten wie massenhafte Dauerarbeitslosigkeit und die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen. Das gefährdet unsere Gesellschaft ebenso wie das verantwortungslose Treiben von Drogenhändlern und Wirtschaftskriminellen.

Wenn eine wachsende Zahl von Menschen den Eindruck gewinnen muß, daß staatliche Politik sich um sie nicht mehr kümmert und staatliches Handeln sich nicht am Maßstab sozialer Gerechtigkeit orientiert, dann wird das Vertrauen in den Staat und die Berechtigung staatlicher Regelungen untergraben, die für ein friedliches Miteinander in der Gesellschaft unverzichtbar sind. Dem wollen und müssen wir entgegenwirken.

#### 7. Nordrhein-Westfalen ist eine der grossen Kulturregionen der Welt

Wir haben eine der vielfältigsten, dichtesten, kreativsten und leistungsstärksten Kulturlandschaften in Europa. Unsere Stärke ist unsere Vielfalt, die Kultur wird nicht auf ein Zentrum konzentriert, in allen Landesteilen befinden sich beachtliche Kultureinrichtungen.

Auch in den kommenden Jahren werden wir Kultur weiter fördern. Je früher den Menschen in unserem Land der Zugang zur Kultur eröffnet wird, desto eher sind sie bereit, sich mit den immer stärker werdenden, auf Massengeschmack ausgerichteten Produkten der Medien kritisch auseinanderzusetzen. Unsere Kulturpolitik macht Mut zur Freiheit.

Dabei kann es keinen Gegensatz geben zwischen künstlerischer Qualität und der Teilhabe breiter Schichten.

„Kultur für alle“ ist die Leitlinie unserer Politik. Deshalb fördern wir die unterschiedlichen Formen künstlerischen Ausdrucks und lehnen es auch ab, wenn versucht wird, „hohe Kultur“ und „Massenkultur“ gegeneinander auszuspielen.

Wir in Nordrhein-Westfalen sehen in Kunst und Kultur keine Sondereinrichtungen für Eliten.

Mit einer neuen Stiftung, die ihre Arbeit jetzt aufnehmen wird,

wollen wir für Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen noch bessere Entfaltungsmöglichkeiten schaffen.

Kunst und Kultur in der aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft sind Möglichkeiten zur Selbstentwicklung, die möglichst vielen offenstehen und an denen möglichst viele teilhaben sollen.

In der aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft sind Kunst und Kultur Werte an sich. In einer immer stärker von Technik und kalkulierender Rationalität bestimmten Welt gewinnen die unterschiedlichen künstlerischen Ausdrucksformen noch an Bedeutung.

Wir wissen aber, daß Kultur sich immer mehr auch zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt.

Kulturelle Angebote tragen nicht nur dazu bei, die Wohn- und Lebensfähigkeit in unseren Städten und Gemeinden zu verbessern, sie entscheiden auch über die Attraktivität von Regionen und ihre wirtschaftlichen Zukunftsaussichten.

Die Bereitschaft von Unternehmen und Einzelpersonen, kulturelle Initiativen und künstlerische Gestaltungsfreiheit in vielfältiger Weise finanziell zu unterstützen, hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen.

Wo es Möglichkeiten gibt, diese Entwicklung zu unterstützen, wollen wir das tun. Das gilt vor allem für Veränderungen bei der steuerlichen Behandlung von Stiftungen, die sich zum Ziel die Förderung der Kunst machen, nicht aber die Werbung für ein Produkt mit Hilfe der Kunst. Kunst darf nicht den Gesetzen der Marktwirtschaft, der Werbung unterworfen werden.

## 8. Unsere wichtigsten Zukunftsinvestitionen: Bildung und Forschung

Auf dem Weg zur Chancengleichheit im Bildungssystem sind wir entscheidende Schritte weitergekommen. Unser Schul- und Hochschulsystem ist vielfältig, weitverzweigt und steht jedem offen.

Wir haben die Kindergärten zu einem eigenständigen Bereich unseres Bildungswesens ausgebaut. Immer mehr Eltern wollen dieses Angebot an elementarer Bildung für ihre Kinder nutzen. Daher stieg trotz niedrigerer Geburtenzahlen die Nachfrage in den vergangenen Jahren ständig. Wir haben deshalb die Zahl der Kindergartenplätze seit 1985 um fast 30 000 erhöht. Wir werden unsere Anstrengungen zum Ausbau der Kindergärten fortsetzen.

Wer in unserem Land zur Schule gegangen ist und unsere Hochschulen besucht hat, hat ein gutes Fundament an Qualifikationen für sein Leben erworben. Unser Bildungssystem eröffnet Entfaltungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für das Leben in der Gesellschaft. Wir wollen eine humane Schule, die zu Freiheit, Mündigkeit und Verantwortung erzieht. Unsere moderne Schule vermittelt den Kindern und Jugendlichen altersgemäß umfassende Kenntnisse und Fähigkeiten, um sich in der Gegenwart orientieren und die Zukunft gestalten zu können.

Wir werden alles daransetzen, unser zukunftsorientiertes, differenziertes Schulwesen zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Immer mehr Kinder gehen länger zur Schule und streben höhere Bildungsabschlüsse an. Von 100 Kindern im Alter von zehn Jahren besuchen jetzt 37 ein Gymnasium, 23 eine Realschule, 25 gehen auf eine Hauptschule, und 15 Kinder haben eine Gesamtschule gewählt. Wir wollen daß alle Eltern in allen Teilen des Landes ihr Kind auf die Schule ihrer Wahl schicken können.

Die integrierte Gesamtschule wird unseren Zielen von Chancengleichheit und sozialem Lernen am besten gerecht. Sie kann auch bei zurückgehenden Schülerzahlen ein differenziertes Bildungsangebot mit allen Abschlüssen gewährleisten. Wir streben deshalb an, daß überall im Land integrierte Gesamtschulen, möglichst als Ganztagschulen, angeboten werden und erreichbar sind.

Wir fördern die Integration behinderter Schülerinnen und Schüler in die Regelschulen, wo es möglich und sinnvoll ist. Wir erhalten und sichern das vielfältige Angebot an Sonderschulen, wo es im Interesse der Kinder und Jugendlichen geboten ist.

Der Ausbau der Kollegschulen und des beruflichen Schulwesens sowie der Fachschulen muß im Interesse der Jugendlichen die nach der Schule in einen Beruf wechseln und weitere allgemeinbildende und berufsqualifizierende Fähigkeiten erwerben wollen, so rasch wie möglich fortgesetzt werden. Die Versorgung insbesondere der Berufsschulen und Sonderschulen mit qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern sowie ihre Ausstattung mit modernen Unterrichtsgeräten ist für die Zukunft unseres Landes von großer Bedeutung.

Wir wollen, daß das Land im notwendigen Umfang und finanzierbar Lehrerinnen und Lehrer einstellt, auch um Unterrichtsausfall abzubauen und Klassengrößen weiter verringern zu können.

In den nordrhein-westfälischen Hochschulen lehren und forschen mehr als 20 000 Wissenschaftler. Viele von ihnen haben Weltgeltung. Alle Disziplinen sind vertreten.

Unsere Hochschulen sind Treffpunkte der besten Köpfe der internationalen Gemeinschaft der Wissenschaftler. Mehr als 12 Milliarden Mark hat das Land in den letzten Jahren in den Ausbau seiner Hochschulen investiert. Mehr als 6 Milliarden Mark jährlich läßt es sich den Unterhalt der dichtesten Hochschullandschaft Europas kosten. Dieses Geld ist gut angelegt.

Techniken und Lebensweisen von morgen können der Gesellschaft nicht aufgezwungen werden. Wir wollen eine demokratisch verantwortete Wissenschaft. Wir wollen Forscher, die sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt sind und ethische Normen respektieren.

Unsere Hochschulen sind Ausbildungsstätten für inzwischen fast eine halbe Million junger Menschen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Neigungen, Fähigkeiten und Interessen. Dieser Unterschiedlichkeit wird das akademische Lehrangebot nicht immer gerecht. So ist es auf Dauer nicht erträglich, wenn in manchen Studiengängen von 100 Anfängern nur 20 zum Examen gelangen. Das Lehrangebot der Hochschulen muß den Interessen der Studierenden besser entsprechen.

Wir wollen deshalb ein neues Engagement für die Lehre. Wir wollen eine zweite Phase der Bildungsreform. Wir wollen mehr Zusammenarbeit über Fachgrenzen hinaus. Wir wollen zugleich eine Öffnung der Wissenschaften für Frauen und ihre Ideen und Denkweisen.

Europa ist mehr als ein Binnenmarkt. Europäisches Bewußtsein beginnt mit der Beherrschung anderer Sprachen, mit dem Interesse für Geschichte und Kulturen anderer Völker. In Nordrhein-Westfalen gibt es bereits 25 bilinguale Schulen, die sich diesen Aufgaben besonders verschrieben haben. Das ist in dieser Vielfalt und Häufigkeit für die Bundesrepublik einmalig. Europäisches Bewußtsein stärkt sich ebenso in der Zusammenarbeit an gemeinsamen Projekten. Wir wollen Ausländern den Zugang zu unserem oft komplizierten Bildungssystem erleichtern. Wir wollen unsere Auszubildenden, Schüler und Studenten ermuntern, Erfahrungen im Ausland zu sammeln.

## 9. Für solide Finanzen und einen leistungsfähigen Staat, der allen dient

Wir wollen die notwendige Konsolidierung des Landeshaushaltes energisch und entschlossen fortsetzen. Wir werden die jährliche Neuverschuldung weiter stetig zurückführen und die Ausgaben anhaltend nur knapp steigern. Konsolidierung ist für uns kein Ziel an sich: sie ist ein Mittel, um mittel- und langfristig die finanziellen Voraussetzungen zu sichern für die ökologische und ökonomische Erneuerung unseres Landes in sozialer Verantwortung. Die Konsolidierung dient auch der gerechten Lastenverteilung zwischen den Generationen. Eine ungebremste Verschuldung heute würde die nächste Generation mit Zins

und Tilgung überlasten und ihr den nötigen Spielraum für eigene politische Entscheidungen nehmen.

Wir haben in den vergangenen Jahren durch klare Prioritäten und kräftige Umschichtungen im Haushalt deutlich gemacht, daß auch bei schwieriger finanzieller Lage politische Gestaltung möglich bleibt.

Politische Gestaltung schließt Opfer und Verzicht ein. Auch morgen wird sich nicht alles finanzieren lassen, was wir mit guten Gründen für wünschenswert halten; wir müssen uns auf die dringend notwendigen Aufgaben und Ausgaben beschränken.

In zäher, mühsamer Arbeit haben wir die jährliche Neuverschuldung des Landes seit 1981 halbieren können. Diesen Erfolg haben wir in Nordrhein-Westfalen aus eigener Kraft erzielt. Hierzu haben die Gemeinden einen gewichtigen Beitrag geleistet.

Nordrhein-Westfalen hat von 1981 bis 1988 den niedrigsten Ausgabenzuwachs aller Bundesländer. Wir haben das erreicht trotz der hohen Sonderbelastungen vor allem durch die Kohle, trotz der jahrelangen Benachteiligung unseres Landes beim Länderfinanzausgleich und bei den Bundesergänzungszuweisungen und trotz der Steuerpolitik der Bundesregierung, die immer wieder zu erheblichen Steuerausfällen für Land und Gemeinden geführt hat und weiter führt.

Die Erfolge bei der Konsolidierung haben nicht verhindert, daß die Zinsbelastung des Landeshaushaltes weiter steigt. Das beschränkt die Möglichkeiten unseres Landes zu aktiver Zukunftsgestaltung.

Zugleich wachsen aber die Anforderungen an das Land und an die Gemeinden, sowohl bei den Investitionen als auch beim Personal. Umweltreparatur und Umweltvorsorge, der weitere Ausbau der Infrastruktur, der wachsende Anteil alter Menschen in unserer Gesellschaft erfordern mehr öffentliche Investitionen und ein breiteres Angebot an öffentlichen Dienstleistungen.

Die Gemeinden brauchen eine gesicherte Finanzausstattung. Sie müssen weiterhin über eigene, von ihnen gestaltbare Steuerquellen verfügen können. Unser Gemeindefinanzsystem muß die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung sichern. Die Gemeinden sind auf allgemeine Zuweisungen angewiesen. Diese müssen sich nach den Aufgaben richten, die verstärkt auf die Kommunen zukommen. Besonders sind zu nennen: Wohnungsbau, Altenpflege, Kindergartenplätze, Angebote für junge Menschen und schulische Ganztagsbetreuung.

Wir brauchen ein Einnahmesystem, das verstärkt ökologischen Zielen Rechnung trägt. Eine daraus folgende Neuordnung der Finanzverteilung muß aufgabengerecht gestaltet sein.

Wer die Steuerquote senken will, handelt nach unserer Überzeugung kurzfristig und auf Kosten zukünftiger Generationen. Wir beteiligen uns deshalb nicht an dem Wettlauf, die meisten Steuersenkungen zu versprechen. Wir halten es gegenüber zukünftigen Generationen nicht für verantwortbar, wenn dem Staat durch Steuersenkungen die finanziellen Mittel entzogen werden, die er braucht, um seiner Verantwortung für die Zukunft gerecht zu werden.

## 10. Nordrhein-Westfalen – die große Region im Herzen Europas

Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungs- und industriereichste Land der Bundesrepublik Deutschland sowie der größte wirtschaftliche Ballungsraum in der EG. Wegen seiner geographischen Lage ist es aber auch von allen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Osteuropa in besonderem Maße betroffen.

Die Europäische Gemeinschaft muß sich ihrer Bedeutung mit

320 Millionen Einwohnern und als weitaus größte Wirtschaftsmacht für die Weltpolitik ebenso bewußt werden wie Nordrhein-Westfalen seiner Bedeutung als Region innerhalb Europas.

Europa muß für die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens im täglichen Leben, im Beruf und in der Freizeit erfahrbar sein. Durch europäische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit muß angestrebt werden, die Erlebbarkeit Europas im Alltag zu vermitteln und die Identifizierung mit der Rolle als Europäerin und Europäer zu verstärken. Die Kontakte der Menschen z. B. über Sportvereine, Schulklassen, Städtepartnerschaften, Hochschulkooperationen und Kultur müssen verstärkt werden.

Nordrhein-Westfalen braucht den wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen, kulturellen und sportlichen Austausch mit Europa: Die Europäische Gemeinschaft ist auf die Beiträge seiner größten und wichtigsten Region angewiesen. Viele Zukunftsaufgaben müssen in einem europäischen Rahmen gesehen und können nicht mehr regional und national allein gelöst werden.

Wir Sozialdemokraten treten ein für ein soziales und wirtschaftlich starkes Europa, das seine natürlichen Lebensgrundlagen, seine kulturelle Eigenheit und die Vielfalt seiner Regionen bewahrt.

Wir in Nordrhein-Westfalen wollen als eine der großen europäischen Regionen gemeinsam mit anderen Regionen ein kraftvolles, lebendiges Gegengewicht gegen einen bürokratischen Zentralismus auf europäischer Ebene bilden. Die verfassungsrechtliche Stellung der Bundesländer und der Parlamente muß daher innerhalb der Gemeinschaft gesichert und fortentwickelt werden. Die Bundesländer müssen an der innerstaatlichen Willensbildung in EG-Angelegenheiten beteiligt werden.

Bis Ende 1992 soll der Europäische Binnenmarkt entstehen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben dafür die denkbar günstigsten Voraussetzungen als Investitionsstandort höchster Qualität: industrieerfahrene hochqualifizierte Arbeitnehmer, Unternehmen aller Größenklassen, hochleistungsfähige produktionsnahe Dienstleistungen, exzellente Forschungsstätten und eine vorzügliche Infrastruktur.

Wir wollen die Möglichkeiten ausbauen, in Schule und Beruf unsere Fremdsprachenkenntnisse zu verbessern. Bereits heute erlernen alle Kinder eine Fremdsprache, und wir haben die meisten bilingualen Schulen.

Wir wollen den Europäischen Binnenmarkt; er darf aber nicht zum Vorwand dafür werden, Arbeitnehmerrechte zu beschneiden, soziale Leistungen zu verschlechtern und unsere Umwelt zu belasten.

Wir wissen: Es gibt keine vernünftige Alternative zum funktionierenden Markt als wirtschaftliches Steuerungsinstrument.

Wir kennen aber auch die Grenzen des Marktes. Deshalb wollen wir eine Sozialcharta und eine Umweltcharta für die Europäische Gemeinschaft. Wir brauchen diesen klaren Rahmen für den Arbeits- und Gesundheitsschutz, für Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen, für soziale Sicherheit, für den Verbraucherschutz und zum Schutz von Natur und Umwelt.

Nur ein solcher Rahmen sichert allen Bürgern die Vorteile des großen einheitlichen Binnenmarktes. Wir wollen kein Europa des großen Geldes, wir wollen das Europa aller Menschen.

Wir in Nordrhein-Westfalen wollen den Kontakt mit anderen Regionen in Europa verstärken, damit wir von ihren Erfahrungen bei der ökologischen und ökonomischen Erneuerung lernen und sie von unseren Erfahrungen profitieren können.

Unser Europa ist das Europa der Vielfalt, der starken, selbstbewußten, lebens- und liebenswerten Regionen, die den Menschen Heimat bieten.

## Deutschlandpolitische Erklärung

**Antragsteller:** SPD-Landesvorstand  
**Betreff:** Jetzt wächst zusammen,  
was zusammengehört

Nach 28 Jahren ist die Mauer durchbrochen. Die demokratische Volksbewegung in der DDR hat größere Freizügigkeit der Deutschen hergestellt. Der Weg zur Selbstbestimmung aller Deutschen ist beschriftet.

Die Volksbewegung in der DDR hat die erste friedliche und erfolgreiche Revolution auf deutschem Boden begonnen.

Durch ihre Entschlossenheit, durch ihre Besonnenheit und durch ihre Friedfertigkeit haben die Bürgerinnen und Bürger in der DDR ein Stück Freiheit erkämpft, ist die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten von Ost nach West durchlässig geworden. Damit ist ein großes Stück dessen Wirklichkeit geworden, für das Sozialdemokraten seit Jahrzehnten beharrlich gearbeitet haben.

Wir danken unseren Partnern im Westen, die mit uns für eine Politik der Entspannung gearbeitet haben.

Wir danken auch dem polnischen und ungarischen Volk. Die Reformpolitik Michail Gorbatschows hat für Europa die Chance eröffnet, daß sich auch in den Ländern des bisherigen Ostblocks Friede auf Freiheit gründen kann.

Auf dem Weg zur Überwindung der Spaltung Europas gab es wichtige Stationen. Der Moskauer Vertrag von Warschau, das Vier-Mächte-Abkommen, der Grundlagen-Vertrag, der Brief zur Deutschen Einheit und das Ergebnis der Konferenz von Helsinki. Diese Stationen wären ohne uns Sozialdemokraten nicht möglich gewesen. Jetzt bestätigt sich erneut: Die Politik des „Wandels durch Annäherung“, die Willy Brandt begonnen und Helmut Schmidt fortgesetzt hat, war erfolgreich.

Jetzt müssen neue Signale von der SPD ausgehen. Mit dem neuen Grundsatzprogramm wollen wir Sozialdemokraten den in Godesberg eingeschlagenen Weg fortsetzen und auf neue Herausforderungen neue Antworten geben.

Die Dynamik, die jetzt in Gang kommt, braucht ein stabiles Fundament. Die Deutschlandpolitik steht vor neuen, praktischen Aufgaben. Es geht um die Unterstützung des Demokratisierungs- und Reformprozesses in der DDR.

Über 40 Jahre nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD freuen wir uns, daß es in der DDR wieder eine sozialdemokratische Partei gibt. Wir wünschen ihr allen denkbaren Erfolg.

Es geht nicht um Einmischung und Bevormundung. Der Bedarf der Menschen in der DDR an Bevormundung ist mehr als gedeckt. Sie wollen nicht, daß wir ihnen sagen, was sie tun sollen. Aber sie haben Anspruch darauf, daß wir sie fragen, was wir dazu beitragen können, daß sie ihren selbstbestimmten Weg erfolgreich gehen können.

Wir Sozialdemokraten wollen die Chance der neuen Entwicklung nutzen, um die Dynamik des Aufrüstungsprozesses in Europa endgültig zu brechen und eine neue Dynamik der Abrüstung an seine Stelle zu setzen.

Wir wollen diese Chance nutzen, um der gemeinsamen Verantwortung der Deutschen gerecht zu werden. Wir wollen die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und zwischen den Menschen in den beiden deutschen Staaten so weiterentwickeln, wie es die Einheit der Deutschen, unsere Zugehörigkeit zu einer Nation und unsere gemeinsame Geschichte erfordern.

Welchen Weg wir in der Bundesrepublik und die Menschen der DDR in freier Selbstbestimmung auch wählen: Wir Sozialdemokraten wollen unsere Kraft darauf richten, daß die Einheit der Deutschen gemeinsam mit der Einheit Europas vollendet werden kann. Gerade jetzt zeigt sich, wie richtig unsere Auffassung ist, daß Europa mehr umfaßt als die heute in der Europäischen Gemeinschaft organisierten Staaten.

Das polnische Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.

Wir unterstreichen deshalb: Die Unverrückbarkeit der Grenze ist Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europa.

Wir müssen – in beiden deutschen Staaten – immer wieder deutlich machen: Der Wunsch der Deutschen nach Selbstbestimmung richtet sich gegen niemanden, schon gar nicht gegen Frieden und Sicherheit in Europa.

Die Bürgerinnen und Bürger in der DDR fordern:

- Vollständige Reisefreiheit, Abschaffung des Visumzwangs.
- Freie und geheime Wahlen auf allen Ebenen.
- Das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung.
- Eine unabhängige Rechtsprechung.
- Volle Informations- und Pressefreiheit.

Wir unterstützen diese Forderungen, die zu den Grundforderungen der deutschen Sozialdemokratie seit ihrer Gründung gehören.

Jetzt ist eine neue Qualität im Miteinander der Deutschen möglich.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen, daß ständige Kommissionen beider Staaten für alle wichtigen Bereiche, die uns gemeinsam angehen, eingesetzt werden. Diese Kommissionen sollten sich beschäftigen:

- mit Währungs- und Devisenfragen,
- mit Wirtschafts- und Strukturfragen,
- mit Umweltschutz und Energiepolitik,
- mit Verkehr und Infrastruktur und
- mit dem Verhältnis zu Ländern der Dritten Welt.

Wir Sozialdemokraten wollen das uns Mögliche tun, damit alle Deutschen in ihrer Heimat bleiben können und sich dort wohlfühlen.

Wir wollen, daß die Bürgerinnen und Bürger der DDR und der Bundesrepublik auch zwischen beiden deutschen Staaten frei reisen können. Wer zu uns kommt, dem wollen wir auch in Zukunft helfen. Wer auf Dauer bleiben will, hat Anspruch auf unsere Hilfe bei der gesellschaftlichen Integration.

Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, die Freude der neuen Reisefreiheit zu teilen – wir müssen auch bereit sein, die Lasten zu teilen, die daraus erwachsen. Und wir dürfen nicht vergessen, daß die Menschen in der DDR in vier Nachkriegsjahrzehnten den schwereren Teil gemeinsamer deutscher Geschichte zu tragen hatten.

Wir Sozialdemokraten verurteilen alle gegenwärtigen Machenschaften mit der Währung der DDR und alle Spekulationen

auf Grundstücke und andere Vermögenswerte. Wir fordern, daß unverzüglich dagegen Maßnahmen getroffen werden.

Wir Sozialdemokraten wollen das Zusammenwachsen der Deutschen. Wir gehören zusammen. Wir wollen keine abstrakte Grenzdiskussion. Wir wollen, daß die Grenzen immer durchlässiger und unwichtiger werden. Die deutsche Frage findet ihre Lösung in einer europäischen Friedensordnung. Die Länder Europas sind kulturell vielfältig geworden. Sie müssen die kulturellen Rechte von Minderheiten und Ausländern garantieren – also auch für unsere ausländischen Mitbürger und auch für Deutsche in anderen Ländern.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR muß weiterentwickelt werden. Die Entwicklung gleicher Lebenschancen für alle Deutschen verlangt von uns auch materielle Solidarität. Wir knüpfen unsere Solidarität nicht an unzumutbare Bedingungen, sondern respektieren auch hier das Selbstbestimmungsrecht.

Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit wie der politischen Weitsicht, wenn wir zu weitgehenden Leistungen bereit sind, um das dramatische Wirtschaftsgefälle zwischen den beiden deutschen Staaten abzubauen. Das kann die jetzt lebende Generation tragen. Die Lasten für jetzt notwendige Hilfen in der DDR dürfen nicht über eine bloße Ausweitung der Kreditaufnahme kommenden Generationen aufgebürdet werden. Wir Sozialdemokraten sind bereit zur Mitverantwortung für die jetzt erforderlichen Maßnahmen.

Auch der Bund muß handeln. Er darf die Städte und Gemeinden mit den Problemen nicht allein lassen. Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, daß alle im Maße ihrer finanziellen Kräfte ihren Beitrag leisten. Für die Menschen in der DDR. Für die Menschen, die zu uns kommen.

Dabei ist es unverzichtbar, daß bei der Verteilung der Lasten bei uns dem Gebot der sozialen Gerechtigkeit Geltung verschafft wird: Starke Schultern müssen und können gerade hier mehr tragen als schwache Schultern.

Handeln muß auch die Europäische Gemeinschaft. Europäische Solidarität darf sich nicht auf die Länder beschränken, die heute Mitglied der Gemeinschaft sind.

Die Veränderungen in Osteuropa und der DDR machen die beschleunigte Abrüstung in ganz Europa und damit auch in der Bundesrepublik Deutschland möglich und nötig, damit die Überwindung der Militärblöcke erreicht wird. Geld, das dem Aufbau von Demokratie und Freiheit dient – Geld, das der Entwicklung gleicher Lebenschancen dient, macht den Frieden sicherer, sicherer als neue Waffensysteme ihn machen können.

Die Länder der Bundesrepublik Deutschland können zum Prozeß der Annäherung der beiden deutschen Staaten beitragen. Wir in Nordrhein-Westfalen sind dazu bereit.

Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in allen Teilen Deutschlands sind die besten Voraussetzungen dafür, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht, sondern Friede Gestalt gewinnt.

---

**Antrag Nr.:** B 1  
**Antragsteller:** Bezirk Westliches Westfalen  
**Betreff:** Novellierung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes (AWbG) NRW

---

Die SPD in NRW fordert eine Novellierung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes NRW in zwei Bereichen:

1. Im Gesetz muß konkret festgestellt werden, daß das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz eine bezahlte Freistellung bildungsinteressierter Arbeitnehmer/innen für die Teilnahme an allen gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen zuläßt und ermöglicht.

2. Durch eine Novellierung muß die sogenannte Allgemeinzugänglichkeit, d. h. die Öffnung aller Bildungsveranstaltungen, die unter das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz fallen, für alle Arbeitnehmer/innen konkretisiert werden. Durch eine Gesetzesnovelle bzw. eine Rechtsverordnung muß klargemacht werden, mit welchen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit der betroffenen Verbände die sogenannte Allgemeinzugänglichkeit hergestellt wird.

Der SPD-Landesparteitag geht davon aus, daß die Novellierung des AWbG von der SPD-Landtagsfraktion eingeleitet wird, sobald das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes zum AWbG und dessen Begründung schriftlich vorliegen.

Der SPD-Landesparteitag geht davon aus, daß die Novellierung des AWbG Eingang findet in das Programm der SPD zur Landtagswahl 1990 und damit auch Eingang findet in Regierungsprogramm und Regierungserklärung nach einem Wahlsieg.

---

**Antrag Nr.:** B 2  
**Antragsteller:** Ortsverein Wedau  
(Unterbezirk Duisburg)  
**Betreff:** Berufliche Bildung

---

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die „berufliche Bildung“ in außerbetrieblichen Einrichtungen und in den Kolleg- und berufsbildenden Schulen verstärkt zu fördern und dabei die Zusammenarbeit mit Kammern, Betrieben, Kirchen und öffentlichen Einrichtungen, aber insbesondere die Unabhängigkeit von diesen Institutionen zu sichern.
2. die Benachteiligung der arbeitenden Jugend in ihrem Weiterbildungsstreben durch Ausbau der Weiterbildungseinrichtungen auch gegenüber der Förderung der akademischen Ausbildung (Studium) aufzuheben.

Dazu bedarf es des

- a) Ausbaus der Fachschulen und der
  - b) Ausbildung bzw. Einstellung von Fachlehrern aus der Praxis und der
  - c) Sicherung der beruflichen Weiterbildung als öffentliche Aufgabe.
3. Deshalb muß Jugendlichen aller beruflichen Fachrichtungen die Möglichkeit zu berufsqualifizierenden Auslandsaufhalten geboten werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, gerade auch unter Hinblick auf den EG-Binnenmarkt 1992, solche Austauschprogramme zu fördern.

---

**Antrag-Nr.:** B 3  
(Änderungsantrag Ä 1)  
**Antragsteller:** Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
**Betreff:** Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung

---

Alle jungen Menschen haben ein Recht auf eine umfassende qualifizierende Berufsausbildung. Die Verwirklichung dieses Rechts muß zur Pflichtaufgabe für Staat und Wirtschaft, auch im dualen System, werden. Die Unternehmen müssen auf der Grundlage einer bundesgesetzlichen Regelung an der Finanzierung beteiligt werden. Die öffentlichen Programme wollen wir bündeln und stärker auf die Förderung zukunftsorientierter und qualitativ hochwertiger Ausbildung konzentrieren. Wir setzen uns dafür ein, daß die Hälfte der Ausbildungsplätze jeweils für junge Frauen reserviert wird. Wir wollen Maßnahmen er-

greifen, um für möglichst alle Jugendlichen nach der Ausbildung eine sozial gesicherte und möglichst ihren Qualifikationen angemessene Beschäftigung zu gewährleisten.

### Material

Die seit Jahren anhaltende Jugendberufsnot wird trotz demographisch günstiger Entwicklung bis weit in die 90er Jahre andauern. Allein 1987 blieben in NRW über 20 000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Für die Jugendlichen, die in den letzten Jahren nicht versorgt werden konnten, wird der Einstieg in Ausbildung immer schwieriger. Die angebotenen Ausbildungsplätze reichen schon für die neuen Schulabgänger/innen kaum aus, von Auswahlmöglichkeiten kann hier überhaupt nicht gesprochen werden. Bewerber/innen mit höheren Bildungsabschlüssen verdrängen weniger qualifizierte Jugendliche in Ausbildungsberufe, die langfristige Beschäftigung nicht ermöglichen. Gerade die Probleme an der 2. Schwelle des Arbeitsmarktes nehmen zu. Die Frage nach der Qualität und nach den Zukunftschancen der einzelnen Berufe wird immer bedeutsamer. Frauen sind von diesen Entwicklungen besonders betroffen. Obwohl sie im Durchschnitt über die qualifizierteren Bildungsabschlüsse verfügen, stellen sie 2/3 der unversorgt gebliebenen Jugendlichen. 3/4 der Frauen werden in Berufen ausgebildet, deren besondere Merkmale minderqualifizierende Kurzeitbildung, geringe Verwertbarkeit der erworbenen Qualifikationen, geringe Übernahmechancen nach der Ausbildung und schlechte Verdienstmöglichkeiten sind. Von Ausbildungsberufen werden nur etwa 30 nennenswert von Frauen genutzt. Eine solche Ausbildungspraxis verhindert eine eigenständige Lebensführung und verwehrt damit das Recht von Frauen auf eine eigene Zukunft.

Um die Zukunftschancen der Jugendlichen zu verbessern, werden die Landesregierung NRW und die SPD-Fraktion im NRW-Landtag aufgefordert, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die anhaltende Jugendberufsnot nachdrücklich zu bekämpfen. Die bisher geleistete Arbeit hat eine Verbesserung der Lage bewirkt, reicht aber noch nicht aus. Weitere notwendige Maßnahmen müssen sein:

- Die Anzahl der Ausbildungsplätze muß durch die Einrichtung von kommunalen Ausbildungszentren erhöht werden.
- Ausbildung in zukunftsträchtigen Berufen muß besonders bezuschußt werden. Ausbildung in Berufen mit schlechten Zukunftschancen darf nur noch in Sonderfällen finanziert werden.
- Die Qualität der Ausbildung muß durch die Ausstattung mit technisch hochwertigem Maschinenmaterial in Ausbildungszentren gesteigert werden. Die höchst unterschiedliche Maschinenausstattung in den einzelnen Betrieben läßt eine vergleichbare Ausbildung in den meisten Betrieben nicht zu. Deshalb muß die Aufgabenstellung der außerbetrieblichen Ausbildungsbetriebe erweitert werden.
- Ausbildungsplätze müssen quotiert werden. Nur mit dieser Maßnahme wird sich die Einstellungspraxis der Betriebe verändern.
- Das Berufswahlspektrum von Frauen muß erweitert werden. Die Orientierung auf zukunftsträchtige Berufe, muß durch Orientierungseinheiten an Schulen, durch die Einrichtung von Schnupperwerkstätten, durch Mädchen-Projektwochen, durch spezielle Betriebspraktika und durch die Einrichtung eines Unterrichtsfaches „Vorbereitung auf die Arbeitswelt“ als Pflichtfach verbessert werden.
- Die Hilfestellungen in der Übergangsphase von der Schule zum Beruf müssen erweitert werden.
- Die schlechte Vorbereitung der Schüler/innen auf die Ausbildung muß durch geeignete schulpolitische Maßnahmen überwunden werden.

Für die Durchführung der geforderten Maßnahmen werden enorme finanzielle Mittel benötigt, die das Land NRW gerade vor dem Hintergrund sinkender Einnahmen nur schwerlich und nicht im benötigten Umfang aufbringen kann.

**Antrag-Nr.:** B 4  
**Antragsteller:** Unterbezirk Mettmann  
**Betreff:** Offene Arbeitsvermittlung

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, alle nur denkbaren Maßnahmen zu ergreifen, um die Versuche von CDU, CSU/FDP und anderer konservativer Kräfte, eine sogenannte „offene Arbeitsvermittlung“ zu installieren, zu verhindern.

Es darf nicht zugelassen werden, daß

- a) unentgeltliche Arbeitsvermittlung durch gewerbsmäßige ersetzt wird
- b) nur diejenigen, die über Geld verfügen, sich einen Arbeitsplatz kaufen können
- c) in sozialer Not stehende Arbeitslose für Vermittlungsaktivitäten bezahlen müssen
- d) die Qualität der Arbeitsvermittlung der Geschäftemacherei weicht.

**Antrag-Nr.:** B 5  
**Antragsteller:** Unterbezirk Mettmann  
**Betreff:** Wegfall von Bundesfördermitteln für Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Der Parteitag fordert die SPD-Fraktion im Bundestag auf, sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß die bislang zur Verfügung stehenden, in Zukunft aber wegfallenden Fördermittel für Bildungsmaßnahmen mit arbeitslosen Jugendlichen aus Bundesmitteln unverzüglich wieder bereitgestellt werden.

**Antrag-Nr.:** B 6  
**Antragsteller:** Unterbezirk Unna  
**Betreff:** Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Der Landesparteitag fordert die Sozialdemokraten im Land und im Bund auf, Konzepte zur Arbeitsbeschaffung weiter zu entwickeln, mit denen auch eine Stabilisierung der wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Lage von ABM-Beschäftigten und ihren Familien erreicht wird. Dabei muß die berufliche Qualifikation stärker gefördert werden, die AB-Maßnahme stärker mit echter Erwerbsarbeit in Beschäftigungsgesellschaften und -initiativen verknüpft werden.

**Antrag-Nr.:** B 8  
**Antragsteller:** Unterbezirk Unna  
**Betreff:** Arbeitszeitverkürzung und Einrichtung neuer Stellen im öffentlichen Dienst

Die Sozialdemokraten im Land und in den Kommunen werden aufgefordert, die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit umzusetzen. Es sind daher in den Haushaltsplänen im finanzpolitisch vertretbaren Rahmen zusätzliche Stellen auszuweisen, wo durch die Verkürzung der Arbeitszeit personeller Bedarf entsteht.

**Antrag-Nr.:** B 9  
**Antragsteller:** Unterbezirk Hamm  
**Betreff:** Erhalt und Ausweitung des Montanmitbestimmungsgesetzes

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird aufgefor-

dert, sich dafür weiterhin einzusetzen, daß die Montanmitbestimmung erhalten bleibt und auf andere Wirtschaftszweige ausgeweitet wird.

---

**Antrag-Nr.:** B 11  
**Antragsteller:** Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
**Betreff:** Verbraucherschutz und Bankenmacht

---

Wir begrüßen die Anhörung „Verbraucherschutz und Bankenmacht“ der SPD-Bundestagsfraktion am 16. 11. 1989, auf der die Übermacht der Kreditinstitute behandelt werden soll.

Da die Gesetzgebung der Sparkassen bei den Ländern liegt, fordern wir die SPD-Landtagsfraktion NRW auf, eine Anhörung über Aufgaben und Wesen der Sparkassen vorzunehmen.

Hierbei sollte das Ende Dezember 1987 vom Bezirksparteitag OWL beschlossene Papier „Die Förderung und Arbeit von Umwelt als zeitgemäßer öffentlicher Auftrag der Sparkassen“ mit herangezogen werden (siehe Anhang).

Zur Begründung der Aktualität wird der folgende Zeitungsartikel der „Frankfurter Rundschau“ vom 14. 7. 1989 wiedergegeben:

**SPD plant Anhörung zu Bankpraktiken**

Bonn (AP). Scharfe Kritik am „Milliardengeschäft“ der Banken und Sparkassen in der Bundesrepublik mit ihren 30 Millionen Privatgirokonten übt die SPD-Bundestagsfraktion. Zum Schutz der Kunden vor der Übermacht der Geldinstitute bestehe politischer Handlungsbedarf, betont der Bundestagsabgeordnete Alfred Emmerlich. Seine Fraktion werde daher am 16. November eine Anhörung „Verbraucherschutz und Bankenmacht“ veranstalten, um die Praktiken offenzulegen.

Die SPD errechnete, daß die Banken durch Kontoführungsgebühren im Jahr 6 Milliarden Mark einnehmen. Der Saldo von Soll- und Habenzinsen betrage über 2 Millionen Mark. Außerdem könnten die Institute einen Teil der Kontenguthaben wieder als Kredit vergeben und dadurch weitere Milliarden verdienen. Zum Gewinn trügen auch überlange Überweisungs-Laufzeiten bei.

**Anhang**

**Die Förderung von Arbeit und Umwelt als zeitgemäßer öffentlicher Auftrag der Sparkassen**

Kernstück sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist eine Strategie qualitativen Wachstums, die sich zugleich der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet. Arbeit und Umwelt sind in sozialdemokratischer Verantwortung die Leitworte öffentlicher Einflußnahme auf privates Wirtschaften wie auch öffentlichen Wirtschaftens selbst. Für beide Aufgaben sind herausragende Verantwortungs- und Handlungsträger auf kommunaler und regionaler Ebene die Sparkassen. Eine Geschäftspolitik, die sich auch den Zielen der Arbeitsplatzschaffung und des Umweltschutzes verpflichtet zeigt, ist sicher mit dem öffentlichen Auftrag vereinbar.

Der Parteitag erwartet von den Sparkassen besondere Anstrengungen zur Förderung solcher Investitionen, die gleichermaßen geeignet sind, Fortschritte bei der Umweltschadensbeseitigung und Umweltvorsorge zu verwirklichen, Arbeitsplätze zu sichern oder zu schaffen und Anstöße zu einer ökologischen Erneuerung der regionalen Wirtschaft zu geben. Eine schwerpunktmäßige Förderung verdienen öffentliche und private Investitionen zur rationalen und sparsamen Energieverwendung, in der Abfallwirtschaft, beim Gewässerschutz und der Wasserversorgung, zur Luftreinhaltung und zum Lärmschutz und im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Stadtökologie.

Die Förderung soll sich auf solche Investitionen beschränken,

die weder entsprechend dem Verursacherprinzip einem privaten Investor angelastet werden können, noch zu den Pflichtaufgaben der öffentlichen Hand gehören. Dies sind

- zusätzliche oder beschleunigt durchgeführte Umweltinvestitionen der Kommunen;
- private Umweltinvestitionen, die im Hinblick auf Übergangsfristen und Qualitätsanforderungen über die rechtlichen Verpflichtungen hinausgehen;
- Maßnahmen zur Sanierung von Altlasten, soweit diese den Einsatz öffentlicher Mittel voraussetzen;
- Pilotprojekte und Maßnahmen zur Markteinführung umweltverbessernder Produkte und Produktionsverfahren.

Geeignete Förderungsinstrumente können – innerhalb des durch das Kreditwesengesetz und die sparkassenrechtlichen Vorschriften vorgegebenen Handlungsrahmens – je nach Einzelfall sein

- zinsverbilligte Kreditmittelgewährung,
- Einräumung marktüberdurchschnittlicher Zinsbindungsfristen,
- Einräumung tilgungsfreier Anlaufjahre,
- eine Absenkung der Sicherheitsschwelle,
- Schuldfreistellungen persönlicher Schuldner,
- Gewährung von Beteiligungskapital,
- betriebswirtschaftliche Beratungsleistungen.

Gesichtspunkte der Instrumentenwahl sollen die Förderungswürdigkeit des Vorhabens, seine spezifischen finanziellen Engpaßfaktoren, Art und Umfang des Risikos sowie die Ausstattung mit anderen öffentlichen Förderungsmitteln sein.

Eine optimale Zweckverwirklichung macht die Verzahnung der Förderungsaktivitäten der Sparkassen mit gleichgerichteten Anstrengungen der umwelt- und arbeitsmarktpolitischen Akteure auf kommunaler Ebene erforderlich. Bei der Vergabe der zweckgebunden bereitzustellenden Mittel sollen Vorstand und Gewährsträger deshalb im Rahmen sachlich geeigneter und rechtlich zulässiger institutioneller Regelungen Umweltschutzverbände, Gewerkschaften und Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft beteiligen.

Da die Förderung nicht durch Belastung des Zinsaufwandes für den Sparer finanziert werden kann, wird sie für die Sparkassen unvermeidlich erfolgswirksam. Die Inkaufnahme verminderter Einnahmen und erhöhter Risiken im Aktivgeschäft muß sich insofern in einem betriebswirtschaftlich tolerablen Verhältnis zum Betriebsüberschuß und zur Eigenkapitalausstattung bewegen. In diesem Rahmen ist sie aber sowohl vertretbar als auch realisierbar, wie die in jüngerer Zeit von verschiedenen Sparkassen aufgelegten „Innovationskredit“- und „venture capital“-Programme zeigen.

Die parlamentarischen Vertretungen der Gewährsträger und die Vorstände der Sparkassen werden aufgefordert, durch Initiativen mit der hier vorgeschlagenen Zielrichtung ihren öffentlichen Auftrag in auch umwelt- und arbeitsmarktpolitisch zielgerichteter Weise wahrzunehmen.

---

**Antrag-Nr.:** C 3  
**Antragsteller:** Ortsverein Bonn-Nord  
**Betreff:** Ausbau der Fremdsprachenkenntnisse im Hinblick auf die Europäische Union

---

Als eines der größten Hindernisse bei der Verwirklichung der angestrebten „Freizügigkeit“ für Arbeitnehmer/innen, Auszubildende, Studenten/innen in der EG erweist sich die Vielsprachigkeit innerhalb der EG (8 Amtssprachen) und parallel dazu der Mangel an Fremdsprachenkenntnissen bei vielen EG-Bürgerinnen und -Bürgern. Die Europäische Union wird erst dann Wirklichkeit, wenn jede(r) neben seiner/ihrer Muttersprache mindestens eine weitere der „großen“ EG-Sprachen beherrscht.

Bisherige Modellversuche in der Bundesrepublik und speziell in Nordrhein-Westfalen, aber auch Beispiele aus anderen EG-Ländern, zeigen, daß die Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen bereits im Kindergarten und in der Grundschule durchaus möglich ist und die Kinder keineswegs überfordert.

Der Landesparteitag fordert deshalb den Kultusminister des Landes NRW auf, diese Modellversuche auszuweiten und zu vertiefen und die bisherigen Ergebnisse der breiten Öffentlichkeit bekanntzugeben. Gleichzeitig muß die Forschung zur Entwicklung der Didaktik für Fremdsprachenunterricht im Kindergarten und in der Grundschule an den Hochschulen des Landes intensiviert werden. Hierfür muß auch das notwendige Personal auf allen angesprochenen Ebenen zur Verfügung gestellt werden.

Mittelfristig strebt die SPD an, daß

a) der Unterricht in einer der „großen“ EG-Sprachen in der Grundschule zur Regel wird und bereits im Kindergarten in spielerischer Form mit der Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen begonnen werden soll, künftige Generationen sollen möglichst zweisprachig aufwachsen. Allerdings dürfen Fremdsprachenkenntnisse in der Grundschule nicht benotet werden und nicht versetzungsrelevant sein;

b) Fremdsprachenunterricht als ein Wahl(pflicht)fach in die Ausbildung von Erziehern/-innen und Grundschullehrern/-innen eingeführt wird.

c) Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, sollen auch weiterhin in ihrer Muttersprache gefördert werden, um Überforderungen zu vermeiden. Deutsch soll in diesem Fall weiterhin als „1. Fremdsprache“ angerechnet werden.

c) allgemein die Rahmenbedingungen in Kindergarten und Schule so zu ändern sind, daß Leistungsüberforderungen bei Kindern und Personal gar nicht erst entstehen können.

---

<b>Antrag-Nr.:</b>	C 4
<b>Antragsteller:</b>	SPD-Landesvorstand
<b>Betreff:</b>	Grundsätze sozialdemokratischer Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen

---

### 1. Vorbemerkungen

Mit diesen Grundsätzen formuliert die SPD Nordrhein-Westfalens ihre Ansprüche an Hochschulen und Wissenschaften. Sie werden aus den Grundwerten sozialdemokratischen Handelns – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – abgeleitet, deren Ziel eine menschenwürdige und demokratische Gesellschaft

An diesen Grundwerten und Zielen orientiert sich die sozialdemokratische Hochschulpolitik. Sie achtet die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium und damit das Prinzip eines wissenschaftstheoretischen Pluralismus.

Die nachfolgenden Grundsätze, die für alle Hochschularten in Nordrhein-Westfalen gelten, sollen deutlich machen, daß

- Hochschule und ihre Mitglieder Teile unserer Gesellschaft sind; sie müssen sich deshalb den Entwicklungstendenzen der Gesellschaft stellen und ihren spezifischen Beitrag leisten;
- Hochschulen ein wichtiger Bestandteil der demokratischen Gesellschaft sind; die Beteiligungsmöglichkeiten der Hochschulmitglieder in der Selbstverwaltung sind deshalb abzusichern und weiter auszubauen.

### 2. Sozialdemokratische Hochschulpolitik als Bestandteil der Landespolitik

Die Entwicklung einer modernen Gesellschaft bedarf der Wissenschaften. Sie müssen Lösungsvorschläge zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung anbieten. Daraus ergibt sich eine hohe Verantwortung der Wissenschaftler, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen.

Die gesellschaftlichen Anforderungen an Forschung und Lehre steigen. Entgegen den bisherigen Prognosen sind die Zahlen der Studienanfänger und Studierenden gestiegen. Auch in den 90er Jahren ist nicht mit einem Rückgang dieser Zahlen zu rechnen. Aus diesen Gründen sind Konsequenzen zu ziehen: Daher ist der Anteil des Wissenschaftshaushaltes am Gesamthaushalt zu erhöhen.

Forschung und Lehre haben je nach Anforderung an die Hochschulen zeitlich und hochschulspezifisch variable Gewichte. Nach wie vor liegt das Schwergewicht auf der Ausbildung. Das hat zur Unterordnung der Forschungsaufgaben unter die Lehraufgaben geführt.

Für die Zeit nach der Jahrtausendwende müssen die Schwerpunkte neu gesetzt werden.

Das Verhältnis zwischen Hochschulen und Staat ist geprägt durch die Konkurrenz von Gestaltungsanspruch des Staates und Autonomieanspruch der Hochschulen. Die grundgesetzlich verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre gibt den Hochschulen einen Gestaltungsspielraum. Innerhalb dieses Spielraumes müssen jedoch die Hochschulen den Ansprüchen der demokratischen Gesellschaft gerecht werden. Die Hochschulen arbeiten mit Steuermitteln. Sie sind deshalb auch der Öffentlichkeit über die Erfüllung ihrer Aufgaben Rechenschaft schuldig. Dies gilt insbesondere für:

- die Forschung und Entwicklung,
- die Lehre und Ausbildung,
- die wissenschaftliche Weiterbildung,
- die künstlerische Ausbildung und die Entwicklung der Künste.

Alle diese Aufgaben leisten ihren Beitrag für die ökonomische, ökologische und soziale Erneuerung unseres Landes.

Hierfür müssen staatliche Instanzen – Legislative und Exekutive – und die Hochschulen gemeinsam die Verantwortung tragen.

Freiheit von Forschung und Lehre entbindet nicht von der Verpflichtung, bei der Wahl von Inhalten, Methoden und Fragestellungen die bindenden Prinzipien von Ethik und Demokratie zu wahren. Andererseits darf auch der Staat im Rahmen seines Gestaltungsauftrages keine Inhalte, Methoden und Fragestellungen oktroyieren. Diese beiden Begrenzungen legen der Wissenschaft aber auch auf, gesellschaftliche Fragen und Probleme im Rahmen ihrer Aufgabenstellung zu berücksichtigen.

### 3. Perspektiven der Hochschulpolitik

Die SPD hat vor nunmehr 20 Jahren ein Konzept zur Reform der Hochschulen vorgelegt. Es wurde zur Grundlage der Diskussion über das Hochschulrahmengesetz und bestimmte dieses in weiten Teilen. War schon das Hochschulrahmengesetz ein Kompromiß, so mußten inzwischen durch verschiedene Novellierungen Änderungen hingenommen werden, die nicht im Sinne sozialdemokratischer Vorstellungen liegen.

Die Entwicklung des Bundesrahmenrechts, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und finanzielle Zwänge begrenzen die Realisierung früherer Ziele. Im übrigen hat sich bei der Umsetzung der nunmehr 20 Jahre alten Vorstellungen gezeigt, daß nicht alle Ziele realisierbar sind und damit Veränderungen in den Zielvorstellungen vorgenommen werden mußten. Um deutlich zu machen, in welcher Richtung sich die sozialdemokratische Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen bewegen soll, werden in den folgenden Kapiteln jeweils das ursprüngliche Ziel umrissen, das Erreichte dargestellt und die unter den gegebenen Rahmenbedingungen realisierbaren Ziele benannt.

#### 3.1 Struktur der Hochschulen

Ziel sozialdemokratischer Hochschulpolitik in den 70er Jahren war es, die Gesamthochschule als Regelhochschule einzuführen. Dies schlug sich nicht nur im HRG, sondern insbesondere in den verschiedenen Hochschulgesetzen des Landes NRW nieder. Verbunden mit diesem Reformprozeß war die Auflösung der zu groß gewordenen Fakultäten in kleinere Fachbereiche

sowie die Übertragung der Verantwortung für Institute auf Institutsräte mit gewählten geschäftsführenden Direktoren.

Auf der Basis der genannten Zielvorstellungen wurden in Nordrhein-Westfalen sechs integrierte Gesamthochschulen gegründet. Im Laufe der Entwicklung mußten sie sich jedoch gegen die weiterhin existierenden traditionellen Universitäten behaupten, ohne daß die Aussicht bestanden hätte, daß die Forderung nach der Gesamthochschule als Regelhochschule durchzusetzen gewesen wäre. Damit befinden sich die Gesamthochschulen auch heute noch in der Gefahr, ihre Strukturen an den traditionellen Leitbildern der Universität ausrichten zu müssen.

Es bleibt also festzustellen, daß das ursprüngliche Ziel, die integrierte Gesamthochschule als Regelhochschule einzuführen, nicht zu erreichen ist.

Für die Zukunft ist davon auszugehen, daß eine Vielgestaltigkeit im Hochschulbereich existiert. Die verschiedenen Hochschultypen müssen folgende inhaltliche Forderungen erfüllen:

- die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Hochschultypen für Studierende;
- die Öffnung der traditionellen Hochschulen auch für Nicht-Abiturienten;
- die Integration von Forschung, Lehre und Praxis;
- die Schaffung inhaltlich differenzierter und zeitlich gestufter Abschlüsse.

Nur so ist die Gleichwertigkeit aller Hochschulen zu sichern.

### 3.2 Regionalisierung der Hochschulen

Durch die Gründung neuer Hochschulen wurde das Land mit einem Netz von Hochschulen überzogen. Dadurch sind Hochschulen auch für Studienbewerber zugänglich, die aus sozialen und persönlichen Gründen an ihren Wohnort gebunden sind. Außerdem war mit der Regionalisierung beabsichtigt, einen Strukturwandel in bislang mit Hochschuleinrichtungen unterversorgten Regionen zu schaffen. Dieses Ziel sozialdemokratischer Hochschulpolitik wurde in NRW weitgehend erreicht. Zusätzlich zur Neugründung in bisher unterversorgten Hochschulregionen wurde das Land mit einem Netz von Studienzentren der Fernuniversität überzogen. Somit ist innerhalb des Landes NRW das Ziel der Regionalisierung des Hochschulbereichs erreicht worden.

Die Regionalisierung darf auch unter veränderten demographischen Bedingungen im Hochschulbereich nicht aufgegeben werden. Daher müssen alle bisherigen Hochschulstandorte erhalten bleiben. Es ist ein Trugschluß zu glauben, daß nur Großeinheiten mit mehr als 30 000 Studierenden leistungsfähige Hochschulen wären. Vielmehr muß im Rahmen der veränderten Gewichtung zwischen Forschung und Lehre davon ausgegangen werden, daß auch kleine Hochschuleinheiten überaus leistungsfähig sind. Es ist hier daran zu erinnern, daß die ursprüngliche Planung der Studentenzahlen für die Gesamthochschulen von Einheiten ausging, die um ein Drittel unter dem derzeitigen Stand der Studentenzahlen liegen. Folgende Punkte im Interesse eines effizienten Mitteleinsatzes müssen politisch entschieden werden:

- Verteilung der landesweit vorhandenen Forschungs- und Lehrkapazität auf die jeweiligen Hochschulen durch Bildung regionaler fachlicher Schwerpunkte;
- Sicherstellung der Zusammenarbeit der Hochschulen in der Region sowie der Präsenzhochschulen mit der Fernuniversität.

Diese Entscheidungen berühren nicht nur die Hochschul- und Wissenschaftspolitik, sondern sind gleichzeitig ein Teil der strukturverändernden Maßnahmen für eine Region.

### 3.3 Verstärkte soziale Öffnung der Hochschulen

Die Öffnung der Hochschulen erfolgt nicht allein durch Regionalisierung und Öffnung des Zugangs für alle Studierenden, sondern muß auch durch entsprechende Förderung von sozial schwachen Studierenden erfolgen. Ziel sozialdemokratischer

Hochschulpolitik war es, die Chancengleichheit auch dadurch zu gewährleisten, daß die Einkommensverhältnisse der Familien nicht für die qualifizierte Schul- und Hochschulausbildung ausschlaggebend sind.

Dieses Ziel wurde durch die Verabschiedung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG) erreicht. Aufgrund der Förderung durch das BAFöG hat der Anteil von Arbeiterkindern und besonders von Frauen an der Zahl der Studierenden beträchtlich zugenommen. Dieses galt insbesondere für die Reform-Hochschulen im Ruhrgebiet.

Die Streichung des Schüler-BAFöG und die Umstellung der Studierendenförderung auf Darlehen durch die konservativ-liberale Koalition haben deutlich werden lassen, daß ohne eine entsprechende finanzielle Förderung der Anteil der Studierenden aus einkommensschwachen Familien rapide zurückgeht. Besonders werden durch diese Streichungen die Frauen benachteiligt.

Es muß deshalb Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik sein:

- durch eine Wiedereinführung des Schüler-BAFöGs Schülern und Schülerinnen aus wirtschaftlich schwachen Elternhäusern die Hochschulreife und damit den Zugang zur Hochschule zu ermöglichen;
- die gesetzliche Ausbildungsförderung für die Studierenden wieder auf Stipendienbasis umzustellen; dabei sind Zuschüsse nach realistischen Bedarfssätzen zu bemessen und notwendige Studiendauer und Förderungshöchstdauer einander abzustimmen;
- zu einer Integration der unterschiedlichen finanziellen Förderungssysteme wie BAFöG, Kindergeld, Ausbildungsfreibeträge, Ortszuschlag im öffentlichen Dienst und Wohngeld zu kommen.

### 3.4 Nachwuchsförderung an den Hochschulen

Der wissenschaftliche Nachwuchs sichert langfristig die Qualität der Hochschulausbildung und der Hochschulforschung. Aus diesem Grunde ist es dringend notwendig, die Situation des Hochschullehrernachwuchses im Auge zu behalten. Gegenwärtig besteht in vielen wissenschaftlichen Fächern eine Verzerrung in der Altersstruktur der Professoren. Dadurch sind die Aufstiegschancen des wissenschaftlichen Nachwuchses in den nächsten Jahren reduziert. Nach der Jahrtausendwende werden allerdings sehr viele Professoren aus dem Berufsleben ausscheiden, so daß ein erhöhter Nachwuchsbedarf eintritt. Aus diesem Grunde ist es notwendig, eine langfristige Nachwuchssicherung zu betreiben. Dabei sind die Stellen für Nachwuchsförderung auf den jeweiligen Bedarf abzustimmen.

Dieses muß durch flexible Vergabe von befristeten Nachwuchsstellen gesichert werden, wobei sich deren Befristung durch die kontinuierliche Nachwuchsplanung rechtfertigt.

Durch das HRG war die Nachwuchsqualifikation in zwei Stufen vorgesehen. Erstens erfolgte die Förderung für Graduierte bis zur Promotion durch Graduiertenstipendien und zweitens sollte die Nachwuchsförderung bis zur Habilitation auf Positionen für Hochschulassistenten und -assistentinnen erfolgen. Die Novellierung des HRG hat die zweite Phase dieser Nachwuchsförderung wieder in den Zustand vor dem HRG zurückversetzt und den wissenschaftlichen Nachwuchs wieder auf abhängige Positionen verwiesen. Somit ist zur Zeit eine wissenschaftliche Qualifikation für den Hochschullehrernachwuchs auf relativ unabhängigen Stellen im Hochschulbereich nicht möglich.

Ziel ist es:

- bedarfsbezogene Qualifikationen auf relativ unabhängigen Positionen in den Hochschulen zu fördern;
- für die Phase bis zur Promotion ausreichende Positionen als wissenschaftliche Hilfskräfte und Promotionsstipendien zur Verfügung zu stellen;
- für den hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs nach der Habilitation eine angemessene Zahl von Dozentenstellen zusätzlich zu schaffen;
- die Arbeitsbedingungen von qualifizierten Wissenschaftlern

und Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen so zu gestalten, daß die Hochschulen mit ihren Angeboten gegenüber Beschäftigungsbereichen außerhalb der Wirtschaft konkurrenzfähig bleiben; anderenfalls wird es nicht möglich sein, qualifizierte Kräfte für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu gewinnen.

### 3.5 Frauenförderung

Angesichts der Herausforderungen, denen sich Forschung, Wissenschaft und auch Wirtschaft in den nächsten Dekaden gegenüberstehen, muß den Defiziten bei der Einstellung und Förderung von Frauen an den Universitäten durch korrigierende Maßnahmen begegnet werden.

Wissenschaft und Forschung bedürfen aller Impulse, durch die sie auf neue Wege gebracht werden können, um so neue Arbeitsbereiche und Forschungsfragen zu erschließen. Frauen können und werden einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

Sozialdemokratische Hochschulpolitik bedeutet auch, die Umsetzung der in den Landeshochschulgesetzen verabschiedeten Aussagen zur Frauengleichstellung und -förderung in den Hochschulen zügig voranzutreiben und nicht als rhetorisches Feigenblatt anzusehen. Die SPD muß stetig und nachdrücklich den begonnenen Bewußtseinswandel in den Hochschulen unterstützen, denn sie hat es mit einer Generation von bestausgebildeten Frauen zu tun, die ihr politisches Interesse artikulieren und durchsetzen will.

Es ist daher erforderlich, daß

- das zu verabschiedende Frauenförderungsgesetz des Landes unverzüglich auf den Bereich der Hochschulen angewendet wird;
- die Landesregierung die Verzögerungstaktik von Hochschulen bei der Erstellung von Frauenförderplänen und deren Nichteinhaltung offenlegt und mit Sanktionen belegt;
- eine ausreichende Finanzierung der Arbeit der Frauenbeauftragten an den Hochschulen gewährleistet wird;
- ein Schwerpunkt der Nachwuchsförderung von Frauen an den Hochschulen insbesondere in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern bzw. Studiengängen erfolgt;
- in Schule und gesellschaftlichen Institutionen die Mädchen stärker als bisher zu „männerspezifischen“ akademischen Berufen und Studiengängen hingeführt werden.

### 3.6 Weiterbildung an den Hochschulen

Der schnelle technische Wandel, bedingt durch immer rascheren Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in die Praxis, erfordert zur Erhaltung und Wiedererlangung der Berufsfähigkeit eine qualifizierte wissenschaftliche Weiterbildung. Hierfür sind neue Formen der Lehre zu entwickeln.

Das Ziel der Weiterbildung darf nicht nur die Anpassung der Qualifikation von Berufstätigen an den jeweiligen Stand der Technik sein. Es geht auch um eine den Bedürfnissen des einzelnen wie denen der Gesellschaft entsprechende Integration oder Reintegration bestimmter Personengruppen in die Wirtschaft, die Kultur und das soziale Leben insgesamt.

Das Ziel, die Hochschulen stärker an der Weiterbildung zu beteiligen, hat sich bereits in zahlreichen Gesetzen und Verordnungen in Nordrhein-Westfalen niedergeschlagen. Die Weiterbildung an den Hochschulen soll dabei den Zielen folgen:

- Ergebnisse von Wissenschaft über den traditionellen Adressatenkreis der Hochschulen hinaus zugänglich zu machen;
- die Hochschulen für Berufstätige und weitere Zielgruppen zu öffnen, insbesondere für Teilnehmer, die nicht an einer Hochschule studiert haben;
- die Vermittlung von Ergebnissen der Wissenschaft in Lehr- und Lernformen so umzugestalten, daß sie auch von bisher hochschulfernen Abnehmern beurteilt und bewältigt werden können;
- Bedürfnisse der Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die aus der beruflichen Praxis entstanden sind, aufzunehmen und

dabei verengte Sichtweisen von Fachwissenschaften zu überwinden.

Die Umsetzung dieser Ziele an den Hochschulen ist bisher jedoch nur unzureichend erfolgt. Problematisch für die Entwicklung der Weiterbildungsangebote der Hochschulen ist durch die Hochschulgesetze festgelegte Kostendeckungsprinzip für die Weiterbildung. Hier ist eine Bestandsaufnahme zwischen den verschiedenen Bereichen der Weiterbildung erforderlich, damit eine Gleichbehandlung aller Einrichtungen erfolgen kann und die Weiterbildungsangebote allen Interessierten bei zumutbaren Kosten offenstehen.

Nachdem die gesetzlichen Schritte zur Umsetzung sozialdemokratischer Ziele in der Weiterbildung sich in den Hochschulgesetzen des Landes niedergeschlagen haben, ist es in den nächsten Jahren notwendig, diese Ziele in den Hochschulen umzusetzen. Erforderlich ist, daß die Hochschulen

- Möglichkeiten der Verbindung zwischen Präsenz- und Fernstudium entwickeln und nutzen;
- sich auf Bedürfnisse der Nachfrage wissenschaftlicher Weiterbildung einstellen;
- das weiterbildende Studium als Antwort auf die zunehmende Nachfrage des Arbeitsmarktes nach besserer Qualifikation ausbauen.

Diese Ziele werden nur erreicht, wenn sich das Selbstverständnis der Hochschulen insofern ändert, als sie sich als Dienstleistungseinrichtungen der Weiterbildung verstehen und die hier für notwendigen Veränderungen in Lehr- und Lernformen vornehmen.

### 3.7 Studienreform

Der zentrale Punkt aller Überlegungen zur Reform der Universitäten und Hochschulen war die Studienreform. Hierzu wurden von sozialdemokratischer Seite zahlreiche Vorschläge erarbeitet, die sich auch weitgehend mit den Vorstellungen der damaligen Bundesassistenten-Konferenz und studentischer Überlegungen deckten. Zur Umsetzung der für die Studienreform angestellten Überlegungen wurden durch das Hochschulrahmengesetz sowie durch das wissenschaftliche Hochschulrahmengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen Studienreformkommissionen eingerichtet.

Obwohl diese Studienreformkommissionen in mühevoller Arbeit zahlreiche Vorschläge zur Reform von Studiengängen vorlegten, gelang es nicht, diese Vorschläge in die Praxis umzusetzen. Auch konnte durch die Einführung der Regelstudienzeit und der Förderungshöchstdauer für die Studienförderung keine Verkürzung des Studiums erreicht werden. Vielmehr stiegen die realen Studienzeiten kontinuierlich an. Die Gründe für die überlangen Studienzeiten und das damit verbundene hohe Lebensalter unserer Hochschulabsolventen und -absolventinnen bei Berufseintritt sind vielfältiger Art. Mit Sicherheit sind die langen Studienzeiten jedoch nicht allein den Studierenden anzulasten, die nicht zuletzt durch den Zwang zum Nebenverdienst vom schnellen Studieren abgehalten werden. Vielmehr scheiterte die Verkürzung des Studiums und in weiten Bereichen auch die Studienreform am Verhalten von Professoren. Fachegoismen und traditionelle Vorstellungen über Studieninhalte führten zu einer Überfrachtung der Studiengänge. Die Verrechtlichung des Studiums mit vorgegebenen Fristen und Prüfungsterminen kann z. B. dazu führen, daß eine Nachprüfung einen Zeitverlust von mehr als einem Jahr bedeutet. So bleibt auch für die Zukunft die Studienreform eine der dringlichsten Aufgaben.

Aus der gegenwärtigen Situation an den Hochschulen ergeben sich folgende Hauptziele der Studienreform:

- Vermittlung einer Berufseingangsqualifikation.  
Die rasch wechselnden Anforderungen der verschiedensten Berufsfelder sowie der nicht vorhersehbare Bedarf in einzelnen Berufen läßt es unmöglich erscheinen, eine Qualifizierung der Studierenden auf einen bestimmten Beruf hin vorzunehmen. Vielmehr ist es notwendig, durch exemplari-

sches Lernen wissenschaftliche Arbeitsweisen und Methoden zu vermitteln.

- Verhinderung einer übergroßen Spezialisierung.  
Zu starke Spezialisierung führt dazu, daß in Kombination mit überlangen Studienzeiten die Absolventen und Absolventinnen der Hochschulen außerhalb des Wissenschaftsbereiches kaum noch einsetzbar sind. Sie sind deshalb auf dem Arbeitsmarkt häufig nur schwer vermittelbar. Deshalb muß durch die Studienreform ein breites Grundlagenwissen geschaffen werden, das eine Spezialisierung im gewählten Berufsfeld nach Abschluß des Hochschulstudiums ermöglicht.

- Verkürzung der realen Studienzeiten.

Bei durchschnittlichen Regelstudienzeiten von 8 Semestern liegen heute die realen Studienzeiten um 50 % höher, nämlich bei 12 Semestern. Dieses stellt nicht nur eine Belastung der Hochschulen dar, sondern bringt auch beträchtliche Nachteile für die Studierenden mit sich. Berufseintrittsalter von 30 Jahren sind bei den heutigen Hochschulabsolventen und -absolventinnen keine Seltenheit. Dies bedeutet, daß nach der Herstellung der Niederlassungsfreiheit innerhalb der EG die gleichaltrigen Konkurrenten und Konkurrentinnen unserer Hochschulabsolventen und -absolventinnen aus England, Frankreich und Italien schon fünf Jahre Berufspraxis vorzuweisen haben und damit höhere Chancen bei der Bewerbung um Stellen erhalten. So muß allein unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit innerhalb der EG daraufhingearbeitet werden, daß sich die Studienzeiten in der Bundesrepublik erheblich verkürzen.

Da trotz aller theoretischer Überlegungen und Konzepte, die auch heute noch Gültigkeit haben, eine Umsetzung der Studienreform mit den bisherigen Instrumenten nicht gelungen ist, muß darüber nachgedacht werden, wie die Ziele der Studienreform durchgesetzt werden können.

Hierzu müssen weitere Vorstellungen erarbeitet werden, die diese Ziele einer zukünftigen Studienform konkretisieren. Teilbereiche dabei sind:

- Theorie/Praxis-Integration, forschendes Lernen, projektorientierte Anteile im Studium;
- Interdisziplinarität, Verhältnis von Kultur-, Gesellschafts-, Natur- und Ingenieurwissenschaften;
- Hochschuldidaktik, Kleingruppenarbeit, Tutorensysteme, Orientierungsphasen;
- Hochschulzugangsberechtigung, Aufbau- und Zusatzstudiengänge, Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Hochschularten;
- neue Studieninhalte, die aufgrund der ökonomischen, ökologischen und sozialen Erneuerung unseres Landes in den einzelnen Studiengängen Eingang finden müssen.

### 3.8 Forschungspolitik

Forschung an Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen wird ebenso wie die Hochschulausbildung mit Geldern der Steuerzahler finanziert. Sozialdemokratische Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen hat drei Zielsetzungen:

1. Die Forschung soll sich in stärkerem Maße ihrer Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit bewußt werden und legitimieren;
2. Forschung ist integrativer Bestandteil einer Politik, insbesondere der ökologischen, ökonomischen und sozialen Erneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen.
3. Forschung hat vor allem einen Auftrag zur Förderung der Interdisziplinarität, insbesondere der Kultur- mit den Naturwissenschaften.

Durch das Hochschulrahmengesetz und die Hochschulgesetze auf Landesebene begann ein vorsichtiger Prozeß der Demokratisierung und der Öffnung des Forschungsprozesses. Veröffentlichungspflicht der Forschungsergebnisse und Transparenz des Forschungsprozesses sind jedoch trotz einiger positiver Ansätze noch lange keine Selbstverständlichkeit. Vielmehr sind

durch die Änderung des HRG im Bereich der Drittmittel-Forschung Rückschritte zu erwarten.

Zur ökonomischen, ökologischen und sozialer Erneuerung sind im Land Nordrhein-Westfalen zahlreiche Ansätze zu verzeichnen wie z. B. die „Initiative Zukunftstechnologien“, durch die neue Schwerpunkte geschaffen worden sind. Beispiele im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung hierfür sind:

- das Forschungsnetz Abfallwirtschaft;
- die Umwelttechnologie-Forschung;
- die Förderung alternativer Energien zur Kernenergie;
- die Verstärkung der Frauenforschung.

Auch die Forschungsförderung anderer Ressorts trägt zur Erforschung der ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes bei, so insbesondere das Programm „Mensch und Technik: Sozialverträgliche Technikgestaltung“.

Durch diese Projektförderung ist es gelungen, die allgemeinen Ansprüche an eine soziale und gesellschaftlich verantwortliche Forschungspolitik auf ganz konkrete Forschungsprojekte und -vorhaben zu beziehen.

Zu beanstanden ist, daß die über die verschiedenen Ressorts verteilten Forschungsmittel nicht nach einer einheitlichen Konzeption vergeben werden bzw. unterschiedliche Ziele durch die einzelnen Ministerien verfolgt werden.

Die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Forschung sind weder in den Hochschulen für den wissenschaftlichen Mittelbau noch in den Großforschungseinrichtungen des Landes mit der gegenwärtigen gesetzlichen Grundlage zufriedenstellend gelöst.

Für die Zukunft sind die positiven Ansätze sozialdemokratischer Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen fortzusetzen und auszubauen. Dabei sollte das Gewicht auf folgende Punkte gelegt werden:

- Die Transparenz staatlich finanzierter Forschung ist zu erhöhen. Es ist eine Datei einzurichten, die über alle aus Landesmitteln in den verschiedenen Ressorts geförderten Projekte Auskunft gibt. Der Zugang zu diesen Informationen muß jedem Bürger und jeder Organisation dieses Landes möglich sein;
- Forschungsprogramme müssen mit klaren Kriterien für Vergabeentscheidungen ausgestattet werden;
- Umwelt- und Sozialverträglichkeit muß eine zentrale Fragestellung in allen Bereichen der Forschungspolitik sein. Gestaltung und Folgeabschätzung von Techniken sollte mehr Platz in der Forschung und der Forschungspolitik eingeräumt werden;
- das Programm „Sozialverträgliche Technikgestaltung“ weiter ausgebaut werden unter Berücksichtigung einer stärkeren Verzahnung mit der „Initiative Zukunftstechnologie“ sowie eines Umsetzungskonzepts für die Durchsetzung sozialverträglicher Technikgestaltung bei Einführung, Anwendung und Entwicklung neuer Technologien;
- zur Verstärkung der Einflußmöglichkeiten der Legislative auf die Forschungspolitik des Landes ist ein Instrumentarium der Technologiefolgenabschätzung zur Beratung der Abgeordneten über Trends und Zielsetzungen in der Forschung zu schaffen;
- die gesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten müssen verstärkt werden. Hierzu gehört auch die Unterstützung alternativer Forschungsansätze.

Eine Forschungspolitik der ökonomischen, ökologischen und sozialen Erneuerung darf nicht dazu führen, daß ausschließlich ökonomisch und ökologisch umsetzbare Projekte gefördert werden. Kunst- und Kulturwissenschaften sind ebenso ein integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und bedürfen der gleichen Förderung wie High-Tech-Wissenschaften.

Im Rahmen knapper werdender Mittel wird Forschung zunehmend über Drittmittel finanziert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Drittmittel überwiegend aus öffentlichen Kassen und öf-

fentlich kontrollierten Quellen stammen. Damit unterliegt auch ein wesentlicher Teil der Drittmittel öffentlicher Kontrolle. Grundsätzlich ist Drittmittelforschung zu begrüßen, da sie einerseits aufgrund des projektförmigen Arbeitsstils die Kooperation unter Wissenschaftlern fördert und andererseits die Wissenschaftler dazu anregt, in Konkurrenz untereinander die besten Vorschläge einzureichen. Ferner besteht über Drittmittelforschung die Möglichkeit, zusätzliche Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen zu schaffen. Weiterhin ist grundsätzlich an der Veröffentlichungspflicht sämtlicher Drittmittelvorhaben und ihrer Ergebnisse festzuhalten.

### 3.9 Internationale Aufgaben der Hochschulen

Die vielfältigen Aufgaben der Hochschulen erfordern internationale, insbesondere eine europäische Zusammenarbeit. Dazu sind Forschungskooperation, Austausch von Wissenschaftlern, Wissenschaftlerinnen und Studierenden sowie gegenseitige Anerkennung von Diplomen unerlässlich. Durch die europäische Integration in den nächsten Jahren gilt es, die Chancengleichheit der Hochschulabsolventen im europäischen Raum sicherzustellen. Diesem Ziel dient nicht nur die gegenseitige Anerkennung von Diplomen, die innerhalb der EG erworben wurden, sondern ebenfalls die Angleichung der Studienbedingungen, insbesondere der Studiendauer. Um dieses sicherzustellen, ist ein Austausch von Wissenschaftlern, Wissenschaftlerinnen und Studierenden mit den übrigen EG-Ländern zu fördern mit dem Ziel, die dortigen Studienbedingungen kennenzulernen, damit eine Angleichung von Lehre und Studium innerhalb der EG erfolgen kann.

Die Internationalität der Wissenschaft gebietet es, daß Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen durch ihre internationalen Kontakte und Beziehungen dazu beitragen, die Verständigung unter den Völkern zu fördern und damit den Frieden in der Welt zu sichern. Zur Förderung der Sicherheit und Vertrauensbildung in Europa ist ein gesamteuropäisches Netz der Technologiekooperation zu entwickeln.

---

**Antrag-Nr.:** C 5  
**Antragsteller:** Unterbezirk Unna  
**Betreff:** Politische Weiterbildung von Aussiedlern

---

Sozialdemokraten in Bund, Land und Kommunen sollen sich dafür einsetzen, daß für Aussiedler die berufliche Qualifikation verstärkt auch durch politische Weiterbildung ergänzt wird. Die finanziellen Voraussetzungen für personelle und sachliche Ausstattung sind zu schaffen.

---

**Antrag-Nr.:** C 7  
**Antragsteller:** SPD-Landesvorstand  
**Betreff:** „Kunst ist Substanz der Kultur.  
 Kultur ist Substanz der Politik.“

---

#### I. Kultur geht uns alle an.

Hunderttausende von Menschen nehmen täglich am kulturellen Leben unseres Landes teil; sie nutzen nicht nur ein reichhaltiges Kulturangebot von hoher Qualität, sondern sie entfalten in großer Zahl selbst kulturelle Aktivitäten: sie schreiben, malen, musizieren, singen, spielen Theater, tanzen, üben sich in Kleinkunst und musisch-handwerklicher Betätigung.

Dies ist ein Querschnitt des Kulturangebots zwischen Rhein und Ruhr:

91 Theater, 15 Opern, 26 Orchester, 165 Musikschulen, Jugendkunstschulen, Malschulen, Ballettschulen, über 500 Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und Weiterbildungseinrichtungen, 348 Museen, Museen für Industrie- und Sozial-

geschichte an 15 Standorten des Landes, 39 Kunstvereine, 2 962 öffentliche und kirchliche Bibliotheken, 188 öffentliche Archive, 791 Filmtheater, Sekretariate für gemeinsame Kulturarbeit der Städte und Gemeinden in Wuppertal und Gütersloh, das Filmbüro NRW, das Rockbüro NRW, das Frauenkulturbüro NRW, Arbeitsgemeinschaften für Sozio-Kultur, 5 Literaturbüros, das Europäische Übersetzerkollegium, die Landesmusikakademie, Schauspiel- und Theaterschulen, 7 Kunst- und Musikhochschulen mit 5 weiteren Abteilungen und kulturwissenschaftlichen Disziplinen in den übrigen Universitäten und Fachhochschulen, das Kulturwissenschaftliche Institut als Teil des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen und Spezialrichtungen, wie z. B. das weltweit einmalige Haydn-Institut in Köln.

Die freien Kultur- und Theatergruppen, die Laienorchester, Laienchöre und das bunte Vereinsleben gehören in gleicher Weise zu dieser Kulturlandschaft wie die regional und international bedeutsamen Theater, Tanz-, Musik- und Filmfestspiele.

Künstlerisches Schaffen und kulturelles Erleben in Nordrhein-Westfalen wird unterstützt durch ein menschliches Gesicht unserer Städte und Dörfer, in denen wohnortnahe und selbstgestaltete Freizeit- und Kulturangebote möglich sind.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen setzen sich dafür ein, daß die Kunst- und Kulturszene gefördert und künstlerische Freiheit gegen jeden Versuch der Zensur gesichert wird.

Kunst und Kultur vermitteln im Gegensatz zur Kulturindustrie authentische Erfahrungen. Sie klären damit Menschen über sich selbst auf und leisten einen wichtigen Beitrag, um Fremdbestimmung erkennen und abbauen zu können. Diese Tradition der Aufklärung gilt es zu unterstützen.

Die in Europa beispielhafte Lebendigkeit, Vielfalt und Qualität dieses Treibhauses für Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen ist aber nicht der Erfolg von Wenigen.

Die kulturellen Infrastrukturleistungen der Städte, Gemeinden und Landschaftsverbände schaffen Grundlagen, Privatinitiativen und privates Mäzenatentum sind unverzichtbar, die vielfältigen Leistungen der Wirtschaft für Kultur bereichern fast alle Sparten, private und staatliche Stiftungen unterstützen das gemeinsame Handeln an vielen Stellen. Das Land unterstützt nicht nur die zentralen Kultureinrichtungen vor Ort, sondern ist selbst aktiver Partner in diesem vielgestaltigen Fördergeflecht.

Selbstverwaltung, Partnerschaft und Kooperation kennzeichnen unseren Einsatz für mehr Kunst und Kultur für alle Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen des Landes.

Aufgabe der Kulturpolitik ist es, jedem Fähigkeiten und Chancen zu geben, Kultur als schöpferische Entfaltung zu erleben und zu gestalten.

„Unser Begriff von Kultur umfaßt mehr als Literatur, Musik, Kunst und Wissenschaft. Gerade in einer umfassenden Kultur des Zusammenlebens rücken diese Bereiche vom Rand der Gesellschaft in ihr Zentrum. Kultur ist nicht mehr nur ein traditioneller Ressort- und bürgerlicher Besitzbegriff, Kultur ist ein lebensumfassender Handlungsbegriff und Prinzip politischen Handelns. Kulturpolitik ist eine Pflichtaufgabe von Land und Gemeinden.“ (Entwurf des neuen Grundsatzprogramms)

Der Bundesparteitag in Münster 1988 stellte ergänzend fest: „Die demokratische Öffentlichkeit ist ohne kulturelle Öffentlichkeit nicht denkbar; deshalb liegt eine wichtige demokratische Verantwortung darin, Freiräume für Kunst und Kultur zu sichern.“

Kultur ist nicht nur Feierabendkultur, sondern sie wird zunehmend auch Grundlage des Arbeitsprozesses.

Staat und Wirtschaft wird immer mehr bewußt, daß Kunst und Kultur für die Kreativität und Innovation der ökologischen, ökonomischen und sozialen Erneuerung unserer Gesellschaft unerlässlich sind.

Unternehmenskultur ist nicht mehr nur der aufgesetzte künstlerische Schmuck der Fassaden, Außenanlagen und Büroräume, sondern die Wirtschaft erkennt die der Kultur innewohnende Kraft der Innovation und die in der Kunst sich darstellende risikobehaftete Kreativität. Wissenschaftler und Praktiker der Wirtschaft wissen, daß Kulturinvestitionen für Zukunftserwartungen genauso wichtig sind wie Betriebsinvestitionen.

Die Qualität von Kulturangeboten ist ein Gradmesser für Lebensqualität in Stadt und Land; diese kulturelle Standortqualität ist mitentscheidend für persönliche und wirtschaftliche Standortentscheidungen für Nordrhein-Westfalen.

Die Kultur einer Gesellschaft bestimmt ihre Zukunftsfähigkeit.

Landes- und Kommunalpolitik müssen Kulturförderung als Teil der ökonomischen, ökologischen und sozialen Erneuerung unseres Landes in das Zentrum ihres Handelns stellen. Mit Kunst und Kultur können wir den Wettbewerb der Regionen in Europa bestehen. Innovationen und Kreativität künstlerischen Schaffens gewinnen eine immer größere Bedeutung für politisches Handeln.

II. Ein Europa der Zukunft wird ein Europa der Kultur sein.

In einem Europa des Umbruchs verändert sich die Bedeutung von Kultur.

Die vielfältigen Kulturen sind unerschöpfliche Rohstoffe unseres Kontinents; sie sichern die sozialen Gemeinschaften, die Qualität künstlerischer Leistungen und die Marktfähigkeit hochwertiger Produkte.

Die Vielfalt der Kulturen und der Lebensstile prägt seit jeher auch die Eigenart unseres Landes Nordrhein-Westfalen mit seinen verschiedenen Landschaften.

Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Generationen, Nationalitäten und Religionen sind in Nordrhein-Westfalen bereit, miteinander und nicht nebeneinander zu leben. Dieses Miteinander ist unsere Stärke. Die Kultur ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger trägt zur Bewahrung ihrer Identität bei und wirkt belebend auf uns alle.

Der europäische Geist der Partnerschaft ist in allen Kulturbereichen zu fördern:

- durch den unmittelbaren Kontakt und freien Austausch zwischen Künstlern, Kultureinrichtungen und „Kulturnutzern“,
- durch Kooperationen zwischen Ländern, Regionen und Kommunen,
- durch Mithilfe und Ansiedlung von europäischen Institutionen.

Weil Vielfalt alle bereichert, muß die Kulturhoheit der deutschen Bundesländer unantastbar bleiben. Das eigenständige Kulturprofil des Landes Nordrhein-Westfalen in einem Europa des Wettbewerbs der Regionen muß gestärkt werden.

Wir wollen die europäischen Länder in Ost und West zu einem Kulturdialog einladen. Begegnungen der Kulturen sind um so fruchtbarer, je mehr eigenes Profil und Gewicht sie jeweils aufweisen.

III. Eine gute Ausbildung ist ein Motor für Kultur.

Schulen, Hochschulen und Weiterbildung vermitteln Kenntnisse und Fähigkeiten, um Kunst und Kultur zu gestalten und zu erleben. Sie bereichern unsere kulturellen Möglichkeiten.

Bildungseinrichtungen können zugleich Bausteine und Zukunftswerkstätten der Kulturszene sein.

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen

- die selbständige Aneignung von Kultur in den Bildungseinrichtungen mit Kompetenz und Kontinuität unterstützen,
- eine Kulturkompetenz in beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen aufnehmen,
- die kulturpädagogische Praxis in den Schulen fördern und Schulkultur für Stadtteilarbeit nutzen,
- die Öffnung von Schule in ihr Umfeld für neue Inhalte und Formen des Unterrichts,

- ein enges Netz zwischen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen und Stätten der außerschulischen Jugendbildung knüpfen,
- durch Modelle Impulse und Starthilfen für eine ganzheitliche kulturell-ästhetische Bildung der Sinne geben, z. B. in Jugendkunstschulen, Musikschulen und Volkshochschulen,
- die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Hochschulen und Weiterbildung einerseits und den traditionellen Kulturinstitutionen andererseits ausbauen,
- die räumliche und personelle Ausstattung der Weiterbildung in allen Sachbereichen sichern,
- durch eine bessere Fort- und Weiterbildung, auch im Lehrerbereich, die Qualität der Kulturarbeit fördern,
- das neue Kulturwissenschaftliche Institut in Essen als Plattform für Dialoge und als eine Ideenwerkstatt zwischen der Wissenschaft und der Kulturszene nutzen,
- die praxisorientierte Weiterentwicklung kulturwissenschaftlicher und erziehungswissenschaftlicher Studiengänge durch eine bessere Integration der Bereiche Kulturwissenschaft, Erziehungswissenschaft und Management fördern,
- neue wissenschaftlich begleitete Modelle zur kulturpädagogischen Aktivierung der Freizeiteinrichtungen von Kommunen und privaten Trägern fördern,
- das Zentrum für Darstellende Kunst in Essen mit seinen Impulsen für die freie bildende Kunst, das Industriedesign, die multimedialen Ausdrucksformen und die offene Kulturarbeit stärker für den wissenschaftlichen Aufgabenverbund entwickeln.

IV. Freizeit verlangt Kultur.

Die Freizeit hat innerhalb der letzten Jahrzehnte auch in der Bundesrepublik Deutschland eine zunehmende Bedeutung für die kulturelle Entwicklung erhalten. Dies ist bisher zu wenig erkannt worden. Freizeit erhält immer auch eine kulturelle Dimension; sie gilt es künftig stärker zu aktivieren. Tages-, Wochenend- und Urlaubsfreizeit öffnen neue Zugänge zu kultureller Beteiligung über Spiel und Muße und zu eigener Kreativität.

Freizeiteinrichtungen wurden in der Industriegesellschaft vor allem zum Zwecke der Erholung eingerichtet. Freizeit ist heute jedoch mehr als Erholung. Freizeiteinrichtungen ermöglichen kulturelle Aktivitäten und Erlebnisse in vielfältiger Form.

Neben den traditionellen Freizeiteinrichtungen sind auch die sozio-kulturellen Zentren zu wichtigen Begegnungsorten geworden. Offene kulturelle Breitenarbeit hat sich unter dem Stichwort „Sozio-Kultur“ seit den 70er Jahren als eine prägende Form vom Basiskultur entwickelt.

Nordrhein-Westfalen braucht

- eine breite Förderung kultureller Freizeitinitiativen abschließlich der sozio-kulturellen Initiativen,
- eine Sicherung und kulturelle Weiterentwicklung von Kultur-, Freizeit- und Sozio-Kultureinrichtungen,
- eine verstärkte Projektförderung zur Bereicherung der kommunalen Kulturarbeit,
- eine weitere Förderung von wissenschaftlich begleiteten Modellen für die sozio-kulturelle Belebung und zukunftsorientierte Modernisierung von Freizeiteinrichtungen.

V. Die Medien prägen die Kultur

Sehen, Hören und Lesen sind unentbehrlich für Teilhabe an Kultur. Die „neuen Medien“ eröffnen neben Gefahren auch neue Chancen und schaffen eine neue Verantwortung für die Kulturpolitik. Das künstlerische Schaffen ist davon unmittelbar betroffen. Wir brauchen daher neue Initiativen für Lesen, Film und Rundfunk.

Zum Beispiel Lesen:

Ein Leben in der Mediengesellschaft der Zukunft ist ohne Lesen nicht vorstellbar. Ohne Lesen sind alle technischen und elektronischen Systeme nicht nutzbar. Umschulung, Weiterbildung und berufliche Qualifikation können ohne Lesefähigkeit nicht wahrgenommen werden. Mit der Fähigkeit und Bereitschaft

zum Lesen ist die Befähigung zur aktiven Teilnahme in unserer Demokratie verknüpft.

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen

- die staatlichen und privaten Maßnahmen für das Buch und für die Lesefähigkeit als eine Zukunftsinvestition ersten Ranges ausbauen,
- Verbundprojekte aller Medien zur Leseförderung unter Einbeziehung der vielfältigen kommunalen Einrichtungen verstärken,
- die öffentlichen Bibliotheken zu kulturellen Stützpunkten zur Vermittlung von Information und Wissen in allen Lebensbereichen ausweiten,
- mehr Schul- und Klassenbibliotheken als Anregungs- und Ruhepunkte schaffen,
- Autorenlesungen stärker fördern,
- weitere Impulse inner- und außerhalb der Schulen für mehr Fähigkeit zum selbständigen Schreiben als Ausgleich zur ständig stärker werdenden Visualisierung unserer Welt anregen.

Die Einrichtungen und Instrumente für die Bibliotheks- und Literaturförderung in Nordrhein-Westfalen sind eine gute Grundlage für diese Ziele.

Zum Beispiel Rundfunk:

Der Westdeutsche Rundfunk ist eine bedeutende Kultureinrichtung in Nordrhein-Westfalen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat bisher in unserem Land einen unverzichtbaren Beitrag zur Entfaltung publizistischer Vielfalt und künstlerischer Freiheit geleistet. Diese Qualität hat ihren Preis. Auch werbefinanzierter Privatfunk wird nicht zum Null-Tarif angeboten, sondern vom Verbraucher mit höheren Preisen bezahlt.

Für Nordrhein-Westfalen ist es wichtig, daß

- der breite Programmauftrag des Rundfunks mit kultureller Qualität erhalten bleibt, damit internationale Billigprodukte nicht eigenständige Kulturproduktionen verdrängen,
- eine rundfunkspezifische Gebührenentwicklung den Bestand und die Entwicklung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sichert,
- der im Landesrundfunkgesetz festgelegte Kulturauftrag auch von den privaten Sendern eingehalten und
- Lokalfunk als „neue Dimension“ des Rundfunks wirtschaftlich gesichert wird.

Zum Beispiel Film:

Nordrhein-Westfalen soll als ein konkurrenzfähiges Filmland die Medienkultur und Programmqualität unterstützen. Neben die NRW-Tradition im Kurz- und Dokumentarfilm muß die Produktion des großen Kinofilms und Fernsehspiels treten.

Nordrhein-Westfalen braucht daher

- die verstärkte kulturelle Filmförderung, die langfristig das notwendige künstlerische Potential wachsen läßt,
- eine Stiftung zur wirtschaftlichen Förderung des Films, an der sich die Rundfunkanstalten, das Land und die Produzenten beteiligen,
- den Ausbau von filmbezogenen berufspraktischen und wissenschaftlichen Ausbildungsgängen, insbesondere in der Medienhochschule in Köln,
- mehr Spielstätten für den kulturell wertvollen Film,
- den Aufbau von Kapazitäten für die Produktion von Kino- und Fernsehfilmen, insbesondere im Zukunftsbereich des hochauflösenden Films und Fernsehens.

VI. Kultur schafft ein menschliches Gesicht unserer Städte und Dörfer.

Kulturelle Vielfalt ist neben hoher Umweltqualität und sozialer Sicherung entscheidender Standortvorteil für unsere Städte und Gemeinden.

Ein verstärktes Bewußtsein für geschichtliche Zusammenhänge, Identifizierung mit dem Lebensumfeld, die Wiedergewinnung ästhetischer Maßstäbe und ein neues Verhältnis von „Leben“ und „Arbeiten“ haben das Gesicht der Städte und Dörfer im letzten Jahrzehnt stark verändert und neue Anforderungen an die Politik in Stadt und Land gestellt.

Die Bewahrung und Pflege gewachsener Bausubstanz und Ortsbilder, die Wiederentdeckung von Stadtzentren und Stadtteilkultur und eine vielfältige Kulturarbeit zwischen „Oper und Kulturladen“ haben unsere Städte und Dörfer lebenswerter und lebenswerter gemacht.

Ergänzt und unterstützt durch ein aktives Vereinsleben muß die Kulturarbeit das künstlerische Schaffen anregen und mehr Interesse für Kunst und Kultur fördern. Die „Geschichte vor Ort“ und die heimatliche Kulturpflege in den Regionen sind genauso wie die Repräsentativkultur Aufgaben dieser Kulturarbeit in Stadt und Dorf. Neben der neuen Belebung von Stadtkultur sollte die eigenständige Landkultur gefördert werden, um die wirtschaftliche und soziale Stabilität der ländlichen Gemeinwesen zu erhalten. Landkultur ist keine Kolonie der Stadtkultur.

Die nordrhein-westfälische Landespolitik hat das Modell einer kulturell-verpflichteten Stadtentwicklungspolitik realisiert. Mit Denkmalschutzgesetz, Städtebauförderung, Wohnungsmodernisierung und Dorferneuerung wurde die Wiederbelebung der Städte und Dörfer mit einer konsequenten Erhaltung, Nutzung und Umnutzung gewachsener Bausubstanz erreicht.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen

- die Erhaltung und Weiterentwicklung des nordrhein-westfälischen Modells einer „Förderpolitik aus einer Hand“,
- eine Stadtentwicklungspolitik mit intensiver Beteiligung von Kulturschaffenden,
- eine Stadterneuerung mit gleichzeitiger Schaffung neuer Kulturorte in erhaltenswerten Gebäuden,
- Kulturachsen von Straßen, Plätzen und Gebäuden durch eine kulturell orientierte Stadtteilplanung und Wohnumfeldverbesserung,
- architektonische Wettbewerbe und die Einbeziehung von Projekten der Kunst im öffentlichen Raum zur Verbesserung der Stadtarchitektur.

VII. Neue Fragen brauchen neue Antworten.

Der Strukturwandel in unserem Industrieland Nordrhein-Westfalen stellt neue Anforderungen an Politik und Kultur.

Die Kulturförderung in Stadt und Land ist nicht die isolierte Aufgabe eines einzelnen Ressorts, kulturelle Infrastrukturförderung ist eine Querschnittsaufgabe aller staatlichen und kommunalen Behörden.

Ein Kulturmarketing als neue Aufgabe kann Kunst und Kultur in und aus Nordrhein-Westfalen unterstützen.

Dialog und Partnerschaft in gemeinsamer Verantwortung für Humanität, Freiheit und Wohlstand unserer Gesellschaft erfordern ein gemeinsames Handeln aller Kräfte.

Staatliche Leistungen müssen ergänzt werden um das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und von Wirtschaftsunternehmen. Die zahlreichen Stiftungen und der Initiativkreis Ruhrgebiet sind hierfür Beispiele.

Deshalb ist auch die Gründung der Stiftung Kunst und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen durch die Landesregierung zu begrüßen. Sie wird die reiche Kulturlandschaft unseres Landes noch besser sichtbar machen.

Typisch für Nordrhein-Westfalen ist: Mit Selbstverwaltung, Partnerschaft und Kooperation in der Kulturpolitik schaffen wir Lebensqualität in einem Europa des Wettbewerbs der Länder und Regionen.

**Antrag Nr.:** D 1  
**Antragsteller:** Bezirk Westliches Westfalen  
**Betreff:** Eine sichere nationale Energieversorgung mit der heimischen Steinkohle

Der SPD-Landesparteitag NW begrüßt und unterstützt die Initiative von Ministerpräsident Johannes Rau und der nordrhein-westfälischen Landesregierung, gemeinsam mit dem Bund dem deutschen Kohlebergbau eine langfristige Perspektive durch gesicherten Absatz auch in der Verstromung zu verschaffen und damit die Arbeitsplätze im Bergbau zu sichern sowie die Unsicherheit in den Bergbaurevieren zu beseitigen. Die Ergebnisse der Kohlerunde am 24. August 1989 sind hier ein erster wichtiger Schritt auf diesem Weg.

Die Verantwortung für eine nationale Energiepolitik, die der Kohle eine sichere Position zuweist, trägt die Bundesregierung. Das Land NW hat sich bereit erklärt, sich mit zusätzlichen hohen Mitteln an der Haushaltsfinanzierung des Revierausgleichs und der Zulagen für niederflüchtige Kohle zu beteiligen, falls mit der Bundesregierung eine befriedigende Anschlußregelung für den Jahrhundertvertrag gefunden wird.

Es kommt darauf an, die Bedeutung der deutschen Kohle für die Sicherheit der Energieversorgung unserer Volkswirtschaft in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen.

Die SPD muß bundesweit ihre politische Kraft auf die Sicherung des Absatzes der deutschen Kohle konzentrieren, weil ohne die heimische Steinkohle und die heimische Braunkohle die energiepolitischen Ziele der SPD nicht zu erreichen wären.

Dabei geht die SPD in NRW von folgenden Positionen aus:

1. Die heimische Kohle ist die einzige nennenswerte nationale Energiereserve. Deshalb muß der Jahrhundertvertrag bis zum Ende seiner Laufzeit gesichert werden. Die derzeitige Abnahmemenge von 40,9 Millionen Jahrestonnen Kohle für die Verstromung muß bis 1995 garantiert werden.

2. Ein gesicherter Jahrhundertvertrag ist die Grundlage für eine Anschlußregelung, wie sie in der Kohlerunde 1987 verabredet worden ist. Auf dieser Basis kann die deutsche Steinkohle ihren Beitrag für die Sicherung der Stromversorgung der Bundesrepublik Deutschland und in Europa langfristig leisten.

3. Um die eisenschaffende Industrie langfristig sicher mit Koks und Koks-kohle zu versorgen und gleichzeitig dem Bergbau auch weiterhin eine langfristige verlässliche Planung seiner Koks- und Koks-kohlenproduktion auf der Basis verlässlicher Kostendeckung zu ermöglichen, muß das System von Hüttenverträgen und staatlichen Koks-kohlebeihilfen über 1997 hinaus erhalten bleiben.

4. Die Abhängigkeit von importiertem Öl darf nicht durch Abhängigkeit von importierter Kohle ersetzt werden. Deswegen muß das System der Kontrolle für Kohleimporte aus Drittländern insgesamt erhalten werden. Die Kohleimporte aus diesen Ländern müssen dauerhaft sinken. Dazu müssen alle Bundesländer ihren besonderen Beitrag leisten.

5. Der Export von Stromüberschüssen aus EG-Ländern in andere EG-Länder darf nicht zu Lasten der Stromproduktion auf der Basis heimischer Kohle gehen.

6. Die deutsche Kohle ist darüber hinaus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, nicht nur in den Kohlerevieren. Beispielsweise ist die Anlage-/Umwelttechnologie deutscher Hersteller inzwischen weltweit anerkannt. Die deutsche Kohle ist die wichtigste dauerhafte heimische Rohstoffreserve. Zulieferung, Weiterverarbeitung, Entwicklung neuer Verwertungstechnologien über Kohleverflüssigung und -vergasung hinaus sind Zukunftsfelder.

7. Kohle und Umwelt müssen keine Gegensätze sein:  
- Moderne Kohlekraftwerke haben einen wesentlich vermin-

dernten Ausstoß an Schadstoffen. Die Belastung der Atmosphäre aus Verbrennungsprozessen wird in Zukunft zu einem immer geringeren Prozentsatz aus der Kohleweiterverarbeitung entstehen.

- Unter- und übertägiger Bergbau werden bei uns inzwischen so umweltschonend betrieben wie in keinem anderen Bergbauland. Hier gilt es anzuknüpfen und die Maßnahmen für Rekultivierung nach dem Abbau weiter zu verbessern.

8. Bei der Sicherung des Absatzes heimischer Kohle im Wärmemarkt, bei Kraftwärmekopplung und bei der Akzeptanz umweltfreundlicher Kohletechniken haben die Kommunen eine wachsende Verantwortung und viele Möglichkeiten.

9. Auch nach der Vollendung des Binnenmarktes 1992 muß die Entscheidung über den Einsatz der Primärenergieträger in nationaler Verantwortung bleiben. Die Entscheidung für eine Fortsetzung der Kohlevorrangpolitik der Bundesrepublik muß europäisch abgesichert werden.

- Die Beihilfeentscheidung für den europäischen Kohlebergbau in der EG, die Ende 1993 auslaufen soll, muß im Interesse der Versorgungssicherheit über das Jahr 2000 hinaus verlängert werden.

- Ein gemeinsamer Strommarkt der EG ist nur dann akzeptabel, wenn er die gewachsenen Strukturen der Stromversorgung in den einzelnen Ländern berücksichtigt und ein Austausch nur im Einvernehmen miteinander zur Versorgungssicherheit erfolgt. Dies bedeutet, daß die Verstromung heimischer Kohle nicht durch Atomenergie gefährdet werden darf.

- Die EG-Kommission muß dazu veranlaßt werden, die für die Verlängerung des Jahrhundertvertrages notwendigen finanziellen Hilfen zu genehmigen.

**Antrag-Nr.:** D 3  
**Antragsteller:** Unterbezirk Hamm  
**Betreff:** Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird aufgefordert, sich weiterhin für die Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr einzusetzen. Die Nordwanderung ist angesichts ihrer Bedeutung für die Zukunft des deutschen Steinkohlenbergbaus in der geplanten Form durchzuführen.

**Antrag-Nr.:** D 5  
**Antragsteller:** Unterbezirk Mettmann  
**Betreff:** Schneller Brüter

Die SPD hält an ihrer Forderung fest, dem Schnellen Brüter keine Betriebsgenehmigung zu erteilen, ihn nicht an das Stromnetz gehen zu lassen.

Darüber hinaus bekräftigt die SPD, daß in Kalkar auch sonst keinerlei nukleartechnische Vorhaben oder wie auch immer geartete forschungspolitische Nutzungen im Zusammenhang mit der Brüter- und Natriumtechnologie, Plutoniumverarbeitung u. ä. realisiert werden dürfen.

**Antrag Nr.:** D 6  
**Antragsteller:** Unterbezirk Mettmann  
**Betreff:** Umsetzung von energiepolitischen Landesprogrammen

Die Landesregierung wird aufgefordert, die notwendigen per-

sonellen und sachlichen Voraussetzungen in ihrem Bereich zu schaffen, damit ihre Programme wie das REVUE (Rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energien) oder das Technologieprogramm Energie besser umgesetzt und Bestrebungen zur Erarbeitung kommunaler Energiekonzepte schneller und effektiver gefördert werden.

---

**Antrag-Nr.:** D 7  
**Antragsteller:** Unterbezirk Hamm  
**Betreff:** THTR: Abgebrannte Brennelemente

---

Die Landesregierung NRW wird aufgefordert, auch nach der Stilllegung des THTR die Genehmigung zur vorübergehenden Lagerung der Brennelemente im Reaktorbetriebsgebäude nur bei Wahrung höchster Sicherheitsanforderungen zu erteilen. Hierbei sind insbesondere folgende Bedingungen zu erfüllen:

- der Einsatz von Behältern mit dem höchsten Sicherheitsstandard, der nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik machbar ist, wie etwa ein neuer Behälter nach dem sogenannten „Zweibarrierenprinzip“.
- Es muß ausreichend qualifiziertes Personal (Atomphysiker) für die Kontrolle und Gewährleistung des Strahlenschutzes eingesetzt werden.

---

**Antrag-Nr.:** D 10  
**Antragsteller:** Unterbezirk Steinfurt  
**Betreff:** Abfallvermeidungs- und Recyclingwirtschaft

---

I. Der SPD-Landesparteitag fordert, den § 1 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesabfallgesetz-LAbfG) wie folgt zu fassen:

„Ziel der Abfallwirtschaft ist es,

1. die Menge der Abfälle und ihren Schadstoffgehalt bei der Herstellung, Verarbeitung und Verwendung von Gütern so gering wie möglich zu halten,
2. angefallene Reststoffe möglichst weitgehend in den Stoffkreislauf zurückzuführen,
3. nicht verwertbare Reststoffe so zu entsorgen, daß eine Gefährdung der Umwelt ausgeschlossen ist.“

II. Die ersten beiden Sätze von § 5, Absatz 3 sollen durch folgende Formulierung ersetzt werden:

„Die kreisfreien Städte und die Kreise stellen unter Beachtung der Abfallentsorgungspläne für ihre Gebiete Abfallwirtschaftskonzepte auf. Diese enthalten die notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung, Verwertung und Entsorgung. Bei der Verwertung sind die Möglichkeiten des stofflichen Recyclings auszuschöpfen und die umweltschonendsten Verfahren anzuwenden.“

---

**Antrag-Nr.:** D 12  
**Antragsteller:** Unterbezirk Mettmann  
**Betreff:** Ozonschicht

---

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, verstärkt auf die Bundesregierung dahingehend einzuwirken, daß die Industrie bei der Herstellung von Treibgasen, Schaumstoffprodukten und Kühlmitteln baldmöglichst auf die Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) verzichtet.

Die Herstellung bzw. der Verbrauch von Schaumstoff-Einwegverpackungen (z. B. in Imbissbetrieben) soll eingeschränkt, am besten sogar gänzlich untersagt werden.

Wir fordern, Recycling-Möglichkeiten für Kühlmittel zu entwickeln und zu fördern und diese dem Verbraucher zugänglich zu machen.

Der generelle Verwendungsstopp von FCKW auch für Schaumstoffe und Kühlmittel soll in prozentual deutlich größeren Schritten und bis spätestens 1992 durchgesetzt werden, anstatt sich – wie die Bundesregierung – auf eine Reduzierung um 50 % bis 1999 zu beschränken.

---

**Antrag Nr.:** D 13  
**Antragsteller:** Unterbezirk Mettmann  
**Betreff:** Umweltprogramm NRW

---

Die Landespartei soll veranlaßt werden, sich in geeigneter Weise (z. B. über die Landtagsfraktion) bei der Landesregierung NRW um die Fortschreibung des Umweltprogramms NRW 1983 zu bemühen.

---

**Antrag-Nr.:** F 1  
**Antragsteller:** Unterbezirk Unna  
**Betreff:** Kinderbetreuung der Zukunft

---

In der nächsten Legislaturperiode werden in Einrichtungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen jährlich weitere Kindergartenplätze, Hortplätze für Kinder im Schulalter und Plätze für unter dreijährige Kinder geschaffen, mit dem Ziel, anstelle von bisher 75 % für mindestens 90 % der Kinder Kindergartenplätze als Grundversorgung bei ausreichender personeller Ausstattung zu schaffen.

Darüber hinaus werden wir für die Altersstufen der Kinder unter drei und über sechs Jahren gesetzliche Regelungen schaffen, die zusammen mit dem Kindergartengesetz den altersabhängig unterschiedlichen Erziehungs- und Bildungsbedarf der Kinder beschreiben und auf eine gesetzliche Grundlage stellen.

Es werden neue Modelle im Rahmen der Gemeinwesenarbeit, wie die Unterstützung von Nachbarschaftsgruppen und der Aufbau von Familienentlastungsdiensten sowie der Trägerschaft von Kindergärten und -horten (z. B. im Rahmen der Neuan siedlung von Gewerbegebieten) gefördert. Entsprechend sind die Förderungsrichtlinien des Kindergartengesetzes zu gestalten.

Die Kostenbeteiligung der Eltern wird gerechter gestaltet und das finanzielle Volumen durch eine Umkehr des Beweislastprinzips bei der Festsetzung der Elternbeiträge erhöht.

Um den Bedarf an Tagesbetreuung zu senken, wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Verlängerung des Elternurlaubes einzusetzen.

Es bleibt unser Ziel, durch geeignete Rahmenbedingungen im Arbeitsrecht, in der Arbeitsmarktpolitik (insbesondere der Arbeitszeitpolitik), der Sozial- und Sozialversicherungspolitik die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

#### **Material:**

I. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, eine Neufassung des Kindergartengesetzes zu erarbeiten. Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Eine 75 %ige Versorgung deckt den Bedarf an Kindergartenplätzen nicht ab; es muß der tatsächliche Bedarf gedeckt werden.

2. Das Angebot des Kindergartens, das ausschließlich für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren konzipiert ist, muß ergänzt werden durch ein Angebot von Einrichtungen mit qualifizierten, pädagogischen Konzepten, in welche Kinder bereits ab dem

dritten Lebensmonat aufgenommen werden können. Ebenso werden in weitaus stärkerem Maße als noch vor einigen Jahren Kindertagesstätten und Kinderhorte benötigt.

3. Staatliche Zuwendungen an Einrichtungen freier Träger müssen an Bedingungen geknüpft werden. Es ist zu berücksichtigen, inwieweit derartige Einrichtungen den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf

- Öffnungszeiten,
- räumliche und personelle Ausstattung,
- Aufnahmekriterien usw.

Rechnung tragen.

4. Um den zunehmenden Bedarf an erweiterten Öffnungszeiten auch im Regelkindergarten gerecht zu werden, muß der Mindeststellenplan dahingehend geändert werden, daß in jeder Gruppe mindestens zwei pädagogische Fachkräfte – ein/e Gruppenleiter/in und eine Hilfskraft bzw. Berufspraktikant/in – ganztags tätig sind.

II. Trotz schwieriger Haushaltslage müssen intensive finanzielle Anstrengungen unternommen werden, um eine kontinuierliche Ausweitung der Kindertagesstätten- und Kindergartenplätze zu erreichen.

III. Darüber hinaus sollte vom Land geprüft werden, ob nicht bei sinkenden Schülerzahlen verstärkt Ganztagsschulplätze angeboten werden können.

---

**Antrag Nr.:** F 3  
**Antragsteller:** Ortsverein Bonn-Beuel  
**Betreff:** Integration von Behinderten und Nichtbehinderten in Kindergarten und Schule

---

Der Landesparteitag bekräftigt frühere Beschlüsse zur Integration Behinderter und Nichtbehinderter in Kindergarten und Schule (Aachen 1984) und drängt auf ihre schnelle Umsetzung.

SPD-Landtagsfraktion und Landesregierung werden aufgefordert, durch Gesetze und Verordnungen die vorschulische und schulische Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in Regeleinrichtungen unter Beachtung folgender Forderungen zu verankern:

1. In die gemeinsame Erziehung sollen alle Kinder so weitgehend wie möglich und entsprechend den Wünschen der Eltern einbezogen werden.

2. Behinderte Kinder eines Wohnbezirks bzw. Wohnortes sollen ebenso wie nichtbehinderte die Möglichkeit erhalten, den Kindergarten ihres Wohnbereichs zu besuchen.

3. Jedem Kind soll die pädagogische und therapeutische Hilfe, derer es bedarf, innerhalb seiner Kindergartengruppe zuteil werden. Die Rahmenbedingungen (Gruppenstärke und Stellenzuweisungen für Erzieher, Erzieherinnen sowie Therapeuten und Therapeutinnen) müssen dem Betreuungs- und Förderbedarf der Kinder entsprechen.

4. Auch für die schulische Integration gilt grundsätzlich das Prinzip der wohnortnahen Schule.

5. Für die zur Zeit laufende zweite Versuchsphase im schulischen Bereich sind die in den letzten 8 Jahren in der ersten Versuchsphase gewonnenen Erfahrungswerte für den notwendigen Personalbedarf vom Schuljahr 1990/91 an als Versuchszuschläge für Integration im Landeshaushalt auszuweisen und dafür Mittel bereitzustellen. Vom Prinzip der Kostenneutralität ist abzugehen.

6. Nach dem Auslaufen der 2. Versuchsphase 1993 und umgehender Auswertung der Versuchsergebnisse wird die schuli-

sche Integration Behinderter durch eine gesetzliche Verankerung in Regelform überführt.

7. Die Weiterführung der Versuche an Grundschulen in der Sekundarstufe 1 wird durch zusätzliche Versuche abgesichert. Dabei sind alle Schulformen der Sekundarstufe 1 (Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule) einzubeziehen. Der Kultusminister wird aufgefordert, entsprechende Initiativen von Eltern, Schulträger und Schulen zu unterstützen.

Dazu gehört auch die Prüfung, ob die Förderung von behinderten Kindern in Regelklassen der Sekundarstufe 1 nicht auch unabhängig von der Erreichbarkeit der vorgesehenen Lernziele der jeweiligen Schulform erfolgen kann.

8. Die SPD-Landtagsfraktion initiiert unmittelbar nach Konstituierung des neuen Landtags 1990 eine Arbeitsgruppe, die aus Vertretern und Vertreterinnen der beteiligten Ausschüsse und Ministerien sowie weiteren Experten besteht und die die erforderlichen gesetzlichen Regelungen vorbereitet.

---

**Antrag Nr.:** F 5  
**Antragsteller:** Ortsverein Köln-Mitte  
**Betreff:** Eigenständiges Frauenministerium

---

Die SPD in NRW hält es für erforderlich, daß der Politikbereich Gleichstellung von Frau und Mann innerhalb der Landesregierung deutlich verstärkt und von einer Ministerin vertreten wird.

---

**Antrag-Nr.:** F 6  
**Antragsteller:** Unterbezirk Hochsauerland  
**Betreff:** Kommunalwahlrecht für Ausländer

---

#### Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag setzt sich nach wie vor für eine rasche Durchsetzung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer ein und fordert deshalb die SPD-Landtagsfraktion auf, mit Blick auf die Kommunalwahl 1994 rechtzeitig und unter Beachtung des zu erwartenden Urteils des Bundesverfassungsgerichtes einen entsprechenden Gesetzentwurf bis zur kommenden Kommunalwahl vorzulegen.

---

**Antrag-Nr.:** F 7  
**Antragsteller:** Ortsverein Bonn-Nord  
**Betreff:** Situation der Roma in NRW

---

Der Landesparteitag fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung auf:

1. Schnellstmöglich ein Konzept für das Bleiberecht der zur Zeit in Nordrhein-Westfalen anwesenden Roma zu entwickeln.

2. Mit gesellschaftlichen Gruppen wie Kirchen, Parteien, Gewerkschaften etc. in Zusammenarbeit mit den Betroffenen ein Integrationsmodell zu entwickeln, das eine dauerhafte Integration dieser Gruppen wahrscheinlich sein läßt.

3. Im Zusammenwirken mit den anderen Bundesländern dafür zu sorgen, daß bei weiteren Zuwanderungen von Roma eine Quotierung vereinbart wird, die eine gleichmäßige Übernahme von Verantwortung von Ländern und Kommunen für diesen Personenkreis vorsieht.

Auch hier ist das Integrationsmodell einzuführen, das unter Punkt 2. beschrieben ist.

**Antrag-Nr.:** F 8  
**Antragsteller:** Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
**Betreff:** Gegen Rechts

Zur Bekämpfung des sich systematisch ausbreitenden Neofaschismus fordert der Landesparteitag:

1. das Verbot der rechtsextremistischen Organisationen FAP und NF.
2. eine stärkere historische und gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und den sozio-ökonomischen Gründen der Entstehung von (Neo)-Faschismus und Rassenwahn. Hier müssen sich – insbesondere im Bereich der Bildungspolitik in den Schulen – die Aktivitäten verstärken. Darüber hinaus muß dieser Themenkomplex Gegenstand der Bildungsarbeit von Verbänden und Kommunen werden. In der Jugend-, Sozial-, Kultur- und Bildungsarbeit der Kommunen muß die Problematik des Nationalsozialismus und des Neofaschismus fester Bestandteil sein. Die Attraktivität dieser Jugend-, Sozial-, Kultur- und Bildungsarbeit ist dabei an den Vorstellungen und Bedürfnissen der Jugendlichen zu messen.

Davon ausgehend müssen entsprechende erlebnisorientierte Aktionsformen für die Praxis entwickelt und angewendet werden (u. a. Jugendcamps mit zeltlagerromantischen und sportlichen Bezügen, Abenteuerfahrten, Disco für Skinheads, Stadtfest, Jugendfeste mit Aktionsspielen, Turnieren etc.). Ergänzend hierzu sind Angebote mit aufklärerischen Inhalten über Nationalsozialismus, Neofaschismus und Strategien antifaschistischer Arbeit bereitzustellen (Antifaschistische Stadtrundfahrten, Filme, Ausstellungen, Theaterstücke, Bildungsmaßnahmen und -materialien, Maßnahmen im Rahmen von Elternpfluggesellschaften und elternpädagogischer Arbeit u. a. m.). Für diese beiden sich gegenseitig ergänzenden Arten antifaschistischer Arbeit sind auf EG-, Bundes-, Länder und kommunaler Ebene finanzielle Mittel bereitzustellen.

Die SPD-Fraktionen in den Kommunen und Kreisen werden aufgefordert, auf die Verwaltungen dahingehend einzuwirken, daß wirksame Maßnahmen unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten vorbeugend gegen Neonazis und deren Organisationen ergriffen werden.

**Antrag-Nr.:** F 10  
**Antragsteller:** Unterbezirk Mettmann  
**Betreff:** Überprüfung von Bewerbern durch das Landesamt für Verfassungsschutz

Durch eine Fernsehsendung wurde bekannt, daß ein großes Unternehmen in unserer Region regelmäßig Stellenbewerber durch den Verfassungsschutz überprüfen läßt.

Der Parteitag begrüßt die Zusage des Landesinnenministers Schnoor, die Praxis der Überprüfung von Stellenbewerbern durch den Landesverfassungsschutz zu überprüfen.

Wir halten solche politischen Überprüfungen bei Bewerbern um einen Arbeitsplatz für überflüssig und politisch gefährlich, sie fördert zudem nur das Duckmäusertum beim Kampf um die wenigen freien Arbeitsplätze.

In den wenigen sicherheitsrelevanten Bereichen muß mindestens gewährleistet werden, daß den Bewerbern mitgeteilt wird, daß sie überprüft werden und wie die Überprüfung ausgefallen ist.

Der Bewerber/die Bewerberin muß die Möglichkeit haben, Stellung zu nehmen. Grundsätzlich, d. h. unabhängig von diesem Einzelfall, muß in jedem Fall sichergestellt sein, daß solche Überprüfungen – soweit erforderlich – in jedem Fall dem geltenden Datenschutzrecht voll entsprechen. Ferner müssen sie der Zustimmung der Betriebs- und Personalräte unterliegen.

**Antrag-Nr.:** G 1  
**Antragsteller:** Unterbezirk Hamm  
**Betreff:** Strukturreform im Gesundheitswesen

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß wesentliche Teile der beschlossenen Strukturreform im Gesundheitswesen zurückgenommen werden, so z. B. die Ausweitung der Beteiligungsregelungen bei Medikamenten, Fahrgeld, Heil- und Hilfsmitteln Zahnersatz.

Durch eine soziale Strukturreform im Gesundheitswesen muß gewährleistet werden:

1. daß die Versorgung zu sozial und wirtschaftlich tragbaren Beiträgen erfolgen muß;
2. daß das Leistungsspektrum der gesetzlichen Krankenversicherung auch weiterhin eine bedarfsgerechte und vollwertige medizinische Versorgung beinhalten wird.

**Antrag-Nr.:** G 3  
**Antragsteller:** Unterbezirk Hamm  
**Betreff:** Resolution zum geplanten Schwangerschafts-Beratungsgesetz der Bundesregierung

Das von der Bonner Koalition geplante Schwangerschafts-Beratungsgesetz wird abgelehnt, da das Gesetz diskriminierend für rat- und hilfeschende Frauen ist.

#### **Material:**

Der nun vorliegende Gesetzesentwurf zur Schwangerschaftsberatung zum § 218 der Bundes„frauen“ministerin Rita Süßmuth (CDU) übertrifft alle Befürchtungen über das Ausmaß der geplanten Verschärfungen.

Das geplante Gesetz hat die Auslieferung von Frauen in Schwangerschaftskonfliktsituationen an ein ausgeklügeltes Repressionssystem als Ziel.

Die als Wählerin so sehr geschätzte Frau wird hier als unmündige Frau behandelt, die durch eine sogenannte Beratung zum Austragen einer Schwangerschaft genötigt werden soll, ungeachtet des Ausmaßes ihrer Notlage.

Ärztinnen und Ärzte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstellen werden zwangsweise zur Mitwirkung an diesen Machenschaften herangezogen.

- Das sogenannte Beratungsgesetz sieht eine personelle Trennung von Beratung und Indikation vor. Dies bedeutet, daß sich das Beratungsverfahren unnötig verlängert und Frauen zusätzliche Hürden nehmen müssen, ehe sie einen legalen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen können.
- Ärztinnen und Ärzte haben einmal jährlich an Fortbildungsveranstaltungen unter dem Motto „Förderung der Bereitschaft zur Annahme des ungeborenen Lebens“ teilzunehmen. Falls die Teilnahme nicht nachgewiesen wird, müssen beratende/r Ärztin/Arzt mit einer Ordnungsstrafe bis zu DM 10 000 rechnen. Diese Zwangsfortbildung gibt es für keine andere Ärztegruppe.
- Beratungsstellen müssen an einer solchen Fortbildung ebenfalls teilnehmen, um ihre Anerkennung als § 218 Beratungsstelle zu erlangen oder zu behalten. Sie müssen darüber hinaus die Mittel der Bundesstiftung „Mutter und Kind“ verteilen bzw. sich um die Verteilung bewerben. Durch das Verteilen dieser Mittel wird die „augenblickliche“ Notlage der Mutter ausgenutzt. Diese kurzfristige Unterstützung löst auf keinen Fall die Probleme der Mutter, sondern verlagert sie nur auf einen späteren Zeitraum. Da die Beratungsstellen

des DPWV, der Pro Familia und der AWO die Mittel nicht verteilen, würde ihnen mit Inkrafttreten des Beratungsgesetzes die Anerkennung entzogen.

- Durch Änderung der Reichsversicherungsordnung sollen die Honorarforderungen von Ärztinnen und Ärzten für Schwangerschaftsabbrüche davon abhängig gemacht werden, daß sie einer Meldepflicht über die Durchführung nachgekommen sind.

Die Beratungsstellen müssen ggfs. eine Juristin oder einen Juristen zum Beratungsgespräch hinzuziehen können. Es steht zu befürchten, daß Frauen mit dem Hinweis auf rechtliche Konsequenzen (evtl. Ansprüche des Kindsvaters gegenüber der Schwangeren) von einem Abbruch abgehalten werden sollen.

Sollte die Schwangere nun weder durch Zwangsberatung, an denen sich die o. g. Einrichtungen sicher nicht beteiligen werden, noch durch entsprechend geschulte Ärztinnen und Ärzte, die an der Nötigung hoffentlich auch nicht teilnehmen, dazu zu bewegen sein, daß sie die Schwangerschaft austrägt, werden Partner und Arbeitgeber sowie die Eltern der schwangeren Frau aufs Feld gerufen. Sie sollen die Schwangere auf anderer Ebene unter Druck setzen.

Die Folge dieses Frauendiskriminierungsgesetzes: Angesichts dieser bürokratischen Hürden und Repressionen werden die Frauen die Beratungsstellen meiden, wieder in die Illegalität flüchten, Ärztinnen und Ärzte werden immer weniger Indikationen ausstellen und Abbrüche nur noch „schwarz“ durchführen. Beratungsstellen werden nur noch zwangsberaten können, wenn sie ihre Anerkennung überhaupt behalten.

Der Parteitag lehnt den Gesetzentwurf in seinem gesamten Umfang ab und fordert zu massivem Widerstand auf.

Er fordert insbesondere die Parlamentarierinnen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP auf, gemeinsam mit der Bundestagsfraktion SPD und den Grünen gegen dieses Gesetz zu stimmen, denn gemeinsam kann dieses Gesetz und damit die Diskriminierung von Frauen verhindert werden.

---

**Antrag-Nr.:** G 5  
**Antragsteller:** Ortsverein Rodenkirchen-West (Unterbezirk Köln)  
**Betreff:** Grundlegende Verbesserung der Erstausbildung in der Altenpflege

---

Die Landtagsfraktionen der SPD in den Ländern und die SPD-geführten Landesregierungen werden aufgefordert, im Hinblick auf den stark wachsenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften für Altenpflege folgende Verbesserungen in der Altenpflegeausbildung zu verwirklichen:

1. Alle Länder sollen dem Beispiel Nordrhein-Westfalens folgen und ab dem Beginn des nächsten Ausbildungsjahres sicherstellen, daß für die Ausbildung vom Auszubildenden (Schüler) kein Schulgeld mehr erhoben wird.
2. Wie in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg soll die Ausbildung in allen Ländern auf drei Jahre verlängert werden.
3. Die Ausbildung soll zu einer Ausbildung im dualen System nach dem Berufsbildungsgesetz umgestaltet werden (Lernorte Altenpflegeeinrichtung, erforderlichenfalls ergänzt durch überbetriebliche Unterweisungsphasen in dafür geeigneten Einrichtungen, sowie Teilzeitberufsschule). Die Auszubildenden erhalten eine Ausbildungsvergütung. Die Länder gemeinsam oder eine Mehrheit SPD-geführter Länder sollen bei der Bundesregierung die Erarbeitung und den Erlass einer bundeseinheitlichen Ausbildungsordnung beantragen.
4. Solange eine Ausbildungsordnung nach dem Berufsbildungsgesetz noch nicht erlassen ist, sollen die Länder sicher-

stellen, daß die Altenpflegeschüler eine mit der Gewerkschaft vereinbarte Ausbildungsvergütung erhalten, die über die Pflegegesetze zu finanzieren ist.

---

**Antrag-Nr.:** G 6  
**Antragsteller:** Unterbezirk Hamm  
**Betreff:** Wertschöpfungsabgabe im Hinblick auf das soziale Sicherungssystem

---

Die SPD in NRW spricht sich für die Einführung eines zusätzlichen Wertschöpfungsbeitrages zur dauerhaften Sicherung des sozialen Sicherungssystems aus.

Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, baldmöglichst eine Gesetzesinitiative einzuleiten mit dem Ziel, alle Unternehmen über einen Wertschöpfungsbeitrag an der Finanzierung des sozialen Sicherungssystems zu beteiligen.

Es kommt z.B. darauf an, daß das bewährte, auf zwei Säulen stehende System der Rentenversicherung (Beitragsbezogenheit und Bundeszuschuß für durch Gesetz übertragene zusätzliche Aufgaben) nicht aufgehoben werden darf. Durch die Einführung eines Wertschöpfungsbeitrages muß eine dritte Säule aufgerichtet werden, die erst tatsächlich zur dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzierung führen kann.

Dies gilt auch für all die anderen Bestandteile des sozialen Sicherungssystems, die durch lohnbezogene Beiträge finanziert werden, z. B. gesetzliche Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung.

---

**Antrag-Nr.:** H 1  
**Antragsteller:** Landesvorstand  
**Betreff:** Neufassung der Landessatzung §§ 9, 12, 15 und Schlußbestimmung

---

Die Landessatzung wird in den §§ 9, 12 und 15 und in den Schlußbestimmungen wie folgt neu gefaßt:

§ 9 (neu)

(1) Die Leitung des Landesverbandes obliegt dem Landesvorstand. Der Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Landespolitik. Er besteht aus dem/der Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schatzmeister/der Schatzmeisterin und fünfzehn Beisitzern/Beisitzerinnen.

Unter den Mitgliedern des Landesvorstandes müssen Männer und Frauen mindestens zu je 40 % vertreten sein.

§ 12 (neu)

Landeskontrollkommission

(1) Der Landesparteitag wählt für die Dauer der Amtsführung des Landesvorstandes eine Landeskontrollkommission, die aus fünf Mitgliedern besteht.

Unter den Mitgliedern der Landeskontrollkommission müssen Männer und Frauen mindestens zu je 40 % vertreten sein.

Sie dürfen dem Landesvorstand oder dem Landesausschuß nicht angehören.

§ 15 (neu)

Übergangsregelung

§ 9 Abs. 1, Satz 4 und § 12, Abs. 1, Satz 2 gelten ab 1994: bis dahin gelten sie mit der Maßgabe, daß Frauen und Männer mindestens zu je einem Drittel zu berücksichtigen sind.

Beschlossen am 13./14. Januar 1973 in Essen mit Änderungen vom  
30. 9. 1973 (außerordentlicher Landesparteitag in Münster)  
27. 6. 1981 (ordentlicher Landesparteitag in Köln)  
3./4. 10. 1987 (ordentlicher Landesparteitag in Bochum)  
18. 11. 1989 (ordentlicher Landesparteitag in Köln).

Alle in Frage kommenden Passagen der Landessatzung werden geschlechtsneutral gefaßt.

---

**Antrag-Nr.:** H 3  
**Antragsteller:** Ortsverein Ensen-Westhoven  
(Unterbezirk Köln)  
**Betreff:** 30 %-Regelung für Mandatsträger/innen

---

Die jeweiligen Gliederungsvorstände der Partei veröffentlichen einmal jährlich zum 1. Januar eine Liste darüber, welche Mandatsträger/innen entsprechend des § 2 (2) der Finanzordnung die vorgeschriebenen 30 % von ihren Einnahmen als Mitglieder in Aufsichtsrats-, Verwaltungs- oder Beiräten abgeführt haben oder nicht.

---

**Initiativ-  
Antrag:** I 1  
**Antragsteller:** Delegierte aus der Mitte des Parteitag  
**Betreff:** Deutsch-französischer Kulturkanal

---

Der Landesparteitag der SPD lehnt die Finanzierung des deutsch-französischen Kulturkanals aus Rundfunkgebühren ab, wenn nicht gleichzeitig eine Indexierung der Rundfunkgebühr an die allgemeine Kostenentwicklung staatsvertraglich geregelt wird.

---

**Initiativ-  
Antrag:** I 2  
**Antragsteller:** Delegierte aus der Mitte des Parteitag  
**Betreff:** Gentechnikgesetz

---

Der Entwurf eines Gentechnikgesetzes hat im November dem Deutschen Bundestag in erster Lesung vorgelegen. An dem Entwurf vom 11. 8. 1989 ist von verschiedener Seite, u. a. von der Nordrhein-westfälischen Landesregierung, Kritik geübt worden, die nur zum Teil von der Bundesregierung berücksichtigt wurde. Das Urteil des hessischen Verwaltungsgerichtshofs zur Insulin-Produktionsanlage der Firma Hoechst AG hat erneut die Dringlichkeit gesetzlicher Regelungen unterstrichen.

Der Landesparteitag erhebt daher die folgenden Forderungen, die in einem Gentechnikgesetz verwirklicht sein müssen, und fordert die Bundestagsfraktion auf, auf deren Einlösung hinzuwirken:

1. Das Gentechnikgesetz muß ein Schutz- und Sicherheitsgesetz sein; der Gedanke der Förderung darf darin nicht festgeschrieben werden.
2. Dem Gesetz muß ein Sicherheitskonzept zugrundeliegen, das neben der physikalischen und biologischen Sicherheit auch die Arbeitsorganisation und die Sachkompetenz der Beteiligten berücksichtigt. Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren sind deshalb nicht nur anlagen-, sondern auch tätigkeitsbezogen auszugestalten.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit in den Genehmigungsverfahren ist zu sichern.
4. Ein Anspruch auf Genehmigung insbesondere für Freisetzungen und Inverkehrbringen darf es nicht geben. Die Ein-

führung gestufter Genehmigungen („step by step“) ist erforderlich. Genehmigungsbehörden sind die zuständigen Landesbehörden.

5. Die Rücknahme von Genehmigungen muß auch dann möglich sein, wenn durch neue Erkenntnisse die Gefährlichkeit von Anlagen und Verfahren neu bewertet werden muß.
6. Der Erlass von Strafbestimmungen bei Verstößen muß geregelt werden.
7. Des weiteren muß eine Gefährdungshaftung eingeführt werden.
8. Für Gefährdungen, die von gentechnischen Anlagen ausgehen, muß die Beweislastumkehr festgeschrieben werden.
9. Die zentrale Kommission für Biologische Sicherheit (ZKBS), die in den Genehmigungsverfahren beteiligt ist, soll nicht gleichzeitig Beratungskommission sein. Für die Beratung des Parlaments ist ein eigener Beirat unter Beteiligung gesellschaftlich relevanter Gruppen einzurichten.

---

**Initiativ-  
Antrag:** I 3  
**Antragsteller:** Delegierte aus der Mitte des Parteitag  
**Betreff:** Transrapid

---

Der Landesparteitag befürwortet den schnellstmöglichen Bau einer S-Bahn-Verbindung zwischen den beiden Flughäfen Düsseldorf und Köln.

Der Landesparteitag sieht hinsichtlich des Baus einer Transrapidreferenzstrecke erhebliche volkswirtschaftliche, energie-wirtschaftliche, verkehrspolitische und ökologische Probleme. Er fordert die Bundesregierung und die Landesregierung auf, gemeinsam Klarheit hinsichtlich dieser Probleme zu schaffen, bevor Entscheidungen getroffen werden. Diese Prüfung darf die Entscheidung über die Trasse der IC-Schnellstrecke zwischen NRW und dem Rhein-Main-Gebiet nicht verzögern.

Der Landesparteitag lehnt jede öffentliche Subvention einer solchen Referenzstrecke aus den Mitteln des Landes NRW ab.

---

**Antrag-Nr.:** J 5  
**Antragsteller:** Unterbezirk Hamm  
**Betreff:** Resolution zur Verkehrspolitik der Bundesregierung

---

Die Verkehrspolitik der Bundesregierung hat wesentlich zur Überlastung unseres Straßenverkehrssystems geführt. Das Verkehrssystem Straße wird in wenigen Jahren überhaupt nicht mehr funktionieren. Schon heute erleben dies unsere Bürger tagtäglich in den Ballungsräumen. Diese Verkehrspolitik hat ausschließlich auf die Straße gesetzt und ist damit gescheitert.

Die Investitionen für den Bundesfernstraßenbau betragen 4,3 Milliarden DM, für die Schienenwege 1,6 Milliarden DM. Das sind die Zahlen, die die Bundesregierung für den Haushalt 1989 beschlossen hat. In den letzten Jahren sind die Investitionen für die Schienenwege laufend gekürzt worden. Für 1989 beträgt die Kürzung rund 600 Mio DM, nämlich von 2,2 Milliarden im Jahre 1988 auf 1,6 Milliarden DM im Jahre 1989.

Der Landesparteitag protestiert gegen diese Kürzung der Investitionsmittel und fordert die Bundesregierung auf, ausreichend Mittel zur Sanierung der Deutschen Bundesbahn bereitzustellen.

Der Straßenverkehr hat seine Wachstumsgrenze erreicht. Die Vorteile des Verkehrssystems Schiene sind wieder stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. In diesem Span-

nungsfeld zwischen Verkehr und Umwelt nimmt die Bahn heute eine positive Sonderstellung ein. Weil das so ist, müssen wir die Bahn so modern, so leistungsfähig und attraktiv gestalten, daß sie auch einen sicheren Platz im Wettbewerb der Verkehrsträger hat.

---

**Antrag-Nr.:** J 7  
**Antragsteller:** Bezirk Ostwestfalen-Lippe/  
Unterbezirk Lippe  
**Betreff:** Genehmigungsverfahren für  
militärische Planungen

---

Die SPD-Gremien auf allen parlamentarischen Ebenen sollen sich dafür einsetzen, daß militärische Planungen grundsätzlich die gleichen Genehmigungsverfahren zu durchlaufen haben, wie sie für zivile oder behördliche Antragsteller gesetzlich vorgeschrieben sind.

Das allgemeine Planungsrecht und die Mitsprache betroffener Kommunen müssen auch für militärische Vorhaben gelten.

---

**Antrag-Nr.:** J 8  
**Antragsteller:** Bezirk Ostwestfalen-Lippe/  
Unterbezirk Herford  
**Betreff:** Notarielle Beurkundung von  
Unterhaltsverträgen

---

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß eine gesetzliche Regelung dahingehend geschaffen wird, daß Unterhaltsverträge nach § 1585c BGB, insbesondere ein Unterhaltsverzicht, generell der notariellen Beurkundung bedürfen.

---

**Antrag-Nr.:** J 9  
**Antragsteller:** Unterbezirk Herford  
**Betreff:** Verkürzung gerichtlicher Verfahren  
im Bereich der Sozial-, Verwaltungs-  
und Familiengerichtsbarkeit

---

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, konkrete gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, die auf eine Verkürzung gerichtlicher Verfahren im Bereich der Sozial-, Verwaltungs- und Familiengerichtsbarkeit hinwirken.

Die Verkürzung der Verfahren kann z. B. durch Einführung gesetzlicher Fristen für die Klageerwiderung, Terminbestimmung, Beweisaufnahme und das Urteil erfolgen.

---

**Antrag-Nr.:** J 10  
**Antragsteller:** Unterbezirk Mettmann  
**Betreff:** Rüstungsindustrie

---

Die Bundestagsfraktion und die Sozialistische Fraktion im Europaparlament werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß

- Rüstungskapazitäten abgebaut werden,
- Rüstungsexporte außerhalb der NATO und ihr gleichgestellten Ländern verboten werden,
- Rüstungsexporte in Länder verhindert werden, in denen zu

- befürchten ist, daß die Rüstungsgüter auch zu Menschenrechtsverletzungen beitragen werden,
- auf internationaler Ebene ein Abkommen zur Beschränkung des Waffenhandels geschlossen wird,
- die Initiativen der Gewerkschaften zur Rüstungskonversion unterstützt werden.

Die Landesregierung NW wird aufgefordert, im Rahmen der „Zukunftsinitiative Montanregionen“ und anderer Förderprogramme auch Rüstungskonversionsmaßnahmen zu finanzieren.

Trotz der Bemühungen der Supermächte um Abrüstung und der anerkanntswerten Teilergebnisse (Mittelstreckenraketenabkommen), verfolgt die Bundesregierung in der Praxis eine Politik der Aufrüstung und der Steigerung militärischer Möglichkeiten:

Die Grundsteine sind bereits gelegt:

- in den Bundeswehrplanungen bis 1998 mit neuen Waffensystemen für Heer, Marine und Luftwaffe,
- mit der Zustimmung zur Nato-Planung für eine Verstärkung der konventionellen Kräfte und der Bekämpfung der Folgestaffeln (FOFA),
- mit der Beteiligung an den Weltraumrüstungsplänen der USA (SDI) und deren Ausweitung auf Europa (EVI).

Mit diesen Vorhaben wird ein erneuter Rüstungsschub bewirkt, werden die Ressourcen unserer Volkswirtschaft vermehrt in den Rüstungssektor gelenkt und Rüstungskapazitäten geschaffen, die dann auf Dauer ausgelastet sein wollen.

Die Folgen sind absehbar:

- Druck auf die Politik, Arbeitsplätze im Rüstungssektor durch ständige Ausweitung der Verteidigungsausgaben zu alimentieren und die zyklischen Schwankungen der Anlagenauslastung zu minimieren.
- Drang zu vermehrtem Rüstungsexport, um Kapazitäten wirtschaftlicher nutzen zu können.
- Festlegung volkswirtschaftlicher Ressourcen in der Rüstungsindustrie, welche dann für die für unser Land lebenswichtige, zivile Forschung und Entwicklung, für Aufgaben im Umweltschutz und zur Verbesserung unserer Infrastruktur sowie für die Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt fehlen.

Das sind die Auswirkungen des „militär-industriellen Komplexes“, vor denen Eisenhower in seiner Abschiedsrede seine Landsleute bereits gewarnt hat.

Für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit leisten Rüstungsinvestitionen keinen nennenswerten Beitrag, weil dieser Sektor besonders kapitalintensiv ist.

Neue Arbeitsplätze im Umweltschutz, in einer effizienteren Energiewirtschaft, in notwendigen sozialen Dienstleistungen sind dagegen überwiegend lohnintensiv und im Rahmen eines Zukunftsinvestitionsprogramms ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Deshalb ist eine Sicherheitspolitik zu fordern, wie sie die SPD vorschlägt,

- die Vertrauen unter den Völkern schafft,
- gemeinsame Sicherheit fördert,
- Abrüstung bewirkt,
- die Rüstungslasten senkt,
- den Rüstungssektor verkleinert und
- Mittel für zivile Aufgaben freisetzt.

Die Sicherung der Arbeitsplätze im Rüstungssektor wird durch Konversion, d. h. Umstellung auf zivile Nutzung der Anlagen, erfolgen.

Der Unterbezirk Mettmann begrüßt deshalb die Initiativen der Gewerkschaften, in Rüstungsbetrieben die Abhängigkeit von der militärischen Produktion zu verringern und statt dessen verstärkt sozial sinnvolle Produkte zu erzeugen.

---

## Resolution 1

---

### **Solidarität mit den Gewerkschaften im Kampf für Arbeitszeitverkürzung und die Erhaltung des freien Wochenendes**

Die SPD NRW unterstützt den gewerkschaftlichen Kampf zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere die Anstrengungen zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in den Tarifaueinandersetzungen 1990.

Gleichermaßen unterstützt die SPD in NRW die gewerkschaftlichen Forderungen zur Erhaltung des erwerbsfreien Wochenendes. Der Samstag soll nicht zum Regelarbeitstag, Sonntagsarbeit nur in zwingenden Ausnahmefällen zugelassen werden.

Die SPD in NRW fordert alle gesellschaftlichen Gruppen auf, die Gewerkschaften in den bevorstehenden Tarifaueinandersetzungen zur Durchsetzung dieser Forderungen zu unterstützen.

Die SPD lehnt die Einschränkung des Streikrechts durch den geänderten § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes ab und fordert die Rücknahme dieser Regelung. Wir fordern die Arbeitgeber auf, im Falle von Arbeitskämpfen auf Aussperrung und auf kalte Aussperrung zu verzichten.

---

## Resolution 2

---

Mit Bestürzung haben wir von der neuerlichen Eskalation der Gewalt in El Salvador Kenntnis nehmen müssen.

Die salvadorianische Zivilbevölkerung ist dem Bombenterror der Luftwaffe ausgesetzt, wobei die Regierungstruppen bisher selbst eine kurze Feuerpause zur Evakuierung der Verletzten und Bergung der Toten ablehnt.

Neuerdings sind auch Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland der Gewalt der für ihre Foltermethoden berühmten Polizei ausgeliefert.

In der Nacht vom 15. auf den 16. November 1989 wurden sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der lutherischen Kirchen Düsseldorf verhaftet.

Der Landesparteitag der SPD in NRW fordert die Bundesregierung dringend auf, sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Freilassung von Susanne Gruning, Simone Memelen, Jutta Müller, Tobias Müller-Momming, Detlef Schmid und Brigitte Schwarz einzusetzen.

# Wortlaut der überwiesenen Anträge

## Material an die SPD-Bundestagsfraktion

---

<b>Antrag-Nr.:</b>	B 10
<b>Antragsteller:</b>	Unterbezirk Hamm
<b>Betreff:</b>	Steuerreform

---

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf die Bundesregierung und den Bundestag mehr Einfluß zu nehmen, um die sozialen Ungerechtigkeiten der sogenannten Steuerreform rückgängig zu machen.

### Begründung:

Die Steuerreform ist ungerecht. Sie bevorzugt die Einkommensstarken und benachteiligt die Einkommensschwachen. Außerdem gehen durch die Steuerreform Mittel zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen verloren.

## Material an den SPD-Landesvorstand NRW

---

<b>Antrag-Nr.:</b>	C 1
<b>Antragsteller:</b>	Ortsverein Bonn-West
<b>Betreff:</b>	Bildungspolitik

---

### I. Bildungspolitische Grundsätze

1. Bildung ist eine Investition in die Zukunft.
2. Bildungschancen für alle bereitzustellen, muß ein zentrales Anliegen der SPD bleiben.
3. Trotz finanzieller Engpässe müssen deshalb bildungspolitische Investitionen wieder den ihnen zukommenden Stellenwert erhalten.
4. Besondere Anstrengungen müssen den benachteiligten Gruppen gelten wie z. B. den sozial Schwachen, den Behinderten, den Ausländern und Aussiedlern.
5. Durch die zukünftige Umstrukturierung der Wirtschaft kommen auf das gesamte Bildungssystem neue Aufgaben zu. Langzeitarbeitslosen und Beschäftigten in Industriezweigen, deren Arbeitsplätze mittelfristig gefährdet sind, muß durch Bildungsmaßnahmen, die nicht nur der Arbeitsverwaltung überlassen werden dürfen, neue Chancen eröffnet werden. Weiterbildung ist eine Aufgabe der Zukunft!

### II. Schule

Wir fordern deshalb für den schulischen Bereich:

1. Die deutliche Senkung der Schüler-Lehrer-Relation, und zwar vorrangig für die Schule der Lernbehinderten. Durch eine Relationsverbesserung werden Neueinstellungen möglich, die sowohl arbeitsmarktpolitisch als auch im Hinblick auf die Überalterung der Kollegien und auf viel zu große Klassen unbedingt erforderlich sind.
2. Die Bildung von ausreichenden Stellenreserven, um den durch Mutterschaftsurlaub, Krankheit, Fortbildung und Altersermäßigung bedingten Unterrichtsausfall auszugleichen.

3. Die Bildung kleinerer Klassen, speziell die weitere Senkung der Klassenfrequenzobergrenze.

4. Rechtliche Vorgaben für die Schulträger und die Schaffung zusätzlicher Stellen, um flächendeckende Angebote zur gemeinsamen Beschulung Behinderter und Nichtbehinderter nicht nur im Primar-, sondern auch im Sekundarbereich einrichten zu können.

5. Mehr Gesamtschulen, vor allem um überall alle Abschlußmöglichkeiten wohnortnah anbieten zu können.

6. Die Wiedereinführung des Schüler-BAföG als Stipendium, um den Sek. II-Schulbesuch für alle zu ermöglichen.

### III. Hochschule

Für den Hochschulbereich fordern wir:

1. Die Anzahl der Studienplätze muß kurzfristig vergrößert werden. Die Hochschulen müssen personell und sachlich angemessen ausgestattet werden, um Lehrenden und Lernenden zumutbare Arbeitsplatzbedingungen zu bieten.
2. Die sozialen Rahmenbedingungen der Studierenden müssen nachhaltig verbessert werden (BAföG als Stipendium, Angebot von billigem Wohnraum etc.).
3. Die Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, nicht nur wirtschaftsorientiert zu unterweisen und zu forschen, sondern durch interdisziplinäre Forschung und Lehre alternative Lebens- und Arbeitsmodelle zu entwickeln.
4. Die Notwendigkeit der ökonomischen und ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft verpflichtet alle Wissenschaften gemeinsam. Geistes- und Sozialwissenschaften, Natur- und technische Wissenschaften sind gleichgewichtig zu fördern.

### IV. Weiter- und Fortbildung

Die Herausforderungen des Arbeitsmarktes in einem gemeinsamen Europa, die explosive Entwicklung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts, die ökologischen und sozialen Herausforderungen der Zukunft stellen an das Bildungssystem hohe Ansprüche. Darüber hinaus wird in einer Gesellschaft, deren Wohlfahrt ständig steigt, Bildung zu einem Wert an sich. Bildung ist eine Voraussetzung für persönliche Emanzipation und Selbstverwirklichung. Wenn wir eine Erwerbsarbeit künftig durch radikale Arbeitszeitverkürzung gerechter verteilen wollen, dann wird die Nichterwerbsarbeit eine größere Rolle spielen. Bildung wird dann als eine gesellschaftlich nützliche Tätigkeit verstanden werden. Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, daß die (Aus-)Bildungszeiten in den ersten Lebensabschnitt fallen. Zeiten der Erwerbsarbeit werden parallel ausgeführt werden. Lebenslanges Lernen ist eine Aufgabe des zukünftigen Bildungssystems.

Die Bildungspolitik muß dieses Konzept in ihre Planung aufnehmen.

- Für lebenslanges Lernen müssen die staatlichen Rahmenbedingungen gesetzt werden.
- Die Hochschulen müssen für die Erwachsenenbildung geöffnet werden. Die Volkshochschulen müssen ausgebaut werden.

- Für Senioren muß die Möglichkeit geschaffen werden, möglichst weitgehend am Bildungssystem zu partizipieren.
- Private und öffentlich-rechtliche Initiativen im Bildungsbe- reich müssen staatlich gefördert werden.

#### Material an den SPD-Landesvorstand NRW

**Antrag-Nr.:** C 2  
**Antragsteller:** Ortsverein Iserlohn-West  
**Betreff:** Bildungspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen

Die gesamte Bildungspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen bedarf einer gründlichen Überprüfung und qualifizierenden Bestandsaufnahme, auf deren Basis umfassende Konzeptionen für die Umsetzung unserer bildungspolitischen Zielvorstellungen erarbeitet werden müssen. Dabei geht es vor allem um die Planung folgender Bereiche der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik:

1. Eine bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung an den Schulen ist aufgrund eklatanter Planungsmängel bisher nicht gegeben. Der Kultusminister ist von daher aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, das eine bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung für die Zukunft gewährleistet. Hierbei hat er die - durch ihn selbst - erlassenen Stundentafeln, die in die veraltete Lehrer-Schüler-Relation nie eingeflossen sind, sowie deutlich geringere Klassengrößen zu berücksichtigen.

2. Der Kultusminister ist aufgefordert, eine Konzeption zur langfristigen Sicherung des Lehrerberarfs zu erarbeiten und in die Tat umzusetzen. Der fächerspezifische Bedarf der einzelnen Schulen ist längst nicht gedeckt, und die absehbare „Vergrößerung“ der Kollegien kann nicht hingenommen werden. Bereits jetzt ist ein noch deutlicher Lehrermangel für die 90er Jahre absehbar. Deshalb ist es dringend erforderlich, einen Einstellungskorridor zu eröffnen sowie Perspektiven der Lehrerschäftigung für die 90er Jahre zu entwickeln. Im Hinblick auf die hohe Lehrer/innen-Arbeitslosigkeit und die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung erscheint es dringend geboten, eine große Zahl von Neueinstellungen jährlich vorzunehmen. Eine fundierte Kapazitätsplanung in der Lehrer/innen-Ausbildung, die zwischen Wissenschafts- und Kultusministerium abgestimmt sein muß, ist dazu eine zwingende Notwendigkeit.

3. Der Kultusminister ist aufgefordert, ein Konzept zur Entwicklung weiterer Gesamtschulen zu erstellen und in die Tat umzusetzen. Hierzu gehören auch schlüssige Vorstellungen für die pädagogische Überzeugungsarbeit, die eine wesentliche Voraussetzung für die Gründung weiterer Gesamtschulen darstellen. Dieser Teilaspekt ist vom Kultusminister bisher extrem vernachlässigt worden. Teil des Konzeptes muß aber auch sein die Verbesserung des Ganztagsbetriebs (für alle Schulformen) sowie die Verbesserung der rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Gesamtschulen insbesondere im ländlichen Raum. Hierzu gehören auch klare Anweisungen zur möglichen Inpflichtnahme der Gemeinden, die mit fadenscheinigen Ausreden den Elternwillen zur Errichtung von Gesamtschulen torpedieren.

#### Material an die SPD-Landtagsfraktion NRW

**Antrag-Nr.:** C 6  
**Antragsteller:** Unterbezirk Köln  
**Betreff:** Rahmenprogramm Lokaler Rundfunk

1. Nachdem die Landesrundfunkkommission in ihrer Sitzung am 20. 1. 1989 die Zeiträume für die Zulassung lokaler Rundfunksender festgelegt hat, kommt der Frage der Konstruktion des Rahmenprogramms - auch angesichts der Haltung des Bundeskartellamts - eine wichtige und aktuelle Bedeutung zu.

2. Es ist vorgesehen, ein landesweites Rahmenprogramm mit Markenartikeln von der NRW Radio GmbH in die lokalen Radiostationen auszustrahlen. Die GmbH soll nach dem derzeitigen Planungsstand bestehen aus:  
 Zeitungsverleger NRW plus Springer (55 %),  
 Bertelsmann (15 %) und WDR (30 %).

Weder die örtlichen Veranstaltergemeinschaften noch die überörtlichen Vereinigungen der Veranstaltergemeinschaften hätten damit irgendeinen Einfluß auf das Mantelprogramm.

3. Da das Rahmenprogramm insbesondere bei finanzschwachen Veranstaltergemeinschaften bis zu 19 Stunden täglich umfassen kann, würde sich im Extremfall der wirklich lokale Programmanteil auf die Restgröße von 5 Stunden reduzieren.

4. Mit dieser Konstruktion wird das z. T. bestehende Monopol der Zeitungsverleger in den Rundfunkbereich ausgedehnt und damit eine weitere ökonomische und publizistische Konzentration gefördert.

Die ursprünglich mit der Idee des Lokalfunks verbundene Absicht, ein höheres Maß an publizistischer Vielfalt vor Ort zu schaffen, wird dadurch in ihr Gegenteil verkehrt.

5. Den in dieser „Elefantenhochzeit“ zum Ausdruck kommenden medienpolitischen Fehlentwicklungen kann nur mit einem Modell begegnet werden, in dem die Veranstaltergemeinschaften Einfluß auf das Rahmenprogramm erhalten. Ebenfalls muß sichergestellt werden, daß die einzelnen Veranstaltergemeinschaften frei sind, das Angebot des Mantelprogramms anzunehmen oder abzulehnen.

Außerdem muß durch entsprechende Regelungen ein etwaiger Einfluß der Radio-NRW-GmbH auf die Programmgestaltung der einzelnen Veranstaltergemeinschaft von vornherein unmöglich gemacht werden.

6. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, in diesem Sinne die zuständigen Gremien zu beeinflussen. Deshalb geht der Beschluß auch an die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesrundfunkkommission und die sozialdemokratischen Mitglieder des WDR-Rundfunkrates.

#### Material an die Landesregierung NRW

**Antrag-Nr.:** D 8  
**Antragsteller:** Unterbezirk Hamm  
**Betreff:** Effektivere Kontrolle der Atomindustrie

Die Landesregierung NRW und die Bundesregierung werden aufgefordert, wesentlich mehr qualifiziertes Personal für eine effektivere Kontrolle der Kernkraftwerksbetreiber und der Atomindustrie insgesamt einzusetzen. An den Kosten für dieses zusätzliche Personal sind die Kernkraftwerksbetreiber und die Atomindustrie in geeigneter Weise zu beteiligen.

#### Begründung:

Die Atomskandale der letzten Zeit (Biblis, NTG, illegale Exporte nach Indien und Pakistan) haben gezeigt, daß die staatlichen Kontrollen bisher überhaupt nicht ausreichen. Die Aufsichtsbehörden benötigen wesentlich mehr Personal mit hoher Qualifikation, um ihrer Aufgabe auch nur annähernd gerecht werden zu können. Es geht nicht an, daß die Kosten dafür allein dem Steuerzahler aufgebürdet werden.

**Material an den SPD-Landesvorstand NRW mit der Maßgabe, bis zum nächsten Landesparteitag, auf dem das Wahlprogramm zur Landtagswahl verabschiedet wird, die Position der SPD in NRW zur Abfallwirtschaft so darzustellen und dort beschließen zu lassen, daß sie von Sozialdemokraten im Landtagswahlkampf überzeugend vertreten werden kann.**

**Antrag-Nr.:** D 9  
**Antragsteller:** Bezirk Niederrhein  
**Betreff:** Sondermüllentsorgung

Der Landesparteitag ist sich bewußt, daß die wachsende Industrie-Gesellschaft nicht nur versorgt, sondern auch entsorgt werden muß. Eine Umweltpolitik muß daher das Ziel verfolgen, die Rahmenbedingungen für Produzenten und Konsumenten im Zusammenhang mit der Entsorgungspolitik so zu ändern, daß Umweltschäden erst gar nicht auftreten. Eine so gestaltete Umweltpolitik muß Anstöße geben, um

- umweltschädigende Produktionsprozesse und Verhaltensweisen durch umweltverträgliche zu ersetzen;
- den Verbrauch von Rohstoffen, Energie und Fläche sowie das Entsorgungsvolumen zu verringern;
- umweltschädigende durch umweltverträgliche Produkte zu ersetzen;
- Natur und Landschaft pfleglich zu behandeln.

Umweltpolitik im Abfallbereich bedeutet: den Weg von der Abfallbeseitigung zur Abfallwirtschaft zu gehen. Dabei muß folgender Drei-Schritt angestrebt werden:

1. Abfallvermeidung
2. Abfallverwaltung
3. Beseitigung des Restmülls.

Die Beseitigung des Restmülls erfolgt zur Zeit durch Müllverbrennung und Mülldeponierung. Besonders problematisch ist dabei die Entsorgung des Sondermülls auf Deponien. Deshalb ist bereits vor der Festlegung von Deponiestandorten im Abfallentsorgungsplan durch Voruntersuchungen die Eignung der Standorte festzustellen.

Alle in den Abfallentsorgungsplan aufgenommenen Vorhaben, die nach Art, Größe oder Standort erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt erwarten lassen, müssen einer sorgfältigen Voruntersuchung unterzogen werden. Diese Prüfung muß zu einem möglichst frühen Zeitpunkt – und zwar noch vor Beginn des Planfeststellungsverfahrens – erfolgen. Die Festlegung des Umfangs der UVP im Planfeststellungsverfahren, die Auswahl der Gutachter und die Erteilung der Aufträge muß im Zusammenwirken mit den örtlichen Gebietskörperschaften erfolgen.

#### Überweisung mit Antrag D 9 an den SPD-Landesvorstand NRW

**Antrag-Nr.:** D 10  
**Antragsteller:** Unterbezirk Steinfurt  
**Betreff:** Abfallvermeidungs- und Recyclingwirtschaft

III. Unter der Voraussetzung, daß eine getrennte Erfassung und Verwertung der kompostierbaren Abfälle erfolgt, bleibt die Entscheidung zwischen Restmüllverbrennung oder Restmülldeponierung der entsorgungspflichtigen Körperschaft überlassen. Diese Entscheidung ist im Abfallwirtschaftskonzept zu begründen.

#### Begründung:

Die ökologische und ökonomische Erneuerung Nordrhein-Westfalens bedarf des Aufbaus einer Abfallvermeidungs- und Recyclingwirtschaft. Diese muß zunächst das Schließen der Stoffkreisläufe zum Ziel haben. Daher soll die stoffliche Verwertung Vorrang vor allen thermischen Verfahren haben. Sie schonet die natürlichen Ressourcen und spart Energie. Thermische Verfahren müssen in Zukunft dem Ziel der Konditionierung (Zerstörung der organischen Abfallbestandteile) des Restabfalls und nicht primär der Gewinnung von Energie dienen, insofern führt der Begriff der „thermischen Verwertung“ in die Irre.

Ein genereller Vorrang der Restmüllverbrennung vor der Restmülldeponierung im Hausmüllbereich ist sachlich nicht begründbar, wenn die organische Fraktion (Küchen- und Gartenabfälle) vorher vom Restmüll abgetrennt und stofflich wiederverwertet wird. Sie stellt aufgrund ihres Reaktionspotentials (Sickerwasser- und Deponiegasbildung) einen für die Deponierung besonders kritischen Faktor dar. Restmüllverbrennung wie Restmülldeponierung sind beide mit Risiken behaftet. Es kann daher nur vor Ort, unter Abwägung aller ökologischen Gesichtspunkte, entschieden werden, welcher Weg das geringere Risiko für die Umwelt birgt.

#### Material an den SPD-Landesvorstand NRW

**Antrag-Nr.:** D 11  
**Antragsteller:** Unterbezirk Mettmann  
**Betreff:** VKA

Der Landesparteitag fordert die SPD-Gremien, Funktions- und Mandatsträger/innen im Land auf, sich für eine Änderung der Politik und der Satzung des „Verbandes Kommunaler Aktionäre der RWE GmbH“ einzusetzen. Es muß erreicht werden, daß

- der VKA als gemeinsame Interessenvertretung der Kommunen, die Kapital- und Stimmanteile des RWE halten, auf eine rationelle, sparsame und sichere Stromversorgung ohne Atomkraft dringt und in diesem Sinne einen Wandel der RWE-Geschäftspolitik hin zu einem Energiedienstleistungsunternehmen herbeiführt;
- sich die Willensbildung innerhalb des VKA unter stärkerer Berücksichtigung der tatsächlichen Kapitalanteile der kommunalen Gebietskörperschaften vollzieht.

Sollten solche Strukturreformen in dem Verband nicht durchsetzbar sein, sind der Austritt SPD-geführter Kommunen und Kommunalverbände aus dem VKA und die Gründung einer Interessenorganisation mit fortschrittlichen, die Umwelt bewahrenden und Ressourcen schonenden energiepolitischen Zielsetzungen zu prüfen.

#### Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion und an die -Landtagsfraktion NRW

**Antrag-Nr.:** D 14  
**Antragsteller:** Unterbezirk Aachen  
**Betreff:** Gentechnologie

„Die Angst, die viele angesichts der technischen Entwicklung empfinden, erfordert das Standhalten in der Verantwortung und nicht das Flüchten in die Verweigerung.“ – Oskar Lafontaine –

Entwicklung und Nutzung der Gentechnologie beinhalten ein gewaltiges Gefahrenpotential mit unabsehbaren individuellen, gesellschaftlichen und ökologischen Folgen.

Die Steigerung technischer Möglichkeiten, die in Ausmaß und zeitlicher Reichweite historisch kein Vorbild kennt, führt zu begründeter Furcht vor den Folgen. Die Verfechter der Gentechnik verweisen dagegen auf Möglichkeiten, durch Gentechnik einen Beitrag zur Lösung drängender Probleme in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen leisten zu können, z. B. in Umweltschutz, Abfallverwertung, Altlastenbeseitigung, Sicherung der Welternährung, Energieerzeugung und Arzneimittelherstellung. Es ist Aufgabe der Politik, das Spannungsverhältnis zwischen den Möglichkeiten, die die Gentechnik eröffnet, und den damit verbundenen Gefahren zu lösen.

Wir Sozialdemokraten stellen uns deshalb der Frage nach der politischen Verantwortbarkeit dieser Technik.

Die Geschichte der Atomenergie und ihrer ungewollten Folgen

sind ein deutliches Beispiel für das Versagen einer Politik, die sich auf die Aufgabe der Schadensbegrenzung beschränkt.

Der Irseer Entwurf des neuen Grundsatzprogramms kennzeichnet daher auch die „Gestaltung von Technik als politische Aufgabe hoher Dringlichkeit“ für uns Sozialdemokraten.

Die Entscheidung über die Nutzung der Gentechnologie ist politisch. Sie muß aus den Vorstandsetagen der Konzerne und den Konferenzräumen der Spezialisten auf die Ebene der öffentlichen und demokratischen Willensbildung verlagert werden. Die Frage, ob das, was durch die Gentechnologie möglich ist, auch verwirklicht werden darf, wird zum Prüfstein für unsere gesellschaftsordnung üblicherweise geltenden Kriterien der ökonomischen Verwertbarkeit und der internationalen Konkurrenz unbrauchbar.

Gentechnologische Verfahren sind bis zur Anwendungsreife entwickelt, sie werden teilweise unkontrolliert angewandt, und die geltenden Sicherheitsbestimmungen greifen nicht.

Wir Sozialdemokraten fordern deshalb, daß der Staat sich jetzt mit seinem ganzen Handlungs- und Regelungsinstrumentarium den Herausforderungen der Gentechnologie stellt.

### Risiken der Gentechnologie

Der politischen Regelung muß eine Technikfolgenabschätzung vorausgehen als Grundlage für Bewertung, Entscheidung, Sicherung und Kontrolle. Sie umfaßt die Auseinandersetzung mit den unmittelbaren und mittelbaren Gefahren, die mit der Anwendung der Gentechnologie verbunden sind.

#### 1. Sicherheits- und Unfallrisiken

Die Risiken im Umgang mit gentechnisch verändertem Material in Labors und Produktionsstätten beinhalten für die Beschäftigten ein nicht abschließend zu bewertendes Risiko. Insbesondere bei Unfällen und beim Umgang mit krankheitserregenden Mikroorganismen bestehen hohe Gefahren.

Das Risiko ist hoch einzuschätzen, da vermehrungsfähige Mikroorganismen entweichen und unabsehbare Schäden bei Menschen und in der belebten Umwelt anrichten können. (Entweichungsproblematik)

#### 2. Erfolgsrisiken

Bei der gezielten Freisetzung von genetisch veränderten Organismen in die Umwelt kann es trotz des erreichten Erfolges (Frostschutz, Schädlingsbefall) zu unbeabsichtigten und unüberschaubaren Wirkungen kommen, die tiefgreifende Störungen des natürlichen Gleichgewichts zur Folge haben.

Bei Organismen, die sich schnell vermehren, bewirkt die nicht-vorwändige Rückholbarkeit der Veränderung zusätzliche Gefährdungen. (Freisetzungsproblematik)

#### 3. Indirekte Risiken

Neue Techniken beeinflussen und verändern die Handlungsmöglichkeiten und das Wertebewußtsein von Menschen. Bei der Gentechnologie stellt sich die Frage, ob solche Veränderungen beim heutigen Stand der Forschung übersehbar und damit kontrollierbar sind.

Es besteht die Gefahr von langfristig und mittelbar wirkenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Veränderungen, die nicht gewollt, aber nicht mehr revidierbar sind. Zum Beispiel kann eine fortschreitende Erkenntnis bei erblich bedingten Krankheiten mit sich anschließender Praxis des Schwangerschaftsabbruchs zu einem Wertewandel führen, der sowohl unsere Einstellung zu Krankheit, Behinderung als auch das menschliche Leben selbst betrifft. (Ethische Problematik)

#### Gentechnologie und Medizin

Wir Sozialdemokraten lehnen die Veränderung der genetischen Substanz von Menschen ab.

Das Recht auf Erhaltung der menschlichen Identität, auch der vermeintlichen unvollkommenen, ist unverzichtbar. Humangenetik überschreitet die ethischen Grenzen, wenn sie über einen eindeutig heilenden Eingriff hinaus darangeht, Menschen durch Eingriffe in ihr Erbgut zu „verbessern“.

Dagegen ist der Einsatz der Gentechnik zur Herstellung von Impfstoffen, der Entwicklung diagnostischer Verfahren, bei Therapie und Vorbeugung von Krankheiten zwar strittig, wird aber von vielen akzeptiert und teilweise praktiziert.

Deshalb fordern Sozialdemokraten:

1. Gentechnologie darf nur zur Anwendung kommen, wenn die Gefährdung von Menschen auszuschließen ist.
2. Ein Verbot aller Versuche, die auf Menschengüter hin auslaufen, z. B. durch:
  - die Verwendung von Keimzellen besonders ausgewählter Menschen (Eugenische Bestrebungen)
  - die Schaffung identischer Menschen (Klonen)
  - Kreuzungen von Menschen- und Tierembryonen (Chimärenbildung)
3. Ein Verbot von Eingriffen in die menschliche Keimbahn, da deren Folgen über das Individuum hinaus vererbbar sind und sie weitere Generationen mit dem Eingriff belasten.
4. Ein Verbot der Forschung an menschlichen Embryonen, auch wenn solche Forschungen sinnvollen medizinischen Zielen dienen sollen.
5. Pränatalgenomanalysen zur Diagnose schwerer, nicht heilbarer Erbkrankheiten dürfen nur in begründeten Einzelfällen angewandt werden.
6. Genomanalysen an Arbeitnehmern sind sowohl als Reihen- als auch als Einzeluntersuchungen abzulehnen. Ebenfalls Genomanalysen im Versicherungsbereich und bei Häftlingen.
7. Das Recht des einzelnen auf ein Wissen um seine in begründeten Ausnahmefällen erhobenen genetischen Daten darf von diesen Einschränkungen nicht berührt werden. Genetische Daten dürfen nicht elektronisch gespeichert werden.

#### Gentechnologie in Natur und Landwirtschaft

Wir Sozialdemokraten stehen zu der gesellschaftlichen Verantwortung für die lebende Natur, für Tier- und Pflanzenwelt.

Die Gentechnologie ist für uns der zwingende Anlaß, unseren Umgang mit der Natur und dem Leben dahingehend zu prüfen, ob wir nicht die Grundprinzipien einer technisch industriellen Zivilisation unüberlegt auf diesen Bereich übertragen haben. Im Bereich der Biotechnologien gilt es zu prüfen, welche Problemlösungen und Entwicklungen im Einklang mit den Entfaltungsmöglichkeiten der Natur verwirklicht werden können. Sozialdemokraten lehnen es aus ethischen Gründen ab, durch gentechnische Manipulationen Pflanzen und Tiere in ihrer Grundstruktur zu verändern.

Unser Umgang mit der Natur muß dem Ziel dienen, die natürliche Umwelt zu erhalten bzw. wiederherzustellen, Kulturlandschaften ökologisch sinnvoll zu nutzen und eine artgerechte Tierhaltung zu sichern. Einsatz von Gentechnologien in der Tier- und Pflanzenproduktion ist eindeutig an den Verwertungsinteressen großer Konzerne orientiert und blockiert sanftere Wege zur Bereitstellung des Nahrungsmittelbedarfs.

Für die Bekämpfung ökologischer Probleme vertreten Sozialdemokraten den Grundsatz der Ursachenbekämpfung und des Vorsorgeprinzips. Ob Gentechnik in diesem Bereich, z. B. bei der Beseitigung von Altlasten oder der biologischen Schädlingsbekämpfung, in Zukunft einen Beitrag leisten kann und soll, ist heute noch völlig offen. Angesichts der geringen Kenntnisse über Wechselwirkungen und der hohen Risiken bei der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen sind solche Maßnahmen gegenwärtig nicht verantwortbar.

Groß ist die Gefahr, daß Gentechnik zum billigen Reparaturbetrieb mit unübersehbaren, langfristigen schädlichen Folgen für die Stabilität von Ökosystemen ausartet und Strategien der Ursachenbekämpfung und der Entwicklung angepaßter umweltgerechter Technologien damit unterlaufen werden.

Aus Verantwortung für die Natur fordern wir Sozialdemokraten:

1. Gentechnologie darf nur zur Anwendung kommen, wenn die Gefährdung von Natur und Umwelt sicher auszuschließen ist.
2. Die großtechnische Züchtung und die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen und speziellen Züchtungen ist zu verbieten.
3. Die genetische Vielfalt von Pflanzen darf nicht eingeschränkt werden (Monopolbildung in der Samenherstellung).
4. Genetische Eingriffe in Pflanzen, die die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegenüber chemischen Giften zum Ziel haben, sind zu verbieten.
5. Der Einsatz von Gentechnologie in der Landwirtschaft darf nicht dazu führen, daß bestehende Probleme (z. B. Überproduktion) verschärft werden.
6. Gentechnologie darf nicht zum Reparaturdienst für vermeidbare Umweltschäden werden.
7. Es darf keine Patentierung gentechnischer konstruierter Pflanzen und Tiere geben.

#### Gentechnologie zu militärischen Zwecken

Wir Sozialdemokraten fordern ein weltweites Verbot der militärischen Forschung in der Gentechnologie. Die Bundesregierung wird aufgefordert, politische Initiativen zu ergreifen, die die Durchsetzung dieser Haltung in der UNO sichern und Konzepte für die Überwachung dieses Verbots schaffen.

Sozialdemokraten bekräftigen den Verzicht auf B-Waffen-Forschung, gentechnologische Forschungsprojekte sind in militärischen Einrichtungen unzulässig und dürfen nicht aus Mitteln des Verteidigungsetats finanziert werden.

#### Gentechnologie und „Dritte Welt“

Wir Sozialdemokraten wenden uns gegen das falsche Versprechen, durch Gentechnologie den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Die auf der Welt vorhandenen Nahrungsmittel reichen aus, um alle Menschen zu ernähren. Die Probleme der Verteilung beruhen auf den ökonomischen und politischen Herrschaftsstrukturen und sind in diesen Bereichen zu lösen.

Lösungskonzepte, die auf der Gentechnologie fußen, lassen eher erwarten, daß sich die genannten Abhängigkeiten der Menschen der 3. Welt von den großen internationalen Agro-Konzernen und den Industrieländern vergrößern und sich die sozialen Verhältnisse in der 3. Welt zu Lasten der Kleinbauern weiter rapide verschlechtern.

Deshalb fordern Sozialdemokraten:

1. In der Technikbewertung und Technikfolgenabschätzung sind auch die sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen für die Dritte Welt einzubeziehen.
2. In der Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt sind Projekte mit besonderer Bedeutung (Impfstoffe für Tropenkrankheiten) gezielt zu fördern.

#### Gesetzliche Regelung und Kontrolle der Gentechnologie

Wir Sozialdemokraten bewerten die gegenwärtige Rechtslage als unzureichend. Sie erfaßt nicht die speziellen Gefahren der Gentechnologie und die damit verbundenen politischen Probleme. Die „Richtlinien zum Schutz vor den Gefahren durch in-vitro neukombinierte Nukleinsäuren“ als einziges bundesdeutsches Regelwerk, das auf Gentechnik zugeschnitten ist, gelten nur für staatlich geförderte Forschung verbindlich und sehen als einziges Sanktionsinstrument den Entzug der Forschungsgelder vor. Es ist deshalb ein formell-materielles Ge-

setz erforderlich, das den Rahmen gentechnischer Entwicklungen, die Kontrollinstrumentarien und Strafnormen enthält.

Darüber hinaus muß es zu einer wirksamen Entkopplung der staatlich geförderten Grundlagenforschung von der industriellen, gewinnorientierten Anwendung kommen. Die finanzielle Beteiligung der bedeutendsten Genforscher an Genfirmen und ihre vertraglichen Verpflichtungen, den Firmen ihre Forschungsergebnisse zur industriellen Verwertung zur Verfügung zu stellen, bergen enorme Gefahren. Das ökonomische Verwertungsinteresse an der Gentechnik wird zum Verwertungszwang, in den die Forscher einbezogen werden. Dieser Verwertungszwang und der damit verbundene Konkurrenzkampf erhöhen das Risiko von voreiligen, unverantwortlichen großtechnischen Anwendungen und verhindern einen offenen Dialog zwischen den Wissenschaftlern.

Staatliche Regelung und Kontrolle dürfen jedoch nicht die öffentliche Diskussion ersetzen und einer Technologie rechtlich den Weg ebnen, über deren Verantwortbarkeit kein gesellschaftlicher Konsens herbeigeführt wurde.

Deshalb fordern wir Sozialdemokraten:

1. Entscheidungen über Ziele, Verlauf von Forschung und Entwicklung der Gentechnologie sind nur als Ergebnis eines offenen Prozesses demokratischer Willensbildung möglich, an dem alle gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen sind.
2. Die Arbeit der Enquete-Kommission Gentechnologie als Instrument der parlamentarischen Willensbildung muß weitergeführt werden.
3. Die Bundesregierung verstärkt die zur Gentechnologie alternative Forschung mit dem Ziel, umwelt- und sozialverträgliche Wege der Problemlösungen unter Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik zu finden.
4. Der Bundestag beruft einen Beirat zur Gentechnologie. Ihm obliegt es, im Rahmen der Technikfolgen-Abschätzung die ethischen Probleme und Grenzen bei der Erforschung und Anwendung der Gentechnologie aufzuzeigen und den wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Diskussionsprozeß kritisch zu begleiten.
5. Grundlage gesetzlicher Regelungen der Gentechnologie muß eine Technikbewertung und -folgen-Abschätzung sein, die die Ergebnisse der öffentlichen Diskussion in die Arbeit des Bundestages integriert.
6. Der Bundestag nimmt im „Gentechnologiegesezt“ zumindest folgende Regelungen auf:
  - Meldepflicht für alle laufenden und geplanten Projekte;
  - inhaltliche Bestimmungen über Zulassungsanforderungen bzw. Verbote und Verbotsmöglichkeiten;
  - rechtsverbindliche Sicherheitsbestimmungen für Forschungseinrichtungen und Produktionsstätten;
  - Erlaß von Strafbestimmungen bei Verstößen;
  - Zusammensetzung und Zuständigkeiten der Kontrollkommissionen;
  - Einführung der Gefährdungshaftung.
7. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf europäischer und auf der Ebene der Vereinten Nationen einen zwingenden verbindlichen internationalen Regelungsrahmen für die Gentechnologie zu vereinbaren.

#### Material an die SPD-Landtagsfraktion NRW und die Landesregierung

---

<b>Antrag-Nr.:</b>	E 1
<b>Antragsteller:</b>	Unterbezirk Hochsauerland
<b>Betreff:</b>	Änderung der Gemeindeordnung

---

Der Landesparteitag spricht sich dagegen aus, die Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen dahingehend zu ändern, daß

die Zweigleisigkeit zwischen Rat und Verwaltung abgeschafft werden soll.

Die in der derzeitigen Gemeindeordnung ausdrücklich gewünschte dominierende Rolle der demokratisch gewählten Vertretung darf nicht angetastet werden. Der vom Rat gewählte Verwaltungschef ist dem Rat politisch nachgeordnet. Das hat sich bewährt.

Die Verwaltung hat sich als ausführendes Organ des Rates zu verstehen. Sie muß auch weiterhin vom Rat kontrolliert werden. Der Plan, Ausschüsse wieder nicht-öffentlich tagen zu lassen, wird ebenfalls abgelehnt.

Hier wird ein wesentliches Prinzip der Demokratie, nämlich die Chance, durch Öffentlichkeit und „öffentlich machen“ von Entscheidungen im kommunalen Raum den Bürger/die Bürgerin wenigstens passiv teilnehmen zu lassen, verletzt. Statt dessen setzen wir uns für eine weitestgehende Transparenz politischer Entscheidungen ein.

Ebenso ist die von einigen Verwaltungschefs geforderte Einschränkung des Minderheitenschutzes nicht dazu geeignet, Vertrauen in die Kommunalpolitik zu stärken.

Der Landesparteitag fordert eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Diese ist aber nicht durch eine Schwächung des ehrenamtlichen demokratischen Elements zu erreichen.

## **Übersetzung an die SPD-Landtagsfraktion NRW**

**Antrag-Nr.:** E 2  
**Antragsteller:** Unterbezirk Essen  
**Betreff:** Gemeindefinanzierungsgesetz

1. Das Gemeindefinanzierungsgesetz muß in den nächsten Jahren den Problemen der großen Städte, vor allem im Ruhrgebiet, stärker Rechnung tragen. Deshalb müssen folgende Grundforderungen in die Gesetzgebung Eingang finden:

1.1 Die Gesamtsumme, die über das GFG zur Verteilung kommt, hat künftig mit dem Landeshaushalt zu wachsen. Der Verbundsatz darf nicht weiter abgesenkt werden. Die vorhandenen Befrachtungen sind abzubauen.

1.2 Die Umlandversorgungsfunktion der Großstädte muß beim Hauptansatz stärker berücksichtigt werden.

1.3 An die Stelle der gespaltenen fiktiven Hebesätze tritt zukünftig ein einheitlicher fiktiver Hebesatz.

1.4  Um Arbeitslosenansatz ist ergänzend ein Sozialhilfearbeitsansatz zu bilden.

1.5 Die Gewerbesteuerumlage ist zunächst zu reduzieren und nachfolgend abzuschaffen.

1.6 Der erstmalig in das GFG 88 für die Aufteilung der Investitionspauschale eingeführte Flächenansatz ist abzuschaffen.

### **Begründung:**

Das Gemeindefinanzierungsgesetz hat die Gemeinden in den letzten Jahren überproportional an der Konsolidierung des Landeshaushaltes beteiligt.

Darüber hinaus wurde das vom Innenminister vorgelegte Gutachten zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich, das die Benachteiligung der kreisfreien Städte feststellte, nur halbherzig oder gar nicht umgesetzt. Das hat dazu geführt, daß von 1982-1986 die Steuereinnahmen in den kreisangehörigen Gemeinden um 28,89 % stiegen, während sie in den kreisfreien Städten nur um 26,58 % stiegen.

Hinzu kommt, daß die Strukturkrise in der Montanindustrie für eine weitere erhebliche Verschiebung der finanziellen Möglichkeiten gesorgt hat. Das Gewerbesteueraufkommen beträgt im Ruhrgebiet (1985) nur noch 411,23 DM/Einwohner, in

NRW außerhalb des Ruhrgebietes 701,25 DM/Einwohner (Duisburg 256,29 DM/Einwohner, Oberhausen 233,70 DM/Einwohner).

Die Basis sozialdemokratischer Mehrheiten sind die großen Städte in Nordrhein-Westfalen, vor allem im Ruhrgebiet. Es sollte für diese Basis die unbegreifliche Benachteiligung beendet werden.

2. Alle Landesgesetze, Erlasse und Anweisungen, die den Gemeinden Aufgaben auferlegen, müssen zukünftig auch vom Land finanziert werden. Ein aktuelles und krasses Beispiel ist das Vorgehen bei den de-facto-Flüchtlings.

3. Der Landesanteil bei den Zweckzuweisungen auf bis zu 100 % aufgestockt werden, um bei entsprechender Haushaltslage ein Mindestmaß an Investitionen aufrechtzuerhalten.

4. Alle Aufgaben, die den Gemeinden auferlegt wurden, sind zu überprüfen und generell einer Aufgabenkritik zu unterziehen, mit dem Ziel der Kostenminderung.

**Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW und an den SPD-Landesvorstand mit der Maßgabe, auf der Grundlage dieses Antrages und der in geeigneter Form noch zu veröffentlichen Jugendpolitischen Thesen des SPD-Landesverbandes für den nächsten ordentlichen Landesparteitag einen eigenen jugendpolitischen Antrag zu entwickeln sowie einen Bericht über die Stellung der Jugendlichen in Funktionen und Mandaten der SPD in Nordrhein-Westfalen zu erstellen.**

**Antrag-Nr.:** F 4  
**Antragsteller:** Unterbezirk Unna  
**Betreff:** Jugendpolitik

### 1. Grundsätze

Politik für Kinder und Jugendliche ist Aufgabe aller Politikbereiche. Die Wirtschafts-, Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik von heute entscheiden vor allem auch über die Zukunft der Jugend. Deshalb soll Jugendpolitik Bestandteil einer komplexen, vernetzten Gesellschaftspolitik sein. Kindheit und Jugend bedeuten für uns Sozialdemokraten Lebensabschnitte, in denen der Mensch zur Selbstfindung, Selbstverwirklichung und Reifung kommt, deren Ziele sind: Eigenständigkeit, Entfaltung, Emanzipation, soziale Integration, körperliche, geistige und seelische Entwicklung. Von großer Bedeutung ist, daß die Lebensabschnitte Kindheit und Jugend als Lern- und Experimentierfelder ermöglicht werden, wobei das Tun und Wirken, das Fühlen und Denken und die damit verbundenen Problemlösungen als Versuchs- und Irrtumsverhalten (im Sinne von Konflikt- und Erfahrungsstrategien) zu akzeptieren, wenn nicht sogar zu fördern sind.

Wir wissen um die besondere seelische Empfindsamkeit der Heranwachsenden, denen soziale Mißstände und familiäre Härten nur schwer wiedergutzumachende Schäden zufügen können. Wir wissen, daß die Würde, die gerechtfertigten Ansprüche und Interessen vieler Kinder und Jugendlicher in Familie, Staat und Gesellschaft nicht angemessen berücksichtigt werden. Dies zu beachten, Mißstände zu ändern, ist Aufgabe sozialdemokratischer Politik. Besonders wichtig ist dabei die prägende Kraft der Familie, für die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit sie ihre Aufgabe wirklich wahrnehmen kann.

### 2. Jugend und Sozialdemokratie

Wir wissen, daß es sehr schwer ist und immer schwerer wird, Jugendliche für parteibezogene oder gar parteigebundene Politik zu gewinnen. Dennoch gibt es für uns Sozialdemokraten überhaupt keine Alternative dazu, es immer wieder und mit großer Anstrengung zu versuchen. Junge Menschen sind ein Potential, das fähig ist zur Erneuerung, zu notwendiger Kritik,

zu Innovation und Kreativität; ohne dieses Potential mit diesen Fähigkeiten kann die Sozialdemokratie ihre Ziele nicht erreichen.

Dabei sucht die SPD nach Möglichkeiten und Formen, Politikdarstellung und Parteiarbeit jugendgerecht zu gestalten, um auch die Parteiarbeit für Jugendliche attraktiv zu machen. Die SPD sollte Mandate und Funktionen Jugendlichen verstärkt anbieten, um deutlich zu machen, daß in der SPD Politik nicht nur für Jugendliche und über ihre Köpfe hinweg gemacht wird; sondern in der SPD ist die aktive Mitgestaltung möglich und gewünscht.

Jugend will und braucht die Perspektive einer menschenwürdigen und guten, ja besseren Zukunft.

Hier ist vor allem das Prinzip des offenen Forums angezeigt, wo Zukunftsprobleme überzeugend, sachkompetent, ohne Absichten der Indoktrination, pluralistisch und in jugendgemäßer Veranstaltungsform diskutiert werden können.

Sozialdemokratische Politikerinnen und Politiker sind aufgefordert, auch hierbei ihre Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit hinterfragen zu lassen und sie zu bestätigen. Auf dem offenen Forum sollen vor allem jene Themen diskutiert werden, die sonst wegen der „Tagespolitik“ zurückstehen müssen. Deshalb werden die SPD-Ortsvereine, SPD-Stadt- und Gemeindeverbände, die SPD-Unterbezirke sowie alle Arbeitsgemeinschaften aufgefordert, noch mehr als bisher, jene Aufbruch signalisierenden Perspektiven und Themen einer gestaltenden, werteorientierten Politik in den Vordergrund ihrer Arbeit zu stellen:

- der Grundwert der sozialen Gerechtigkeit und des Rechtes auf Arbeit für alle;
- die vernünftige Verteilung der Güter;
- die Toleranz als Prinzip der Demokratie;
- die internationale Solidarität;
- die Völkerverständigung, auch über Block- und Systemgrenzen hinaus;
- der Wille zu weltweitem Frieden;
- die Achtung gegenüber Natur und Umwelt;
- die tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern;
- der Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Folter;
- der entschiedene Widerstand gegen Faschismus und Neofaschismus.

Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD müssen bei ihrer Arbeit Unterstützung und Gestaltungsspielraum erhalten. Dies gilt auch für finanzielle Unterstützung, die z. B. durch jugendgemäße Veranstaltungsformen (Musik, Ausstellungen usw.) notwendig wird.

### 3. Konkrete Jugendpolitik – Die Verantwortung der SPD

Auch wir Sozialdemokraten können nicht jedes Einzelschicksal zum Guten wenden: Die Garantie für individuelles Glück und individuelle Zufriedenheit kann weder von politischen Parteien noch von politischen Handlungsmustern gegeben werden. Die Politik der Sozialdemokratie kann und muß jedoch die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß jede(r) die Chance, die gute Möglichkeit für eine lebenswerte und erstrebenswerte Zukunftsperspektive erhält. Die Hauptpunkte dieser sozialdemokratischen Politik sind:

- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (im Rahmen des sozialdemokratischen Kampfes gegen die Massenarbeitslosigkeit, besonders auch die Dauerarbeitslosigkeit);
- Hilfe für Familien, die in Not sind (Arbeitslose, Alleinerziehende, Sozialhilfeempfänger, Asylanten, ausländische Mitbürger);
- Stärkung der Jugendsozialarbeit in allen Bereichen;
- Novellierung des Jugendschutzes (vor allem beim Glücksspiel, bei gewaltverherrlichenden/pornographischen/faschistischen Video-Filmen und Video-Spielen);
- Bekämpfung des Drogenhandels, vor allem auch in (und in der Nähe von) Schulen, Jugendzentren usw.;

- eine neue, große Phase der Bildungsreform „Bildung 2000“;
- Förderung der „offenen Jugendarbeit“;
- Förderung der Verbandsjugendarbeit.

### 4. Konsequente Jugendpolitik – hier bei uns vor Ort

Ziel unserer sozialdemokratischen Jugendpolitik war und bleibt es, die Leistungsbereitschaft und das soziale Engagement vieler Jugendlicher zu unterstützen sowie soziale Benachteiligungen und Gefährdungen durch die Förderung der offenen Jugendarbeit und der Verbandsjugendarbeit zu überwinden. In arbeitsmarktpolitischen bzw. regionalstrukturellen Krisenzeiten nimmt der Bedarf an sozialen und erzieherischen Hilfen zu. Jugendhilfe als Gestaltungsbereich der Kommunalpolitik muß deshalb heute besonders gefördert werden. Die Fortschreibung der Jugendhilfepläne wird eine wesentliche Grundlage der zukünftigen Jugendpolitik der SPD in den Kreisen, Städten und Gemeinden sein. Darüber hinaus ist zu beachten, daß die Ansprüche und Erwartungen von Jugendlichen vielfältiger und unterschiedlicher geworden sind. Deshalb sind folgende Maßnahmen vorrangig:

- Bereitstellung „eigener Räume“, in denen eine eigenständige Gestaltung jugendlicher Freizeit möglich ist; dies ist zu verstehen als Hilfe zur Selbsthilfe, als Lernfeld für Selbständigkeit und Selbsterfahrung;
- Förderung von Initiativen und Gruppen (wie z. B. Friedensinitiativen, Umweltschutzgruppen, Arbeitsloseninitiativen, Musikgruppen, Theatergruppen);
- Einrichtung attraktiver Jugendtreffs ohne „Hausmeister-Problematik“ und „Schlüsseldienst-Pressionen“ (die kommerziellen Freizeitanbieter haben in diesem Bereich beachtliche und kostengünstige Methoden und Präsentationsformen entwickelt!);
- direkte und indirekte Beteiligung Jugendlicher an kommunalen Meinungsbildungsprozessen, z. B. durch Anhörungen, Kommissionen, Arbeitskreise;
- breitgestreute, unbürokratische und unkonventionelle Weitergabe von Informationen, Gesprächsangeboten und Einladungen, die für Jugendliche interessant und relevant sind;
- Öffnung der Schulen in die gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Bereiche kommunalen Lebens;
- Verbesserung und Intensivierung der Kooperation und Koordination zwischen dem Bereich „Jugendpolitik“ und anderen Politikbereichen;
- Jugendarbeit ist immer politisch und hat einen erzieherischen Auftrag. Wir begreifen Jugendpolitik als flankierende Maßnahme zur Absicherung der offenen und verbandlichen Jugendarbeit.

### 5. Transparenz und Vernetzung – damit Politik einsichtiger wird

Die Situation der Jugend unterliegt vielfältigen gesellschaftlichen Bedingungen, weshalb Jugendpolitik nicht separat geplant und verwirklicht werden darf, sondern als Querschnittspolitik angelegt sein muß.

Alle Politikbereiche müssen auf jugendrelevante Themen und Einflußgrößen hin untersucht und diese in sinnvoller Weise in einen jugendpolitischen Handlungsrahmen und in jugendpolitische Konzepte gebracht werden. Für die Jugendlichen selbst ist es wesentlich, daß die Politik und ihre Entscheidungen, daß die zukunftsbestimmenden Maßnahmen und Strategien transparent und nachvollziehbar sind. Dazu gehört auch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. Sinnvoll wäre auch, den Kreistagen bzw. den Stadt- und Gemeinderäten in regelmäßigen Abständen einen „Jugendbericht“ vorzulegen und eine ausführliche Debatte darüber zu führen.

### 6. Jugendverbandsarbeit

Für uns Sozialdemokraten bedeutet die Arbeit der Jugendverbände eine dringend notwendige Basistätigkeit, die aufrechterhalten, unterstützt und ausgebaut werden muß. Im Jugendhilferecht und darüber hinaus ist der Status der Jugendverbände als Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche ausdrück-

lich anzuerkennen. Für anerkannte Jugendverbände muß es im Sinne einer langfristig angelegten Arbeit einen konkreten Rechtsanspruch auf öffentliche Förderung geben. Trotz – oder gerade wegen – der demographischen Entwicklung, die bis zum Jahr 2000 eine starke Verringerung der 15-20jährigen mit sich bringt, ist die Förderung der Jugendverbandsarbeit sicherzustellen, weil sie vielen jungen Menschen ein soziales Lernfeld, Erholung, Bildung, internationale Begegnungen ermöglicht.

#### 7. Die Situation der Mädchen – Gleichstellung verwirklichen

Mädchen und junge Frauen sind immer noch in unserer Gesellschaft benachteiligt, besonders in Ausbildung und Beruf. Diese Jugendlichen bedürfen der besonderen Unterstützung, um eigenständige Lebenskonzepte entwerfen und gestalten zu können. Das ist nur möglich, wenn Mädchen und junge Frauen prinzipiell der Zugang zu allen Berufen offensteht und eine vielfältige Berufswahl realistisch ist. Dazu gehört auch eine wirkungsvolle, adressatenbezogene und zielorientierte Informationsvermittlung und Beratung. Mädchen müssen genauso wie Jungen an betrieblicher und überbetrieblicher Fortbildung teilnehmen können, um sich beruflich weiterqualifizieren zu können. Sozialdemokratische Politik muß sicherstellen, daß in allen nur möglichen Verwaltungen, Einrichtungen des öffentlichen Rechts, kommunalen Körperschaften, Sparkassen, Gewerkschaften usw. Mädchen und junge Frauen in der Praxis gleichgestellt werden. Beispielhaft sind die Maßnahmen der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die mit großen finanziellen Mitteln wirksame Programme für Mädchen und junge Frauen durchführt.

Die SPD setzt sich dafür ein, daß in Betrieben und Verwaltungen Frauenförderpläne erstellt werden.

#### 8. Straffällige Jugendliche – Hilfe und Wiedereingliederung

Wir Sozialdemokraten werden uns dem Arbeitsbereich „erzieherische Arbeit mit Jugendlichen nach Straftaten“ und „außergerichtliche Konfliktschlichtung“ mit besonderer Aufmerksamkeit widmen. Wir wollen:

- Stärkere Inanspruchnahme von Leistungen der Jugendhilfe zur Vermeidung freiheitsentziehender Maßnahmen;
- Wahrnehmung sozialpädagogischer Beratung und Betreuung während des Verfahrens;
- Vernetzung der Jugendgerichtshilfe mit dem Gesamtangebot der Jugendhilfe.

#### 9. Internationale Solidarität und Freundschaft

Wir Sozialdemokraten unterstützen und fördern die internationale Jugendarbeit, Schwerpunkte sollen sein:

- die Jugendarbeit innerhalb der vielfältigen europäischen Partnerschaften der Kreise, Städte und Gemeinden;
- die Jugendarbeit im Zusammenhang mit den Bemühungen um Verständigung und Partnerschaft mit unseren östlichen Nachbarn;
- die Jugendarbeit im Zusammenhang mit dem Ziel, recht bald Partnerschaften mit Kreisen, Städten und Gemeinden in der DDR zu bekommen;
- die Jugendarbeit im Zusammenhang mit dem Ziel, den Menschen in der Dritten Welt unsere Solidarität und Freundschaft durch konkrete Hilfe deutlich zu machen. Diese Arbeit bringt reichen Gewinn, weil internationale Jugendarbeit Voraussetzungen schafft für eine gerechtere und friedlichere Welt.

Darüber hinaus dient internationale Jugendarbeit

- interkulturellem Lernen als Grundlage und Voraussetzung für Toleranz, Einsicht und Zusammenarbeit;
- der Stärkung des Willens und der Fähigkeit zur Verständigung und zur Freundschaft zwischen einzelnen, zwischen gesellschaftlichen Gruppen und zwischen den Völkern;
- der Solidarität mit denen, die wegen politischer Verfolgung, materieller Not, einseitiger Abhängigkeit und Unterdrückung in unserer Gesellschaft Aufnahme finden wollen;

- dem Verständnis für andere Völker, ihrer Kultur und Zivilisation, ihre Werte und Lebensweisen.

#### 10. Jugend und Schule

Schule ist Arbeit von und mit Kindern und Jugendlichen. Neben den kognitiven Lernzielen sollen, nach unserer sozialdemokratischen Auffassung von Bildung, auch soziale und emotionale Lernbereiche angezielt werden. Vielfach befindet sich Schule aber immer noch in einer Situation der Isolation/Abkapselung. Dies zu ändern, kann nicht durch Erlasse oder Anordnungen bewirkt werden. Richtlinien und Lehrpläne lassen es durchaus zu, daß sich die Schulen in das gesellschaftliche, kulturelle und politische Leben unserer Kreise, unserer Städte und Gemeinden hineinbegeben, sich „einmischen“. Durch Kooperation zwischen dem jeweiligen Schulträger (Kreis, Stadt, Gemeinde) und den einzelnen Schulen können gute Ansatzpunkte für die Öffnung von Schule gefunden werden. Dies gilt für den unterrichtlichen Bereich ebenso wie für den außerunterrichtlichen, den jede Schule pflegen sollte. Dabei können vor allem die Verwaltungsbereiche für „Jugend“, „Kultur“, „Sport“, „Soziales“ und natürlich „Schule“ helfen, anregen, unterstützen und fördern!

Im schulischen Bereich ist folgendes sicherzustellen:

- die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften, Projektwochen und initiativen Gruppen;
- die Mitarbeit von Schülergruppen in sozialen Einrichtungen;
- die Durchführung kommunaler Jugendarbeit in den Schulen;
- Konzepte für kommunalpolitische Projekte wie z. B. „Kultur in der Schule“;
- Einladung zur Teilnahme von Schülern/Schülervertretern an Sitzungen der Ausschüsse, die sich mit Problemen befassen, die Schüler/Kinder/Jugendliche besonders betreffen.

#### 11. Langfristige Sicherung der Jugendarbeit – gegen die jugendfeindliche Kohl-Politik

Um die Jugendarbeit in dem oben dargestellten Sinn langfristig zu sichern, ist es notwendig, daß die Bundesregierung unser Land Nordrhein-Westfalen, unsere Kreise, unsere Städte und Gemeinden endlich wieder finanziell so ausstattet, daß

- Kürzungen im Landesjugendplan nicht mehr nötig sind;
- die Kreise, kreisangehörigen Städte und Gemeinden alle jugendpolitisch notwendigen Maßnahmen durchführen können;
- die Stellenpläne für Jugendheime und die Haushaltsmittel für Jugendeinrichtungen nicht gekürzt werden müssen;
- die Städte und Gemeinden ihre gesetzlichen Aufgaben nach § 5 JWG erfüllen können und die offene Jugendarbeit innerhalb der Jugendhilfeplanung als dringend notwendige kommunale Aufgabe durchführen können;
- Förderung der verbandlichen Jugendarbeit im notwendigen Maße gewährleistet ist.

#### Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW und Landesregierung

<b>Antrag-Nr.:</b>	G 8
<b>Antragsteller:</b>	Unterbezirk Bonn
<b>Betreff:</b>	Finanzausstattung der Landschaftsverbände

Der Landschaftsverband Rheinland sowie der Landschaftsverband Westfalen-Lippe müssen finanziell so ausgestattet werden, daß sie die ihnen übertragenen Aufgaben in vollem Umfang sachgerecht erfüllen können.

Die Kommunen und das Land sind aufgefordert, kurzfristig die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, die insbesondere der LVR zur Behebung seines Haushaltsdefizits benötigt.

Grundsätzlich aber ist die Finanzierung der Landschaftsver-

bände so zu gestalten, daß sie ihre Aufgaben, vor allem in der Gesundheitsfürsorge, unabhängig von Konjunkturschwankungen erfüllen können. Dies bedingt eine insgesamt neu zu gestaltende Gemeindefinanzierung und vor allem die Übernahme der Lasten der örtlichen und überörtlichen Sozialhilfe durch den Bund.

## Material an den SPD-Landesvorstand

<b>Antrag-Nr.:</b>	J 1
<b>Antragsteller:</b>	Unterbezirk Warendorf
<b>Betreff:</b>	Reform der Landwirtschaftspolitik

### 1. Die europäische Landwirtschaftspolitik ist gescheitert

Die europäische und nationale Landwirtschaftspolitik geht an den Interessen der kleinen und mittleren Landwirte und der Verbraucher vorbei. Während die staatlichen Agrarsubventionen in der EG in den vergangenen Jahren explosionsartig angestiegen sind, sind die durchschnittlichen Einkommen pro Vollarbeitskraft in der Landwirtschaft gesunken.

Die Überschüsse haben bei fast allen Agrarprodukten rapide zugenommen. Diese gewaltigen Überschußbestände verursachen für den Steuerzahler ungeheure Kosten (40 Mrd. DM). Die Schere zwischen sprunghaft zunehmenden öffentlichen Agrarausgaben und deutlich abnehmenden privaten Einkommen der Landwirtschaft öffnet sich immer mehr auf Kosten des Steuerzahlers und zu Lasten des Landwirts.

80 % der Agrarsubventionen gehen am Landwirt vorbei und fördern die Lagerhaltung, den Export der Überschüsse, die Agrarindustrie und den Großhandel.

Diese Agrarpolitik verfolgt nicht mehr eines der ursprünglichen Ziele, nämlich den Landwirten im Vergleich mit der übrigen Bevölkerung ein auskömmliches Einkommen zu sichern, sondern fast nur noch das Ziel, die Überschußprodukte zu lagern und in großem Umfang in Länder außerhalb der EG zu exportieren.

Während europäische Agrarprodukte unter das Niveau der Weltmarktpreise subventioniert und in Länder der Dritten Welt exportiert werden, wird die Landwirtschaft in vielen dieser Länder angehalten, ihre landwirtschaftlichen Nutzflächen überwiegend zum Anbau von Futtermitteln einzusetzen, die wiederum in die „reichen Länder“ exportiert werden.

Durch diese Politik trägt die EG dazu bei, daß viele arme Länder ihren Nahrungsmittelbedarf nicht selber, sondern nur mit hohem Devisenaufwand durch Import abdecken können. Dazu muß auch die gerade bei der Futtermittelproduktion notwendige „Chemie“ aus dem Ausland gegen Devisen importiert werden, bei deren Anwendung erhebliche Umweltschäden eintreten. Diese Politik trägt zur Überschuldung vieler armer Länder bei.

Die Mechanismen der europäischen und nationalen Agrarpolitik haben dazu geführt, daß kleinere und mittlere Landwirte ihre Betriebe aufgeben mußten; allen voran die Höfe in Grenz-ertragsregionen, z. B. Mittelgebirgsregionen.

Der Zwang zu kapitalintensiveren Produktionen nimmt immer mehr zu. Immer weniger Landwirte produzieren immer größere Überschüsse.

Die Folgen dieser Agrarpolitik für die ländlichen Räume sind katastrophal. Die gegliederten und ökologisch tragfähigen bäuerlichen Kulturlandschaften werden zunehmend zerstört. Die betriebliche und räumliche Konzentration einer immer intensiveren Landwirtschaft führt zu erheblichen Belastungen für den Wasser- und Bodenhaushalt sowie für das gesamte Ökosystem. Ganze Landschaften werden ökologisch ausgeräumt. Es entwickeln sich intensiv bewirtschaftete landwirtschaftliche Vorranggebiete.

Die sozialen Folgen der Struktureinbrüche in der Landwirtschaft

werden tiefgreifend sein. Viele landwirtschaftliche Betriebe (300 000–400 000) werden zur Aufgabe gezwungen sein. Der Arbeitsmarkt wird freigesetzte Landwirte und ihre Kinder nicht in vollem Umfang auffangen können.

Die Folge dieser Entwicklung wird die soziale, kulturelle und ökologische Erosion in weiten Teilen der ländlichen Räume sein. Verarmung und Zukunftslosigkeit landwirtschaftlicher Familien, Zerschneiden naturverbundener Lebensformen und Vernichtung wichtiger naturräumlicher Ressourcen werden zu einer Belastung nicht nur für die Betroffenen, sondern für die gesamte Gesellschaft.

### 2. Ziele für eine integrierte Reform der Landwirtschaftspolitik

Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, daß die für das Gleichgewicht der Naturhaushalte bedeutsame bäuerliche Kulturlandschaft in den ländlichen Räumen erhalten oder wiederhergestellt wird. Die traditionelle Kulturlandschaft bedeutet ökologische Stabilität, Erzeugung gesunder Lebensmittel, natürliche Vielfalt, landschaftliche Schönheit und kulturelle Identität. Hier müssen die Regenerationsräume für Luft und Wasser, für Pflanzen, Tiere und Menschen erhalten und wiederhergestellt werden.

Die Menschen im ländlichen Raum verbinden mit den ökologischen und sozialen Strukturen einer bäuerlichen Kulturlandschaft ihr Heimatgefühl. Sie sehen in der Kultur der ländlichen Räume keinen überkommenen und antiquierten Restbestand vorindustrieller Epochen, sondern eine durch typische Lebensformen begründete Grundlage zur gleichwertigen und selbstbestimmten Entwicklung der betroffenen Regionen, in denen kleinstädtische und dörfliche Strukturen vorherrschen.

Die SPD tritt dafür ein, daß die landwirtschaftliche Produktion sich künftig an der natürlichen Ertragskraft des Bodens und am Bedarf des europäischen Binnenmarktes orientiert. Die Arbeit in der Landwirtschaft muß auch kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetrieben ein angemessenes Auskommen sichern.

Landwirtschaftspolitik muß die Bedingungen definieren für flächenabhängige Veredelung und umweltverträgliche Nutzung des Bodens.

Daher tritt die SPD dafür ein, die Überschußproduktion der europäischen Landwirtschaft, die sowohl zur Vernichtung als auch zu forciertem Export geführt hat, systematisch abzubauen. Dies darf nicht durch Stilllegung landwirtschaftlicher Nutzflächen und landwirtschaftlicher Betriebe, sondern muß durch eine an den konkreten Standortbedingungen orientierten, flächendeckenden Extensivierung der Produktion verwirklicht werden.

Die SPD fordert die Festlegung von standortangepaßten Ertragsobergrenzen sowie gestaffelte Erzeugerpreise, die die ökologisch vertretbaren Produktionsweisen begünstigt und intensive Produktionsweisen verteuert. Ziel ist es, daß die Landwirtschaft nur die Mengen produziert, die die Natur verkraftet und die der Versorgung des europäischen Binnenmarktes dient.

### 3. Forderungen im einzelnen

Die SPD fordert eine tiefgreifende Reform der EG-Landwirtschaftspolitik bis zum Ende des Jahres 1990. Bis 1995 muß die landwirtschaftliche Überproduktion abgebaut werden. Der europäische Agrarhaushalt ist stufenweise herunterzufahren.

Bis zur Herstellung eines neuen landwirtschaftlichen Erzeugerpreisgefüges sollen Landwirte, die von intensiver auf extensivere Produktion umstellen, durch direkte Einkommensübertragungen gefördert werden. Darüber hinaus sollen Leistungen, die Landwirte besonders auf dem Gebiet des Natur- und Landschaftsschutzes für die gesamte Gesellschaft erbringen, auch von dieser Gesellschaft finanziell entgolten werden.

Jede Exportförderung für landwirtschaftliche Produkte soll ab 1995 eingestellt werden.

Bis 1990 sollen Kriterien für eine flächendeckende und standortgerechte Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion entwickelt und daraus sowohl Ertragsobergrenzen als auch ein System gestaffelter Preise abgeleitet werden, das die Einkommenssituation landwirtschaftlicher Familienbetriebe, die flächenbezogen produzieren, verbessert und die Großproduzenten zu einer Reduzierung ihrer Erzeugung zwingt.

Die Ökologisierung der landwirtschaftlichen Produktion fordert ein stufenweises Rückführen des Einsatzes von chemischen Hilfsmitteln (z. B. Dünger, Pflanzenschutzmittel und Medikamente). Den Boden, das Grundwasser oder die Nahrungsmittel vergiftende Stoffe sollen bis 1990 verboten werden. Der Einsatz von chemischen Hilfsmitteln und Gülle in der landwirtschaftlichen Produktion in Grundwasserschutzgebieten soll bis 1990 verboten werden.

Lebensmittel, die während der Produktion chemisch behandelt worden sind, sollen einer Kennzeichnungspflicht unterworfen werden.

Der Einsatz genmanipulierter Nutzpflanzen und Nutztiere soll einer Zulassungspflicht unterworfen werden.

Die Bodenschutz- und Grundwasserschutzpolitik soll bis 1990 grundlegende Kriterien für das Verhältnis von Landwirtschaft und Boden- und Grundwasserschutz entwickeln. Grundwasserschutzgebiete sollen ausgewiesen werden, unabhängig davon, ob eine direkte Nutzung zur Trinkwasserversorgung kurzfristig vorgesehen ist oder nicht. In Grundwasserschutzgebieten soll extensive Landwirtschaft vorgeschrieben werden.

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln soll eingeschränkt werden. Nitrat- und Stickstoffobergrenzen sollen als Maßstab für die Extensivierung dienen.

Die durch die vorgenannten Verbote verursachten Einkommenseinbußen von Landwirten sollen angemessen entschädigt werden.

Die SPD tritt dafür ein, daß der Einsatz überschüssiger Gülle zur Erzeugung von Biogas in Gemeinschaftsanlagen und zur Herstellung umweltfreundlichen Kompostes stärker gefördert wird.

Die durch die derzeitige EG-Agrarpolitik besonders gefährdeten landwirtschaftlichen Betriebe in den stark benachteiligten Gebieten wie den Mittelgebirgen sollen durch ein Förderungsprogramm mit EG-Mitteln, notfalls auch mit Bundes- und Ländermitteln, gestützt werden. Nur dadurch kann die drohende Zerstörung der sozialen und kulturellen Strukturen und die damit einhergehende Vernichtung der gewachsenen Kulturlandschaft dieser Regionen verhindert werden.

Die Landwirtschaftskammern und landwirtschaftlichen Beratungsstellen sollen durch die Landesregierungen angewiesen werden, ausschließlich in Richtung eines Übergangs zur extensiven, ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft zu beraten.

Die Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Agrarforschung ist dahingehend umzustrukturieren, daß nur noch Vorhaben gefördert werden, die den Kriterien einer sozial- und ökologieverträglichen Landwirtschaft entsprechen.

Regionale und nicht nur betriebsstättenbezogene Modelle der Extensivierung und Ökologisierung der Landwirtschaft sind besonders zu fördern.

Modelle der direkten Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte sollen durch die Landes- und Kommunalpolitik gestützt werden. Neue Formen landwirtschaftlicher Produktions- und Vermarktungsgenossenschaften sind zu fördern.

Qualitativ wertvolle Nahrungsmittel sollen besonders gekennzeichnet werden. Der Verbraucherberatung kommt hier eine große Bedeutung zu.

Alle die Landwirtschaft berührenden gesetzlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen sind daraufhin zu überprüfen, ob sie den Zielen der Extensivierung und Ökologisierung der Landwirtschaft entsprechen.

Dies gilt im besonderen für das Flurbereinigungsgesetz, die Wassergesetzgebung, die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ und die Naturschutzgesetze des Bundes und der Länder (z. B. Landwirtschaftsklausel).

Die SPD nimmt bewußt Abschied von den Zielvorstellungen einer landwirtschaftlichen Produktion unter industriellen Bedingungen. Sie stützt damit die Forderung nach Stärkung der kleineren und mittleren bäuerlichen Familienbetriebe, die am ehesten noch unter ökologischen Gesichtspunkten produzieren und daher heute existentiell bedroht sind.

#### 4. Bündnisse für die ökologische Erneuerung der Landwirtschaftspolitik

Die SPD bietet all den gesellschaftlichen Kräften ihre Unterstützung an, die aus unterschiedlichen Motiven für eine Ökologisierung der Landwirtschaft eintreten.

Die SPD betont, daß sie in der Führungsspitze des Deutschen Bauernverbandes mit ihrem derzeitigen Präsidenten keinen Garanten der Belange und Sorgen der kleineren und mittleren bäuerlichen Familienbetriebe sieht. Mit Empörung hat die SPD zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Präsident des Deutschen Bauernverbandes das Tempo der Flächenstillegung bei entsprechender sozialer Flankierung vorantreiben will und damit ausschließlich die Interessen von Großbetrieben und der exportierten Agrarindustrie unterstützt.

#### 5. Konkrete Ansätze für die nordrhein-westfälische Landwirtschaftspolitik

Um speziell in Nordrhein-Westfalen den Landwirten in ihrer schwierigen Situation zu helfen, und um gerade in den benachteiligten Gebieten den Prozeß der Verdrängung bäuerlicher Familienbetriebe von der Scholle und der Verödung ganzer Landstriche zu verlangsamen, wird dem Landtag und der Landesregierung folgendes Sofortprogramm vorgeschlagen:

1. Ausdehnung des Mittelgebirgsprogramms von jetzt 10 000 ha auf 30 000 ha, die für den Natur- und Landschaftsschutz Bedeutung haben.

In einem zweiten Schritt sollte das Programm auf alle Grünlandflächen ausgedehnt werden, die extensiv bewirtschaftet werden. Der Grundbetrag für extensive Nutzung sollte auf 400 DM/ha heraufgesetzt werden.

Mehrkosten: Gering, da die zur Verfügung stehenden Geldmittel nicht voll ausgenutzt werden.

2. Ausdehnung des Feuchtwiesenprogramms auf Grünlandflächen, die im Moment nicht als ökologisch wertvoll eingestuft werden.

Einbeziehung von Ackerflächen, die in extensiv bewirtschaftetes Grünland umgewandelt werden. Dazu gehören sollten auch Flächen, die erst durch Wiedervernässungsmaßnahmen den notwendigen hohen Grundwasserstand erhalten. Durch Einbeziehung in das Feuchtwiesenprogramm mit den entsprechenden Ausgleichszahlungen könnten gleichzeitig Entwässerungsmaßnahmen vermieden werden.

Weitgehender Verzicht auf Ankauf von Flächen, vielmehr Abschluß von Bewirtschaftungsverträgen und Duldungsverträgen (z. B. für Optimierungsmaßnahmen).

Verlängerung der Laufzeit der Bewirtschaftungsverträge von 4 auf 10 Jahre. Kosten: ca. 10 Mio. DM und Verpflichtungsermächtigungen für 10 Jahre.

3. Sonderprogramm zur Sicherung oder Wiederherstellung von Uferstrandstreifen.

Dabei sollte die Möglichkeit der Ausweisung von Wasserschutzgebieten nach dem WHG mit entsprechender Ausgleichspflicht des Landes miteinbezogen werden.

Abschluß von 10jährigen Bewirtschaftungsverträgen. Umsetzung durch die Agrarverwaltung. Kosten: 2 Mio. DM pro Jahr und VE-Mittel für 10 Jahre.

4. Förderungsprogramm für die ländlichen Betriebe in den benachteiligten Gebieten zur Kostensenkung, Verringerung der Arbeitszeit und für Investitionen, die besonders den landwirtschaftspflegerischen Arbeiten der bäuerlichen Betriebe dienen.

Kosten: 5 Mio. DM pro Jahr. (Zuschüsse) HE-Betriebe, die nach dem EFP zwar nicht entwicklungsfähig, deren Erhalt in strukturschwachen Gebieten aber notwendig ist.

5. Förderung von Selbsthilfeorganisationen für bäuerliche Betriebe, deren Aufgabe es wäre, in einem eng begrenzten Bereich in den ländlichen Gebieten überbetriebliche Kooperationsmodelle zu verwirklichen.

Dadurch könnte besonders die Herstellung qualitativ hochwertiger, biologisch wertvoller Produkte, neuer Produkte und deren Absatz (Direktvermarktung) gefördert werden. Arbeitsplätze könnten erhalten und neu geschaffen werden.

#### **Material an die SPD-Landtagsfraktion NRW**

**Antrag-Nr.:** J 3  
**Antragsteller:** Unterbezirk Steinfurt  
**Betreff:** Landschaftsrahmenplan

Der Landschaftsrahmenplan wird in Nordrhein-Westfalen als eigenständiger Fachplan eingeführt. Er soll den Zustand von Natur und Landschaft sowie Entwicklungsmöglichkeiten auf regionaler Ebene beschreiben. Die direkte Integration in die Gebietsentwicklungspläne wird aufgehoben.

#### **Begründung:**

Bis heute existieren Landschaftsrahmenpläne in NRW quasi nur „auf dem Papier“. Formell sind die Gebietsentwicklungspläne zugleich Landschaftsrahmenpläne. Dieser Zustand hat dazu geführt, daß die Möglichkeiten der Landschaftsrahmenplanung zur Sicherung und Entwicklung von Natur und Landschaft in NRW nicht ausreichend genutzt worden sind.

Landschaftsrahmenpläne müssen zu einem wichtigen Instrument der ökologischen Erneuerung Nordrhein-Westfalens werden. Sie sollen der mittelräumigen Betrachtung von Natur und Landschaft dienen. Als eigenständige Pläne können sie wichtige Daten und Hinweise für die Landesplanung, die Regionalplanung und die Landschaftsplanung liefern. Insbesondere die Schaffung von regionalen Biotopverbundsystemen ist ohne eine eigenständige Landschaftsrahmenplanung nur sehr schwer zu verwirklichen.

#### **Überweisung an die Landesregierung**

**Antrag-Nr.:** J 4  
**Antragsteller:** Unterbezirk Mettmann  
**Betreff:** Gefahren durch Transport radioaktiver Materialien

Der UB-Parteitag Mettmann hat mit Beschluß vom 18., 10. 85 die Landesregierung NW aufgefordert, Gefährdungen durch

radioaktive Frachten in Nordrhein-Westfalen untersuchen zu lassen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Bis heute liegen dem Unterbezirk keine Erkenntnisse über ein entsprechendes Tätigwerden der Landesregierung vor.

Gleichwohl wird die Problematik nuklearen Gefahrguttransports angesichts von Molkepulver-Verschiebeaktionen, Transnuklear-Skandal und Überlegungen der Bundesregierung, derartige Transporte nur noch über Schienenverkehr abzuwickeln, immer bedeutsamer.

Der Parteitag fordert deshalb die Landesregierung erneut und dringend auf, Transportwege und -arten sowie die daraus resultierenden Gefährdungen für Mensch und Umwelt aufzuzeigen.

#### **Material an die SPD-Landtagsfraktion NRW und Landesregierung**

**Antrag-Nr.:** J 6  
**Antragsteller:** Unterbezirk Mettmann  
**Betreff:** Ausbau des Flughafens Düsseldorf

Der Parteitag unterstützt alle Bemühungen der Landesregierung wie auch des SPD-Bezirks Niederrhein, unsere Wirtschaftsregion mit allen geeigneten Mitteln zu stärken.

Ein wichtiger Faktor in diesem Wirtschaftsraum ist der Flughafen Düsseldorf. Der Flughafen dieser Größenordnung mit der sich daraus ergebenden Frequentierung bringt aber schon heute erhebliche Belastungen für die im Einzugsbereich wohnende Bevölkerung in Düsseldorf und den umliegenden Städten und Gemeinden. Im Unterbezirk Mettmann ist die Stadt Ratingen besonders betroffen.

Mit der Presseveröffentlichung des SPD-Bezirksvorsitzenden Heinz Schleußer zum Ausbau des Flughafens Düsseldorf am 17. 3. 88 ist in der betroffenen Bürgerschaft eine erneute Diskussion über den Flughafen Düsseldorf entstanden. Die undifferenzierten Vorschläge des Genossen Heinz Schleußer haben zu einer erheblichen Verunsicherung in der unmittelbar betroffenen Bevölkerung geführt.

Umweltschutz, Flugsicherheit und Wirtschaftlichkeit müssen in dieser Prioritätenfolge zum Wohle des Menschen gewährleistet werden. Deshalb muß sichergestellt werden, daß bei einem eventuellen Ausbau des Flughafens Düsseldorf keine Kapazitätserweiterung eintritt. Das Nachtstartverbot und das Nachtlandeverbote dürfen nicht aufgeweicht werden.

Die Verschärfung der Zulassungsbestimmungen für Flugzeuge muß sicherstellen, die Lärmbelastungen auf das niedrigste, technisch mögliche Ausmaß zu vermindern.

In ein Gesamtverkehrskonzept muß die Zusammenarbeit mit dem nicht ausgelasteten Flughafen Köln/Bonn einbezogen werden.

Die oben angesprochenen Presseveröffentlichungen sind der Sache nicht dienlich, sie tragen vielmehr zur Beunruhigung der Bevölkerung bei.

# Wahlen

## Wahl des Landesvorsitzenden:

Vorschlag Johannes Rau  
 abgegebene Stimmen: 304  
 davon gültig: 304

= 297 JA-Stimmen  
 6 NEIN-Stimmen  
 1 Enthaltung

## Wahl der stellv. Landesvorsitzenden:

Vorschlag Christoph Zöpel  
 abgegebene Stimmen: 304  
 davon gültig: 304

= 283 JA-Stimmen  
 13 NEIN-Stimmen  
 8 Enthaltungen

Vorschlag Antje Huber  
 abgegebene Stimmen: 303  
 davon gültig: 303

= 229 JA-Stimmen  
 47 NEIN-Stimmen  
 27 Enthaltungen

## Wahl des Schatzmeisters:

Vorschlag Fritz Ziegler  
 abgegebene Stimmen: 287  
 davon gültig: 287

= 267 JA-Stimmen  
 9 NEIN-Stimmen  
 11 Enthaltungen

## Wahl der Beisitzerinnen:

(1. Wahlgang)  
 abgegebene Stimmen: 302  
 davon gültig: 302

Gabriele Behler	184
Barbara Hendricks	241
Ilse Ridder-Melchers	261
Angelica Schwall-Düren	222
Sabine Zech	176
Gerti Zupfer	137

## Wahl der Beisitzer:

(1. Wahlgang)  
 abgegebene Stimmen: 299  
 davon gültig: 296

Franz-Josef Antwerpes	161
Friedhelm Farthmann	227
Hans Frey	157
Wolfgang Hahn-Cremer	180

## Wahl der Beisitzer/innen:

(2. Wahlgang)  
 abgegebene Stimmen: 284  
 davon gültig: 283

Friedhelm-Julius Beucher	238
Gisela Gebauer-Nehring	198
Reinhard Grätz	199
Bernhard Kasperek	210
Doris Langenbruch	242

## Wahl eines Mitglieds für den Parteirat

Vorschlag Antje Huber  
 abgegebene Stimmen: 237  
 davon gültig: 237

= 164 JA-Stimmen  
 59 NEIN-Stimmen  
 14 Enthaltungen

## Wahl der Mitglieder der Landeskontrollkommission

abgegebene Stimmen: 244

davon gültig: 238

Ferdi Franke	223
Wilfried Mittelberg	216
Herbert Nilges	219
Erwin Stahl	210
Rainer Verhoeven	227

# Beitrag von Stephan Hilsberg (SDP)

Ich freue mich sehr, heute bei Euch zu sein. Ich habe eine Einladung dazu erhalten. Sehr kurzfristig. Für meine Familie ist das ein Problem. Wie gesagt, mein Kind wird heute fünf Jahre alt. Meine Frau hat allein zehn Kinder zu betreuen.

Das natürlich machte nicht so viel her, das spielt keine so große Rolle. Eine viel größere Rolle für uns selber heute spielt, daß wir zusammen sind. Daß ich Ihnen und Euch etwas erzählen kann. Daß ich Euch – ich glaube, daß das so gesehen würde in meiner eigenen Partei – herzlich grüßen darf von der SDP. Ich darf an dieser Stelle – sozusagen etwas über Eure Köpfe hinweg – die Gründungsversammlung des Ortsverbandes von Magdeburg grüßen, das machen die nämlich heute zur gleichen Zeit.

Wenn das Eure Zeit nicht überstrapaziert, würde ich gerne über einzelne Punkte erzählen. Denn ich denke, was unsere Partei betrifft, was unsere politischen Optionen betrifft oder die Entwicklungen in der DDR, da gibt es Neugierde, das interessiert Euch sicher.

Da könnte ich kurz etwas erzählen über unseren Parteaufbau und die Entwicklung. Wir haben keine genauen Zahlen. Wir werden immerfort gefragt: Wieviel Mitglieder seid Ihr denn zur Zeit? Da kann ich nur die Achseln zucken.

Noch vor drei Wochen wurden Zahlen im Volksmund gehandelt, die so zwischen 26 000 und 10 000 lagen. Das ist natürlich utopisch, aber es nimmt doch sehr deutlich zu.

Also beispielsweise hat eine kleine Basisgruppe in einem Dorf bei Berlin noch vor zwei Wochen fünf Leute gehabt, und die haben sich jetzt zu 30 getroffen. Nun mußten sich drei Gruppen bilden. Das ist so die Geschwindigkeit der Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR. Die weitet sich aus wie eine Lawine, und es wird nicht lange dauern, dann haben wir in jedem Kreis der DDR einzelne Basisgruppen und Ortsverbände.

Wir müssen diese ganzen Sachen strukturell absichern. Wir machen das so, daß möglichst viel Demokratie gewährleistet ist, und deswegen haben sämtliche Ortsverbände, das sind ja schon übergeordnete Strukturen, provisorischen Charakter. Die heißen manchmal auch anders, und jeder kann da machen, was er will. Denn – und das ist dann auch demokratisch so – auf dem Gründungsparteitag wurde aus Zeitgründen, weil man den Zugriff der Staatssicherheit fürchtete, nicht über die Statuten verhandelt. Das bedeutet, das hat nur Vorschlagscharakter.

Und das entwickelt sich dann so, daß der Berliner Vorstand nicht mehr Vorstand, sondern Bezirksparteirat heißt. Das sind dann alte Traditionen aus einer ganz anderen Ecke, die hier eine Rolle spielen. Aber Demokratie muß auf alle Fälle immer so gemacht werden und darf nicht zentralisiert bestimmt werden. Wir legen sehr viel Wert darauf. Man kann da sehr viel wegstecken, wenn es nur eben demokratisch ist – wenn es uns gelingt, und das ist durchaus der Fall, daß auch den einzigen Leuten, den Minderheiten, wenn man so sagen kann, gewährleistet wird, manchmal abstruse Sachen zu machen, ohne daß das auf große Schwierigkeiten stößt.

Demokratie, so muß ich ehrlicherweise sagen, ist schwierig, und Ihr werdet das bestimmt selber wissen. Auch für meine Leute, die sich darüber ärgern, daß ständig über Geschäftsordnungsanträge abgestimmt wird, daß Parteitage zehn Stunden dauern und länger. Ich sage immer: Ja, es ist schwierig, und man kann auch bei Demokratie einen Herzinfarkt bekommen. Aber es ist immer besser, man ringt sich durch zur Meinungsentfaltung, als daß man sich durch eine Minderheit regieren läßt, die sich anmaßt, für die Mehrheit des gesamten Volkes zu bestimmen, was richtig ist.

Wir empfinden uns als Sozialdemokratische Partei, als Teil des demokratischen Spektrums. Ich sage hier sehr deutlich: demokratisches Spektrum! Ich sage nicht: sich auf demokratischer Grundlage entwickelnder Parteien und Gruppierungen, wie das Schewardnadse gesagt hat. Weil die anderen Parteien vor allen Dingen Blockparteien, sind bis noch vielleicht vor einer . . . noch keine demokratische Parteien gewesen.

Gerade die SED ist keine innovative Partei, und das ist jetzt genau ihre große Schwierigkeit. Sie hat keine Entwicklung anderer Gedanken zugelassen. In erster Linie, weil es die Autorität ihres Generalsekretärs betrifft. Aber auch, weil sich die oberen Gruppen, die dort ihre Macht gelegentlich wieder neu bestimmen beziehungsweise aushandeln müssen, nicht in Frage stellen lassen wollen. Dort kommen kreative neue Ideen nicht richtig hoch. Das hat dazu geführt, daß die SED sich nicht in breitem Maße Gedanken gemacht hat, wie man auf die jetzt entstehenden Verhältnisse zu reagieren hat. Sie hat in vielen wichtigen Fragen keine Konzepte.

Sie hat natürlich gute Leute, die auch schon vor einigen Jahren die Entwicklung gesehen haben, die in diese Richtung gehen. Beispielsweise gehört Schabowski dazu. Aber, das liegt in der Natur dieser Sache, die Leute mußten das im Grunde geheim verschweigen.

Sie konnten sich nicht abstimmen mit anderen. Und die Strukturen in der SED sind so stark, daß die Leute aus einzelnen Verbänden oder Gruppen nicht wissen, wer aus anderen Gruppen ihres Geistes Freund ist. Weil sich die Leute ja gar nicht kennen, weil sie sich gar nicht trauen, so etwas zu sagen, weil das sofort wieder zu Verleumdungen geführt hätte und dann zum Absagen und solchen Dingen.

Im breiten Rahmen der SED wurde über Reform bis vor einem Monat nicht diskutiert. Da konnte auch keine Meinungsbildung stattfinden. Das hat sie jetzt nachzuholen, und sie wird dabei große Schwierigkeiten haben, weil die alten Leute natürlich alle dabei bleiben.

Nach dem kurzen Exkurs über die SED würde ich gern wieder zurückkommen auf das demokratische Spektrum. Wir empfinden uns als ein Teil des demokratischen Spektrums. Wir waren die ersten, die gesagt haben und erkannt haben, daß – um die Verhältnisse in der DDR wirklich zu verändern – es nötig ist, demokratische Parteien zu gründen. Wir haben auf die Tradition der Sozialdemokratie zurückgegriffen. Auch deshalb, weil es ja deutlich ist, daß die Antworten für die gesellschaftlichen Pro-

blème – auch international – immer mehr gesehen werden in sozialdemokratischer Politik.

Viele andere Gruppen innerhalb der DDR wollten so weit nicht gehen und haben sich auch Zeit gelassen. Und sie alle haben ihren Stellenwert und sind legitim. Das betrifft das Neue Forum, Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Initiative für die Menschenrechte. Die Initiative für die Menschenrechte ist die älteste Gruppe – und auch sozusagen der Untergrund, der Boden, aus dem sich viele entwickelt haben, die jetzt die Begründer der neuen Gruppen geworden sind. Sie besteht aber weiter.

Das Neue Forum beispielsweise will Plattform sein und wird sich vielleicht zur Partei entwickeln. Das muß man sehen. Aber es will in erster Linie Plattform sein und hat insofern Bedeutung, weil es für viele Leute der erste Schritt war, sich politisch zu engagieren. Die wollten nicht in die Parteien eintreten. Und für Parteimüdigkeit oder –verweigerung habe ich großes Verständnis innerhalb der DDR, die ja einerseits mit der SED ein ganz negatives Beispiel vorgeführt bekommen hat, aber auf der anderen Seite auch aus Eurem Land vielfach Beispiele präsentiert bekommen hat, die zeigen, wo die negativen Seiten von Parteien liegen. Da brauche ich nur an die Barschel-Affäre zu erinnern. Das hat ja auch auf uns gewirkt. Wenn da also Parteienmüdigkeit besteht, dann ist das zu akzeptieren.

Nichtsdestotrotz sind wir eben der Meinung, daß demokratische Parteien notwendig sind, um eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Und die demokratische Gesellschaft kann nur so demokratisch sein, wie die Parteien, die sie stützen, es selber sind. Das ist eine wichtige Erkenntnis. Es werden viele Entwicklungen noch stattfinden in der DDR. Das ist so ein demokratischer Urprozeß, der da stattfindet. Unser großes Plus – wenn ich jetzt darauf zu sprechen kommen kann.

Ihr habt Demokratie geschenkt bekommen oder verordnet, wie man das auch nehmen will. Ihr habt Euch damit auseinandergesetzt und für meine Verhältnisse gemeinsam ein ganz brauchbares Produkt entwickelt. Und die Demokratie hat sich bewährt. Aber wir erkämpfen uns die Demokratie gegen eine Partei, die alles andere im Auge hatte als eine Demokratie, wo sie von ihrem Führungs- und Wahrheitsanspruch ablassen muß.

Und wenn wir tatsächlich Demokratie haben, dann haben wir auch Demokraten, die das bestehen und die ganz genau wissen, daß es auf ihr Engagement, auf ihre Demonstration zurückgeht. Und die 40 Jahre Leidenszeit, die bedeuten auch die Garantie dafür, daß man weiß, was man da besitzt – und das wird man sich erhalten. Das ist eine große Chance. Die wollen wir uns nicht nehmen lassen. Ganz im Gegenteil. Wir wollen alles dafür, daß das umgesetzt wird und eingebracht werden kann.

Vielleicht noch ganz kurz zu unserer Programmatik, die noch etwas deutlicher zeigt als andere Gruppierungen: Innerhalb der Wirtschaft stellen wir uns eine soziale Marktwirtschaft vor. Also der Markt ist ganz wichtig. Der Markt allein ist der Maßstab für rentables Handeln. Das kann in einer Planwirtschaft nie Sinn verlieren, das hat sich in 40 Jahren gezeigt. Das muß man irgendwie wieder installieren. Allerdings bedeutet es gleichzeitig: Unter den Bedingungen der sozialen Gerechtigkeit! Ich will Euch hier nichts ins Stammbuch schreiben, aber es ist ganz wichtig: Sozialdemokratie heißt gerechte Verteilung sowohl der Lasten als auch des Reichtums auf alle sozialen Schichten. Das müssen wir verwirklichen.

Den Staat sehen wir in den neuen demokratischen Verhältnissen als Garant an für die Gewährleistung der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte. Wir setzen auf Rechtsstaatlichkeit, das heißt Teilung in Legislative und Exekutive, selbständige Gerichtsbarkeit.

Das sind alles wichtige Sachen. Übrigens – und das ist sehr interessant – gibt es ja inzwischen keine offizielle Partei mehr, die solche Dinge nicht auch vertritt. Da fragt man sich natürlich, wovon die gelernt haben. Ich will da nicht so ehrgeizig sa-

gen, daß wir das sind. Aber: Die haben es gesagt fünf Minuten nach 12, und wir haben es gesagt fünf Minuten vor 12. Das ist der Unterschied. Gedacht haben es ja sehr viele, und darüber diskutiert wurde auch in breitem Maße, aber es hat Mut dazu gehört, das zu diesem Zeitpunkt zu sagen. Und noch vor einem halben Jahr habe ich persönlich meinen ganzen Mut zusammengenommen, um eine Strafanzeige wegen Wahlbetrug zu erstatten. Dieses halbe Jahr hat eine Entwicklung mit sich gebracht, und man staunt selber, wo man jetzt steht.

Auf der einen Seite, und das ist ja sehr schön, werden wir anerkannt von Euch beispielsweise und von allen anderen sozialdemokratischen Parteien, und da geben sich viele Leute bei uns die Klinke in die Hand. Man hat schon so ganz schön viel zu tun. Und trotzdem kommen noch ganz viele andere, Große und Kleine. Und das ist gerade richtig. Und das ist auch alles wichtig. Man muß die Kontakte verteilen. Nur müßte man aus dem 24-Stunden-Tag einen 48-Stunden-Tag machen, und das ist auch uns schlechterdings nicht möglich. Wunder kann man in der Sozialdemokratie nicht leisten, das können nur Kommunisten leisten.

Die SED hat sich gerade jetzt mit dieser so viel geachteten Öffnung der Grenzen unter einen ganz entscheidenden Handlungsdruck gesetzt. Sie hat außer acht gelassen, daß bei der Reformierung der DDR ein Gleichgewicht gewahrt werden muß zwischen innerer und äußerer Öffnung. Sie hat die äußere Öffnung vorgezogen und steht jetzt vor dem Handlungsdruck, die innere Öffnung schnell nachzuvollziehen. Und das, ohne überhaupt über Konzepte zu verfügen. Wir wissen, daß beispielsweise zu der jetzt sofort auf der Tagesordnung stehenden Frage der Konvertierbarkeit der Währung erst Studien in Auftrag gegeben wurden, wie das zu bewerkstelligen sei. Das hätte man vorher machen müssen. Natürlich steht das auf der Tagesordnung.

Wir persönlich können und müssen auch sagen – wir sind da ehrlich: Wir haben keine Konzepte. Wir haben Denkansätze, wir haben Thesen, und wir haben Modelle. Wir können das vielleicht entschuldigen, indem man sagt: Innerhalb von fünf oder sechs Wochen einer Parteixistenz kann man nicht Konzepte vorlegen, um Probleme zu lösen, die die DDR in vierzig Jahren nicht gelöst hat, beziehungsweise die SED in vierzig Jahren nicht gelöst hat. Die stehen jetzt zweifellos auf der Tagesordnung, und wir müssen uns mit ihnen ganz entscheidend auseinandersetzen und beschäftigen. Das überfordert fast auch uns. Das ist ein großes Problem in der DDR.

Gleichzeitig steht die Reformierung der Wirtschaft in der DDR an. Die Verhältnisse sind so schlimm, das kann man sich nicht vorstellen. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, beispielsweise Stimmen zu glauben, die sagen: In fünf oder zehn Jahren hätten wir ein zweites deutsches Wirtschaftswunder in unserem Land. Das wäre ja sehr schön. Vielleicht in zehn Jahren. Das könnte man noch für möglich halten. Manchmal sagen Leute sogar, daß in drei Jahren die Sache gelöst ist. Das stimmt nicht.

Die Strukturen sind kaputt. Die Leute sind die soziale Marktwirtschaft nicht gewöhnt, das sind aber die entscheidenden Kader. Der Maschinenpark ist veraltet. Die Energiewirtschaft ist katastrophal. Wir brauchen eine Erneuerung der Maschinen und des gesamten Maschinenparks. Überall sind energiereich oder stark verbrauchende Maschinen in Arbeit. Wir brauchen völlig neue Maschinen.

Wir müssen das, wenn wir nicht in wirtschaftliche Abhängigkeit kommen wollen – in der sind wir ja schon –, möglichst schnell realisieren. Es gibt die Möglichkeit über die vielfach vorhandenen wissenschaftlichen Kapazitäten. Es sind sehr viele Wissenschaftler und Ingenieure da, die bereit sind und auch darauf gewartet haben und gerade deshalb in der DDR geblieben sind, um sich einzusetzen. Wenn man für deren Unternehmergeist Möglichkeiten schafft, daß sie sich engagieren können, dann würden die alles daran setzen, sich einzubringen.

Gerade im handwerklichen Bereich haben wir noch die pro-

duktivsten Strukturen. Die arbeiten unter ganz schlechten Bedingungen. Die werden behindert, weil sie zu hohe Preise nehmen müssen, höhere als volkseigene Betriebe – und niedrigere Löhne zahlen müssen, niedrigere als volkseigene Betriebe – und sind trotzdem produktiver. Das ist eine mögliche Reserve oder kann ein Motor werden für die wirtschaftliche Entwicklung. Und es kann eine Kette in Gang setzen, die sich für die gesamte Wirtschaft als erfolgreich erweist. Das wären so die Ansatzpunkte für unsere eigene wirtschaftliche Politik.

Deutschlandpolitik ist ein Problem, weil sich auch durch die Öffnung der Grenzen gezeigt hat, daß die Deutschen tatsächlich mehr oder weniger deutlich eine Nationalität haben und sind. Das heißt nicht, daß sie sofort auf Wiedervereinigung aus sind. Aber sie spielen doch mit dem Gedanken. Möglicherweise sehen es viele als die Lösung für unsere wirtschaftlichen Probleme an. Wenn man ihnen aber sagt, und das will ich Euch auch sagen, daß erstens die beiden deutschen Staaten sich in den letzten vierzig Jahren der Spaltung große Verdienste erworben haben hinsichtlich der Aussöhnung mit ihren Nachbarvölkern. Und daß man diese Sachen nicht einfach aufs Spiel setzen darf, dann ist das schon ein wichtiger Grund, daß eine Wiedervereinigung möglich werden könnte nur im Rahmen einer europäischen Integration, dann ist es der zweite Punkt. Der dritte Punkt ist, daß die Grenzen dann eben ihren trennenden Charakter verlieren und ein Austausch möglich wird, der so stark ist hinsichtlich kultureller Sachen und hinsichtlich des Arbeitens, des Wohnens. Das könnte alles dann keine Rolle mehr spielen, und da macht sich dann die Existenz zweier demokratischer Staaten nicht mehr nachteilig bemerkbar.

Wenn wir gleichzeitig einen demokratischen Sozialismus aufbauen können bei uns, der mit gesellschaftlichem statt mit privatwirtschaftlichem Eigentum arbeitet, und der ebenfalls leistungsfähig ist, dann haben wir deutlichen demokratischen Erfolg. Und dann sehe ich fast die Möglichkeit, daß die Ausreisewelle, die jetzt immer von Osten nach Westen läuft, von Westen nach Osten laufen wird. Das sind Utopien für die Zukunft, und damit kann man keine Politik machen, sondern höchstens Lacher erzielen.

Unsere Perspektiven des demokratischen Prozesses in der DDR sehen folgendermaßen aus: An erster Stelle geht es darum, daß der demokratische Prozeß in richtigen Bahnen laufen muß. Das heißt: Eine Verfassungsänderung darf also nicht durch die Volkskammer vorgenommen werden, sondern nur durch eine demokratisch legitimierte eigene verfassungsgebende Versammlung. Die Modalitäten dafür sollten am runden Tisch ausgehandelt werden, an dem auf der einen Seite die Vertreter der alten Parteien sitzen sollten und auf der anderen Seite die Vertreter der neuen Gruppierungen, die noch nicht legalisiert sind. Und auf der dritten Seite sollten Platz nehmen die hervorragenden Vertreter der sich vor allen Dingen persönlich engagierenden Künstler wie Christoph Hein, Christoph Wald, bei-

spielsweise auch Peter Janker, und wie sie alle heißen. Menschen, die durch ihr persönliches Wirken ganz stark dazu beigetragen haben, daß diese Demokratisierung vorbereitet werden konnte. Am runden Tisch sollten die Modalitäten abgehandelt werden.

Im September 1990 könnte die Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung erfolgen, und im Frühjahr 1991 könnte die Wahl zur Volkskammer erfolgen. Wir brauchen auch die Zeit, um uns persönliche Sachkompetenz zu erwerben und uns tatsächlich als Alternative – auch en detail – für dieses Land zu präsentieren. Wir brauchen Zeit, um die Leute zu überzeugen, daß wir die Konzepte dafür haben. Jetzt haben wir sie noch nicht. Eine Wahl zum jetzigen Zeitpunkt – man müßte das so benennen – es wäre ganz deutlich der Versuch, noch einmal sich die Macht zu sichern, bevor die neuen Parteien sich tatsächlich richtig sammeln und konstituieren konnten. Und damit der Versuch, sie an die Wand zu drücken, bevor sie überhaupt existieren. Wer das macht in der DDR, der will tatsächlich echte Demokratisierung nicht, sondern der will in erster Linie seine Macht erhalten. Das kann und muß man so sagen. Und obwohl natürlich das die erste Forderung ist – freie Wahlen –, wären freie Wahlen übermorgen ganz falsch.

Das schlechteste, was uns passieren könnte, wäre, daß wir die absolute Mehrheit gewinnen. Ich weiß nicht, ob die SED das für möglich hält. Sie ist keine demokratische Partei und kennt die demokratischen Spielregeln nicht richtig. Was am letzten Montag wie ein Schock durch die Bevölkerung gegangen ist, das kann man sich einfach nicht vorstellen. Von heute auf morgen haben sich Volkskammerabgeordnete als unmündige Menschen präsentiert. Von heute auf morgen haben wir 150 Milliarden Mark Inlandsschulden und 20 Milliarden Dollar Auslandsschulden. Das nimmt man keiner Partei und keinem System so ohne weiteres ab. Es wären Protestabstimmungen wahrscheinlich die Folge davon, und da hätten wir dann vielleicht tatsächlich den Fall, daß wir in der Regierungsverantwortung stünden, ohne daß wir Konzepte haben.

Die SED ist verantwortlich und die anderen Parteien ebenfalls, denn sie haben sie unterstützt und alles mit sich machen lassen. Aber letztlich haben sie sie gestützt. Die SED steht in der Verantwortung für vierzig Jahre Mißwirtschaft. Sie muß diese Verantwortung weiter halten. Sie kann sich nicht ganz einfach davonstellen. Sie muß jetzt ihre gesamten Kräfte dafür verwenden, um zu einer Verbesserung der Lage zu finden, soweit sie das kann.

Wir werden dazu gleichzeitig als Opposition diesen Weg kritisch begleiten und unsere Vorschläge, so wie wir in der Lage sind, bringen. Das wäre der richtige Weg, und dann – wenn freie Wahlen in etwa eineinhalb Jahren darüber entscheiden, wen das Volk dazu auserwählt, den Staat zu lenken und zu leiten. Es ist der einzige Souverän dafür.

Ich danke Euch.

# Antwort von Johannes Rau

Lieber Stephan Hilsberg, vor sechs Tagen haben wir in der Invalidenstr. 4, im Keller der evangelischen Studentengemeinde, zusammengesessen, da kamen die vom Bund der europäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien entsandten schwedischen Freunde. Ihr habt uns erzählt, wie Ihr zwei Tage vorher, am Freitag vergangener Woche, im Hospiz in der Albrechtstraße mit Willy Brandt und Jochen Vogel zusammengesessen habt. Mir fällt dabei der alte Satz eines demokratischen Sozialisten ein: David Ben Gurion. Der hat gesagt: „Wer nicht an Wunder glaubt, der ist kein Realist.“ Das ist ein Wunder, daß das möglich geworden ist. Ich habe im Landtag in dieser Woche mit zwei Sätzen gesagt, daß der mich bewegendste Gruß in diesen Tagen von dem Bürgermeister der Stadt Jerusalem, von Teddy Kollek, gekommen ist, der geschrieben hat: „Das mitzerleben, was Ihr in der geteilten Stadt Berlin jetzt erlebt und erfahrt, das geht einem an die Nieren.“

Wir danken Dir für dieses kleine Lehrstück heute – für vieles von dem, was Du hier ausgesprochen hast, auch an kritischen Reflexionen. Manchmal denkt man: Könnten wir auch einmal ganz neu anfangen, hätten wir nicht schon so viel Geschichte auf dem Buckel. Aber dann sind wir auch wieder dankbar, daß wir unter anderen Bedingungen und Verhältnissen unsere politische Arbeit tun können.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen wird nichts versprechen. Es sei denn, daß sie verspricht: Wir gehen nicht in die Rolle des reichen Onkels aus dem Westen. Wir gehen auf Nebenmann. Wir wollen da helfen, wo Ihr Hilfe anfordert und braucht. Wir werden aber jetzt nicht so tun, als hätten wir alles an Einsichten und an Gütern und brauchten es nur zu transferieren.

Wir haben in der letzten halben Stunde auch wieder gelernt, daß Ihr auch manches zu transferieren habt. Wenn dabei ein Austausch entsteht, wie wir ihn jetzt hier erlebt und erfahren haben, dann ist das gut für uns beide.

Es gibt einen Brief, der ein wenig mißverstanden worden ist. Einige reden darüber. Der Brief ist geschrieben aus der Sorge, daß jetzt zu viele zu Euch fahren, Eure Zeit in Anspruch nehmen, Euch unsere Gedanken mitteilen. Wir möchten die Kunst des Zuhörens auch an dieser Stelle lernen. Wir stehen aber auf Abruf, so wie Menschen auf Abruf stehen, die wissen: Verantwortung können sie sich gegenseitig nicht abnehmen. Man kann sich aber helfen, Verantwortung richtig wahrzunehmen. Das wollen wir tun.

Das wird in vielen Bereichen der Wirtschaftspolitik, der Umweltpolitik auch unsere Phantasie und unsere Kreativität und unsere Intelligenz herausfordern, so wie Ihr die Eure einbringt. Ich habe heute mittag mit Wolfgang Schnur vom Demokratischen Aufbruch zusammengesessen, der heute vormittag bei uns gewesen ist. Wir haben jetzt Stephan Hilsberg gehört. Wir habe alle gespürt: Das war nicht ein Grußwort, das war nicht etwas, was man auch noch brauchte, um die Stimmung des Parteitags auf einer bestimmten Temperatur zu halten, sondern daß nach diesen 40 Jahren in der Stadt August Bebels einer spricht, so wie wir das eben gehört haben, dafür wollen wir dankbar sein.

# Schlußwort von Johannes Rau

Ich habe heute schon ein paar Mal zitiert. Herbert Weichmann hat gesagt, durch Grußworte ginge mehr Zeit verloren als durch Streiks. Da will ich das auch auf die Schlußworte beziehen. Ich selber habe immer geguckt und habe gedacht: Wenn das gleich zu Ende ist, dann komme ich noch so nach Hause, daß ich in der Aktuellen Stunde sehen kann, wie ich singe. Aber ob ich das nun schaffe, weiß ich nicht.

Ich finde, das war eine echte Premiere, dieser Gesang. Wenn ich jetzt in der Stimmung wäre, in der man manchmal nach einem Parteitag ist, würde ich sagen: Mein Liedrepertoire ist groß genug. Ich könnte zum Schluß noch singen: „Weiß mir ein Blümlein blaue von himmlischem Schein. Auf einer grünen Aue, das heißt Vergißnichtmein“.

Aber das will ich nun nicht machen, sondern ich will – wenn ihr noch einen Augenblick Ruhe gebt – nur sagen: Die Journalisten, die gesagt haben, das wäre ein langweiliger Parteitag, die haben nach meiner Meinung die Stimmung nicht richtig getroffen. Nicht jeder Parteitag, wo kein Zoff ist, ist damit langweilig. Und ich finde schon, daß wir bei diesem Parteitag ganz wichtige Spuren gelegt haben; in dem, was wir für die Landtagswahl jetzt an Material haben, was wir umarbeiten werden in ein Landtagswahlprogramm, aber auch in dem, was wir zur deutschen Politik gehört und gesagt haben.

Und der Beitrag, den wir bekommen haben von Stephan Hilberg, der war doch auf eine eindringliche Weise bemerkenswert. Und ohne das jetzt werten zu wollen – mit welcher Unbefangenheit da von Einheit gesprochen worden ist, von sozialer Marktwirtschaft gesprochen worden ist – das sind für mich auch ein paar Gesichtspunkte, die uns nochmal darüber nachdenken lassen sollten, ob wir uns nicht gelegentlich uns schon ziemlich in unsere eigenen Begrifflichkeiten eingemauert haben. Aber das wird uns noch lange begleiten – auch als Fragestellung.

Jetzt sollen die, die hier geblieben sind, nicht leiden durch ein langes Schlußwort. Aber am Schluß muß man denen danken, die diesen Parteitag vorbereitet und organisiert haben, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich will denen danken, die im Präsidium so zügig und mit so guter Übersicht dafür gesorgt haben, daß wir so vernünftige Beschlüsse gefaßt haben.

Und ich möchte gerne am Schluß sagen: Der neue Landesvorstand wird an die Arbeit gehen. Er weiß, was er sich vorgenommen hat, was in diesen zwei Jahren zu leisten sein wird: Zwei große Wahlen im kommenden Jahr – die Landtagswahl und die Bundestagswahl – und wir wollen alles in unseren Kräften Stehende tun, damit diese Wahlen zu einem Erfolg werden für unser Land und für die Sozialdemokraten in unserem Land.

Und bevor wir das tun, bevor wir an unsere Arbeit gehen, wollen wir denen danken, die mit dem heutigen Landesparteitag ausgeschieden sind aus der Arbeit des Landesvorstandes, weil sie nicht mehr kandidieren werden. Helmut Hellwig – mit ihm verbinden mich besondere Erinnerungen, die erzähle ich jetzt nicht im einzelnen. Aber es war – das will ich nun doch sagen – im Februar 1968, als ich aus Amerika kam und auf einmal in allen Zeitungen las, daß ich mit Rudi Dutschke diskutieren würde.

Und daß kein Saal zu finden wäre, da die Stadthallenbesitzer alle sagten, das wird dann zusammengeschlagen. Und dann hat Helmut Hellwig damals die Stadthalle Wattenscheid besorgt. Und da hatten wir dann eine große, eindrucksvolle Veranstaltung. Die einzige Diskussion, die ich ganz auf Band besitze. Das war sechs Wochen vor dem Attentat auf Rudi Dutschke. Das war vor dem Freiburger Parteitag, bei dem er dann mit Dahrendorf diskutierte. Ich kann mich noch gut erinnern: Als ich da rein kam in den Saal, hatte der so ganz viele Karteikarten vor sich, und dann las er mir einen Satz vor und sagte: „Wie findest du das?“ Da habe ich gesagt: „Sehr gut!“ Da hat er gesagt: „Das ist nicht sehr gut, das ist Rosa.“ „Wie ist das Rosa?“ Er meinte: „Rosa Luxemburg.“ Da war ich nicht draufgekommen. Aber den Text habe ich mitgenommen und der begleitet mich seitdem, das sind jetzt 21 Jahre.

Jetzt nicht mehr über dieses Stichwort – aber Helmut Hellwig, der viele Jahre in der Jugendpolitik, in der Bildungspolitik eine Rolle gespielt hat, in der Kommunalpolitik, in der Landespolitik – das auch weiter tut – ist nun nicht mehr im Landesvorstand. Wir danken ihm für seine Arbeit im Vorstand und wünschen ihm für die übrige Arbeit alles Gute!

Waltraud Hessedenz, Ostwestfalen, Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, die – wenn sie sich im Landesvorstand zu Wort meldet, das hat sie nicht in jeder Sitzung gemacht, aber wenn sie sich meldete – dann: pragmatisch, erkennbar sozialdemokratisch, immer aus den Erfahrungen der Arbeitnehmer und vor allen Dingen der Arbeitnehmerinnen schöpfend. Ich habe gerade mit ihr zwei Veranstaltungen bei „Textil und Bekleidung“ in Krefeld gehabt – mir wird sie fehlen in der Arbeit des Landesvorstandes.

Der Oldtimer des Landesvorstandes ist Hans Schwier – 19 Jahre Mitglied des Landesvorstandes, 19 Jahre! Und er sagt uns gerade, lobet den Herrn mit Pfeifen! Ich kann mich gut erinnern an einen evangelischen Gemeindefaß in Halle in Westfalen, wo ein junger Schulrat zum ersten Mal kandidierte. Hans, was ist aus Dir geworden? Also: stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Wissenschaftsminister, Kultusminister des Landes. Paul Mikat hat mal gesagt, drei Dinge dürfe man nie anstreben: Ernährungsminister in Indien, Kultusminister in Nordrhein-Westfalen und Verteidigungsminister in Angola oder Polizeiminister im Kongo. Also Hans, Du hörst ja nicht auf mit der Politik, sondern nur mit dem Landesvorstand – aber 19 Jahre, das ist wahrlich eine beträchtliche Zeit. In der hast Du uns mit Deinem Rat gedient und wirst ihn uns an anderer Stelle erhalten.

Und der vierte im Bunde, der hat immer so einen Stift, mit dem er die Sachen gelb heraushebt, die er dann mitbringt in den Fraktionsvorstand und in die Fraktion: Einer der Genauigkeit, Präzision nicht nur bei anderen schätzt, sondern auch selber in seine Arbeit einbringt – Gerd Wendzinski. Der, also jetzt müßte ich fast sagen im Zuge der neuen Entwicklung, ist der Mann von der Frau, also der Bürgermeisterin von Dortmund. Und Gerd Wendzinski, stellvertretender Fraktionsvorsitzender in einem wichtigen Bereich, der von der Landesplanung bis zum Umweltschutz geht. In den er auch technischen Sachverstand einbringt, und der mit der Nüchternheit und mit der, ja, wie sagt

man, gelegentlich auch mit der Bereitschaft zur Schmucklosigkeit der Argumente arbeitet. Da weiß man immer, woran man ist, wenn der was gesagt hat, wenn er was sagt seit zehn Jahren im Landesvorstand. Wir danken ihm herzlich und sind froh darüber, daß er an anderer Stelle in der Landespolitik bleibt. Denn er ist in dem frauenfreundlichen Dortmund, von dem ich gerade gesprochen habe, gerade wieder aufgestellt worden.

Also jetzt könnte ich noch vieles sagen, was mich an diesem Tag erfüllt. Und wenn man selber zwölf Jahre Landesvorsitzender ist – alle zwei Jahre ein ordentlicher Parteitag, und dies war ein ordentlicher Parteitag, und dazwischen mancher außerordentliche und manche Wahlkreis-Konferenz und manche Listenaufstellung – dann meine ich: Dieser Kölner Landesparteitag, der hat das, was wir von ihm erwarten konnten, erbracht, und es liegt jetzt an uns, ihm nach außen die Strahlkraft zu geben, die die Partei braucht, damit sie mehrheitsfähig bleibt und wird, wo sie es noch nicht ist.

Ich konnte vorhin die Opposition nicht loben, da war kein Anlaß – inzwischen ist ein Anlaß da, ich habe nämlich festgestellt, zu Rückweisungen meiner Rede und unserer Anträge waren schon CDU-Erklärungen da und vielfältig, bevor die Reden gehalten und die Anträge verabschiedet wurden. Herzlichen Glückwunsch an die Opposition, daß sie das hingekriegt hat! Wenn sie jetzt noch lernt, erst zuzuhören, und dann Stellung zu nehmen, dann brauchen sie auch das nicht zu machen, was sie in den Stellungnahmen zum Parteitag gemacht haben.

Sie haben einen alten Hirschen zum frischen Wasser gebracht, immer wieder die alten Sachen. Sie erinnern mich gelegentlich an diese Barockengel. Die kennt ihr – Wieskirche – da kann man alle drei Jahre wieder hingehen und es stehen immer noch dieselben Texte da; so macht die CDU das auch. Aber daß wir vor neuen Fragen stehen, daß wir neue Antworten geben müssen, daß wir das aber tun wollen aus dem Humus des Vertrauens, den wir bei den Menschen in diesem Land erworben haben – das meine ich, hat dieser Parteitag gezeigt.

Und vergeßt das bitte nicht: Die SPD in Nordrhein-Westfalen ist nicht eine natürliche Mehrheitspartei. Ich kann mich noch gut erinnern an die Zeit, als selbst im Ruhrgebiet die Wahlkreise noch CDU-Wahlkreise waren. Wir haben das langsam abgebaut. Heinz Kühn war heute lange Zeit da. Er hat damals angefangen mit 81 Mandaten. Dann gab es 99 Mandate – das war 1966. Und jetzt, wenn uns einer einen Alptraum hat, dann ist es der von der Renovierung des neuen Landtages, da man ja nicht weiß, ob der groß genug ist für die Fraktion, die jetzt ansteht. Wir wollen nämlich zulegen. Wir wollen nicht nur verteidigen. Geht nicht in einer Verteidigungshaltung in die Landtagswahl, sondern mit der Bereitschaft, neue Menschen zu gewinnen.

Da habe ich eine neue Bitte, keinen letzten Willen, sondern eine letzte Bitte. Ich glaube, es war der Ralf, der hat so eine polemische Bemerkung gemacht, alte Funktionäre und alte Mandate hätten wir eine ganze Menge. Sollen wir die Alten ehren, wegen Schiller und so. Der hat das vorgeschlagen. Diesen Text habe ich an anderer Stelle gesungen, Goethe habe ich zitiert, aber der Ralf hat recht: Wir müssen uns mehr darum bemühen, daß junge Leute in die Partei kommen und Verantwortung übernehmen. Das ist lästig, denn je jünger die sind, die kommen, desto stärker merkt man selber, daß man älter geworden ist. Ich merke das im Umgang mit meinen Kindern.

Ich möchte noch eine schöne Geschichte erzählen. Der Jürgen Büssow hat seine Tochter angerufen. Dann hat er gesagt: „Was machst du gerade?“ Das ist ein helles Mädchen – sie hat gesagt: „Ich telefoniere mit dir.“ Ist das nicht eine Geschichte? Also so frech, so frech müssen die nicht sein, die jetzt zu uns kommen, aber so wirklichkeitsnah dürfen sie sein. Da müssen wir uns fragen. Ist das eigentlich die richtige Art, wie wir Parteiveranstaltungen machen, oder können wir uns noch was Neues überlegen?

Wir haben da so eine Jugendinitiative angefangen. Da kommen jetzt auch noch einige literarische Ergebnisse. Aber diese Jugendinitiative, die ist mir noch nicht weitgehend genug. Ich weiß noch: Vor 12 Jahren habe ich gesagt, wie wollen wieder miteinander feiern. Und die Zahl an Bierfesten, die daraufhin in der Partei zustande gekommen ist, ist unbestreitbar hoch – so hatte ich es nur nicht gemeint. Ich hatte gemeint: ein Stück des Lebens in die Partei bringen und ein Stück von dem, was die Politik bestimmt, in unser Leben bringen.

Und da meine ich, müßten wir uns überlegen, ob wir den richtigen Stil, den richtigen Ton für junge Menschen haben – auch die richtigen Fragen für junge Menschen – oder ob es gelegentlich auch an den Themen liegt? Denn wir werden selbst, wenn wir Altenpolitik zum Schwerpunkt machen in der nächsten Wahlperiode, Nachwuchs nicht aus den Alten haben, sondern nur aus den Jugendlichen.

So, jetzt gucke ich mal, ob die zu Hause, mich so mögen, wie die Partei mich heute mochte – also, ob ich da so auf 98 Prozent komme. Ich will es versuchen. Ich komme nach Hause. Willy Brandt würde sagen: Geht in die Familie und die Ortsvereine. Also, dem schließe ich mich an, in umgekehrter Reihenfolge, damit ich mich absetze. Und im übrigen ein schönes Wochenende! Vor Weihnachten ist viel zu tun. Bis zur Landtagswahl sind 25 Wochen. Das ist nicht viel. Wir sind viele, aber wir sind nicht genug. Wir leisten manches, aber wir leisten noch nicht genug. Laßt uns von diesem Landesparteitag aus gestärkt und ermutigt, realitätsbewußt, selbstbewußt und ohne Arroganz an eine neue Phase der Arbeit gehen. Glück auf!